

# **Die pharmazeutische Gesetzgebung in der Tschechoslowakei seit dem Amsturze.**

---

## **S a m m l u n g I**

**der wichtigsten, das Apothekerwesen in der  
Tschechoslowakei berührenden gesetzlichen  
Bestimmungen, Verordnungen, behördlichen  
Erlässe und Entscheidungen.**

Im Auftrage der Verbandsleitung  
zusammengestellt von **Ph. Mr. Karl Kraus**, Schriftleiter der  
„Sudetendeutschen Apothekerzeitung“.



Im Selbstverlage herausgegeben vom „Verband deutscher  
Apotheker in der tschechoslowakischen Republik“.

---

**Komotau, 1926.**  
**Alle Rechte vorbehalten.**

## Vorwort zur Sammlung I.

---

Die Herausgabe dieser Sammlung, die über Ausschlußbeschlufs erfolgt, hat sich als dringend notwendig erwiesen, weil die seit dem Umsturze bis heute erlassenen gesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen, behördlichen Erlässe und Entscheidungen, in den seitdem erschienenen Jahrgängen der „Apotheker-Zeitung“ zerstreut, mangels eines Index nur sehr schwer auffindbar sind, und zudem deren Auffindung nur den Beziehern möglich ist, welche das Fachblatt lückenlos in Händen haben. Viele dieser gesetzlichen und behördlichen Verfügungen sind uns überhaupt nicht, oder wenigstens nicht in deutscher Uebersetzung zugekommen und mußten erst aus den tschechischen Fachblättern zusammengetragen werden.

Ihre Anzahl ist nicht gering und füllen ein stattliches Bändchen, sodaß wir von der Aufnahme der die Allgemeinheit betreffenden Gesetze, wie z. B. des Allgemeinen Steuergesetzes, des Krankenversicherungs- und Wehrgesetzes, der Gesetze über die Sozialversicherung usw., absehen und uns darauf beschränken mußten, aus diesen nur die unseren Stand und wiederum nur im Allgemeinen berührenden Bestimmungen herauszunehmen, sodaß mancher Einzelfall das Studium des vollständigen Gesetzes notwendig machen wird.

Die Sammlung wird auch über später erscheinende Gesetze und Verordnungen hinaus bleibenden Wert behalten und wird nach Maßgabe des Erfordernisses immer wieder ihre Fortsetzung finden müssen.

R o m o t a s u, im Feber 1926.

**Die Verbandsleitung.**

# I.

## Allgemein sanitäre Bestimmungen.

**Sozial-gesundheitliche Institute, Evidenz und Bewilligung derartiger Betriebe.** (R.-Schr. der polit. L.-B. in Prag vom 27. August 1923, Z. 22 A 4585, Z. d. pol. L.-B. 351.297 an die polit. Bezirksverwaltungen.). In der Nachkriegszeit entstanden eine Menge Heil-, Sanitäts- u. Humanitätsinstitutionen, als welche man die Dispensatorien für Tuberkulöse, die Beratungsstellen für die Jugend, Beratungsstellen für Mütter und Kinder, Asyle für Säuglinge und Wöchnerinnen, Krippen, Refonvalenzszentenheime und andere ähnliche Institutionen betrachten muß. Viele dieser Anstalten sind errichtet und in Betrieb gesetzt worden, ohne daß, wie sichergestellt worden ist, ein Verfahren nach den gültigen gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt worden wäre. Es liegt im Interesse einer einheitlichen Evidenz dieser Institutionen und einer fachgemäßen Beaufsichtigung deren Tätigkeit, daß jene, welche den erwähnten gesetzlichen Bestimmungen bisher nicht Genüge geleistet haben, aufgefordert werden, bei der polit. L.-B. auf Grund des § 2, b des Ges. vom 30. April 1870, R.-G. Nr. 68, um die nachträgliche Genehmigung ihrer Errichtung und ihres Betriebes anzusuchen, wobei gemäß dem Erlaß des Gesundheitsministeriums vom 3. August 1923, Z. 24.507/V, darauf zu achten ist, daß bloß die Institutionen die Genehmigung erhalten, welche in hygienischer Hinsicht und hinsichtlich fachgemäßer und administrativer Führung sowie auch dem tatsächlichen lokalen Bedürfnisse entsprechen. Institutionen, welche sich andauernd und absichtlich dieser Verpflichtung entziehen sollten, sind auf die Zwangsmaßnahmen des Gesetzes sowie auf den Umstand aufmerksam zu machen, daß ihre Ansuchen um event. staatliche Subvention nicht empfohlen werden

können. Institutionen aber, welche genehmigt worden sind, sind in einem besonderen Verzeichnisse zu vermerken, in welchem bei jeder Institution Zahl und Datum des hiesigen Genehmigungserlasses angeführt werden. Institutionen, welche um Genehmigung bisher nicht angejucht haben und bisher funktionieren, sind in einem anderen Verzeichnisse zu vermerken. Beide Verzeichnisse sind längstens im Laufe von 4 Wochen anher vorzulegen mit dem zugehörigen Berichte, in welchem auch die Umstände, unter welchen die Institutionen errichtet worden sind, ihr Zweck und die Ursache, deretwegen um die Genehmigung nicht eingekritten worden ist, anzuführen sind.

(R.-Schr. der polit. L.-B. in Prag, vom 25. September 1923, Z. 22 A 4585, Z. d. pol. L.-B. 388.044.) Als Nachtrag zum hiesigen R.-Schr. vom 27. August 1923, Z. 22 A 4585 ai 1923, Z. d. pol. Landes.-Verw. 351.297, durch welches auf Grund des Erl. d. Gesundh.-Min. vom 3. August 1923, Z. 24.507, V. aufgetragen worden ist, die Verzeichnisse und Berichte über genehmigte und nicht genehmigte Heil-, Sanitäts- und Humanitätsinstitutionen vorzulegen, wird aufmerksam gemacht, daß im Sinne des angeführten R.-Schr. Berichte über die in demselben angeführten sanitären Institutionen oder Anstalten vorzulegen sind und keineswegs, wie manche polit. Bez.-Verw. es handhaben, über Vereine, welche die angeführten sanitären Institutionen in Tätigkeit gesetzt haben. Es handelt sich nicht darum, die auf die Tätigkeit der nach dem Gesetze vom 30. April 1870, R.-G.-Bl. Nr. 68 bewilligten Vereine sicher zu stellen, sondern zu konstatieren, ob und durch welchen Erlaß der polit. L.-B. diesen Vereinen die Bewilligung zur Errichtung und Betreibung der erwähnten wohlthätigen Einrichtungen (Beratungsstätten, Dispensatorien, Asyle u. dgl.) erteilt worden ist.

**Blatternimpfpflicht.** (Ges. v. 15. Juli 1919, Nr. 412 d. S. d. G. u. B.; Durchführungs-Ver. v. 20. April 1920. Nr. 298 d. S. d. G. u. B. betreffend die Impfung der einer erhöhten Blatternansteckungsgefahr ausgesetzten Personen (IV § 8 des Ges.): Personen, welche durch ihre Beschäftigung einer besonderen Blatternansteckungsgefahr ausgesetzt sind, sind verpflichtet, sich vor Antritt ihrer Beschäftigung der Impfung oder Wiederimpfung zu unterziehen. Diese Beschäftigung werden im Verordnungs-



wege bezeichnet. (Ärzte, Apotheker u. Hilfspersonal in den Apotheken, Seelsorger, Hebammen, Krankenpfleger, Krankenhauspersonal, Desinfektoren, Personal für den Krankentransport usw.). Von dieser Impfpflicht (IV § 8 d. Ges.) ist befreit (V § 9 lit. a): Wer sich mit einem gültigen ärztlichen Zeugnisse ausweist, daß er nicht länger als 5 Jahre vorher mit Erfolg geimpft oder revakziniert worden ist oder in dieser Zeit die echten Blattern überstanden hat. Hiedurch wird aber die Verpflichtung zur Impfung in späteren Jahren nach den Bestimmungen des § 4 weder aufgehoben noch abgeändert.

**Tschechoslowakische Anstalt für Erzeugung von Seren in Mähr.-Weißkirchen; Aufhebung.** (Erl. des Min. f. Gesundheitsw. vom 20. Feber 1921, Z. 3754/II). An das Min. f. Gesundheitsw. u. körp. Erz. gelangen beständig verschiedene Zuschriften, betreffend die Tätigkeit der tschechoslov. Anstalt für Erzeugung von Seren in Mähr.-Weißkirchen. Im Einverständnisse mit dem Min. f. nationale Verteidigung, welchem die betreffende Anstalt unterstellt war, teilt das Min. f. Gesundheitsw. und körperl. Erziehung mit, daß diese Anstalt aufgehoben wurde und keine Seren mehr erzeugt. Solange nicht eine neue Anstalt für Erzeugung von Seren vom Min. f. Gesundheitsw. und körperl. Erziehung errichtet wird, müssen die Apotheker die Seren bei Großhändlern bestellen, welche solche aus ausländische Anstalten auf Lager führen. Hievon sind unverzüglich alle unterstellten Behörden wie auch alle Ärzte, Apotheker und interessierten Kreise aufmerksam zu machen.

**Nichtbewilligte Erzeugung serologischer und bakteriologischer Präparate.** (Erl. d. Min. f. Gesundheitsw. vom 10. Juni 1921, Z. 13507 I). Das Min. für Ges. u. körperl. Erziehung hat in Erfahrung gebracht, daß sich in der letzten Zeit einige Ärzte mit der Erzeugung von Bakzinen zu Verkaufszwecken befassen, namentlich mit der Erzeugung der Tuberkel-Bakzine kaltblütiger Tiere, ohne dazu die Bewilligung zu haben. Eine derartige Erzeugung serologischer und bakteriologischer Präparate zu Heilzwecken, also solcher Präparate, welche der staatlichen Kontrolle unterworfen sind, ist bloß in eigenen dafür eingerichteten und behördlich genehmigten Lokalitäten nach behördlich genehmigten Methoden und unter Beaufsichtigung und Verantwortung

qualifizierter Fachmänner nach Erteilung einer besonderen Bewilligung seitens des Min. f. Gesundheitsw. u. körperl. Erziehung, zulässig. Hievon sind sämtliche Ärzte und Apotheker des dortigen Verwaltungssprengels zu verständigen: die polit. L.-B. wird aufgefordert, gegen zuwiderhandelnde Personen das entsprechende amtliche Verfahren einzuleiten. Das Rundschreiben der polit. L.-B. in Prag vom 24. Juni 1921, Z. 22. A 2513, Z. d. polit. L.-B. 201.065, verweist wörtlich auf den Erlaß des Min. f. Ges. vom 10. Juni 1921, Z. 13.507/II.

**Von tschechosl. diagnost. und seratherapeut. Institut in Gwanowitz.** Die polit. L.-B. in Prag hat über Weisung des Ges.=Min. unterm 25. Mai 1925, Z. 220.849 ai 1925/22/B 518 ai 1925 nachstehendes Rundschreiben erlassen: „Das Gesundheits-Min. teilte mit Schreiben vom 7. Mai 1925, Z. 5099, folgendes mit: Gemäß der Zuschrift des Ackerbau-Min. vom 4. Februar 1925, Z. 9640-IV ai 1925, ist es möglich, normales Pferdeserum aus dem diagnostischen und serotherapeutischen Veterinärinstitut in Gwanowitz in der Hanna zu einem unverhältnismäßig billigeren Preise, als solche aus dem Ausland zu uns eingeführt werden, zu beziehen. Für die intravenöse Injektion usw. ist ein nichtkarbolisiertes Normal-Pferdeserum in zugeschmolzenen Phiolen zu 5, 10, 15 ccm oder in Fläschchen zu 25 und 50 ccm zu haben. Die Preise der einzelnen Füllungen dieser Sera ohne die 2 % ige Umsatzsteuer ohne Verpackung und Porto sind:

1	Phiole zu 5 ccm . . . . .	— 70 Kč
1	„ „ 10 „ . . . . .	1.10 „
1	„ „ 15 „ . . . . .	1.50 „
1	Fläschchen zu 25 ccm . . . . .	1.65 „
1	„ „ 50 „ . . . . .	2.55 „

Sollte Nachfrage nach Rinder- u. Schaffserum eintreten, werden dieselben bei derselben Anstalt zu den gleichen Preisen zu haben sein. Was die Phiolen zu 20 ccm betrifft, bemerkt das Ackerbau-Min., daß dieselben in der Veterinärpraxis nicht gefordert werden und weil es sich hier offensichtlich nur um eine unbedeutende Menge handeln würde, stand es nicht dafür, solche eigens zu füllen. Wenn aber ein größerer Bedarf hierin eintreten sollte, ist das Min. bereit, dem genannten Institut aufzutragen, daß es Normalserum auch in

Füllungen zu 20 ccm auf Lager halte. Ferner erzeugt oben angeführtes Institut: 1. Heilserum gegen Milzbrand (Pferde-, Kinder- oder Schafferum)

Füllung zu 25 ccm . . . . . Kč 7.80

" " 50 " . . . . . " 15.—

2. Praecipitatserum zur Diagnose vom Milzbrand (eventuell mit entsprechendem Positivextrakt)

Füllung in Phiolen zu 1 Kč per 1 ccm.

3. Heilserum gegen Schweinerotlauf, welche Krankheit oft Menschen befällt (Tierärzte, Fleischer, Köchinnen) und zwar durch Infektion bei Rotschlachtungen von Schweinen, welche vom Schweinerotlauf befallen waren, oder bei der Zubereitung des Fleisches solcher Tiere:

Füllung zu 25 ccm . . . . . Kč 7.50

" " 50 " . . . . . " 15.—

Weil die Aerzte nicht wissen, wohin sie sich bei Erkrankungen von Menschen mit ansteckenden Tierkrankheiten wenden sollen, um das notwendige Serum zu erhalten, teilt das Ackerbau-Min. mit, daß das diagnostische und serotherap. Institut in Givnowitz in der Hanna auf telegraphische oder telephonische Bestellung hin das Serum sofort zuschickt. Da es sich um die Erhaltung eines Menschenlebens handeln kann (bei Milzbrand), empfiehlt es sich, einen Boten zu schicken, dem dann das notwendige Serum gegen ärztliche Verschreibung auch in der Nacht expediert wird. Die telegraphische Anschrift der Anstalt ist: „Diagjerum Givnowitz in der Hanna,“ Telephon Nr. 7. Davon sind alle Aerzte und Apotheker des dortigen Verwaltungsbereiches zu verständigen.“

**Gesetz vom 12. Oktober 1925, S. d. G. u. B. Nr. 218,** betreffend die Errichtung, den Wirkungskreis und die Organisation der Staats-Gesundheitsanstalt der Tschechoslowakischen Republik.

Die Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

### § 1.

Beim Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung wird eine Staatsgesundheitsanstalt errichtet.



## § 2.

Aufgabe dieser Anstalt ist die Ausführung der für wirksame Sanitätsmaßnahmen notwendigen fachwissenschaftlichen Arbeiten und Untersuchungen für die staatliche Sanitätsverwaltung, die Förderung der Erziehung in der präventiven Medizin sowie die Sorge für eine praktisch-fachliche Ausbildung des Sanitätspersonales.

## § 3.

(1) Die Anstalt führt den Namen „Staats-Gesundheitsanstalt der Tschechoslowakischen Republik“ und besteht aus der Haupt(Zentral)anstalt und aus Zweiganstalten.

(2) Die Haupt(Zentral)anstalt hat die erforderliche Anzahl von Abteilungen und ihr Sitz ist in Prag.

(3) Die Zweiganstalten werden von der Regierung, namentlich auch an den Sitzen der Hochschulen für irgend einen Arbeitszweig der Anstalt errichtet. Die Regierung kann nach den Bedürfnissen des öffentlichen Gesundheitswesens einzelne Abteilungen der Haupt(Zentral)-anstalt sowie der Zweiganstalten auflassen, abändern oder neue errichten und bisherige öffentliche Anstalten mit ihren Wirkungskreisen auf dem Gebiete der sanitären Fürsorge ihnen angliedern oder mit ihnen vereinigen.

## § 4.

(1) Die Staats-Gesundheitsanstalt ist dem Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung unterstellt und besitz ihre eigene Verwaltung und ihre fachmännische Leitung, deren Umfang von diesem Ministerium gemäß dem Grundstatut geregelt wird.

(2) Die Mitwirkung und Hilfe der Staats-Gesundheitsanstalt kann in ihrem Wirkungskreise unter den im Grundstatut der Anstalt (Regulativ) bestimmten Bedingungen von allen Zweigen der Staatsverwaltung, von den Sozialversicherungsanstalten, den autonomen Korporationen sowie von Privatpersonen in Anspruch genommen werden. Die Staats-Gesundheitsanstalt ist verpflichtet, den Ansuchen der Sozialversicherungsanstalten und der öffentlichrechtlichen autonomen Korporationen zu entsprechen, soweit dies nicht die im § 2 des Gesetzes aufgezählten Aufgaben beeinträchtigt.



## § 5.

Die Organisation der Anstalt und die Bedingungen für ihre Arbeit werden in dem Grundstatut (Regulativ), das von der Regierung im Verordnungswege erlassen wird, aufgezählt, und zwar so, daß sie auch den Forschungs- und Lehranforderungen der Hochschulen entsprechen.

## § 6.

An der Spitze der Anstalt steht ein Direktor, der von einem Stellvertreter vertreten wird. Neben denselben wird die Anstaltsagenda von der erforderlichen Anzahl von Fach-, Rechnungs-, Kanzleibeamten und Angestellten besorgt. Die Assistenten der Anstalt sind, sofern sie nicht zu definitiven Beamten ernannt sind, den Assistenten nach dem Geleße vom 31. Dezember 1896 R.-G.-Bl. Nr. 8 v. J. 1897, betreffend die Regelung der Stellung der Assistenten an den Hochschulen, gleichgestellt.

## § 7.

(1) Inwieweit und in welchen Fällen die Staats-Gesundheitsanstalt berechtigt ist, von den Parteien (§ 4, Abs. 2) für einzelne Berrichtungen der Anstalt besondere Gebühren einzuheben, wird durch das Grundstatut (Regulativ) festgesetzt. Die Höhe dieser Gebühren wird durch einen vom Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung unter Zustimmung des Finanzministeriums zu genehmigenden Tarif festgelegt. Die Tarife sind im Bedarfsfalle zu revidieren.

(2) Die Preise der in der Anstalt hergestellten und zum Verkaufe bestimmten Erzeugnisse werden auf Antrag der Anstaltsdirektion vom Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung unter Zustimmung des Finanzministeriums genehmigt.

## § 8.

Zur Beurteilung der mit der Tätigkeit der Staats-Gesundheitsanstalt zusammenhängenden fachlichen und wissenschaftlichen Fragen sowie zur Beurteilung der fachlichen und wissenschaftlichen Qualifikation der Kräfte der Staats-Gesundheitsanstalt wird beim Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung ein Beirat der Staats-Gesundheitsanstalt errichtet. Die Zusammensetzung des

Beirates und der Vorgang bei seiner Verhandlung werden durch eine besondere Verordnung geregelt.

### § 9.

Allen Behörden der Tschechoslowakischen Republik sowie den autonomen Korporationen wird die Unterstützung der Staats-Gesundheitsanstalt in ihrer Tätigkeit zur Pflicht gemacht.

### § 10.

Mit der Durchführung dieses Gesetzes wird der Minister für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Minister für Schulwesen und Volkskultur und dem Finanzminister betraut.

**Schutz der Pflanze „Drosera“, Verbot des Sammelns.** (R.-Schr. der polit. L.-B. in Prag v. 28. Juli 1924, Z. 318.005-2 A 2053) Auf Grund des Erlasses des Gesundh.-Min. vom 31. Mai 1924, Z. 18.173-I ai 1924, und des Erlasses des Unterrichts-Min. vom 14. Juli 1924, Z. 67.989-V, wird das Sammeln der Pflanze „Drosera“ für 3 Jahre untersagt und nur in außerordentlichen Fällen und zwar mit Zustimmung des Grundbesizers und des Unterrichtsministeriums kann es bewilligt werden.

---

## II.

### Konzessionsangelegenheiten; Abgrenzung der Berechtigungen.

Die gesetzlichen und im Verordnungswege erlassenen Verfügungen betreffend den Nachweis des Quinquenniums und des Quindecenniums sowie Ansuchen um Neukonzessionen, Uebertragungen. (Nach „Pharmaz. Zeitung“, Reichenberg). Im § 3 des Apothekergesetzes v. J. 1906 sind unter „Persönl. Eignung“ die zur Erlangung der Berechtigung zum selbständigen Betrieb einer öffentlichen Apotheke notwendigen Voraussetzungen skizziert, und zwar das Staatsbürgerrecht, (Zuerkennung der Staatsbürgerschaft durch die politische Landesverwaltung resp. des Min. d. Innern), Vollgenuß der bürgerlichen Rechte (also das Wohlverhaltenszeugnis der Gemeinde), Besitz des Nachweises des erlangten Grades eines Magisters der Pharmazie, die Bestätigung der zurückgelegten durch das Gesetz vorgeschriebenen Mindestdauer der fachlichen Tätigkeit, endlich Verlässlichkeit mit Beziehung auf den Betrieb der Apotheke

Als Diplom kommt natürlicherweise nur das an einer inländischen Universität erworbene Diplom in Betracht und zwar angefangen vom Jahre 1921. Die vor diesem Jahre an einer ehemaligen österr. Universität erworbenen Diplome haben auch jetzt für die Einrechnung Gültigkeit, sofern die Voraussetzung der Staatsbürgerschaft gegeben ist. (s. Richtigst.)

Nach dieser Zeit im Auslande erworbene Diplome unterliegen der Restriktion, die bei den verschiedenen Paragraphen besprochen wird.

Einer der schwierigsten Punkte dieses Paragraphen 3 ist wohl der Punkt 4, die fachliche Tätigkeit und

zwar die Einrechenbarkeit gewisser Dienstleistungen, sei es im Apothekenbetrieb selbst, sei es außerhalb desselben, betreffend.

Bedingung für Kauf, Pacht oder Provisorat einer bestehenden Apotheke ist eine Servierzeit von 5 Jahren, für Einreichung um eine Neukonzession eine 15 jährige Dienstzeit. Im alten Staate wurde die 5 jährige Dienstzeit, das *Quinquennium* auf dem Magisterdiplome durch den betreffenden Amtsarzt bestätigt, ein Vorgehen, das derzeit nicht mehr notwendig ist (s. Richtigst.).

Bei Anlegung des Gesuches ist das günstigste Vorgehen das, daß man auf dem Umschlage ungefähr folgendermaßen vermerkt:

#### Konditionszeit.

Zum Beispiel:

	Eintritt	Austritt	Zeit	
Apotheke x	1. Jän. 1920	5. Mai 1921	1 J. 4 M. 5 T.	Beilage 1
" y	—	—	—	(Konditionsnachweis)
zusammen			16 J. 2 M. 4 T.	Beilagen 5 (Gesamtdienstzeit)

Auf diese Art und Weise ist dem kontrollierenden Beamten die Arbeit erleichtert und andererseits die volle Konditionszeit zusammengefaßt. Als Beleg gelten derzeit also nur die *Konditionsnachweise* und zwar bestätigt von der betreffenden Dienststelle, dem Amtsarzt, dem Apothekergremium und dem Assistentenausschuß. Von diesen Unterschriften darf aber keine fehlen, da sonst diese Zeit nicht anerkannt wird.

Diese Bestimmung gilt für die nach dem Jahre 1912 verbrachte Dienstzeit (s. Richtigst.).

Die Konditionsnachweise haben eine gesetzlich vorgeschriebene Form und soll man von den vielleicht oft im guten Sinne, aber doch sehr drastisch geschriebenen Empfehlungen des Dienstgebers als sogenannten Zeugnissen Abstand nehmen, da diese für die amtlichen Behörden tatsächlich keinen Wert besitzen.

Nun haben sich im Laufe der Zeit verschiedene zweifelhafte Fälle ergeben, welche eine oberstgerichtliche bezw.



Ministerialentscheidungen zur Folge hatten, durch welche bestimmte Dienste in diese vorgeschriebenen Servierzeiten eingerechnet werden können. Wohl ziemlich bekannt sind nachstehende:

1. Die mit der Ausübung des pharmazeutischen Berufes zusammenhängende Lehrtätigkeit an Instituten und Laboratorien der Universitäten und an behördlich autorisierten Anstalten, welche zur Pflege der pharmaz. Wissenschaft oder zur Ausbildung der Pharmazeuten (z. B. Aspirantenschulen) dienen.

2. Die an Hochschulen zur höheren fachlichen Ausbildung im pharmazeutischen Berufe zugebrachte Studien- bzw. Verwendungszeit, sofern in jedem Semester Kollegien im Ausmaße von mindestens 15 wöchentlichen Unterrichtsstunden oder in Bezug auf die Stundenzahl diesen gleichartige Laboratoriumsarbeiten inskribiert erscheinen und der gute Erfolg entsprechend ausgewiesen wird.

3. Die Verwendung als Angestellter einer staatlichen Untersuchungsanstalt für Lebens- und Genußmittel in provisorischer oder definitiver Eigenschaft.

4. Die regelmäßige wissenschaftliche Tätigkeit in der pharmazeutischen Presse (M.-Z. 9. Juli 1910, Z. 8128).

5. Die Tätigkeit in Militärapotheken oder in Landwehrapotheken.

Die Zeit zwischen abgelegter Tirozinalprüfung und dem Beginn des Hochschulstudiums wird weder in das Quinquennium noch in das Quindecennium eingerechnet, doch besteht hier eine Ausnahme für jene Kollegen, welche vor Inkrafttreten dieses Gesetzes, also vor dem Jahre 1906 in Kondition gewesen sind. (M.-Z. vom 14. Okt. 1907, Z. 35.386).

Zu § 65, Abs. 3. In die (15- bzw. 20- u. 25-jährige zur Bewerbung um eine Neuerrichtung einer Apotheke anrechenbare Dienstzeit ist jenen Pharmazeuten, welche vor Eintritt der Wirksamkeit des neuen A.-G., nach abgelegter Tirozinalprüfung und vor Erlangung des akademischen Grades eines Magisters der Pharmazie im pharmazeutischen Dienste einer inländischen Apotheke in Verwendung gestanden sind, die Dauer dieser Verwendung einzurechnen; in das zur

selbständigen Leitung einer Apotheke erforderliche *Quinquennium* kann eine solche Dienstzeit nicht eingerechnet werden. (M.-Z. vom 14. Okt. 1907, Z. 35.386).

2. Die während der Universitätsstudien zur Zeit der Ferien (als *Sustentant*) zugebrachte Dienstzeit ist als volle berufliche Tätigkeit anzusehen. (M.-Z. vom 15. April 1909, Z. 10.696).

Die Art der in Apotheken erfolgten Verwendung eines Bewerbers zur Zeit der Universitätsstudien ist durch dessen Einvernahme festzustellen. (M.-Z. vom 2. April 1909, Z. 7261).

Die Zeit, welche während des Universitätsstudiums als *Sustentant* zurückgelegt wurde, kann auch in die 15 jährige Dienstzeit eingerechnet werden und zwar laut M.-Z. vom 15. April 1909, Z. 10.696. Natürlich ist bei der vorerwähnten Anlegung der Tabelle namentlich diese Min.-Ver. anzuführen, wenn eine derartige Dienstberechnung in Betracht kommt, um so dem kontrollierenden Beamten sofort die Umfrage zu ersparen und das Gesetz zur Hand zu legen. Das wären wohl die hauptsächlichsten Erläuterungen zu Punkt Dienstzeit.

Kurz bemerkt soll nur werden, daß auch außertourlich, z. B. bei der Verwendung im Laboratorium an der Universität, bei der Auslandszeit gesuchsweise durch das Ministerium eine Erweiterung der zugebrachten Zeit über die durch das Gesetz vorgeschriebene Zeitdauer ausnahmsweise bewilligt werden kann. Laut Min.-Ver. vom 30. Mai 1909, Z. 13539, kann die als *Besitzer und Leiter eines chemischen Laboratoriums* zurückgelegte Tätigkeit unter die anrechenbare Dienstzeit nicht gerechnet werden.

Auch da sind die Angestelltenverbände auf dem Wege, eine Entscheidung zu erzwingen, die gewisse, wie in Laboratorien, chem. Fabriken u. dgl. zugebrachte Dienstzeit als fachliche Tätigkeit anzurechnen.

Ist Auslandszeit einzurechnen, so muß das letzte Jahr der fachlichen Tätigkeit im *Inlande* zugebracht worden sein.

Zum Abs. 5 des § 3: Sollte ein Zeitraum von mehr als 3 Jahren seit der letzten Konditionszeit verstrichen und nicht wenigstens ein Jahr nach dieser Zeit in fachlicher

Tätigkeit verbracht worden sein, erlischt der Anspruch auf die Berechtigung zur Einreichung um eine Neukonzession.

Zur Verlässlichkeit mit Beziehung auf den Betrieb der Apotheke möchte ich bemerken, daß laut M.-J. Erl. 25/VII 1907, Z. 20.304 ein vom Amtsarzt ausgestelltes Gesundheitszeugnis verlangt werden kann. Es ist am besten, dieses Zeugnis immer den Konditionsnachweisen beizulegen. Derzeit wird es immer verlangt. Der Nachtrag verzögert nur das Ansuchen.

Dem Konzessionsansuchen ist laut M.-J. Erl. 16/VII 1909, Z. 23.797, ein Situationsplan anzuschließen. Die Standorte und Entfernungen der bestehenden Apotheken und der Standort der neuen Apotheke sind in diesem Plane besonders ersichtlich zu machen. Standort: Als Standort ist nicht das Haus, in welchem die Apotheke betrieben wird, sondern das Gebiet anzusehen, innerhalb welchen dieses Unternehmen als Sanitätseinrichtung bestehen soll (Erl. vom 4 März 1908, Z. 2164; B. 5792, 3 2. 1010, Z. 1131; B. 7207); obgleich keine Vorschrift besteht, daß die im Standorte der Apotheke wohnhaften Personen ihren Bedarf an Medikamenten in der betreffenden Apotheke beschaffen müssen (Erl. vom 27. März 1908 Z. 3053, B. 5854).

Der Standort ist ein integrierender Bestandteil der Konzession (Erl. vom 31. Jänner 1912, Z. 1053, B. 1912, I., S. 34) aus welchem Grunde die Verlegung der Apotheke (Betriebsstätte) außerhalb dieses Standortes einer neuen Konzession bedarf (Erl. vom 29. Okt. 1910, Z. 6873, B. 1910, IV. S. 80 und 3. 2. 1910, Z. 1131, B. 7207; B. 1910 I., S. 6).

§ 14, Transferierung. Dieser § erhält laut nachfolgenden Entscheidungen ein ganz eigenartiges Bild:

1. Erl. vom 31. Jänner 1912, Z. 1052, B. 1912, I., S. 34: Zum Ansuchen um Verlegung einer Apotheke ist nur der Konzessionär selbst berechtigt.

2. Ein Recht auf Transferierung einer bestehenden Apotheke innerhalb des Standortes steht dem Apotheker nicht zu. Die Entscheidung über das diesbezügliche Ansuchen (s. vorst. Erl.) liegt vielmehr im freien Ermessen der Behörde (Erl. vom 3. Feber 1910, Z. 1131, B. 7207, B. 1910, I., S. 7), welche Rücksicht zu nehmen hat, ob durch



Verlegung nicht die Existenzfähigkeit einer nachträglich errichteten Apotheke gefährdet werden kann.

Es könnte da wohl zu einer interessanten Frage Stellung genommen werden, z. B. der Konzessionär im nicht eigenen Hause wird gekündigt (vorausges., daß das Mieterschutzgesetz nicht existiert). Ist es möglich, zu delogieren oder überhaupt die Kündigung ohne Einverständnis des Konzessionärs durchzuführen?

Auf der einen Seite ist der Hauseigentümer selbstverständlich zur Kündigung berechtigt, auf der anderen Seite muß um Verlegung der Apotheke angesucht werden. Ob man dazu den Apotheker zwingen kann, ist eine Frage für sich. Auch kann niemand Anderer um die Verlegung (nach ob. Erf.) als der Konzessionär selbst ansuchen.

Nach § 16 ist ja bekannt, daß eine öffentliche Apotheke, welche noch nicht 5 Jahre besteht, durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden auf andere nicht übertragen werden kann. Alle gegenteiligen Vereinbarungen sind nichtig.

§ 15 behandelt den Uebergang von Apotheken, insbesondere beim Tode des Konzessionsinhabers im Erbwege, und da ist wohl Erf. vom 10. Dezember 1910, Z. 12.634, B. 7783, B. 1919/IV., S. 89, wichtig, woraus entnommen werden kann, daß es nicht ausgeschlossen ist, daß auch das vom Verstorbenen erworbene Recht selbst, das ist die noch nicht in Betrieb gesetzte Konzession, Gegenstand des Ueberganges sein kann.

**Richtigstellungen:** Bezüglich des **Rostrifizierungszwanges**: derselbe besteht nach Erlaß des Gesundheits-Min. vom 22. Jänner 1921, Z. 15.288/VI ai 1920, für alle nach dem Jahre 1918 erworbenen ausländischen Diplome.

Die zwischen der Diplomserwerbung und der Rostrifizierung zugebrachte Dienstzeit kann nicht in Anrechnung kommen, auch wenn sie in einer inländischen Apotheke zurückgelegt worden ist.

Schon im alten Oesterreich war die behördliche **Bestätigung** der 5 jährigen Servierzeit auf dem Diplome nicht mehr notwendig. Die Bestimmung, daß die Konditionierenden als Beleg des Nachweises ihrer Konditionszeit **Konditionsnachweise** vorzulegen haben, welche durch



den Dienstgeber, den Amtsarzt, das zuständige Gremium und den Assistenten-Ausschuß bestätigt sein müssen, bezieht sich laut Min.-Ver. vom 2. Jänner 1907, R.-G.-Bl. Nr. 6, nur auf die nach dem Jahre 1907 (nicht 1912) verbrachte Dienstzeit.

(Erlaß des Minist. für Gesundheitsw. vom 11. Juli 1925, Z. 16.947.) Es ist vorgekommen, daß eine konzess. Behörde die Konzession zum Betriebe einer bestehenden Apotheke einem Bewerber erteilt hat, welcher im Sinne des 2. Absatzes des § 46 des Apothekengesetzes einen Nachweis über die Apothekenübertragung vorgelegt hat, den ihm eine dritte Person gegeben hat, die zwar die Apotheke von einer Apothekerwitwe gekauft, aber noch früher, als sie die Konzession selbst erhalten hat, die Apotheke weiter verkauft hat.

Dieser Vorgang der konzessionierenden Behörde steht im Widerspruche mit den entsprechenden Bestimmungen des Apothekengesetzes, nämlich mit den §§ 15, Abs. 1 und 46, Abs. 2, letzter Satz.

Nach diesen Bestimmungen darf durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden bloß eine solche Apotheke übertragen werden, welche auf Grund einer Konzession betrieben wird, und der Bewerber muß, wenn er die Konzession erhalten hat, durch eine notariell oder gerichtlich beglaubigte Urkunde nachweisen, daß die Apotheke auf ihn übertragen worden ist. Selbstverständlich kann dem Bewerber diesen Beleg bloß eine Person ausfolgen, welche die Apotheke auf Grund einer Konzession betreibt, nicht eine Person, welche die Apotheke gekauft hat, um selbst eine Konzession zu erhalten und weil sie die Konzession — aus welchem Grunde auch immer — nicht erhalten hat, die Apotheke weiterverkauft. Eine solche Person ist nämlich, da es sich um eine persönliche Konzession handelt, weder Konzessionär noch Inhaber und in keinem Verhältnisse zu der konzessionierten Apotheke und den Sanitätsbehörden, weshalb der von einer solchen Person ausgefolgte Nachweis über die Uebertragung der Apotheke kein Nachweis ist, wie ihn der 2. Abs. des § 46 des Apothekengesetzes verlangt. Im entgegengesetzten Falle gäbe es hier überhaupt keinen Unterschied zwischen einer Real- und einer konzessionierten Apotheke und man müßte auch mehr solcher Zwischenkäufer zulassen.

Dieses mangelhafte Verfahren hatte zur Folge, daß dem Zwischenkäufer die Konzessionstaxe gemäß § 11 des Gesetzes

nicht bemessen wurde; außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß die Staatskasse auch hinsichtlich der Uebertragungsgebühren verfürzt worden ist.

Der politischen Landesverwaltung wird aufgetragen, in ähnlichen Fällen immer einen Nachweis im Sinne des 2. Abs. des § 46 des Apothefengesetzes zu verlangen, somit einen von einer zur Herausgabe berechtigten Person ausgestellten Nachweis, d. i. von einer Person, auf Grund deren Konzession, resp. für welche auf Grund einer alten Konzession (§ 15, Abs. 2, 3, 4 und 5) die konzessionierte Apotheke betrieben wird, mit anderen Worten, die Uebertragung einer konzessionierten Apotheke immer bloß von einer zum Betriebe der Apotheke berechtigten Person zu gestatten.

**Einhaltung der im Apothefergesetze bestimmten Fristen bei Konzessionsansuchen.** (Erlaß des Gesundheits-Minist. vom 9. Juli 1919, Z. 2417). Nicht selten wird das vorgeschriebene Verfahren über Ansuchen um Konzessionen zur Errichtung neuer öffentlicher Apotheken durch die Behörden ganz unbegründet verzögert, was im Widerspruche mit den Vorschriften des Gesetzes steht und der Sache selbst nicht einmal zum Vorteile gereicht, ganz abgesehen davon, daß dadurch besonders auch die Gesuchsteller selbst leiden, deren Streben darauf gerichtet ist, sich ehestens selbständig zu machen und eine eigene Existenz zu gründen. Weil aber die Erlangung einer Apothekenkonzession in der Regel auch die Berufungsinstanz durchlaufen muß, erfordert die normale Behandlung des Ansuchens eine beträchtliche Zeit. Damit diese Zeit so kurz wie möglich sei, wird den polit. L.-B. folgendes aufgetragen:

1. Die 14 tägige Frist nach § 48 des Apothefergesetzes für die **Berlautbarung** der eingelaufenen Ansuchen um Konzessionen zur Errichtung neuer Apotheken ist pünktlich einzuhalten.

2. Die polit. Landes-Verw., welche die Akten nach Berlautbarung solcher Ansuchen der polit. Bez.-Behörde zusenden, haben immer eine angemessene **Frist** zu bestimmen, bis zu welcher der Akt über die **gepflogene Erhebung** vorzulegen ist, und darauf zu sehen, daß diese Fristen durch die untergeordneten Behörden auch ordentlich eingehalten werden. Zu dem Zwecke sind die polit. Bezirksbehörden aufzufordern, daß sie selbst, wenn sie den Gemeinden und

Bezirksvertretungen Fristen gemäß § 49 des Apothekergesetzes bis zum höchsten Ausmaße von vier Wochen bestimmen, auch über die Einhaltung dieser Fristen wachen, wodurch auch ihnen die Einhaltung der durch die Konzessionsbehörde bestimmten Frist leichter wird.

3. Hieraus ist ersichtlich, daß die 4 wöchentlichen Fristen, welche der § 50 des Apoth.-Ges. der Landesvertretung der Apotheker (Apothekergremium) und den Ausschüssen der kondit. Pharmazeuten zugesteht und nach deren Ablauf das Verfahren beendet ist, einzuhalten sind, sodaß über das Ansuchen, allerdings nach einem allfälligen Anhören des Landes-sanitätsrates, endgültig entschieden werden kann.

4. Schließlich werden die polit. Landesverwaltungen auf die Bestimmung des § 51 des Apoth.-Ges. aufmerksam gemacht, nach welcher über das Ansuchen ohne Verzug zu entscheiden ist; deshalb wird den polit. Landesverwaltungen aufgetragen, über jedes Ansuchen um eine Apothekenkonzession, sobald das Verfahren abgeschlossen ist, gleich zu entscheiden, ohne Rücksicht auf andere gleiche Ansuchen, welche vielleicht später eingelaufen sind und hinsichtlich welcher das Verfahren noch nicht beendet ist.

**Einwendungen, Einspruchsrecht bei Neuerrichtung einer Apotheke.** (Erkenntnis d. O.-G. in Prag vom 14. Dez. 1921, Z. 16.887). Nur die Eingabe von **Einwendungen** gegen ein bestimmtes Gesuch eines bestimmten Bewerbers um eine Neukonzession verschafft dem Besitzer der bestehenden Apotheke das Recht der Berufung im Sinne des § 51, Abs. 3, des Ges. vom 18. Dez. 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 ex 1907, nicht aber eine allgemeine nicht konkrete Äußerung unter Hinweis auf ein bestimmtes Gesuch (Verlautbarung laut § 48), durch welche er die Abweisung eines jedes einlauf. Gesuches anstrebt.

(Erf. d. O.-G. in Prag vom 15. Dez. 1921, Z. 16.888).

Die Erteilung der Konzession für eine neue öffentliche Apotheke nach § 51, letz. Abs. des Ges. vom 18. Dez. 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 ex 1907, ist dadurch nicht ausgeschlossen, daß seit dem Einbringen der ursprünglichen Gesuche wenige Jahre verflossen sind.

(O.-B.G. Erf. v. 19. Jänner 1923, Z. 882).

I. Die Besitzer öffentlicher Apotheken können in dem Verfahren wegen Verleihung der Konzession zur Errichtung



einer neuen Apotheke bloß Einwendungen geltend machen, welche eine Verteidigung gegen die Gefährdung der Existenzfähigkeit ihrer Apotheken darstellen, nicht aber eine Einwendung zum Schutze öffentl. Interessen.

II. Ebensowenig können sie Einwendungen gegen die persönl. Befähigung des Bewerbers um die neue Konzession erheben.

III. Ob im konkreten Falle die Existenzfähigkeit der benachbarten Apotheken gefährdet wird, ist eine Tatfrage.

IV. Die Bevölkerungszahl in dieser Richtung ist von Bedeutung.

(Entsch. d. O.=B.=G. vom 24. April 1923, Z. 7010).

Das Apoth.=Ges. vom 18. Dez. 1906, R.=G.=Bl. Nr. 5 ex a 1907 gewährt den Besitzern bestehender Apotheken im Administrationsverfahren die Parteistellung bloß in einer einzigen Frage, nämlich ob durch die Bewilligung einer neuen Apotheke nicht die Existenzfähigkeit ihrer eigenen, in dem gewählten Standorte der neuen Apotheke oder in der Umgebung bestehenden Apotheke gefährdet werden würde.

**Abgewiesene Beschwerde gegen die Errichtung einer neuen Apotheke.** Mittels oberstgerichtlicher Entscheidung vom 20. März 1925, Z. 5466, wurde die Beschwerde eines Apothekeninhabers gegen das Gesundheitsministerium wegen Verleihung einer Apothekenkonzession mit nachstehender Begründung abgewiesen.

**Begründung:** Die polit. Landesverwaltung in Prag erteilte durch die Entscheidung vom 22. Dezember 1922, Z. 466.865, dem Ph. Mr. Josef Burda die Konzession zur Errichtung einer neuen öffentlichen Apotheke in Beneschau mit dem Standorte in der Schloßgasse, vom Bahnhofs bis zum Hause Nr. 176 auf der linken und Nr. 214 auf der rechten Seite und an beiden Seiten der Gymnasialstraße.

Den Einwürfen, welche der Beschwerdeführer als Besitzer der bestehenden Apotheke in Beneschau im Sinne des § 48 des Ges. vom 18. Dez. 1906, Nr. 5 R.=G.=Bl. ex 1907, vorgebracht hat, wurde nicht stattgegeben, weil nach dem Ergebnis der ordentlich, abgehaltenen Untersuchung die Existenzfähigkeit seiner Apotheke mit Rücksicht auf die Absatz- und Betriebsverhältnisse, ferner auf die Zahl- und



Lebensverhältnisse der einheimischen und auswärtigen Einwohner durch die Errichtung der neuen Apotheke nicht gefährdet sein wird. Die Berufung des Beschwerdeführers wurde durch die zitierte Entscheidung abgewiesen.

Ueber die Beschwerde gegen diese Entsch. erkannte das O. G. wie folgt: Das Apoth.=Ges. vom 18. Dezember 1906, R.=G.=Bl Nr. 5 ex 1907, führt im § 10, Abs. 2, an, auf welche Verhältnisse und Umstände bei der Entschließung über die Erteilung einer Apothekenkonzession zu sehen ist, nämlich, daß dabei auf das Bedürfnis der Bevölkerung zu sehen ist, insbesondere auf die Anzahl und Lebensverhältnisse derselben wie auch auf den Verkehr im Standorte und in der Umgebung, auf die bestehenden sanitären und humanitären Anstalten, Schulen, größere Gewerbe und Industrieunternehmungen, ferner auf den Umfang des Geschäftsbetriebes der im Standorte und in der Umgebung bestehenden öffentlichen Apotheken.

Im Abs. 3 bestimmt das Gesetz, daß die Konzession nicht zu erteilen ist, wenn durch die Errichtung der neuen Apotheke die Existenzfähigkeit der bestehenden Apotheken im Orte und in der Umgebung gefährdet ist. Die Inhaber der öffentlichen Apotheken sind bei der Erteilung der Konzession somit nur berechtigt, Einwendungen geltend zu machen, welche abwehren, daß bei der Errichtung der neuen Apotheke die Existenzfähigkeit ihrer eigenen gefährdet sein könnte, sie können sich jedoch nicht dagegen wehren, wenn vielleicht das öffentliche Gesundheitsinteresse und das Bedürfnis der Bevölkerung die Errichtung einer neuen Apotheke verlangen. Falls also die Beschwerde so zu verstehen wäre, daß eine neue Apotheke in Beneschau überhaupt nicht nötig ist, wird dieser Einwand als unzulässig angesehen. Die Frage, ob durch die Errichtung der neuen Apotheke die Existenzfähigkeit der bestehenden Apotheke gefährdet ist, ist, wie das Gericht in früheren Entscheidungen (s. die v. 5. Okt. 1923, Nr. 16.297 — 23) ausgesprochen hat, eine tatsächliche Frage, deren Beantwortung ein Teil der tatsächlichen Substanz ist, auf welche sich das geklagte Amt mit einer Entscheidung berufen hatte.

Das Gericht ist an das Urteil, zu welchem das Amt gekommen ist, nach den Bestimmungen des § 6, Abs. 1, des Ges. über ordentliche Gerichte gebunden, welche es nicht nach der meritorischen Seite überschreiten kann, sondern es muß

sich auf eine Ueberschreitung nach der formellen Seite beschränken, falls die Amtshandlung, durch welche das Amt zur Entscheidung über die Existenzfähigkeit der Apotheke gekommen ist, frei von Verstößen gegen den § 6, Abs. 2, des zitierten Ges. ist, namentlich falls das geklagte Amt eine genügende Unterlage für sein Urteil hatte, und falls sein Urteil nicht im logischen Widerspruch mit den Ergebnissen der Untersuchung steht. Nach dieser Seite hin führt die Beschwerde vor allem aus, daß die Entsch. des Min. überhaupt der Begründungen ermangelt. Dieser Einwand ist jedoch nicht begründet, denn das Min. machte sich die Ansicht der polit. L.-B. zu eigen und gab damit kund, daß es bei dieser Entscheidung auf die Absatz- und Betriebsverhältnisse der Apotheken Rücksicht genommen hat, wie auch auf die Anzahl und die Lebensverhältnisse der einheimischen und umliegenden Bevölkerung. Möglich, daß diese Begründung gedrängt ist, doch gab das geklagte Amt, damit kund, daß es auf die Momente gesehen hat, welche der § 10 des Apoth.-Ges. als maßgebend für die Erteilung einer Neukonzession aufstellt, und daß es somit auch die örtlichen Verhältnisse (Abs. 2) und auch die individuellen Verhältnisse (Abs. 3) berücksichtigt hat. Die Beschwerde führt ferner die Unvollständigkeit der Entscheidung an, welche darin besteht, daß das Amt nicht die Existenzfähigkeit der bestehenden Apotheke erwiesen hat, resp. daß das Urteil in dieser Frage keine genügende Unterlage besitzt.

Die Beschwerde meint somit, daß nicht auf die örtlichen Verhältnisse gesehen wurde, ferner darauf, welchen Einfluß die Nähe und Lage des Betriebes der neuen Apotheke auf die Existenzfähigkeit der alten haben wird, daß nicht sichergestellt wurde, welchen Teil der Einwohner die neue Apotheke haben wird, und schließlich, daß nicht darauf gesehen wurde, daß im Erl. der Amtsarzt resp. der Landesgesundheitsrat den Standort der neuen Apotheke als ungünstig erklärt hat. Das Gericht hat nicht gefunden, daß der Erlaß irgend eine Schwäche in Bezug auf die angeführte Beschwerde hat, sodaß das Gericht von Amtswegen hätte eingreifen müssen. Abgesehen davon, daß das Amt sein Urteil über die Existenzfähigkeit der Apotheke durch die amtliche Kenntnis der Verhältnisse belegen konnte, wurden in diesem Falle alle maßgebenden Umstände für die Beurteilung der Existenzfähigkeit der Apotheke der Beschwerde-

führers sichergestellt. Das Amt gründete sein Urteil auf die Ergebnisse der stattgefundenen Untersuchung, besonders von Seiten des Amtsarztes, in welcher alle Umstände bezüglich der örtlichen Verhältnisse wie auch des Betriebes der Apotheke detailliert angeführt waren. Besonders wurde die Ausdehnung der Apotheke des Beschwerdeführers nach seinen eigenen Angaben und nach seinen Geschäftsbüchern angeführt. Das Amt berücksichtigte auch den Standort der neuen Apotheke und ihre Entfernung von der alten, sah sich jedoch nicht in Uebereinstimmung mit den Ausführungen der Gemeindevertretung in Beneschau, wonach die Entfernung der alten Apotheke von der neuen die Existenzfähigkeit der neuen schädigen könnte, bedenkend, daß bei der geringen Ausdehnung der Stadt Beneschau zu Abnehmern der beiden Apotheken die ganze städtische Bevölkerung und die der umliegenden Umgebung gehören wird, daß ihre Prosperität mehr als von der Entfernung der beiden Apotheken von subjektiven Momenten abhängen wird, besonders von persönlichen Eigenschaften der Besitzer und von der Art des Betriebes. Das Amt gab also sein Urteil, daß der Attraktionsbezirk in diesem Falle mit Rücksicht auf die Lage der beiden Apotheken keine entscheidende Bedeutung hat.

Weil das Amt nach Ansicht des Gerichtes richtig erhoben und alle Umstände berücksichtigt hat, welche für die Entscheidung der Frage wichtig sind, ob durch die Errichtung der neuen Apotheke in Beneschau die Existenzfähigkeit der alten Apotheke gefährdet sein könnte, fand das Gericht nicht, daß der angeführte Erlaß unvollständig sei oder daß die Erkenntnis, zu welcher das geklagte Amt bei Beantwortung kam, keine genügenden Belege hatte oder daß sie unlogisch bezw. in Widerspruch mit den erhobenen Umständen sei. Es war daher die Beschwerde als grundlos abzulehnen.

**Ueber die Erweiterung des Standortes** einer Apotheke gemäß § 9 des Ges. vom 18. Dezember 1906. R.-G.-Bl. Nr. 5 ex 1907, ist das Verfahren gemäß §§ 48 ff durchzuführen, in welchem den Inhabern der im Standorte oder in dessen Umgebung bereits bestehenden Apotheken (§ 10) das **Einspruchsrecht** zusteht.

(Erf. d. D. V. G. vom 17. Nov. 1924, Z. 5912).

Bei der Entscheidung erwog das D. V. G., daß die Konzession zum Betriebe einer öffentlichen Apotheke gemäß § 9 des



Ges. vom 18. Dez. 1906, R. G. Bl. Nr. 5 ex 1907, nur für den behördlich bestimmten Standort Geltung hat. Als Standort im Sinne dieser Gesetzesbestimmung ist nicht die Betriebsstätte der betreffenden Apotheke, das ist das Haus oder die Lokalität, wo die Apotheke untergebracht wird, zu verstehen, sondern es bildet, wie insbesondere aus dem § 14 des zit. Ges. hervorgeht, den Standort der Apotheke im Sinne des Gesetzes jenes Gebiet, innerhalb dessen dieses Unternehmen als Sanitätseinrichtung zunächst für die dortigen Bewohner errichtet werden soll (vgl. Budw. Nr. 5792 A und 7207 A). Diese Bestimmung des Standortes der Apotheke hat nicht nur Bedeutung bei der Feststellung der sachlichen Voraussetzung für die Erteilung der Konzession (§ 10 des zit. Ges.), sondern sie hat auch Bedeutung für die Verlegung der bereits verliehenen Konzession. Dies erhellt daraus, daß zur Verlegung einer öffentl. Apotheke oder einer Filiale derselben sowie einer Anstaltsapotheke innerhalb des festgesetzten Standortes allerdings eine Bewilligung der pol. V. B. notwendig ist, vor der Bewilligung der Verlegung ist jedoch lediglich die Ständesvertretung der Apotheker und die Ärztekammer zu hören (§ 54 des zit. Ges.). Die Inhaber der Nachbarapotheken haben in den bei Verlegung der Apotheken innerhalb des festgesetzten Standortes durchzuführenden Verfahrens nicht die Stellung einer Partei, wie sie ihnen in dem Verfahren bei der Konzessionserteilung eingeräumt ist. Die Bewilligung zur bloßen Verlegung der Apotheken gemäß § 14 darf nur in dem Falle erteilt werden, wenn der gemäß § 9 des Ges. bestimmte Standort nicht geändert wird. Wenn aber mit der Verlegung der Apotheke eine Aenderung, insbesondere aber eine Erweiterung des Standortes verbunden ist, wird hiedurch in die Rechte der Inhaber der Nachbarapotheken eingegriffen und es ist aus diesem Grunde über das Gesuch um die Verlegung einer Apotheke, wenn sie mit der Erweiterung des Standortes verbunden ist, das Verfahren gemäß § 48 ff durchzuführen. In demselben steht den Inhabern der im Standorte oder in der Umgebung bestehenden Apotheken (§ 10) das Recht zu, Einspruch zu erheben. Denn vor der Erweiterung des Standortes muß ebenso wie in dem Verfahren bei der Konzessionserteilung festgestellt sein, ob durch die Erweiterung des Standortes die Existenzfähigkeit der im Standorte oder in der Umgebung beste-



henden öffentl. Apotheken nicht gefährdet ist. Dies erhellt klar aus der Bestimmung der §§ 9 u. 54 a kontr. § 48 des zit. Ges.

Diesen richtigen Standpunkt nahm schon die erste Instanz ein, denn sie hat über das Gesuch der beteiligten Partei um die Bewilligung zur Verlegung der öffentl. Apotheke außerhalb des Standortes, bezw. über das Gesuch um die Erweiterung des festgesetzten Standortes des im § 48 ff für die Errichtung neuer Apotheken vorgeschriebenen Verfahren eingeleitet. Auf diesem Standpunkte stehen auch die Beschwerdeführer und die belangte Behörde, wie aus den Verwaltungsakten und insbesondere aus der Gegenschrist ersichtlich ist.

Die belangte Behörde unterließ jedoch, aus diesem richtigen Standpunkte die notwendigen Folgerungen abzuleiten, denn sie übersah, daß das Gesuch um die Erweiterung des Standortes der Apotheke gleich behandelt werden muß, wie das Gesuch um die Errichtung einer neuen Apotheke. Gemäß § 10 war es demnach notwendig, die sachlichen Voraussetzungen für die Erweiterung des Standortes der Apotheke festzustellen, insbesondere sollte auch festgestellt werden, ob die Erweiterung des Standortes der Apotheke auf die Existenzfähigkeit der im Standorte oder in der Umgebung bestehenden Apotheken Einfluß haben wird. Die belangte Behörde war der Ansicht, daß sie in den Ergebnissen der über das Gesuch der beteiligten Partei um Erteilung einer neuen Konzession gepflogenen Erhebungen die für die Beurteilung der Frage der Existenzfähigkeit der Nachbarapotheke maßgebenden Verhältnisse hinreichend festgestellt habe, und daß die durch die Erweiterung des Standortes eintretende Änderung geringfügig sei. Auf diese sachliche Grundlage durfte aber die Behörde ihre Entscheidung schon deshalb nicht stützen, weil der Beschwerdeführer in dem Administrativverfahren die Einwendung erhoben hatte, daß sich die die Existenzfähigkeit seiner Apotheke betreffenden Verhältnisse seit der Durchführung des Verfahrens betreffend die Konzessionserteilung wesentlich geändert haben. Dieser Einwendung hätte die Behörde nur damit begegnen können, wenn sie festgestellt hätte, daß die in Betracht kommenden Verhältnisse unverändert geblieben sind. Solange dies nicht geschah, war es notwendig, den Einfluß der der beteiligten Partei bewilligten Erweiterung des Standortes auf die Existenzfähigkeit der Apotheke des Beschwerdeführers selbständig festzustellen.

Es blieb demnach der Tatbestand der angefochtenen Entscheidung unvollständig, weshalb dieselbe mit einem wesentlichen Verfahrensmangel behaftet ist. Sie mußte daher gemäß § 6 B.-G.-Ges. aufgehoben werden.

**Radizierte Gewerbe** im Sinne des Hofdekretes vom 9. Dezember 1824, welches für Böhmen erlassen worden ist, sind solche Gewerbe, welche am Tage der Publikation, das ist am 22. April 1825, ausdrücklich im *Hausgewähr* enthalten waren. Die Verordnung betreffend die *Normalzeit* 1743/1775, welche in den Hofkanzlei-Dekreten für Niederösterreich bestimmt wird, gilt für Böhmen nicht (Erf. d. O. G. in Prag vom 5. Jänner 1922, Z. 17.919).

**Umsatzsteuer beim Apothekenverkauf.** (Landes-Finanzdir. Brünn vom 26. Mai 1925, Z. 23.499—2 VI). Durch das Fin.-Min. wurde gemäß Erlaß vom 24. Mai 1923, Z. 55.789/3160/23—V. Abt., folgendes kundgemacht: Nach § 9 des Ges. vom 18. XII. 1906, Nr. 5, kann eine öffentl., nicht radiierte Apotheke nur auf Grund einer Konzession, welche nur für einen bestimmten Standort Geltung besitzt, geführt werden. Nach § 12 des zit. Ges. ist diese Konzession persönlich und kann auf einen anderen nicht übertragen werden. Die Folge dieser Rechtslage ist im § 15 des zit. Ges. angeführt: „Wenn eine öffentl. Apotheke, welche auf Grund einer Konzession betrieben wird, durch Akte unter Lebenden oder durch Erbschaft auf einen anderen übergeht, so muß sich der Betreffende, wenn er die Apotheke führen will, eine neue Konzession verschaffen“. Wie aus dem Gesagten hervorgeht, kann die Konzession selbst nicht als Gegenstand eines Geschäftes aufgefaßt werden und kann deshalb auch kein Gegenstand einer Lieferung im Sinne des Umsatzsteuer-Ges. vom 2. August 1921, Nr. 321 der S. d. G. u. B., sein.

**Heilmittel in der Wohnung aufbewahren und verkaufen, ist keine Uebertretung des § 31 des Apotheken-Gesetzes, weil damit die Bedingungen für den Begriff einer Apotheke noch nicht gegeben sind** (Entsch. d. O.-B.-G. v. 26. März 1925.) J. Rosert aus Schmeil war laut Befund der polit. B.-B. in Bärn vom 2. Mai 1923, Z. 2895/I der Uebertretung des § 31 des Apoth.-Ges. vom 28. Dez. 1906, Nr. 5 ex 1907 schuldig erkannt worden, weil er unberechtigt eine Apothekenkonzession

ausgeübt habe, und war nach § 41 dieses Ges. zu einer Geldstrafe von 1000 Kč und im Nichteinbringungsfalle zu Gefängnis in der Dauer von 50 Tagen verurteilt worden. Die auf Grund dieses Urteiles durch ihn eingebrachte Berufung ist durch Erl. d. polit. V.-B. in Brünn vom 19. Feber 1924, Z. 129.586, abgewiesen worden, weil der Tatbestand der ihm zur Last gelegten Uebertretung erwiesen worden sei. In der gegen diese Entscheidung eingebrachten Beschwerde entschied das O.-B.-G. endlich folgendermaßen:

Die Verwaltungsorgane haben anerkannt, daß der Beschwerdeführer unberechtigt eine Hausapotheke führe und ihn in dieser Handlungsweise einer Uebertretung des § 31 des Apoth.-Ges., strafbar nach § 41 dieses Ges. schuldig erkannt. Durch welche konkreten Handlungen aber die Behörden die Führung einer Hausapotheke ersehen konnten, führt weder der Befund der I. Instanz, noch die genannte Entsch. an. Aus den Akten läßt sich beurteilen, daß die Behörden dies dadurch als erwiesen betrachtet haben, daß der Beschwerdeführer **H e i l m i t t e l i n s e i n e r W o h n u n g** aufbewahrte und verkaufte. Die Beschwerde führt vor allem an, daß auf diesen Fall die Bestimmungen des Ges. über die Regelung des Apothekenwesens überhaupt nicht angewendet werden können, weil damit noch nicht die **B e d i n g u n g e n** für den **B e g r i f f** einer **A p o t h e k e** gegeben sind. Der Beschwerde muß deshalb Folge gegeben werden. Das Gesetz über die Regel des Apothekenwesens enthält im I. bis III. Teile Vorschriften für die Apotheken und bestimmt im IV. Teile, daß Uebertretungen dieses Gesetzes oder deren Durchführungsver., soweit sie nicht unter die Bestimmungen des allg. Strafgesetzes fallen, mit Geldstrafen von 10—2000 Kč bestraft werden. Nach dieser Bestimmung können also nur solche Handlungen bestraft werden, durch welche die rechtlichen Vorschriften des Apoth.-Ges. übertreten werden, und diese nur in dem Falle daß die betreffende Handlung nicht nach dem allg. Strafgesetz als strafbar anzusehen ist. Der II. Teil des Gesetzes behandelt nach seiner Ueberschrift „Hausapotheken der Aerzte und Tierärzte“ und enthält die Vorschriften über die Bedingungen und den Umfang der Berechtigung von Aerzten und Tierärzten zur Führung von Hausapotheken und die Art ihrer Führung. Der § 31 hat die Ueberschrift: „Vorschriften über die Führung von



Hausapotheken“ und bestimmt in Abs. 1, daß die Hausapotheke durch den Arzt selbst und nie mit Hilfe einer dritten Person geführt oder verpachtet werden darf. Daraus ist zu entnehmen, daß die Vorschriften über Hausapotheken, welche im Abs. 1 enthalten sind, nur solche Hausapotheken angehen, welche von Ärzten oder Tierärzten geführt sind, und daß nur diese die verantwortlichen Subjekte für die Erfüllung oder Uebertretung dieser Vorschriften sein können, was besonders von der Bestimmung des § 31, Abs. 1, gilt, welche nur den Ärzten verbietet, ihre Apotheke durch eine dritte Person führen zu lassen oder zu verpachten. Wenn eine Person Heilmittel verkauft und in ihrem Hause aufbewahrt, auch wenn sie dazu behördlich nicht berechtigt ist, aber weder Arzt noch Tierarzt ist, so fällt diese Handlung nicht unter den II. Teil des Apoth.-Ges., weil sie nicht von der Art ist, wie sie das Gesetz subjektiv (Arzt, Tierarzt) festlegt. Aus diesen Erwägungen ergibt sich also, daß man auf den angeführten Fall die Bestimmungen der §§ 41 und 31 des Apoth.-Ges. überhaupt nicht anwenden kann und muß die betreffende Entsch. nach § 7 des Gesetzes über das Verwaltungsgerichtswesen wegen irrthümlicher Beurteilung von Seiten des Rechtsstandpunktes aufgehoben werden, ohne dabei zu beurteilen, ob die dem Beschwerdeführer zur Last gelegte Handlungsweise nach anderen Rechtsnormen strafbar wäre.

**Interpretation des § 15, P. 14; der G.-D.; Befähigungsnachweise und Umfang des Drogistengewerbes im Sinne des § 15, P. 14, der G.-D.** (Erl. d. Handelsmin. im Einvernehmen mit dem Ges.-Min. vom 16. Mai 1923, Z. 15.328; Z. d. polit. L.-B. in Brünn 64 302/V vom 2. Juni 1923). Das Ansuchen ad 1 (des Drogistengremiums in Brünn bei der polit. L.-B. in Brünn), die I. Instanzen darauf aufmerksam zu machen, daß bei der Konzession nach § 15, P. 14, d. G.-D. das Recht des Verkaufes und das Recht der Erzeugung zu unterscheiden sind, ist ganz gerechtfertigt, weil zu jedem dieser Fächer eine besondere Qualifikation zum Verkaufe nach der Min.-Ver. vom 6. August 1907, Z. 196 R.-G.-Bl., und zur Erzeugung laut Min.-Ver. vom 12. Mai 1914, Z. 106 R.-G.-Bl., erforderlich ist, was in den Konzessions-Urkunden, welche von den I. Instanzen ausgefertigt sind, häufig nicht unterschieden wird.



Hieraus geht selbstverständlich hervor, daß auch die in §. 2 und 3 des Ansuchens ausgesprochenen Begehren, daß für jede der genannten Konzessionen ein separat vorgeschriebener Befähigungs-Nachweis gefordert werde und daß die unterstehenden Instanzen aufmerksam gemacht werden, daß die Konzession zur Erzeugung nicht auch die Konzession zum Verkaufe in sich begreift, ganz berechtigt sind.

Demgegenüber kann jedoch den in den §. 4 und 5 angeführten Forderungen nicht zugestimmt werden. Im §. 4 wird gefordert, daß die von dem Mag. d. Pharm in einer Apotheke zugebrachte 2 jährige Zeit nicht gleichgehalten werde mit der 2 jährigen Verwendung, welche nach der Min.-Ver. vom 6. August 1907, §. 196, R.-G.-Bl., zur Erlangung der Verkaufskonzession gefordert wird. Die Konzession nach § 15, §. 14 G.-O., berechtigt zum Kleinverkaufe nur jener Stoffe, welche im Verzeichnisse der zu Heilzwecken verwendeten Drogen, die außer in Apotheken auch in für den Heilwarenverkauf konzessionierten Geschäften oder in Geschäften mit besonderer Bewilligung (Min.-Ver. vom 17. Juni 1886, §. 97 R.-G.-Bl.) verkauft werden dürfen, und im Verzeichnisse der auch außerhalb der Apotheken zu technischen, ökonomischen und diätetischen Zwecken verkäuflichen Drogen und chemischen Präparate angeführt sind. Die eben erwähnten Präparate werden auch in Apotheken im Handverkaufe verkauft und ersieht daher das Handelsmin. im Einvernehmen mit dem Gesundh.-Min. keine Ursache, warum die Qualifikation zum Verkaufe jener Stoffe außerhalb der Apotheken denen abgesprochen werden sollte, welche sie durch zwei Jahre verkaufen durften. Was den Großhandel mit Stoffen betrifft, auf welche sich der § 15, §. 14 G.-O., bezieht, kann der Verkauf dieser Stoffe im Großen jenen, welche mit dem Verkaufe derselben im Kleinen schon durch zwei Jahre in den Apotheken beschäftigt waren, umso eher anvertraut werden, weil zum Verkaufe in größeren Mengen nicht soviel Vorbildung und Vorsicht nötig ist wie zum Verkaufe im Kleinen in den Apotheken.

Was endlich die Forderung 5 betrifft, die I. Instanzen mögen aufmerksam gemacht werden, daß die Studien des Apothekers u. die Verwendung in Apotheken zur Erlangung der Konzession laut § 15, §. 14 d. G.-O.,

nicht berechtigen, kann dieser Forderung nicht willfahrt werden weil nach der gültigen Min.-Ver. vom 6. Aug. 1907, Z. 196 R.-G.-Bl. und der vom 12. Mai 1914, Z. 106 R.-G.-Bl., das Diplom eines Magisters der Pharmazie einer inländischen Universität mit dem Nachweise einer mindestens zweijährigen Verwendung in einer Apotheke zur Erlangung der Konzession zur Erzeugung von Giften, Herstellung von Stoffen und Präparaten zu Heilzwecken und zur Erzeugung künstlicher Mineralwässer berechtigt und das Handelsmin. im Einvernehmen mit dem Gesundh.-Min. sich nicht genötigt sieht, zur Abänderung dieser Verordnungen in der angeführten Richtung etwas zu veranlassen. Sollte jedoch die Min.-Ver. vom 6. Aug. 1907, Z. 196 R.-G.-Bl. vielleicht bezüglich der zweijährigen praktischen Verwendung, welche für die Erlangung der Konzession zum Verkauf in diesem Sinne vorgeschrieben ist, irgend welche Zweifel ergeben, als ob dieser praktischen Verwendung nicht auch die Verwendung in Apotheken gleich gehalten werden könnte, wird auf die Ausführungen zum Punkt 4 hingewiesen.

Dagegen kann das hiesige Ministerium nicht umhin, die polit. L.-B. aufmerksam zu machen, daß die Konzession nach § 15, P. 14, d. G.-D., durch die I. Instanzen sehr häufig auch dort erteilt werden, wo dies nicht notwendig ist, sodaß in unserer Republik ähnliche Geschäfte im Ueberflusse entstanden sind und dadurch die Aufsicht über Erzeugung und Verkauf der Heilmittel zum Schaden der Bevölkerung sowie der ordentlichen chem.-pharm. Industrie erschwert worden ist.

**Apotheker als Inhaber der Konzession nach § 15, P. 14, der G.-D. zur Incorporation im Drogistengremium verpflichtet.** (s. § 117 d. G.-D.) Zuschrift des Gewerbereferates der Hauptstadt Prag unter Z. 909/A-25 vom 20. November 1925 an den „Svaz čsl. lékárnictva“. „Durch eine Eingabe Ihrer Korporation vom 14. Juni 1924, G.-Z. 430/Pr. 1924 wurde das Ministerium für öffentliche Gesundheitspfl. und körperl. Erziehung um eine Entscheidung ersucht, ob ein Prager Apotheker, der eine Konzession zum Verkaufe von Giften nach der Min.-V. vom 21. April 1876, Z. 60 d, R.-G., besitzt, verpflichtet ist. Mitglied des Drogistengremiums zu sein. Der Magistrat der Hauptstadt Prag, dem durch Vermittlung der pol. L.-B. in Prag diese Eingabe zur Erledigung im eigenen Wirkungskreise abgetreten wurde, teilt

mit, daß nach seiner Beurteilung — ohne jedoch der Entscheidung eines konkreten Streitfalles vorgreifen zu wollen — ein Apotheker mit Gistkonzession verpflichtet ist, Mitglied des Gremiums zu sein, da sich doch der Wirkungskreis des letzteren auch auf die Konzession zum Verkaufe von Giften bezieht. An dieser seiner Verpflichtung vermag auch der Umstand, daß er bereits Mitglied des Apothekergremiums ist, nichts zu ändern.

**107. Regierungsverordnung vom 26. Mai 1925,**  
betreffend die Abgrenzung der Berechtigungen der Apotheken gegenüber den Materialwarenhandlungen und den einschlägigen anderen Gewerben für die Slowakei und  
**Podkarpatská Rus**

Die Regierung der tschechoslowakischen Republik verordnet auf Grund des § 70, Abs. 3, des Gesetzes vom 10. Oktober 1924, S. d. G. u. B. Nr. 259 (Gewerbegesetz für das Gebiet der Slowakei und Podkarpatská Rus), und des § 137 des Gesetzartikels XIV/1876 über die Regelung des Sanitätswesens:

§ 1. (1) Die Zubereitung und der Verkauf von Arzneien jeder Art und Form nach ärztlichen (tierärztlichen) Verschreibungen ist ausschließlich den Apotheken vorbehalten.

(2) Arzneizubereitungen, für welche die Bereitungsvorschrift zur Einsicht der Ärzte (Tierärzte) in der Apotheke nicht vorliegt, oder für welche aus der vorgelegten Bereitungsvorschrift die Substanz des Arzneimittels in qualitativer und quantitativer Hinsicht nicht mit Bestimmtheit erkenntlich ist, dürfen ohne eine eventuell im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft zu erteilende Bewilligung des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und körperl. Erziehung überhaupt nicht, also auch nicht in Apotheken feilgehalten und verkauft werden.

§ 2. (1) Das Feilhalten und der Verkauf von pharmazeutischen Präparaten ohne Unterschied, ob dieselben nach den in der geltenden Pharmakopöe enthaltenen Vorschriften oder nach den Dispensatorien anderer Länder dargestellt sind, ist nur in Apotheken gestattet.

(2) Ausgenommen von diesem Vorbehalte sind die diätetischen und kosmetischen Mittel, einschließlich der Zahnreinigungsmittel, sowie die chirurgischen Verbandstoffe ohne Rücksicht auf ihre Benennung, alle Arten Fruchtäfte, Geiste, Essenzen, Pasten, Zeltchen, Pomaden, Klebepflaster u. dgl., ferner natürliche



Mineralwässer und Mineralquellenprodukte. Von diesen Gegenständen sind nur die nach den Bereitungsvorschriften der geltenden Pharmakopöe dargestellten oder die dem Verkaufe in Apotheken (§ 3) vorbehaltenen Drogen enthaltenden Gegenstände dem Verkaufsrechte der Apotheken vorbehalten. Künstlich hergestellte Lösungen von Mineralsalzen in Wasser, die sich nach ihrer äußeren Beschaffenheit als natürliche Mineralwässer darstellen, ohne solchen nachgebildet zu sein, dürfen gleichfalls nur in Apotheken feilgehalten und verkauft werden.

§ 3. (1) Das Feilhalten und Verkauf von Drogen und chemischen Präparaten, welche ausschließlich nur zu Heilzwecken Verwendung finden, ist nur den Apotheken vorbehalten.

(2) Artikel, welche nicht bloß in arzneilicher, sondern auch in technischer Verwendung stehen, sind dem allgemeinen Verkehre unter Voraussetzung der Erfüllung der gesetzlichen Bedingungen freigegeben.

(3) Ueber die Berechtigung zum Verkaufe der zu Heilzwecken dienenden Drogen oder chemischen Präparate, deren gleichzeitige technische Verwendung und damit der Verkaufsvorbehalt der Apotheker angezweifelt wird oder strittig ist, entscheidet vorkommendenfalls nach Einholung fachtechnischer Gutachten das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe.

§ 4. Unter den in den nachfolgenden Paragraphen angeführten Modalitäten und Bedingungen wird das Feilhalten und der Verkauf der nachbenannten nur zu Heilzwecken verwendeten Artikel auch anderen Geschäften als Apotheken gestattet:

Arsinthii herba, Althaeae folia et radix, Angelicae radix, Arnicae rhizoma, Asa foetida, Aurantii folia, Calami aromatici rhizoma, Calendulae flores, Capilli Veneris herba, Cassiae fistulae fructus, Centaurii minoris herba, Chamomillae vulgaris flores, Foeni graeci semen, Gentianae radix, Graminis rhizoma, Hyssopi herba, Inulae radix, Imperatoriae rhizoma, Iridis florentinae rhizoma, Jaceae herba, Lichen islandicus, Liquiritae radix, Lycopodium, Malvae flores et folia, Manna, Meliloti herba, Melisae herba, Menthae crispae folia, Menthae piperitae folia, Millefolii herba, Oleum jecoris aselli, Oleum lauri, Ononidis spinosae radix, Origani herba, Papaveris

Rhoeados flores, Phellandrii aquatici semen, Quassiae lignum, Rhei radix, Rosae flores, Rosmarini folia, Sambuci flores, Scolopendrii herba, Serpylli herba, Spongia usta, Tamarindi fructus, Taraxaci radix, Taraxaci folia, Tiliae flores, Trifolii fibrini herba, Valerianae radix, Verbasci flores.

§ 5. Die in den §§ 2 und 3 verfügten Verkehrsbeschränkungen gelten für den Kleinverkehr. Auf den Handel zwischen Produzenten, Handelsleuten und Apothekern finden diese Bestimmungen keine Anwendung. Rücksichtlich des Verkehrs mit Giften, gifthaltigen Drogen und gesundheitsgefährlichen Präparaten bleiben die Bestimmungen der Vdg. Nr. 111.005/1894 B. M. (ung. M. I.) vollinhaltlich in Wirksamkeit.

§ 6. Gewerbetreibende die ihr Gewerbe auf Grund des § 22, Punkt 14, des Ges. S. d. G. u. B. Nr. 259/1924 betreiben, sind berechtigt, die im § 4 angeführten Artikel auch im Kleinhandel feilzuhalten und zu verkaufen.

§ 7. (1) Inhabern von Materialwarenhandlungen und an Orten, wo Materialwarenhandlungen nicht bestehen, auch anderer Handelsgewerbe kann von der vorgesetzten Gewerbebehörde I. Instanz die Ermächtigung zum Feilhalten und zum Verkaufe der im § 4 dieser Verordnung benannten Artikel erteilt werden.

(2) Bei Erteilung dieser Ermächtigung hat die Gewerbebehörde die örtlichen Verhältnisse und Bedürfnisse zu berücksichtigen.

(3) Die Bewerber um diese Ermächtigung haben entweder durch ein von öffentlichen Lehranstalten, an denen Warenkunde gelehrt wird, ausgestelltes Zeugnis oder in Ermangelung eines solchen durch eine vor dem staatlichen Bezirksarzte abgelegte Prüfung nachzuweisen, daß sie die vorbezeichneten Artikel sicher zu erkennen und von einander zu unterscheiden imstande sind.

§ 8. (1) Die Verschleißer sind verpflichtet, die im § 4 dieser Verordnung angeführten Arzneiartikel sowohl in dem Verschleißlokale wie auch in den Vorratskammern abgesondert von anderen Verkaufsartikeln in geeigneten, den Staub und sonstige Verunreinigungen abhaltenden Behältern, die deutlich und richtig signiert sein müssen, in stets unverdorbenem und gutem Zustande am Lager zu halten.

(2) Die dem Pflanzenreiche entnommenen Artikel dürfen nur in unverkleinertem oder in grob zerschnittenem Zustande, in

welchem der betreffende Artikel durch den bloßen Augenschein noch als solcher erkennbar ist, vorrätig gehalten und verkauft werden. Auf der Umhüllung ist der Name des verabsfolgten Artikels deutlich ersichtlich zu machen.

(<sup>3</sup>) In Berücksichtigung der Bedürfnisse der Landbevölkerung bei Behandlung erkrankter Haustiere wird gestattet, daß von den im § 4 dieser Verordnung angeführten Arzneimitteln, welche von geprüften Handelsleuten feilgeboten und verkauft werden dürfen, nachstehende Drogen auch in grob gepulvertem Zustande verkauft werden dürfen:

Angelicae radix, Calami aromatici rhizoma, Gentianae radix, Inulae radix, Imperatoriae rhizoma, Liquiritiae radix, Rhei radix, Valerianae radix, Foeni graeci semen.

§ 9. Die Gewerbebehörde hat die Verkaufsstellen in Evidenz zu führen und strengstens zu überwachen.

§ 10. Entstehen hinsichtlich der Person, der die Ermächtigung erteilt worden ist, Bedenken, so können die nach § 7 dieser Verordnung erteilten Ermächtigungen auch außer den Fällen des § 11 von der Verleihungsbehörde widerrufen werden.

§ 11. Uebertretungen dieser Verordnung, die nicht unter das allgemeine Strafgesetz fallen, sind nach den Vorschriften des Gewerbegesetzes oder des Ges. Art. XIV/1876 zu bestrafen.

§ 12. (1) Diese Verordnung tritt zugleich mit dem Gesetze S. d. G. u. B. Nr. 249/1924 in Wirksamkeit.

(2) Mit ihrer Durchführung wird der Minister für Industrie, Handel und Gewerbe und der Minister für öffentl. Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Minister für Landwirtschaft betraut.

### **Verkaufsberechtigung der Parfumeriehändler.**

Auf die Anfrage, ob ein Parfumeriehändler auch Mundwässer, Zahnpasten, Englisch-Pflaster, Pomaden und kosmetische Präparate zu verkaufen berechtigt ist, erstattete die Handels- u. Gewerbekammer in Olmütz auf Grund durchgeführter Erhebungen folgendes interessantes Gutachten: Im § 2 der Min.-Ver. vom 17. Sept. 1883, R.-G. Nr. 152, und im § 1 der Min.-Ver. vom 17. Juni 1886, R.-G. Nr. 97, ist bei den in Betracht kommenden Warengattungen die Grenze der Verkaufsberechtigung zwischen Drogisten und Apothekern angeführt. Gemäß der zitierten Verfügungen ist ganz unzweifelhaft feststehend, daß die betreffenden kosmetischen Erzeug-



nisse und Verbandstoffe, welche nach den Vorschriften des Arzneibuches zubereitet sind, ausschließlich den Apothekern zu verkaufen vorbehalten sind. Demgegenüber ist aber nach Ansicht der Handels- und Gewerbekammer nicht ausdrücklich entschieden, daß die nicht nach der Pharmakopöe hergestellten Präparate dieser Art ausschließlich den Drogisten vorbehalten sind. Von den in Erwägung gezogenen Artikeln fallen in den Verkaufsbereich des Drogisten alle jene, welche schon infolge ihrer Zusammensetzung in chemischer und arzneilicher Hinsicht zu den Drogen gehören. Parfümeriehändler dürfen deshalb auch Zahnpasten mit Gehalt an chlorsaurem Kalium, z. B. Pebeco, ebenso Mundwässer mit einem Gehalt an Thymol, Salol, Salizylsäure usw. nicht verkaufen. Analog sind auch Pomaden zu behandeln. Verbandstoffe sind nach Anschauung der Handels- und Gewerbekammer überhaupt nicht als Verkaufsartikel der Parfümeriegeschäfte aufzufassen, weil sie mehr oder weniger zu Heil- und keineswegs zu kosmetischen Zwecken bestimmt sind.

**Bezug von Drogen aus Drogerien durch ärztliche Hausapotheken.** (R.-G. der pol. L.-B. in Brünn vom 27. Mai 1925, Z. 69.829-XV). Durch das Brünner Apothekergremium wurde Beschwerde geführt, daß viele Ärzte, welche das Recht zur Führung einer Hausapotheke genießen, ihre Heilmittel für die Hausapotheke nicht aus öffentlichen Apotheken, sondern aus Groß- oder sogar aus Kleindrogerien beziehen. Aus diesem Grunde fordern wir die dortige Behörde auf, alle Ärzte, welche zur Führung einer Hausapotheke berechtigt sind, auf den Abs. 3, § 31 des Apoth.-Ges. vom 18. Dez. 1906, Nr. 5 ex 1907, aufmerksam zu machen und zwar darf der Arzt nach diesen die für seine Hausapotheke notwendigen Drogen, chemische und pharmazeutische sowie alle übrigen Heilpräparate nur aus einer inländischen öffentl. Apotheke beziehen. Die Amtsärzte mögen aufgefordert werden, bei ihren jährlichen Revisionen darauf zu achten, daß diese gesetzlichen Bestimmungen eingehalten werden und im anderen Falle im Amtswege einschreiten.

**Belieferung der Zahnärzte durch unberechtigte Firmen.** (E. d. Gesundh.-Min. vom 12. Juni 1925, Zahl 17.351-1547 I). Hier sind Beschwerden eingelaufen, daß Zahnmittelgeschäfte den Zahnärzten und Technikern Heilmittel

wie Arsenpasta, Kokain- und Morphinpasten, Novocain- und Adrenalin Injektionen u. dgl. liefern, welche den Apotheken vorbehalten sind. Weil ein solches Vorgehen der Bestimmung der Min.-Ver. Z. 152/1883, R.-G., bezw. der des Zirk. d. ehem. Min. d. Inn. Z. 111.005/1894, laut welcher es bloß den Apothekern erlaubt ist, die erwähnten Erzeugnisse zu verabsolgen, widerspricht, ersuche ich die polit. L.-B., die betreffenden Geschäfte auf diese Unzukömmlichkeit aufmerksam zu machen und falls sie die gültigen Vorschriften nicht beachten sollten, gegen sie einzuschreiten.

**Kontrolle über den ungesetzlichen Heilmittelverkauf.** Das Gesundh.-Min. hat für die Gemeinde-(Stadt)-Distriktsärzte sowie für die städtischen Haupt-(Ober)ärzte eine Dienstinstruktion herausgegeben (Erl. vom 10. April 1925, Z. 10.991), durch welche der Umfang deren Wirksamkeit festgesetzt worden ist. Im § 2 dieser Instruktion (Dienstrechte und -pflichten, Kompetenz), der erwähnten Ärzte heißt es sub. j): die allgemeine sanitäre Aufsicht über die Marktverhältnisse — § 4, Z. 13 — im besonderen aber den durch den Verkauf von Heilmitteln, Arzneien, und gesundheits-schädlichen Stoffen außerhalb der Apotheken betriebenen Handel zu beaufsichtigen. sich um die Ges. u. Ver. über den Verkauf nichtbewilligter Heilmittel ausschließlich den Apothekern vorbehaltenen Medikamente und Gifte u. dgl. zu kümmern, sub. k): in den Grenzen ihrer Wirksamkeit dazu beizutragen, daß die Quacksalberei, die unberechtigte Ausübung des ärztlichen und des Hebammen-Berufes verhindert würden, und auch durch Kundmachungen in diesem Sinne zu wirken, namentlich auch, soweit es sich um die Heilung von Geschlechtskrankheiten ohne persönliche Untersuchung, nur durch Korrespondenz oder Zusendung von Heilanweisungen, oder um aufdringliche, des ärztlichen Standes unwürdige Anbieterei zur Heilung von Geschlechtskrankheiten handelt.

### III.

#### Innere Betriebsführung der Apotheken:

- a) Dispensation, Taxierung, Arbeitszeit;
- b) Abgaben, Gebühren, Steuern.

**Außerkräftsetzung des Apothekenwesens betreffender Erlässe.** (Erl. d. Gesundh.-Min. vom 22. Jänner 1920, Z. 8362/I ex 1919).

Nachstehende Erlässe, deren Herausgabe durch die Verhältnisse in der Kriegs- und Nachkriegszeit notwendig geworden war, werden aufgehoben u. zw.:

1. Der Erlaß des ehem. Min. des Inn. vom 27. Mai 1909, Z. 34.809/08, welcher durch den Erlaß desselben Min. vom 24. Sept. 1914, Z. 5830/c in Kraft blieb, insoweit durch ihn die an den ungar. Universitäten und an der Universität in Agram erworbenen **Magisterdiplome** denen der inländ. Universitäten gleichgestellt sind. In dieser Beziehung gelten aber bis auf weiteres die allgemein gültigen Vorschriften.

2. Der Erlaß des Min. des Inn. vom 1. August 1914, Z. 5762/S, durch welchen gestattet wird, daß, falls für die Leitung einer öffentl. Apotheke ein Magister der Pharmazie überhaupt nicht erhältlich sein sollte, der Arzt die öffentl. Apotheke als **Hausapotheke** betreibe. Es gelten also in dieser Hinsicht die Vorschriften des § 4 des Ap.-Ges. und die Min.-B. vom 20. Juli 1909, R.-G. Nr. 113.

3. Der Erlaß des Min. des Inn. vom 5. August 1914, Z. 5859/S, laut dessen in Ergänzung des Erl. vom 1. August 1914, Z. 5762/S, die Leitung einer Apotheke auch jenen Magistern der Pharmazie, welche die im § 3, Abs. 1, B. 4 und Abs. 4, bezw. § 4 und § 17 des Ap.-G. vorgeschriebene Dienstzeit nicht nachweisen, auch für eine längere als sechs-



wöchentliche Dauer (Min.-Ber. vom 20. Juli 1909, R.-G. Nr. 113) gestattet wird, laut dessen im Notfalle die Leitung einer öffentl. Apotheke auch Magistern mit ungar. oder reichs-deutschen Diplomen bewilligt wird und laut dessen schließlich gegen das Rezeptieren unerfahrener Aspiranten sowie gegen die Verwendung niederen Hilfspersonales beim Handverfaufe unter gehöriger Aufsicht (Min.-Ber. vom 5. März 1912, R.-G. Nr. 47, § 2, Abs. 4 und § 1. letzter Abs.) kein Einwand erhoben wird. Es gelten also in der Hinsicht fernerhin die sub 2 angeführten Vorschriften und Min.-Ber. vom 5. März 1912, R.-G. Nr. 47.

4. Der Erlaß des Min. des Inn. vom 7. August 1914, Z. 5892/S, laut dessen kein Einwand dagegen erhoben wird, daß für den Dienst auch jene pharmazeutischen Kräfte Verwendung finden, welche drei Jahre hindurch beruflich nicht tätig waren (§ 3, Abs. 6 des Ap.-Ges.) und daß dort, wo zwei oder mehrere Apotheken bestehen, diese Apotheken abwechselnd über Mittag längstens zwei Stunden geschlossen bleiben. Es gelten aber weiters ohne Aenderung die Vorschriften des § 3, Abs. 6 des Ap.-Ges. und die Vorschriften über den ununterbrochenen Tagdienst.

5. Der Erlaß des Gesundh.-Min. vom 17. Sept. 1918, Z. 975, durch welchen einzelnen Apothekern gestattet wird, um die Bewilligung zur Haltung von mehr Aspiranten oder Aspirantinnen, als im § 5 der Min.-Ber. vom 5. März 1912, R.-G. Nr. 47, gestattet ist, anzusuchen. Künftighin ist es also zwecklos, solche Ansuchen einzubringen.

Die polit. L.-B. werden aufgefordert, von der Aufhebung der oben genannten Erlässe sofort alle untergeordneten Behörden, die Apothekergremien, die Assistentenausschüsse und die Ärztekammern zu verständigen und zu veranlassen, daß in Zukunft alle gültigen Vorschriften über die Leitung der Apotheken eingehalten werden.

**Staatliche Aufsicht über die Verwaltung der Apotheken in der Slowakei und in Podkarpatská Rus.** (Erlaß des Ministeriums für Gesundheitswesen vom 19. Mai 1925, Z. 10.289) Das Ministerium für Gesundheitswesen und körperliche Erziehung erläßt in Angelegenheit der staatlichen Aufsicht über die Verwaltung der Apotheken in der Slowakei und Podkarpatská Rus folgenden Normativerlaß:

# I. Allgemeine Normen, betreffend die Verwaltung der personal-rechtlichen und der Realapotheken.

## A. Materielle Vorschriften.

(16. Abschnitt des Ges. Art. XIV aus dem Jahre 1876 über die Regelung des Sanitätswesens insbes. §§ 124, 125 u. 126.)

Jede Apotheke muß von einer hierzu gemäß Gesetz befähigten Person, welche deren verantwortlicher Verwalter (Provisor) nach § 125, Abs. 2 des Sanitätsgesetzes ist, verwaltet werden. Eine solche Person ist (§ 126, Abs. 1 des Sanitätsges.) bei einer personal-rechtlichen (konzessionierten) Apotheke deren Eigentümer (Apotheker), welchem die Konzession vom Ministerium erteilt worden ist, wodurch schon seine Befähigung anerkannt wurde. In diesem Falle ist somit verantwortlicher Verwalter (Provisor) der Konzessionär selbst.

In allen anderen Fällen, wo es sich um den Betrieb einer personal-rechtlichen Apotheke handelt, die auf Rechnung der Witwe während ihres Witwentums oder auf Rechnung der minderjährigen Kinder bis zu deren Großjährigkeit (§ 132 des Sanitätsgesetzes) betrieben wird, ferner wo es sich um den Betrieb aller Real- (radizierten und auch frei verkäuflichen) Apotheken handelt, muß die Apotheke von einem **besonderen** Verwalter (Provisor) verwaltet werden, der bei der Real-Apotheke auch deren Eigentümer sein kann, wenn er die vorgeschriebene Befähigung hat.

Die Befähigung des Verwalters (Provisors) der Apotheke muß die gleiche sein wie die Befähigung des Eigentümers der Apothekenkonzession. Daher muß der Provisor seine Befähigung beim Antritt der Verwaltung (des Provisorates) der Apotheke bei der Behörde nachweisen.

Zu diesem Zwecke hat der Eigentümer (Nutznießer) der Apotheke der Behörde den Namen des ausersehenen Verwalters — falls er es selbst werden will, seinen Namen — unter Beischluß der Dokumente über seine Befähigung des Provisors zu melden. Diese Dokumente sind:

- a) Nachweis, daß er tschechoslowakischer Staatsbürger ist (Heimatschein).
- b) Nachweis, daß er eigenberechtigt ist (Geburtschein).
- c) Wohlverhaltens-Nachweis (ein von der Heimatsgemeinde ausgestelltes Sittenzeugnis).

d) Nachweis, daß er mit Erfolg die Tirozinalprüfung abgelegt hat.

e) Nachweis, daß er ein gültiges (im Inland erworbenes) Diplom eines Magisters der Pharmazie besitzt (ein bis zum 31. Juli 1919 an den Universitäten des gew. Oesterreich-Ungarn erlangtes Diplom ist gleichberechtigt dem im Inlande erworbenen, falls diejenige Person, welche ein derartiges Diplom erworben hat, am Tage der Wirksamkeit des Gesetzes Nr. 419, S. d. G. u. B. Jhg. 1919, das ist am 28. Juli 1919, tschechoslowakischer Staatsbürger war).

f) Nachweis, daß er wenigstens durch 3 Jahre hindurch in inländischen Apotheken fachlich tätig war (als inländische Apotheken gelten in der Zeit vor dem 28. Oktober 1918 sämtliche Apotheken auf dem Gebiete des gew. Oesterr.-Ung.). Von diesen 3 Jahren muß wenigstens 1 Jahr auf die Zeit nach Erwerbung des gültigen Diploms eines Magisters der Pharmazie entfallen, die übrigen 2 Jahre können entweder nach dem Magisterium oder auch vor dem Magisterium, jedoch nach der mit Erfolg abgelegten Tirozinalprüfung absolviert sein. Unter einem gültigen Diplom ist das Diplom gemäß lit a) zu verstehen. Wenn nun ein ausländisches und somit ungültiges Diplom nostrifiziert worden ist, muß jenes Jahr, welches nach Erwerbung eines gültigen Diploms zu absolvieren ist, erst nach dieser Nostrifikation absolviert sein. Das Zeugnis über die Praxis ist dann gültig, wenn es ordnungsgemäß gestempelt, mit der Stampiglie und mit der Unterschrift des Apothekers (Provisors) versehen und mit der Stampiglie und der Unterschrift des Amtsarztes (§ 26 des Normalerlasses Nr. 105.598/1912), beglaubigt ist.

g) Nachweis, daß er verläßlich ist. Diesen Nachweis hat entweder die zum Verwalter ausersehene Person durch ihre Konditionsnachweise zu erbringen oder es wird die Verläßlichkeit von amtswegen beurteilt, wenn z. B. die zum Verwalter ausersehene Person während der letzten Jahre überhaupt in Apotheken nicht tätig war oder wenn die Behörde aus anderen wesentlichen Gründen über die Verläßlichkeit der Person Zweifel hegt, so z. B. wenn es sich um einen notorischen Alkoholiker und ähnliches handelt.

Die Behörde überprüft die Dokumente und verständigt den Verwalter schriftlich über die Genehmigung oder die Ver-



weigerung der Genehmigung; im letzteren Falle sind die Gründe der Verweigerung wie auch die Belehrung über die Rechtsmittel im Bescheide anzuführen.

## B. Kompetenz.

Das Sanitätsgesetz enthält zwar keine ausdrückliche Bestimmung über die amtliche Genehmigung des Provisors einer Apotheke, aber diese Amtspflicht ergibt sich aus der allgemeinen Bestimmung des § 162, lit. d) des Sanitätsgesetzes, welcher die Kompetenz des Oberphysikus, jetzt des amtlichen Gauarztes, eines sachverständigen Organs der Behörde II. Instanz regelt. Dieser Paragraph bejagt nämlich:

„Der Oberphysikus überwacht das gesamte ärztliche und Sanitätspersonal seines Amtsbezirktes.“

Die Ueberwachung schließt offensichtlich auch die Pflicht ein, die zur Ausübung der Aufsicht notwendigen Maßnahmen zu treffen.

Eine solche Maßnahme ist auch die Genehmigung des Apotheken-Verwalters (Provisors).

Diese Maßnahme zu treffen, obliegt somit gemäß dem zitierten Paragraphen der Sanitätsbehörde II. Instanz, das ist dem Gauamte (Župan).

Diese Kompetenz gilt gegenwärtig bloß in Podkarpatská Rus, während sie in der Slowakei gemäß Bestimmung des § 1 A) Z. 7 der Regierungsverordnung Nr. 385/1922 S. d. G. u. B. vom Gauamte auf das Bezirksamt (dessen sachverständiges Organ der Bezirksarzt ist) übertragen worden ist.

Es obliegt somit die Genehmigung der Apotheken-Provisoren in der Slowakei dem Bezirksamte, in Podkarpatská Rus dem Župan.

Eine eventuelle Beschwerde gegen einen diesbezüglichen amtlichen Bescheid ist bei der Behörde einzubringen, welche die Entscheidung gefällt hat, und ist in der Slowakei an das zuständige Gauamt (§ 157 lit n des Sanitätsgef.), in Podkarpatská Rus an die Zivilverwaltung in Užhorod (§ 157, letzter Abs. des Sanitätsgef. und § 3 der Reg.-Verordnung 113/1923, S. d. G. u. B. zu richten.

Ausdrücklich wird jedoch darauf aufmerksam gemacht, daß die amtliche Bestellung des Verwalters gemäß dem letzten Abs. des § 125 des Sanitätsgesetzes auch heute noch sowohl in Podkarpatská Rus als auch in der Slowakei dem Gauamte obliegt, da an dieser Kompetenz durch die erwähnte Regierungsverordnung Nr. 365/1922, S. d. G. u. B., nichts geändert

worden ist. Der amtlich bestellte Verwalter muß allerdings wie ein jeder andere Verwalter allen genannten Anforderungen entsprechen.

## I. Besondere Normen über die Zulässigkeit der Apothekenverwaltung durch einen Provisor, resp. über die Verpachtung der Apotheken.

### a) Personal-rechtliche (konzessionierte) Apotheken.

Gemäß § 131 des Sanitätsgesetzes ist das Recht zum persönlichen Betriebe einer Apotheke an diejenige Person gebunden, welcher die Konzession erteilt worden ist.

Es ist somit — ausgenommen den weiteren Betrieb der Apotheke gemäß § 132 des Sanitätsgesetzes auf Rechnung der Witwe, resp. der minderjährigen Deszendenten des Apothekers, in welchem Falle ein Provisor bestellt werden muß oder die Apotheke an eine befähigte Person verpachtet werden kann — Regel, daß eine solche Apotheke von dem Apotheker persönlich verwaltet werden muß.

Somit kann die zuständige Behörde (siehe oben sub. I. B) eine Ausnahme durch Genehmigung einer dritten Person als Provisor oder Pächter bloß aus gewichtigen Gründen (Krankheit oder ein anderes unüberwindliches Hindernis) gestatten.

Es ist somit grundsätzlich unzulässig, einen Provisor für eine personal-rechtliche Apotheke zu genehmigen, damit deren Eigentümer (Konzessionär) einer anderen Beschäftigung nachgehen oder gar den Pacht oder die Verwaltung einer anderen Apotheke übernehmen könne.

Durch dieses Vorgehen würde der Konzessionär nur den Willen äußern, seine Apotheke nicht führen zu wollen, weshalb ihm gemäß § 21 des Norm. Erl. 3. 22.370/1883 die Konzession entzogen werden kann.

Entschieden widerstreitet es den Intentionen des Gesetzes, daß der Eigentümer einer personal-rechtlichen Apotheke Verwalter oder Pächter einer anderen Apotheke ist, weshalb ein solcher Konzessionär als Verwalter einer anderen Apotheke nicht genehmigt werden darf.

### b) Real- (radizierte und freiverkäufliche) Apotheken.

Zum Betrieb einer Realapothekes ist immer ein amtlich genehmigter Verwalter notwendig. Als solcher Verwalter kann der Eigentümer genehmigt werden, wenn er die Befähigung

(siehe oben sub. I. A) nachweist; sonst muß der Eigentümer um Genehmigung einer dritten Person als Verwalter gemäß den Bestimmungen sub. 1 Sorge tragen oder die Apotheke an eine qualifizierte, von der Behörde zu genehmigende Person verpachten.

c) Der Pächter der Apotheke in den Fällen a und b ist deren verantwortlicher Verwalter und muß gemäß Bestimmung sub. 1 genehmigt werden.

### III. Meldung der Aenderungen im Stande der Eigentümer, Verwalter und Pächter der Apotheken.

Nach § 19 des Normativerlasses 22 370/1883 sollen dem Ministerium der Verkauf der Realapotheken und die Aenderungen in der Person der Pächter und nach § 20 desselben Normativerlasses auch der Umstand gemeldet werden, daß das Nutznießungsrecht der personal-rechtlichen Apotheke nach § 132 des Sanitätsgesetzes aufgehört hat.

Die Vorschrift des § 19 des zitierten Normativerlasses ist so zu verstehen, daß die zuständige Behörde (vergl. oben sub I B.) vor allem für die Genehmigung des Verwalters der Realapothek nach den Weisungen sub I und II zu sorgen hat; bei der Meldung für das Ministerium hat sie sich bloß auf die Aenderung in der Person des Eigentümers und event. auch des Verwalters der Realapothek zu beschränken.

Die Meldung hat die zuständige Behörde im Instanzenzuge der Expositur des Ministeriums für Gesundheitswesen und körperliche Erziehung, resp. der Zivilverwaltung der Bodkarpatska Rus, welche Behörden die Meldung dem Ministerium für Gesundheitswesen und körperl. Erziehung vorlegen, zu erstatten.

Auf die Einhaltung dieser Meldungen legt das Ministerium für Gesundheitswesen und körperliche Erziehung ein besonderes Gewicht, da nur auf diese Art eine Regelung und ordentliche Evidenz in der Verwaltung der Apotheken erzielt werden kann.

Der dortigen Behörde wird auferlegt, diese Weisungen unverzüglich den Gauämtern (den Zupanen) mit der Aufforderung mitzuteilen, von ihnen die unterstellten Behörden I. Instanz in Kenntnis zu setzen. Allen Behörden wird zur Pflicht gemacht, diesen Weisungen immer streng zu folgen.

**Nichteinhaltung der Vorschriften über den Betrieb der Apotheken.** (Erl. d. Gesundh.-Min. vom 10. August 1921, Z. 13.027/I. Rundsch. d. pol. G.-B. vom 19. Aug. 1921.



In der letzten Zeit wiederholen sich die Beschwerden über die Nichteinhaltung der Vorschriften über den Betrieb der Apotheken, namentlich des § 5 des Ap.-Ges. vom 18. Dez. 1906, R.-G. Nr. 5 vom J. 1907 und der §§ 1 und 2 der Min.-Ver. vom 5. März 1912, R.-G. Nr. 47, vor allem aber der beiden letzten Absätze des eben erwähnten § 1, gemäß welcher nichtqualifiziertes Personal bei der Zubereitung und Ausgabe der Arzneimittel überhaupt nicht beschäftigt werden darf und undiplomierte Pharmazeuten und Aspiranten in der Regel Arzneien selbständig nicht zubereiten und verabfolgen dürfen, in Ausnahmefällen aber nur unter ordentlicher Aufsicht. Ebenso langen oft Klagen über Ueberschreitungen der geltenden Apothekertaxen ein.

Die untergeordneten Behörden sind daher aufmerksam zu machen, streng auf die Einhaltung der betreffenden Vorschriften zu achten und, wenn sie eine Uebertretung sicherstellen, mit größter Beschleunigung (in 3 Monaten verjähren solche Uebertretungen und können, falls innerhalb 3 Monaten keine Amtshandlung eröffnet worden ist, nicht mehr verfolgt werden) nach dem IV. Abschn. des Ap.-Ges. zu strafen. Im Falle der Wiederholung sollen die Bestimmungen der §§ 18 und 20, bezw. 22 des Ap.-Ges. angewendet werden, laut welcher bei wiederholter (wenigstens zweiter) rechtsgültigen Bestrafung wegen Uebertretungen der Vorschriften über den Betrieb der Apotheken der Konzeßionär oder der verantwortliche Leiter (Pächter) der öffentlichen Apotheke bis zu 3 Monaten zeitweilig von der Apothekenleitung entzogen werden kann.

**Mangelhafte Medikamentenexpedition in den Apotheken.** (R.-Schr. der polit. L.-B. in Prag, Z. 22 A 2148—1 ai 23, Z. d. pol. L.-B. 157.106 ai 23 vom 11. April 1923.

Das Minist. für öff. Gesundhw. teilt durch Erlaß vom 4. April 1923, Z. 9273/1, mit, daß in der letzten Zeit in zahlreichen Zeitungsberichten auf eine mangelhafte und den Stand der Kranken oft auch schädigende Arzneiexpedition in den Apotheken, namentlich jener auf Rechnung der begünstigten Parteien, hingewiesen worden ist. Diese Erscheinungen, welche außerdem den guten Ruf der Sanitätsbehörden in der Republik schädigen, müssen durch eine schärfere Aufsicht der Bezirksärzte beseitigt werden, welche eben sorgfältigere und häufigere Apothekenvisitationen als bisher durchführen und namentlich auf alle

Vorschriften achten sollen, welche die Expedition selbst betreffen. Die Behörden haben aber mit aller Strenge und Rücksichtslosigkeit in jedem dieser Fälle, welcher die Verordnungen über den Apothekenbetrieb und die Medicamentenverabfolgung grob verlegt, einzuschreiten, namentlich aber wird die dortige Behörde auf den § 18 des Ap.-Ges. vom 18. Dez. 1906, Z. 5 des R.-G. vom J. 1907, hingewiesen, dessen Bestimmungen in den Fällen, in welchen der Apothekenleiter wiederholt wegen Uebertretungen der Vorschriften über den Apothekenbetrieb rechtsgültig bestraft worden ist, unverzüglich anzuwenden sind.

**Die Taxierung von Rezepten.** (Erl. des Min. für Gesundheitsw., Z. 1428/1 ai 1620, an die polit. L.-B. in Prag, Brünn und Troppau). In der letzten Zeit wurden in einigen Apotheken die Vorschriften des § 17 der Ver. des Min. des Inn. vom 28. Jänner 1908 zur Apothekentaxe nicht eingehalten. Ich ersuche die pol. L.-B., die Apotheken ihres amtlichen Wirkungsbereiches auf diese Verordnung aufmerksam zu machen und gegebenen Falles Uebertretungen zu ahnden.

**Einhaltung der Arzneitaxe und Spezialitätenpreise.** (R.-Schr. der polit. L.-B. Prag vom 24. Juli 1925, Z. 307.827 ai 25; 77 A 702/2 ai 25).

Das Min. für öffentl. Gespfl. und körp. Erz. teilt durch Erlaß vom 14. Juli 1925, Z. 15.545, folgendes mit:

Die Apothekergremien der ehemal. Saazer, Egerer, Leitmeritzer Kreise und des schles. Apothekergremiums haben an das Gesundh.-Min. ein Memorandum über die neu herausgegebenen Taxen gesendet. In diesem Memorandum wird angeführt, daß die Taxen unrichtig berechnet worden seien, sodaß die Apotheker an manchen Zubereitungen nicht nur nichts verdienen, sondern sogar verlieren. Ähnlich dem sei es den Apothekern nicht möglich, die Detailpreise der durch das Gesundh.-Min. zum Verkaufe zugelassenen Arzneispezialitäten einzuhalten, weil die Einkaufspreise in einigen Fällen um Vieles höher seien als die Verkaufspreise. Die Ausschüsse der genannten Gremien fordern die sofortige Regelung der Taxen wie auch der Spezialitätenpreise. Solange diese nicht erfolgt sein werde, werden angeblich die Mitglieder der oben angeführten Gremien den begünstigten Parteien bei unrichtig berechneten Präparaten 55 % zum Einkaufspreise zuschlagen. Bei den zugelassenen Spezialitäten, deren festgesetzte Verkaufspreise nur einen geringen oder gar keinen

Berdienst ermöglichen, werden die Detailpreise nach dem gültigen Schlüssel berechnet werden. Einfache Arzneien in Tablettenform, wie Aspirin, Urotropin usw., seien keine Spezialitäten und werden zu ihrem Einkaufspreis 60 % zugeschlagen werden. Der Apotheker sei nach Entsch. des D. B.-G. Kaufmann und könne deshalb nicht gezwungen werden, mit Verlusten zu verkaufen.

Die Vorstände der genannten Gremien werden darauf verwiesen, daß im Sinne des § 24 der Reg.-Ver. vom 8. August 1922, S. d. G. u. B. Nr. 211, für die Apotheker bei der Berechnung der Arzneipreise einzig und allein die amtlich festgesetzte Arzneimitteltaxe maßgebend ist, an welche sich die Apotheker genau zu halten haben. Ihre Ueberschreitung wird nach § 26 der zit. Reg.-Ver. geahndet werden.

Die Arzneitaxe wurde nach den Preisen vom Ende des Jahres 1924 mit einigen Korrekturen nach dem Stande im Jänner 1925 berechnet. Es ist dem Gremialvorsteher gewiß nicht unbekannt, daß eine sofortige Taxregelung unmöglich ist und daß keine Arzneitaxe den Tagespreisen der Drogen entsprechen kann, weil es unmöglich ist, sie tagtäglich zu ändern. Wenn jedoch der Preis irgend eines Arzneimittels seit Herausgabe der Taxe gestiegen ist, so ist dafür der Preis eines anderen Arzneimittels gesunken und die Höhe der Preise in der Taxe bleiben in Geltung.

Die Preise der pharm. Spezialitäten setzen die Anmelder fest, das Ministerium kontrolliert sie, genehmigt sie gegebenen Falles und diese Preise bleiben solange in Kraft, solange das Ministerium ihre Aenderung nicht genehmigt hat. Wenn also die Preise der Spezialitäten im Großhandel den amtlich genehmigten und auf der Packung der Spezialitäten ersichtlich gemachten Detailpreisen nicht entsprechen, so liegt ein Verschulden der betreffenden Anmelder vor und keineswegs des Ministeriums, welchem die Aenderung der Preise der Spezialität durch den Anmelder überhaupt nicht gemeldet worden ist und welches diese Aenderung auch nicht genehmigt hat.

Konkrete Fälle möge das Gremium dem Ministerium bekanntgeben und dieses wird dann, soweit es noch nicht gechehen ist, gegen das ungerechtfertigte Erhöhen der Preise der pharmazeutischen Spezialitäten einschreiten.

Einfache in Tablettenform und Originalpackung in den Handel gebrachte Arzneimittel, sind im Sinne des Abs. 3 der Ver. d. Min. d. Inn. vom 17. Dez. 1894, R.-G.-Bl. Nr. 239,



pharmaz. Spezialitäten und gilt für die Festsetzung ihrer Preise die Bestimmung des § 2 der Reg.-Ver. vom 20. März 1925. S. d. G. u. V. Nr. 41.

Die polit. Bezirksverwaltungen werden, sofern es sich um Taxierung von Rezepten und pharmaz. Spezialitäten handelt, auf die oben zitierte Bestimmung aufmerksam gemacht und aufgefordert, die Einhaltung desselben zu kontrollieren und allfällige Ueberschreitungen streng zu verfolgen. Davon sind alle Apotheker und Inhaber einer Hausapotheke des dortigen Rechtsbezirktes sofort zu verständigen.

**Destillierapparate in Apotheken.** Das Finanzmin. hat durch Erl. vom 22. Okt. 1923, Z. 65.167/8-337/23 IV A 10 die Beaufsichtigung der Destillierapparate angeordnet, was die Finanz-L.-Dir. veranlaßt hat, an die untergeordneten Behörden Belehrungen herauszugeben, von welchen sich die nachstehenden auf Apotheken beziehen:

Was die Gefällskontrolle in Apotheken betrifft, in welche ein Destillierapparat aufgestellt ist, dessen Kontrolle nach den eingelaufenen Berichten durch Finanzorgane besorgt wird, bestimmt die Finanz-L.-Dir., daß Apotheken, welche eine steuerpflichtige Spirituserzeugung nicht betreiben und deren Verkauf gebrannter alkoholischer Flüssigkeiten sich nur in den Grenzen der Apothekenberechtigung bewegt, von der in § 75 des Ges. über die Spiritussteuer und in § 32 der durch Durchführungs-Verordnung zu § 74 des ungar. Gesetze Art. XXXIII vom Jahre 1908 angeordneten Verpflichtung, die Benützung der Abdampfapparate zu melden, zu befreien sind, soweit dieselben verpflichtet sind, deren Besitz laut § 22 des Ges. über die Spiritussteuer u. § 20 d. ung. Ges. Art. XXVIII v. Jahre 1908 anzuzeigen und soweit der Inhalt der Kessel der Destillierapparate nicht mehr als 25 l beträgt. Eine analoge Befreiung kann dem Apotheker unter den gleichen Voraussetzungen, aber ohne Rücksicht auf die Größe des Kessels des Destillierapparates zuerkannt werden, wenn der Apotheker erklärt, daß er den Destillierkessel ausschließlich zur Wasserdestillation benützt. In beiden Fällen aber unterliegen die Apotheken der Gefällsaufsicht (§ 30 des Ges. über die Spiritussteuer und § 28 des ung. Ges. Art. XXVIII vom J. 1908). Wenn der Destillierkessel mehr als 25 l faßt und der Destillierapparat zur Destillation steuerpflichtiger alkoholischer Flüssigkeiten verwendet wird,

sind die Apotheker verpflichtet, im Sinne der Durchführungsbestimmungen die vorgeschriebenen Anmeldungen vorzuzeigen. Es ist jedoch nicht notwendig, soweit keine Umstände vorliegen, welche eine Benützung der Destillierapparate zum Nachtheile des Fiskus befürchten lassen, den Destillierapparat für die Zeit der Nichtbenützung unter amtlichen Verschlusse zu halten. Nichtsdestoweniger unterliegen die Apotheken auch in diesem Falle außer der vorgeschriebenen Anmeldeverpflichtung auch der Gefällsaufsicht. Wenn aber die Apotheker Handel mit Wein oder alkoholischen Säften gewerbsmäßig und über den Bedarf der eigenen Apotheke hinaus betreiben oder wenn sie diese Erzeugnisse oder denaturierten Spiritus in einer Menge vorrätig halten, welche offensichtlich den laufenden Bedarf der Apotheke übersteigt, können sie die angeführten Begünstigungen nur dann genießen, wenn sie die angeführten Waren in Räumlichkeiten aufbewahren, welche von denen, in welchen der Destillierapparat aufgestellt ist, im Sinne des § 77 des Spiritussteuergesetzes und § 75 des ung. Ges. Art. XXVIII v. Jahre 1908 vollkommen getrennt sind. Im gegenteiligen Falle darf der Destillierapparat erst nach eingeholter Bewilligung und nur unter amtlicher Aufsicht benützt werden. Außer Tätigkeit ist dann der Destillierapparat unter sicherem amtlichen Verschlusse zu halten.

**Die Dispensation von Arzneien in Gefäßen, die sonst Genußmittel enthalten haben, ist verboten.** Gemäß Erl. d. pol. L.-B., Z. 22 A 2324/3 ai 1922. „Der Verband der Genossenschaften der Erzeuger von schäumenden Getränken“ hat sich an das Apotheker-Hauptgremium für Böhmen gewendet, um vor der Verwendung von Gefäßen und Flaschen zu warnen, die Flüssigkeiten enthalten haben, welche zu Genußzwecken dienen oder gedient haben. Durch deren Wiederverwendung sind wiederholt Vergiftungserfahrungen vorgekommen, sodaß das Lebensmittelgesetz vom 16. Jänner 1896, Z. 89 ex 1897 im § 15, Pkt. 17, deren Wiederverwendung mit empfindlichen Strafen belegt. Auch ist die Dispensation von Arzneien in solchen Gefäßen, deren Inhalt zu Genußzwecken dient, durch den Erlaß der polit. L.-B., Z. 22 A 2324/3 ai 1922 verboten worden.

**Verschuß der Mineralwässer enthaltenden Flaschen durch verzinnte Kapseln.** (Erl. des Gesundh.-Min. vom

30. Juli 1922, Z. 5420/III). Durch Erl. vom 11. Juli 1918. ist der Erl. des Min. des Inn. vom 25. März 1852 ad Z. 22.873 ex 1850, modifiziert durch den Erl. desselben Min. vom 19. März 1897, Z. 6284 ex 1896, welcher bestimmt, daß Mineralwasser enthaltende Gefäße mit einer Zinnfolie verschlossen zu sein haben, welchen sowohl den Pfropfen als auch den Hals des Gefäßes zu umhüllen hat, auf Kriegsdauer unter der Bedingung aufgehoben worden, daß zum Verschließen der Flaschen vollkommen wasser- und luftdichte Kork verwendet werden. Dieser Erl vom 11. Juli 1918 wird aufgehoben, sodaß die früheren Bestimmungen wieder Geltung haben.

**Verwendung von verzinnnten Bleituben für Zahnpasten.** (R.=Schr. der polit. L.-B. vom 24. Aug. 1922, Z. 22 A 3093 ai 1922). Dem Gesundh.=Min. gehen laut Erl. vom 8. August 1922, Z. 12.385/I, Beschwerden zu, daß Zahnpasten hauptsächlich ausländischer Herkunft in verzinnnten Bleituben verkauft werden. Weil das Aufbewahren der Zahnpasten in Bleituben gesundheitsschädlich sein kann und übrigens gemäß dem gültigen „Codex alimentarius“, laut welchen Tuben für Zahnpasten nicht mehr als 1 Proz. Blei enthalten dürfen, unzulässig ist, werden die polit. Bezirksverwaltungen aufgefordert, auf diesen Umstand die Gemeindeämter dahin aufmerksam zu machen, daß deren Sanitätsorgane den in Betracht kommenden Geschäften erhöhte Beachtung schenken und bei Revisionen nicht vergessen, den Nahrungsmitteluntersuchungsanstalten verdächtige Proben zur Ueberprüfung einzusenden. Diese Anstalten werden von diesem Erlasse in Kenntnis gesetzt werden und haben sich demgemäß auch die staatlichen Amtsärzte zu verhalten.

**Verschuß von Flaschen für Chloroform pro narc.** (R.=Schr. der polit. L.-B. in Prag Z. 109.080 ai 25/22 A 248/42 ai 24/ vom 2. April 1925). Die polit. L.-B. hat durch die R.=Schr. vom 3. März 1924, Z. 58.975/22 A 248/3 und vom 8. April 1924, Z. 151.906/22 A 248/26 die zuständigen Behörden aufmerksam gemacht, daß Chloroform pro narc. in mit streng schließenden, gut eingeriebenen Glasstöpieln versehenen Medizinflaschen expediert werden muß, wie es die VIII. Ausgabe des bis jetzt gültigen Arzneibuches vorschreibt. In der letzten Zeit ist aber festgestellt worden, daß diese Vorschriften nicht eingehalten werden und manche Firmen wie z. B. Heuer in Auffig a. d. E.



Chloroform pro narc. noch weiterhin in Arzneiflaschen mit Kork- und nicht mit Glasverschluß, wie es vorgeschrieben ist, expedieren. Die polit. Bezirksverwaltungen werden neuerlich aufgefordert, streng auf die in den genannten Rundschreiben angeführten Bestimmungen zu achten und sich gelegentlich in den Apotheken, Krankenhäusern, Anstalten u dgl. zu überzeugen, ob diese Vorschriften streng eingehalten werden. Bei Feststellungen von Uebertretungen ist gegen die Apotheken mit äußerster Strenge vorzugehen und über jeden beanstandeten Fall anher Bericht zu erstatten.

**Aus dem Gesetze vom 29. Mai 1923. Zur Durchführung des unter S. d. G. u. B. Nr. 159 vom Jahre 1922 kundgemachten Internationalen Opiumabkommens vom 23. Jänner 1912:**

§ 1. Der behördlichen Ueberwachung wird die Erzeugung, die Einfuhr, der Verkauf, die Verteilung und die Ausfuhr folgender Stoffe unterworfen: Rohopium, Opium s. mediz. Zwecke, Morphin, Kokain, alle Präparate (offizinelle u. nichtoffizinelle, einschließlich der Antioopium genannten Mittel), die mehr als 0.2 % Morphin oder mehr als 0.1 % Kokain enthalten, Heroin, dessen Salze und die Präparate, die mehr als 0.1 % Heroin enthalten, jedes neue Derivat von Morphin, Kokain oder deren Salzen oder jedes andere Opiumalkaloid oder überhaupt jedes andere wie immer geartete vom Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Ministerium für Industrie, Handel und Gewerbe kundgemachte Präparat, welches nach allgemein anerkannten wissenschaftlichen Untersuchungen zu einem ähnlichen Mißbrauch dienen und dieselben schädlichen Wirkungen zur Folge haben könnte.

§ 3. Die Erzeugung, die Einfuhr, der Verkauf, die Verteilung und die Ausfuhr der im § 1 bezeichneten Stoffe ist nur den nach den geltenden Vorschriften hierzu berechtigten Personen und Unternehmungen vorbehalten.

Diesen Personen und Unternehmungen wird die Verpflichtung auferlegt, in ihren Büchern genaue Verzeichnisse über die erzeugte, eingeführte, verkaufte oder sonst überlassene und ausgeführte Menge der erwähnten Stoffe zu führen.

Diese Verpflichtung erstreckt sich jedoch nicht auf die ärztlichen Verschreibungen und auf die Verkäufe der gehörig befugten Apotheker.

## Aus der Regierungsverordnung vom 18 Juni 1925:

§ 1. Die Ueberwachung der Erzeugung, der Einfuhr, des Verkaufes, der Verteilung und der Ausfuhr der im § 1 des Ges. d. S. d. G. u. B. Nr. 128/1923 zur Durchführung des unter S. d. G. u. B. Nr. 159 v. J. 1922 kundgemachten Internationalen Opiumabkommens vom 23. Jänner 1912 angeführten Stoffe wird von den Amtsärzten der politischen Behörde I. Instanz, in den Städten mit eigenem Statut und in den Städten mit geordnetem Magistrat in der Slovakei und Podkarpatská Rus von den Ärzten der die Ausübung des Sanitätsdienstes in I. Instanz besorgenden Behörden (§ 26 des Gesetzes S. d. G. u. B. Nr. 236/1922) ausgeübt.

§ 2. (1) Die Amtsärzte (§ 1) sind verpflichtet, wenigstens einmal jährlich die Betriebsräume der Personen und Unternehmungen die sich mit der Erzeugung, der Einfuhr, dem Verkaufe, der Verteilung und der Ausfuhr der im § 1 des Ges. S. d. G. u. B. Nr. 128/1923 angeführten Stoffe befassen, zu untersuchen.

(2) Bei diesen Untersuchungen ist festzustellen, ob diese Personen und Unternehmungen die entsprechende Berechtigung besitzen, ob die Betriebsräume in ihrer Einrichtung den sanitären Forderungen entsprechen, ob die Waren angemessen gelagert und bezeichnet sind, sowie ob die Aufschreibungen über die Waren (§ 3 dieser Verordnung) gehörig geführt sind.

(3) Allfällige Anstände und Mängel sind auszustellen und ihre Abstellung ist im Auge zu behalten.

§ 3. (1) Die Personen und Unternehmungen, welche die im § 1 des Ges. S. d. G. u. B. Nr. 128/1923 angeführten Stoffe erzeugen, einführen, verkaufen, verteilen und ausführen, sind verpflichtet, über diese ihre Tätigkeit in ihren Büchern genau Aufschreibungen zu führen.

(2) In diesen Aufschreibungen ist anzuführen: die Menge der am Lager befindlichen Waren, die Menge der übernommenen, verarbeiteten, verkauften oder sonst abgetretenen und ausgeführten Waren mit dem betreffenden Datum, und zwar für jeden Stoff besonders.

(3) In den Aufschreibungen ist bei jeder Post auch der Name der anderen beteiligten Partei (des Verkäufers, Importeurs, Käufers, Uebernehmers) anzuführen.

(4) Die Verpflichtung zur Führung der Aufschreibungen findet auf den Verkauf in Apotheken gegen ärztliche Vorschreibung keine Anwendung

§ 4. (1) In den Gesuchen um die Bewilligung zur Einfuhr oder Ausfuhr (§ 4 d. Ges. S. d. G. u. V. Nr. 128/1923) ist anzuführen: der Name, der Beruf und die Adresse des Gesuchstellers, der Nachweis der Gewerbe- oder Apothekerberechtigung, die wissenschaftliche Benennung der Stoffe, die eingeführt oder ausgeführt werden sollen, und deren Menge in Gramm.

(2) Bei der Einfuhr ist auch der Zweck anzugeben, zu welchem die Stoffe eingeführt werden.

(3) Ferner ist in dem Gesuche das Land der Einfuhr oder Ausfuhr und der Name des Verkäufers oder Bestellers anzugeben.

(4) Bei der Ausfuhr ist dem Gesuche die Bestätigung der zuständigen ausländischen Behörde darüber beizuschließen, daß der Empfänger zur Einfuhr berechtigt ist.

§ 5. (1) Die A u s f u h r von Rohopium in Mengen von höchstens 5 kg sowie die E i n f u h r und Ausfuhr der übrigen im § 1 des Gesetzes S. d. G. u. V. Nr. 128/1923 aufgezählten Stoffe ist über alle Hauptzollämter gestattet.

(2) Die Ausfuhr von Rohopium in Mengen über 5 kg ist bloß über folgende Orte gestattet: Č. Belenice, Eger, Bodenbach-Tetschen, Břeclav, Troppau, Petrovice, Oderberg, Bratislava, Parkáň-Rána und Kiralyhaza.

(3) Die Einfuhr von Rohopium ist bloß über folgende Orte gestattet: Prag, Č. Belenice, Eger, Bodenbach-Tetschen, Reichenberg, Brünn, Břeclav, Troppau, Oderberg, Bratislava, Parkáň-Rána und Kiralyhaza.

(4) Jedes Paket, welches Rohopium enthält, zur Ausfuhr bestimmt ist und mehr als 5 kg wiegt, muß mit der Aufschrift „Rohopium“ in mit roter Farbe ausgeführten und mindestens 3 cm hohen Buchstaben versehen sein.

**Verbot des freien Verlaufes von Spiritus Vini gallicus** wurde für Karpathorußland erlassen. Auch für Apotheken gültig.

**Verbot der Verwendung künstlicher Süßmittel zur Erzeugung von Nahrungsmitteln.** Mit Erl. vom 9. November 1922, Z. 30.723/4312/22, hat das Min. für Volksernähr. entschieden, daß die Verwendung k ü n s t l i c h e r S ü ß m i t t e l bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln gegen-



wärtig absolut unzulässig ist und die Min.-Ver. vom 20. April 1898, Z. 52. Slg., laut welcher die Benützung künstlicher Süßmittel bei der Erzeugung von Nahrungsmitteln verboten worden ist, wiederum als maßgebend und voll in Geltung befindlich betrachtet werden muß. Infolgedessen darf Saccharin auch nicht zur Erzeugung von Limonaden (Sodawasser, Mineralwasser, Schaumgetränke) verwendet werden.

**Substituierung von Arzneimitteln.** Erl. d. Gesundh.-Min. vom 5. Feber 1920, Z. 674/I.) In Anbetracht wiederholter Fälle, daß in den Apotheken verschiedene Arzneimittel, welche vom Arzte verschrieben werden, ohne Wissen des Arztes durch Ersatzmittel substituiert werden, ersuche ich die pol. L.-B., die Apotheker ihres Wirkungskreises auf die Unzulässigkeit ähnliche Handlungsweise im Sinne des § 21 der Apothekerinstruktion, kundgemacht durch den Hofdekret vom 3. November 1908, Nr. 16.135, und im Sinne des § 4 der Min.-Ver. vom 28. Jänner 1908, R.-G.-Bl. 21, aufmerksam zu machen. Fallweise Uebertretungen sind zu ahnden.

**Anzutrömmlichkeiten beim Verlaufe von Zitwer-samen.** (R.-Schr. d. pol. L.-B. in Prag vom 5. Aug. 1921, Z. 22 A 1969/15, Z. der polit. L.-B. 248.992.) Durch die Heilmittelprüfungsanstalt beim Ministerium für Gesundheitsw. ist anher gemeldet worden, daß die in der letzten Zeit dorthin zur Ueberprüfung gelieferten Proben des verzußerten Zitwer-samens (Flores Cinae conditae) den gültigen Vorschriften nicht entsprochen haben.

Mit Rücksicht darauf, daß gemäß § 1 der Ver. d. Min. d. Inn. vom 8. Jänner 1906, R.-G.-Bl. Nr. 10, alle in die Pharmakopöe aufgenommenen Heilmittel in jeder Apotheke den Vorschriften jener vollkommen entsprechen müssen und weil der Apotheker gemäß § 4 und 6 der Ver. des Min. d. Inn. v. 27. Mai 1911, R.-G.-Bl. Nr. 103, verpflichtet ist, sich davon zu überzeugen, ob die auf Lager gehaltenen Heilmittel den gültigen Vorschriften entsprechen, und dafür zu sorgen, daß sie stets in tadellosem Zustande bereit liegen, und weil die Drogisten (Großhändler) nur unter gewissen Voraussetzungen zum Zitwer-samenverlaufe (s. Min.-Ver. vom 17. Sept. 1883, R.-G.-Bl. Nr. 152) berechtigt sind, wird der polit. Landes-Verw. aufgetragen, bei jeder Gelegenheit, namentlich aber bei Revisionen der Geschäfte und Drogerien festzustellen, ob der Kaufmann die

Berechtigung zum Verlaufe dieser Ware hat, und in jedem Falle Proben der betreffenden Droge für die Analyse in der Heilmittelprüfungsanstalt zu entnehmen.

Wenn sie feststellt, daß der Kaufmann zum Zitwerjameenverlaufe nicht berechtigt war, sowie ersieht, daß die Ware mangelhaft war, ist in jedem Falle das Strafverfahren durchzuführen. Hierzu wird bemerkt, daß die Mangelhaftigkeit laut Mitteilung der Heilmittelprüfungsanstalt hauptsächlich darin beruht, daß zahlreiche Zuckerförner die genannte Droge (Flores Cinae nicht oder nur Bruchteile derselben enthalten, sodaß sie eigentlich wirkungslos sind.

**Abgabebefchränkung von „Acidum acetylosalicylicum“.** (R.=Schr. d. polit. Landes=Verw. vom 20. Juli 1920, Z. 154.071). Weil beim Verlaufe des Präparates „Acid. acetylosalicyl“ häufig zum Schaden der Gesundheit der Bevölkerung Mißbrauch getrieben wird und weil es bisher im Inlande keinen entsprechenden Vorrat an diesem Heilmittel gibt, wird auf Grund des Erl. des Gesundh.=Min. v. 7. Mai 1920, Z. 4087/I, daran erinnert, daß der Erlaß des ehem. Minist. für Volksgesundheit in Wien vom 8. Oktober 1918, Z. 4443, noch in Gültigkeit ist. Nach diesem Erl. darf das erwähnte Mittel im Handverlaufe an jede einzelne Partei nur in der Menge von höchstens drei halbgammigen Pulvern oder Tabletten, also in einer Gesamtmenge von höchstens anderthalb Gramm verlaust werden. Davon sind alle Aerzte und Apotheker sowie auch die Vorsteher der Apothekergremien zu verständigen.

**Ausfolgung von Arzneien in Apotheken ohne ärztliche Verschreibung.** (Erl. des Gesundh.=Minist vom 16. März. 1923, Z. 6575/I; dasselbe im R.=Schr. der polit. L.=B. in Prag vom 4. April 1923, Z. 22 A 2080, Z. der pol. L.=B. 130.132.) Aus Abgeordnetenkreisen sind Beschwerden eingelangt, daß in Apotheken Arzneimittel ohne Rezept ausgefolgt werden, welche für die menschliche Gesundheit nicht ohne Bedeutung sind, sodaß in der Bevölkerung Aspirin und ähnliche Stoffe in größeren Dosen geradezu fieberhaft genommen werden. Mit Rücksicht darauf sind die Apotheker auf die Bestimmungen der Reg.=Ver. v. 8. August 1922, S. d. G. u. B. Nr. 210, u. zw. insbesondere auf die §§ 4, 10, u. 12 mit dem Bemerken aufmerksam zu machen, diese Vorschriften genau

einzuhalten. Was den Verkauf des Präparates „**Acid. acetylo-salicyl**“ (Aspirin) anbelangt, wird auf den Erlaß vom 7. Mai 1920, Z. 4087, ad 1—3 aufmerksam gemacht. Schließlich wird auch die Bestimmung des Abs. 2, § 3 der Min.-Ver. vom 8. Jänner 1906, Z. 56.858, in Erinnerung gebracht, gemäß welcher „solche Arzneien u. Heilmittel, welche neu in den Handel gebracht werden, bloß gegen Verschreibung einer zur ärztlichen bezw. tierärztlichen Praxis berechtigten Person ausgefolgt werden dürfen, sofern das Min. d. Inn. (jetzt das Gesundh.-Min.) keine andere Anordnung getroffen hat.“ Gegen die Uebertretungen der erwähnten Vorschriften ist strengstens vorzugehen.

**Gehalt des Weines an schwefliger Säure.** (R.-Schr. d. polit. L.-B. Z. 478.250—22 A 2982 vom 15. November 1924). Gemeinsam mit den beteiligten Ministerien ändert das Gesundh.-Min. nach Anhörung des staatl. Sanitätsrates durch Erlaß vom 4. November 1924, Z. 28.363 die Bestimmungen des Codex alimentarius austriacus Band I, Abs. XX., Teil 4, Beurteilung A, P. 7 (S. 391), welche jene Weine für gesundheitschädlich erklären, welche im Liter mehr als 20 mg freier schwefliger Säure oder mehr als 200 mg Schwefelsäure haben, dahin ab, daß mit Gültigkeit vom Tage der Herausgabe dieses Erlasses als gesundheitschädlich jene Weine erklärt werden, welche im Liter mehr als 40 mg (40 Milligramm) freier schwefliger Säure oder mehr als 400 mg (vierhundert Milligramm) Schwefelsäure enthalten.

**Verkauf arsenhaltiger Präparate.** (R.-Schr. der polit. Landes-Verw. in Prag vom 9. Juni 1925, Z. 246.251 ai 1925—22 A 1288.) Das Gesundh.-Min hat mit Erlaß vom 20. Mai 1925, Z. 776 ai 24, dem Ansuchen der Oederberger chemischen Werke A.-G. wegen Bewilligung des freien Verkaufes von „Arsokol“ durch Drogisten, Materialisten u. Personen, welche sich mit einem Giftbezugschein ausweisen, einen abschlägigen Bescheid gegeben, weil diese Zubereitung wegen ihres bedeutenden Prozentgehaltes an Arsen der Ver. vom 21. April 1876, R.-G. Nr. 6 (über den Handel mit Giften) unterliegt und daher dem freien Verkauf nicht überlassen werden kann. Im gleichen Sinne ist nach § 2 des erstzitierten Gesetzes sowohl landwirtschaftl. Genossenschaften als auch Vereinen ein Bezug des Präparates zur Verteilung an



ihre Mitglieder nicht zulässig. Das Gesundh.=Min. bewilligt aber, daß, um den Parteien von Seiten der polit. Bez.=Verw. möglichst entgegenzukommen, Maßnahmen ergriffen werden und letztere nach § 5 des obzit. Ges. Bezugslizenzen auf die Dauer von 3 Jahren erteilen dürfen. Weil aber die genannte Zubereitung auch im 0.3—0.5 % iger Lösung noch ein starkes Gift ist und bei unvorsichtiger Anwendung die Gesundheit des Volkes und der Haustiere zu schädigen geeignet ist, ist es notwendig, daß jedem Muster dieser Zubereitung eine genaue Gebrauchsanweisung beigegeben werde mit der Warnung, daß dessen Anwendung bei Bäumen in Gemüsegärten unangebracht ist, weil eine Uebertragung des Giftes auf Menschen durch Gemüse nicht ausgeschlossen ist.

### **Die Regelung der Arbeitszeit in den Apotheken.**

499. Verordnung der Regierung der tschechoslovaf. Republik vom 1. Dezember 1921. Auf Grund des Gesetzes vom 19. Dezember 1918, S. d. G. u. B. Nr. 91, über die 8 stündige Arbeitszeit wird verordnet, wie folgt:

#### **Artikel I.**

Auf Grund des § 1, Abs. 5, des angeführten Gesetzes wird den öffentlichen und Anstaltsapotheken gestattet, der Einteilung der Arbeitszeit an Stelle der im § 1, Abs. 1, des Ges. vorgeschriebenen Regelung eine 4 wöchentliche Periode unter der Bedingung zugrunde zu legen, daß die Gesamtarbeitsdauer während dieser Periode 192 Stunden nicht übersteigen darf.

#### **Artikel II.**

Auf Grund des § 8, Abs. 2, des Gesetzes wird in den öffentlichen und Anstaltsapotheken die Nacharbeit, d. i. die Arbeit während der Zeit von 10 Uhr abends bis 5 Uhr früh gestattet.

Zu dieser Arbeit können auch Frauen im Alter von über 18 Jahren (§ 9, Abs. 3, des Gesetzes) verwendet werden.

#### **Artikel III.**

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Mit ihrer Durchführung wird der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern betraut.

(Erl. des Min. für soz. Fürsorge vom 31. Aug. 1922, Z. 6699-D-22.) Zur Z. 33.875/22 des

Handelsmin. v. 27. Juli 1922, mit welcher eine Abschrift der Eingabe der Handels- und Gewerbekammer in Prag Z. 45074/B v. 17. Juli 1922 zugesandt worden ist, durch welche ersucht wird, eine Regierungsenquete einzuberufen, welche über eine neue Regelung der Nacharbeit in den Apotheken zu verhandeln hätte, teilt das Min. für soziale Fürsorge folgendes mit:

Eine Enquete über die Regelung der Arbeitszeit in den Apotheken hält das Min. für soziale Fürsorge als kompetentes Min. nicht für notwendig, weil eine ausgedehnte Enquete über diese Frage bereits im vorigen Jahre im hiesigen Min. abgehalten und als Folge derselben die Reg.-Ver. vom 1. Dezember 1921, Z. 499 der S. d. G. u. B., erlassen worden ist, in welcher den Apotheken nicht bloß die Regelung der Arbeitszeit im Rahmen von 192 Stunden im Laufe von vier Wochen bewilligt wird, sondern zugleich auch die Nacharbeit und die Verwendung auch älterer als 18 jähriger Weiber zu dieser Nacharbeit erlaubt wird. Ein weiteres Zugeständnis hält das Min. für soziale Fürsorge, wenn unser Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit nicht ganz verlassen werden soll, für undurchführbar, umso mehr, als die Eingabe der Handelskammer rein allgemein ist und keine konkreten Anträge zur geforderten Regelung stellt.

Bei dieser Gelegenheit teilt das Min. für soz. Fürsorge mit, daß die Organisation kondit. Apotheker in der letzten Zeit dem Ministerium für soziale Fürsorge eine Beschwerde mit dem Ersuchen um Abhilfe überreicht hat, in welcher angeführt wird, daß sich die Apothekerorganisation gegen ein Einvernehmen mit ihren Angestellten gerade über diese Frage stemmt und in allen Eingaben angegeben wird, daß Angestellte, welche die Erfüllung des Gesetzes fordern oder Funktionäre ihrer Fachorganisation sind, entlassen worden seien. Nach der Ansicht des Min. für soz. Fürsorge ist es bei gutem Willen der beiden Parteien möglich, diese Fragen im Rahmen des Ges. über die achtstünd. Arbeitszeit und der angeführten Ver. über die Regelung der Arbeitszeit in den Apotheken durch Uebereinkommen sowohl des „Svaz čsl. lékárn.“ als auch der Fachorganisationen der kondit. Apotheker zu lösen.

(Mund-Schreiben des Min. für soziale Fürsorge, Zahl 12.498/III-E-1923 vom 12. März 1923). Zu der durch das Ministerium für öffentliches

Gesundheitswesen anher abgetretenen Eingabe vom 16. Sept. 1922, Z. 534 22, teilen wir mit, daß das Min. für soziale Fürsorge es natürlich verfolgt, ob und wie sein Erlaß über die Einhaltung der Arbeitszeit auch in den Apotheken befolgt wird. Weiter bemerken wir, daß das Min. für soziale Fürsorge den polit. L.-B. durch Erl. vom 28. Dezember 1922, Z. 40.181/E wieder aufgetragen hat: „Mit Rücksicht auf die Beschwerde der Fachorganisation der tschl. kondit. Apotheker für die Tschechosl. Republik in Prag und der tschsch. Sektion des Ausschusses der kondit. Pharmazeuten in Böhmen wider die Nichteinhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in den Apotheken sind die polit. Bez.-Verw. (Magistrate) zu verständigen, daß auf der Einhaltung der Vorschriften des Gesetzes über die achtstündige Arbeitszeit vom 19. Dez. 1918, Z. 91 der S. d. G. u. B., sowie derjenigen der Reg. Ver. vom 1. Dez. 1921, Z. 499 der S. d. G. u. B., über die Regelung der Arbeitszeit in den Apotheken unbedingt bestanden werden muß, und ist ihnen aufzutragen, die Einhaltung des oben angeführten Gesetzes und der Reg.-Ver. in den genannten Unternehmungen gehörig zu kontrollieren und etwaige Uebertretungen mit angemessen hohen Geldstrafen, gegebenenfalls mit weiteren, im § 13 des oben angeführten Gesetzes vorgesehenen Strafen zu belegen“. Ueber dies bringt das Min. für soziale Fürsorge mit heutigem Tage den polit. L.-B. gleichzeitig diesen Erlaß neuerlich in Erinnerung mit dem Auftrage, anher Bericht zu erstatten, ob und wie das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit durch die Apothekenbesitzer befolgt wird und welche Ergebnisse, Erfahrungen und Fortschritte die Durchführung der Kontrolle durch polit. Bez.-Verw. bisher gebracht hat.

(Erl. d. D.-B.-G. in Prag v. 8. Jän. 1924, Z. 22.391/23). Lösung der Frage, ob der Dienst der konditionierenden Apotheker als wirkliche Arbeitszeit im Sinne der achtstündigen Arbeitszeit angesehen werden kann. In der Beschwerde wurde eingewendet, daß eine wirkliche Arbeitszeit nur dann besteht, wenn der Arbeitnehmer wirkliche, ununterbrochene, intensive Arbeit leistet. Eine Arbeit in solchem Sinne ist aber der Tagesdienst der kondit. Apotheker keineswegs, umioweniger der Nachtdienst mit Rücksicht auf die unbedeutende Expedition und Bequemlichkeit, welche dem Diensthabenden gegönnt ist. Der D.-B.-G. verwarf die Beschwerde



mit dem Hinweis auf die §§ 1, 3, 4 und 7 des Gesetzes über die 8stünd. Arbeitszeit auf Grund dessen, daß unter Arbeitszeit die Zeit zu verstehen ist, welche der Arbeitnehmer in Uebereinkunft mit den Arbeitgeber mit Rücksicht auf den Charakter des Unternehmens diesen seine Arbeitskraft zur Verfügung stellt. Weil aber nach dem noch heute gültigen Patent v. J. 1808 der Charakter des Apothekenunternehmens den ununterbrochenen Betrieb bei Tag und Nacht erfordert, ist solange, als der Apothekenbesitzer Lohnkräfte beschäftigt, ihr Dienst als wirkliche Arbeitszeit anzusehen, ohne Rücksicht darauf, ob der Dienst bei Tag oder Nacht geleistet wird.

**Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Arbeitszeit.** (Entsch. d. O.-B.G. vom 5. September 1923, Z. 14.802). Das Gesetz über die achtstündige Arbeitszeit macht für die Einhaltung der Arbeitszeit bloß den Dienstgeber verantwortlich, eventuell die Person, welche vom Besitzer bevollmächtigt ist, die Arbeitszeit festzusetzen.

**Die Bezahlung der Ueberstunden.** (Erl. d. Gewerbe-Ger. in Brünn v. 20. April 1922, C. r. I 99/22; §§ 1376, 4380 und 863 B.-G.). Die Bezahlung der Ueberstunden muß gleich bei der nächsten Lohnauszahlung angefordert werden. Bei Angestellten, welche Monatslohn beziehen, muß die Bezahlung gelegentlich der Lohnauszahlung in einem jeden Monate separat angesprochen werden, weil sonst der Anspruch auf dieselbe verloren geht, in der Voraussetzung, daß der Berechtigte, weil er eine Vergütung nicht beansprucht, auf den Anspruch auf dieselbe verzichtet.

**Entlohnung der Arbeit über die Zeit bei leitenden Beamten.** (Erl. des Gewerbe-Ger. in Brünn v. 28. März 1922, C. r. I 67/22. Vergl. Entsch. Nr. 2591 der amtl. Slg. der Gewerbe-Ger.-Entsch. und Entsch. Nr. 40 „Volkswirtschaftl. Rundschau 1922“.) Den leitenden Beamten steht ein Anspruch auf Entlohnung für Ueberstunden überhaupt nicht zu, weil es ja bereits in der Natur ihrer Stellung begründet ist, ohne Anspruch auf Entlohnung für Arbeitsstunden über die Zeit verwendet zu werden, denn sie sind ja eigentlich die Seele des ganzen Unternehmens. In der Praxis wird der Grundsatz befolgt, daß höhere Bedienstete überhaupt keinen Anspruch auf Entlohnung für Ueberstunden haben.

**Einhaltung der achtstündigen Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden keine Entlassungsgründe.** (Erl. des D. G. vom 6. Mai 1924, Nr. I 227/24.) In den Berufsgruppen, über welche das Ges. über die achtstünd. Arbeitszeit v. 18. Dez. 1919, Z. 91 d. S. d. G. u. B., gilt, kann ein Gewohnheitsrecht eine längere Arbeitszeit nicht rechtfertigen. Für die über die Arbeitszeit geleistete Arbeit gebührt eine besondere Entlohnung, wenn der Angestellte nicht ausdrücklich darauf verzichtet hat. Darin aber, daß die Bezahlung der Ueberstunden, während der Dauer des Dienstverhältnisses für irgend eine Zeit nicht angefordert wurde, kann man keine Verzichtleistung auf diesen Anspruch ersehen. Die Gesamtentlohnung für die über die Zeit geleistete Arbeit kann auch mit Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse still vereinbart worden sein. Ein Umstand, welcher in der Person des Arbeitgebers gelegen ist, kann kein Grund zur Entlassung des Angestellten sein, es sei dem, daß der Arbeitgeber einen Ausländer ohne behördliche Genehmigung in seine Dienste genommen hat. Begründung: Durch Gewohnheit kann kein längerer Arbeitstag in Geltung kommen, ausgenommen jene Berufe, für welche die achtstündige Arbeitszeit nicht gilt. Wo dieselbe Geltung hat, kann die Verlängerung nur behördlich, niemals aber durch Gewohnheit bewilligt werden. Nach § 27 des Handl.-Geh.-Ges. sind die Entlassungsgründe zwar nur beispielsweise angeführt, aber nach der Tendenz des Gesetzes ist als Entlassungsgrund nur ein solcher Umstand anzusehen, welcher in der Person des Angestellten gelegen ist, niemals aber ein in der Person des Arbeitgebers beruhender. Beim Fehlen der behördlichen Genehmigung zur Beschäftigung eines Ausländers hat der Arbeitgeber um die Bewilligung zur Anstellung anzusuchen.

**Gesetz Nr. 65 vom 3. April 1925 über die Feiertage und die Gedenktage der tschechoslowakischen Republik.** Die Nationalversammlung der tschechoslowakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

§ 1. Die bisherigen Vorschriften über die Feiertage gelten vorbehaltlich der Bestimmung des § 4 in Zukunft für folgende Tage: für den 1. Jänner, 6. Jänner, Christi Himmelfahrt, Fronleichnam, 29. Juni, 15. August, 1. November, 8. Dezember und 25. Dezember.

§ 2. Gedenktage der tschechoslovakischen Republik sind: der 5. Juli, der 28. September, der 6. Juli, der 1. Mai und der 28. Oktober als Staatsfeiertag gemäß dem Gesetze vom 14. Oktober 1919, S. d. G. u. B. Nr. 555.

§ 3. Für den 28. Oktober gelten alle Bestimmungen über die Sonntage.

Die politischen (polizeilichen) Behörden I. Instanz können nach den örtlichen Verhältnissen für die öffentlichen Behörden, Anstalten, Unternehmungen und Schulen sowie für die Schulen mit Öffentlichkeitsrecht Bestimmungen behufs würdiger äußerer Feier dieses Tages erlassen.

Die Nichtbefolgung dieser Bestimmungen wird von den politischen (polizeilichen) Behörden I. Instanz (administrativen Polizeibehörden) mit einer Geldstrafe bis zu 10.000 Kč oder mit Arrest (Verschließung) bis zu einem Monate bestraft. Eine uneinbringliche Geldstrafe ist in eine angemessene Arrest- (Verschließungs-) strafe bis zu einem Monat umzuwandeln.

Die Geldstrafen fließen dem Staatsschatze zu.

§ 4. Für die übrigen Gedenktage sowie für die im § 1 aufgezählten Tage gelten die Vorschriften über die Sonntage, soweit es sich um die Berechnung von Fristen handelt, und ferner finden auf sie die Bestimmungen über die Sonntagsruhe Anwendung, soweit es sich um die öffentlichen Behörden, Anstalten, Unternehmungen und öffentlichen Schulen sowie um Schulen mit Öffentlichkeitsrecht handelt. Die Regierung kann durch Verordnung für öffentliche Unternehmungen im Interesse ihres ungestörten Betriebes Ausnahmen festsetzen.

§ 5. Sämtliche bisherige Bestimmungen über die Feiertage werden, soweit sie mit diesem Gesetze nicht im Einklange stehen, ebenso wie die Bestimmungen über die Normstage aufgehoben.

Unberührt bleiben die Bestimmungen des Artikels 13 des Gesetzes vom 25. Mai 1868, R. G. Bl. Nr. 49, und des § 19 des Ges. Art. LIII: 1868.

§ 6. Die Durchführung dieses Gesetzes wird dem Minister des Innern im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern aufgetragen.

§ 7. Das Gesetz tritt am 15. April 1925 in Wirksamkeit.

**Sonntagsruhe, Öffnung und Schließung der Reichenberger Apotheken.** Mit Erl. vom 27. Dezember



1919 d. pol. L.-B. wird vom Tage der Kundmachung in den Apotheken Reichenbergs die Sonntagsruhe wie folgt geregelt: Am Sonntage halten je 2 Apotheken abwechselnd geschlossen. Die **F e i e r t a g s r u h e** bleibt nach den bisherigen Vorschriften, doch haben ab  $\frac{1}{2}$  1 Uhr nachmittags auch abwechselnd je 2 Apotheken geschlossen zu halten.

Bezüglich der Oeffnung und Schließung der Apotheken wird angeordnet, daß in den Sommermonaten, d. i. vom 1. Mai bis 31. September von 8 Uhr früh bis 7 Uhr abends, in der übrigen Zeit von 8 Uhr früh bis  $\frac{1}{2}$  8 Uhr abends, offen zu halten ist.

**Nacht- und Feiertagsruhe in Apotheken.** (R. Schr. d. pol. L.-Verw. vom 20. Mai 1920, Z. 22 A 1581, Z. d. pol. L.-B. 140.141 ai 1920). Durch die Erlässe d. Min. d. Inn. vom 5. Sept. 1919, Z. 6398 S, vom 1. Juni 1916, Z. 3123/S und vom 6. Okt. 1916, Z. 8009/S (R.-Schr. vom 12. Sept. 1914, Z. 22 A 1913, St.-Z. 277.577 vom 19. Juni 1916, Zahl 22 A 42/2, St.-Z. 151.528, und vom 23. Okt. 1916, Z. 22 A 1702, St.-Z. 260.482) sind betreffs der abwechselnden Nacht- und Feiertagsruhe, gegebenenfalls auch der einstündigen **M i t t a g s p a u s e** in den Apotheken für die Kriegszeit Erleichterungen eingeführt worden. Auf Grund des Erl. d. Gesundh.-Min vom 29. April 1920, Z. 703/I ai 1920 ersuche ich, zu erheben und bis zum 30. Juni 1920 einen ausführlichen Bericht zu überreichen, bis zu welchem Ausmaße die Apotheker in den einzelnen Bezirken Genehmigungen dieser Erleichterungen bei den zuständigen pol. Bezirks-Verw. erlangt haben und ob im Laufe der Zeit gegen diese Erleichterungen seitens der Bevölkerung und der Ärzte etwa Einwendungen erhoben worden sind.

**Abwechslung der Prager Apotheken in der Nachtruhe.** Der Magistrat der Hauptstadt Prag, welcher sich Gutachten der Ärztekammer für Böhmen und der tschech. Sektion des Ausschusses der kondit. Pharmazeuten beim Apothekerhauptgremium in Prag eingeholt hat, versagt dem Beschlusse des Präsidiums des Apothekerhauptgremiums die bisherige Abwechslung der Apotheken in der Nachtruhe, welche bisher vierzehntägig war, in einen dreiwöchentlichen Turnus abzuändern, die nachträgliche Genehmigung. Der Erl. der gew. Minist. des Inn. vom 5. Sept. 1914, Z. 6398 S, durch welche Begünstigungen

für den Nachtdienst in den Apotheken zuerkannt worden sind, hat bloß die Kriegszeit berührt und ist aus der Voraussetzung einer merklichen Abnahme der Arbeitskräfte hervorgegangen. In den heutigen Zeiten kann man die Begünstigungen aus öffentlich-gesundheitlichen Gründen nicht noch mehr ausdehnen, als dies in den Kriegszeiten der Fall war. Das Interesse der Bevölkerung erfordert es, daß niemand, welcher zur Nachtzeit Arzneien braucht, (was in der Regel eilig zu sein pflegt), die Apotheke manchmal genug weit entfernt suchen muß, welche in der Nacht gerade Dienst hält. Die Prager Bevölkerung hat sich in ihrer Nachsichtigkeit mit der Einführung des abwechselnden Nachtdienstes in den Apotheken befreundet, man darf aber ihre Geduld in dieser Angelegenheit nicht noch überspannen. Gegen diese Entscheidung kann innerhalb 14 Tagen, gerechnet mit dem der Zustellung folgenden Tage, beim Prager Magistrate an die polit. L.-B. in Prag rekuriert werden.

Der Magistr. Oberrat: Kredba mp.

## **Gesetz Nr. 572 vom 17. Oktober 1919, betreffend die besondere Abgabe von Flaschenwein.**

### **I. Allgemeine Bestimmungen.**

§ 1. Von Flaschenwein aller Gattungen, dessen Preis für 0.7 Liter mehr als 10 K beträgt, ist eine besondere Abgabe im Ausmaße von einer Krone von jedem angefangenen Betrag von 5 Kronen zu entrichten.

§ 2. Die Abgabe richtet sich nach dem Verkaufspreise, wenn der Wein zum Verkauf, und nach dem Einkaufspreis, wenn der Wein zum eigenen Verbräuche bestimmt ist. In den Preis sind alle Zuschläge einzurechnen, die der Verkäufer sich ausbedungen hat. Bloß die Einlagen für die Flaschen, sofern sie in angemessener Höhe festgesetzt sind, und die Abgabe nach diesem Gesetz dürfen abgezogen werden. Ist weder ein Verkaufs- noch Einkaufspreis gegeben oder lassen sich diese Preise nicht feststellen oder sind sie niedriger als der handelsübliche Preis, so richtet sich die Abgabe nach diesem Handelspreise.

§ 3. Erachtet die Finanzbehörde den Preis, den die Partei der Abgabe zugrunde legt, als zu niedrig und geht die Partei auf die Forderung der Finanzbehörde nicht ein, so entscheidet über den Preis die politische Behörde nach den Bestimmungen der Vollzugsordnung. Ist der Preis, den die Partei geltend

gemacht hat, um mehr als ein Fünftel niedriger als der Preis, den die politische Behörde bestimmt, so bildet eine solche Verfürzung eine schwere Gefällsübertretung. Für das Ausmaß der Strafe ist dann der Unterschied dieser Preise entscheidend.

§ 4. Als Flaschen im Sinne dieses Gesetzes werden außer Flaschen der gewöhnlichen Form auch alle anderen Gefäße angesehen, in denen Wein an Verbraucher verabreicht wird.

§ 5. Zur Entrichtung der Abgabe ist verpflichtet:

1. wer Flaschenwein aus dem Auslande bezieht, wenn er nicht für ein Freilager bestimmt ist (§ 8);
2. wer Wein in Flaschen abzieht;
3. wer solchen Wein aus einem Freilager (§ 8) abgibt;
4. wer den Preis von bereits mit Steuerzeichen (§ 7) versehenen Flaschenwein erhöht.

Die Abgabe ist zu entrichten:

im Falle 1: vor der Abfertigung im zollamtlichen Verfahren;

im Falle 2: unmittelbar nach Beendigung des Abziehens und bei Wein, der vor dem Gebrauch längere Zeit in Flaschen lagern muß, um zum Handel geeignet zu sein, dann, wenn diese Lagerung beendet ist;

im Falle 3: bevor der Wein das Freilager verläßt;

im Falle 4: durch Ergänzung der Steuerzeichen, bevor der Wein in Verschleiß gebracht wird.

§ 6. Unter den in der Vollzugsverordnung festzusetzenden Bedingungen ist von der Abgabe befreit:

1. Wein, der in offenen Flaschen verabreicht wird, wenn diese Flaschen höchstens  $\frac{1}{4}$  Liter fassen und mit feiner auf Herkunft, Gattung und Preis des Weines hinweisenden Bezeichnung versehen sind;
2. Musterwein.
3. in das Ausland ausgeführter Wein;
4. Medizinalwein.

§ 7. Die Abgabe ist durch Aufkleben besonderer Steuerzeichen zu entrichten, die bei den in der Vollzugsverordnung bezeichneten Ämtern erhältlich sind. Wein, der dieser Abgabe unterliegt, darf nur in Flaschen verabreicht werden, auf denen die Steuerzeichen so aufgeklebt sind, wie es in der Vollzugsverordnung vorgeschrieben ist. Die Steuerzeichen müssen auf



den Flaschen so lange unverseht belassen werden, als der Inhalt der Flasche nicht verbraucht ist, und müssen entfernt werden, bevor die Flaschen zu einer neuen Füllung mit einem dieser Abgabe unterliegenden Weine verwendet werden.

§ 8. Der Finanzminister ist ermächtigt, unter den in der Vollzugsverordnung vorzuzeichnenden Bedingungen Freilager zu bewilligen, in denen Wein ohne Steuerzeichen eingelagert werden kann.

**Aundmachung des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung v. 11. Oktober 1921, Z. 400 G. d. G. u. B.** betr. die Verlautbarung des Verzeichnisses jener pharmazeutischen Zubereitungen, welche als medikamentöse Weine erklärt wurden. Gemäß Artikel I der Ministerialverordnung vom 27. November 1907, R. G. Bl. Nr. 256, mit welcher Durchführungsbestimmungen zu dem Gesetze vom 12. April 1907, R. G. Bl. Nr. 210, betreffend den Verkehr mit Wein, Weinmost und Weinmais, erlassen wurden, wird zur Kenntnis gebracht, daß nachstehende pharmazeutische Zubereitungen vom Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung als medikamentöse Weine erklärt wurden:

1. Vinum Chinae, Pharm. Austr. Ed. VIII.
2. Vinum Chinae ferratum, Pharm. Austr. Ed. VIII.
3. Vinum Condurango, Pharm. Austr. Ed. VIII.
4. Vinum Pepsini, Pharm. Austr. Ed. VIII.
5. Vinum Rhamni Purshiani, Pharm. Austr. Ed. VIII.
6. Vinum Stibii Kalio-tartarici, Pharm. Austr. Ed. VIII.

7. Maltoseweine der Firma Svátek & Co. in Prag-Smichov: Maltopepsinwein, Maltocondurango, Vinum Chinae maltosatum „Maltochin“, Vinum Chinae maltosatum ferratum „Maltoferrochin“, Vinum Chinae Sherry maltosatum „Maltochin-Sherry“, Vinum iodatum maltosatum.

8. Maltoseweine der Firma Friedrich Klöckler in Prag-Lieben: Vinum Maltosae Condurango, V. M. Kola-Condurango, V. M. Coto-Condurango, V. M. cum China, V. M. Chinae ferratum, V. M. cum Pepsino.

9. Tofayer Sagradawein des Apothekers E. Molnár in Rošice.

10. Vinum Condurango Melnicense „Condurango-mel“ des Apothekers Vladimir Bábra in Melnik.

11. Vinum Chinae Melnicense „Chinomel“ des Apothekers Vladimir Bábra in Melnik.

12. Vinum Chinae Melnicense ferratum „Ferro-chinomel“ des Apothekers Vladimir Bábra in Melnik.

13. Medikamentöse Weine des Apothekers Gustav Hell in Troppau: Hell's Kola-Wein mit Malaga, Hell's Kola-Chinawein mit Malaga, Hell's Kola-Condurangowein mit Malaga, Hell's Coto-Pepsinwein, Hell's Eisen-Chinawein mit Weißwein, Hell's Pepsinwein mit Malaga, Hell's entbitterter starker Sagra-Wein und milder Sagra-Wein, Hell's Rhabarberwein mit Malaga, Hell's Chinawein mit Weißwein.

14. Vinum Malagense aromaticum cum Ferro (Aromatischer Eisenmalaga nach Dr. A. Steindl) des Apothekers Emanuel Doubek in Pilsen.

15. Vinum Chinae cum Ferro citrico ammoniato, Chinaeisenwein des Apothekers Rudolf Sedlář in Brerau.

16. China-Eisen-Vermutwein „Sanovin“ des Apothekers Emanuel Conrath in Reichenberg.

17. Die vom Apotheker R. Mayer in Žižkow angemeldeten und von der Firma „La Stella“ erzeugten Weine: Vinum maltosae chinae ferratum saccharatum, Vinum maltosae chinae ferratum lecithin saccharatum, Vinum maltosae condurango lecithin saccharatum, Vinum maltosae pepsino-lecithin saccharatum.

Gleichzeitig tritt die Kundmachung des Ministeriums des Innern vom 30. Mai 1916, R. G. Bl. 169, außer Kraft.

Nachtrag zur Kundmachung des Min. f. öffentl. Gesundw. u. körp. Erz. vom 11. Oktober 1921. Nr. 400 d. S. d. G. u. B. Laut Erlaß des Ges.-Min. vom 8. Mai 1924, Z. 15.763 ai 24/I, sind die durch die Chem. Fabrik, A.-G. in Kolín erzeugten und dem Apotheker Ph. Mr. D. Storch in Kolín zum Allgemeinverfauf bewilligten Biofleinweine: Vinum Biocleini cum Lecithino (Antineurithicum), V. B. ferratum, V. B. Chinae, V. B. Condurango durch den Oberst. Sanit.-Rat als medikamentöse Weine erklärt worden.

**Spizwegerich-, Wachholder- und Hollundersäfte getränksteuerfrei.** Durch Erk. d. Finanz-Min. v. 16. Nov.

1924, Z. 88.468/24=IV A 11 b, fundgem. durch die Fin.=Bez.=Dir. Leitmeritz, ist entschieden worden, daß Spitzwegerich-, Wachholder- und Hollunderjäste der Getränksteuer nunmehr im Gegensatz zu den vergorenen Fruchtsäften nicht unterliegen.

**Keine Befreiung des Franzbranntweins von der Umsatzsteuer.** Die Handelskammer-Zentrale erhielt vom Finanzministerium auf ihre Eingabe, der aus Spiritus erzeugte Franzbranntwein möge keiner besonderen Umsatzsteuer unterworfen werden, da diese Steuer bereits pauschaliert in den amtlich festgesetzten Preise des reinen Spiritus inbegriffen ist, folgende Erledigung v. 31. Dez. 1925, Z. 156.408/25—III/23: „Zu der Zuschrift vom 19. Okt. 1925, Z. 16.616/Z. teilen wir mit, daß dem Gesuch um Befreiung des Franzbranntweins von der Umsatzsteuer nicht entsprochen werden kann, da bei der Errechnung des beim Spiritus mit Kd 206 festgesetzten Pauschals die Umsätze, welche der im Franzbranntwein enthaltene Spiritus durchmacht, nicht berücksichtigt wurden.

### Verzeichnis der für die Umsatzsteuer pauschalierten Artikel.

	Datum der Pauschalierung
Anis . . . . .	1. April 1922
Bartfärbemittel . . . . .	1. Okt. 1921
Borax u. Waschpulver . . . . .	1. April 1922
Ehlweißpulver . . . . .	6. März 1922
Feigen, frisch und getrocknet . . . . .	1. Jan. 1922
Fenchel . . . . .	1. Jan. 1922
Gewürznelken . . . . .	1. Jan. 1922
Haarfärbemittel . . . . .	1. April 1922
Ingwer . . . . .	1. Jan. 1922
Kakaopulver . . . . .	1. Jan. 1922
Kandis aus Zucker erzeugt . . . . .	1. Okt. 1921
Kardomomum . . . . .	1. Jan. 1922
Kinderpuder . . . . .	1. April 1922
Mazis . . . . .	1. Jan. 1922
Mandeln . . . . .	1. Jan. 1922
Nelken . . . . .	1. Jan. 1922
Olivenöl . . . . .	1. Jan. 1922
Paprika . . . . .	1. Jan. 1922
Parfüms . . . . .	1. April 1922
Pfeffer . . . . .	1. Jan. 1922



	Datum der Pauschalierung
Bomaden . . . . .	1. April 1922
Puder . . . . .	1. April 1922
Safran . . . . .	1. April 1922
Salpeter . . . . .	1. Jan. 1922
Schönheitsmittel . . . . .	1. April 1922
Seifen (alle) . . . . .	1. April 1922
Spiritus . . . . .	1. Okt. 1921
Tee . . . . .	1. Jan. 1922
Toilette-Artikel . . . . .	1. April 1922
„ Cremes . . . . .	1. April 1922
„ Seifen . . . . .	1. April 1922
„ Wasser . . . . .	1. April 1922
Vanille . . . . .	1. Jan. 1922
Zimmt . . . . .	1. Jan. 1922
Beerendestillate, inländische und ausländische . . . . .	1. Juni 1922
Beerenmost, Säfte und Weine . . . . .	1. Juni 1922
Edelbranntweine, inländ. u. ausländ. (Kognak) . . . . .	1. Juni 1922
Halbweine . . . . .	1. Juni 1922
Kunstwein . . . . .	1. Juni 1922
Malzwein . . . . .	1. Juni 1922
Medizinalweine . . . . .	1. Juni 1922
Himbeersaft-Fruchtsäfte . . . . .	1. Juni 1922
Odorform . . . . .	1. Juni 1922
Odorit . . . . .	1. April 1922
Schaumweine . . . . .	1. Juni 1922
Slivovitz, inländischer und ausländischer . . . . .	1. Juni 1922
Süßweine . . . . .	1. Juni 1922
Dextrine, inländische und ausländische . . . . .	1. Jan. 1922
Vorbeerblätter . . . . .	1. Jan. 1922
Ausländische Kondensmilch . . . . .	1. Juli 1922

**Die Stempelpflicht der Rechnungen mit örtlicher Gerichtsstandsklausel.** Rechnungen, in welchen vom Aussteller die Klagbarkeit in einem bestimmten Orte vorbehalten ist, unterliegen gemäß § 3 des Ges. 331 S. d. G. u. B. v. J. 1919 und § 4 des Ges. 244 S. d. G. u. B. v. J. 1921 der doppelten Rechnungstempelgebühr. Im Falle der Nichterfüllung dieser Stempelpflicht hat die Finanzbehörde nebst der verkürzten Gebühr auch die 49fache Steigerung einzuheben.

**Abgaben für Amtshandlungen in Verwaltungssachen** laut Reg.-Ver. (I) vom 18 Juni 1925, Nr. 163 d. S. d. G. u. B., zur Durchführung des Ges. vom 3. April 1925, S. d. G. u. B. Nr. 53, über die Abgaben für Amtshandlungen in Verwaltungssachen:

Nr. 9. Für die Erteilung der Konzession zum Betriebe einer Apotheke und für die Uebertragung der Konzession einer Realapotheke:

- a) in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl  
über 100.000 . . . . . 4000 K $\ddot{a}$ .
- b) in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl  
über 50.000 . . . . . 3000 "
- c) in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl  
über 20.000 . . . . . 2000 "
- d) in Gemeinden mit einer Einwohnerzahl  
über 10.000 . . . . . 1000 "
- e) in anderen Gemeinden . . . . . 500 "

(Die Bestimmungen über die Entrichtung von Taxen für die Versorgung der konditionierenden Magister der Pharmazie und ihrer Hinterbliebenen nach dem Gesetz vom 18. Dez. 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 ex 1907, bleiben unberührt.)

Nr. 11. Für einzelne chemische und mikroskopische Analysen in der Heilmitteluntersuchungsanstalt von 5 bis 100 K $\ddot{a}$  (nach der Kompliziertheit der Analyse).

Nr. 12. Für die Untersuchung pharmazeutischer Spezialitäten von 100 bis 800 K $\ddot{a}$ .

Nr. 13. Für die Zulassung pharmazeutischer Spezialitäten: a) von Hausspezialitäten 50 K $\ddot{a}$ ,  
b) von zum allgemeinen Vertriebe bestimmten Spezialitäten, und zwar:  
a) von inländischen 300 K $\ddot{a}$   
b) von ausländischen 500 "

Nr. 14. Für die ministerielle Bewilligung zur Ablegung der **Prüfung** für:

- a) inländische Gesuchsteller 100 K $\ddot{a}$ ,
- b) ausländische Gesuchsteller 200 "

Nr. 15. Für die Bewilligung zur Vornahme bakteriologischer und ähnlicher Untersuchungen von 500 bis 1000 K $\ddot{a}$  (nach dem Umfange der Berechtigung).

Nach § 3 dieser Verordnung kann das Armenrecht geltend gemacht werden.

Nach § 15 erlischt die Wirksamkeit der Verordnung mit dem Ende des Jahres 1926.

**437. Auszug aus der Verordnung der Regierung der tschechoslowakischen Republik vom 1. Dezember 1921 zur Durchführung des Gesetzes vom 12. August 1921, S. d. G. u. B. Nr. 295, über die Gebühr von Dienstverträgen.** Auf Grund des § 12 des Gesetzes vom 12. August 1921, S. d. G. u. B. Nr. 295, wird verordnet:

### § 1.

1) Nach § 1 des Gesetzes vom 12. August 1921, S. d. G. u. B. Nr. 295, unterliegt dem  $\frac{1}{2}$  %igen Gebührenpauschal die Uebertragung wie immer gearteter dauernder oder wiederkehrender, in der Regel mit einem Jahres- oder Monatsgehalte verbundener Dienste. Ausgenommen sind die Dienste von Tagelöhnern, Personen des Gefindes und gewerblichen Hilfsarbeitern; zu den gewerblichen Hilfsarbeitern zählen die im zweiten Satze des § 2 angeführten Personen nicht.

2) Für die grundsätzliche Gebührenpflicht ist weder die tatsächliche noch die vereinbarte Dauer des Bestandes des Dienstverhältnisses, noch die Höhe der Bezüge oder der Umstand entscheidend, ob über das Dienstverhältnis eine Urkunde errichtet wurde oder nicht.

### § 2.

1) Das Gebührenpauschal ist ohne amtliche Bemessung in halbjährigen Defursivraten stets binnen 14 Tagen nach Ablauf des betreffenden Kalenderhalbjahres abzuführen. Die Dienstgeber und, wenn diese keinen Wohnsitz oder Aufenthaltsort (Sitz) im Inlande haben, die Dienstnehmer (§ 4 des Gesetzes) haben dieses Pauschal mittelst eines Einzahlungsscheines des Postschekamtes, auf dessen Rückseite der Zweck der Zahlung mit den Worten „Gebühr von Dienstverträgen“ zu bezeichnen ist, dem Steueramte (in Prag dem Gefällsamte, in Brünn dem Hauptzollamte) abzuführen, in dessen Sprengel sie ihren Wohnsitz (Sitz) haben. Diesem Amte haben die angeführten Personen zugleich eine Anzeige (Muster 1) einzusenden, in der sie die Gesamtgenüsse anzuführen haben, von



denen das Pauschal für die betreffende Periode entrichtet wird. Bestehen die Genüsse nicht in Geld (in einer Naturalwohnung, einem Deputat usw.), so sind sie in Geld zu bewerten oder ist nach Umständen der Geldbetrag anzuführen, den die berechtigten Dienstnehmer an Stelle solcher Naturalgenüsse verlangen können.

2) Fällt das Geschäftsjahr des Dienstgebers nicht mit dem Kalenderjahre zusammen, so ist das Pauschal nach den Geschäftshalbjahren stets binnen 14 Tagen nach Ablauf des Halbjahres abzuführen.

4) Die Dienstgeber, die das Pauschal nach den Geschäftshalbjahren abführen werden, haben der Finanzbezirksdirektion (dem Gebührenbemessungsamt, in der Slovakei und Podkarpatská Rus der Finanzdirektion), in deren Sprengel sie ihren Wohnsitz (Sitz) haben, ihr Geschäftsjahr längstens bis Ende Jänner 1922 und, wenn sie nach dem 1. Jänner 1922 ein mit dem Kalenderjahre nicht zusammenfallendes Geschäftsjahr einführen, längstens binnen 30 Tagen nach der Einführung schriftlich anzuzeigen.

### § 3.

1) Dienstgeber, die eine Bilanz aufstellen, sind nach § 4 des Gesetzes verpflichtet, in ihren Bilanzen den Jahresbetrag aller gebührenpflichtigen Genüsse (§ 1 des Gesetzes) getrennt von den übrigen nicht gebührenpflichtigen Genüssen zu verrechnen und der nach ihrem Wohnsitz (Sitz) zuständigen Finanzbezirksdirektion (dem Gebührenbemessungsamte, in der Slovakei und Podkarpatská Rus der Finanzdirektion) längstens binnen 6 Monaten nach Ablauf eines jeden Kalender- bzw. Geschäftsjahres Auszüge aus den betreffenden Rechnungsposten zu übermitteln.

2) Die anderen Dienstgeber sind verpflichtet, fortlaufend ein Verzeichnis aller ihrer Dienstnehmer zu führen, darin alle Jahresgenüsse der Dienstnehmer mit Ersichtlichmachung der gebührenpflichtigen und der gebührenfreien Genüsse, ferner die Aenderungen dieser Genüsse und die Aenderungen des Dienstverhältnisses auszuweisen, dieses Verzeichnis auf die Dauer von 10 Jahren, gerechnet vom Zeitpunkte der Durchführung aller vorgeschriebenen Eintragungen in demselben, aufzubewahren und, wenn die Unternehmung aufgelassen wird, das Verzeichnis

innen 30 Tagen der im vorhergehenden Absatz angeführten Behörde abzuführen. Die Finanzbehörde hat das Recht, jederzeit in das Verzeichnis Einsicht zu nehmen und Auszüge aus demselben einzuholen.

**92. Reg.-Verordnung vom 3. Mai 1923**, womit die Höhe der Verzugszinsen und der Vergütungszinsen von den direkten Staatssteuern und den zu diesen eingehobenen Zuschlägen autonomer Körperschaften sowie von den unmittelbaren Gebühren abgeändert wird. Die Regierung der tschechoslovak. Republik verordnet auf Grund des § 16 des Gesetzes vom 16. März 1921, S. d. G. u. B. Nr. 116:

### § 1.

Die Höhe der im § 4, Absatz 1, im § 6 und in den §§ 12 bis 14 des Gesetzes vom 16. März 1921, S. d. G. u. B. Nr. 116, festgesetzten Zinsen wird auf 7 % festgesetzt.

### § 2.

Die Wirksamkeit dieser Verordnung beginnt mit dem 1. Jänner 1923; mit ihrer Durchführung wird der Finanzminister betraut.

**Einzahlungstermine der direkten Steuern.** Die Finanzlandesdirektion veröffentlicht folgende Rundmachung:

Die direkten Staatssteuern samt Staatszuschlägen, Zuschlägen der autonomen Körperschaften und Beiträgen zu den direkten Steuern sind gemäß § 1 des Gesetzes vom 16. März 1921, Nr. 116, Sammlung der Gesetze und Verordnungen, in vier gleichen Raten, und zwar: am 1. Jänner, 1. April, 1. Juli und 1. Oktober eines jeden Kalenderjahres im vorhinein fällig. — Von dieser Regel sind ausgenommen:

1. Die allgemeine Erwerbsteuer bis zum jährlichen Gesamtbetrage von 50 K, einschließlich aller Zuschläge, welche Steuer auf einmal am 1. Juli jeden Jahres fällig ist.

2. Die Erwerbsteuer von Hausier- und Wandergewerben, welche im vollen Betrage der Jahresschuldigkeit auf einmal im voraus zu entrichten ist (§ 78 des Personalsteuergesetzes).

3. Die Rentensteuer, insoferne dieselbe im Wege des Abzuges durch den Schuldner erhoben wird.

4. Die Einkommensteuer, insoferne dieselbe im Wege des Abzuges durch den Dienstgeber entrichtet wird.

5. Die Tantiemenabgabe, welche im Sinne des Artikels 2 des Finanzministerialerlasses vom 18. März 1914. Reichsgesetzblatt Nr. 65, im Wege des Abzuges einzuheben ist.

6. Die Kriegsgewinnsteuer für die Jahre 1914 und 1915 und die Kriegsteuer für die Jahre 1916, 1917 und 1918, welche Steuern auf einmal, und zwar 30 Tage nach Zustellung des Zahlungsauftrages, fällig sind (§ 1 des Gesetzes vom 24. Jänner 1919, Nr. 43 Sammlung der Gesetze und Verordnungen); dann die Kriegsteuer für das Jahr 1919, welche in zwei Raten fällig ist, und zwar: Die erste Hälfte binnen 30 Tagen nach Zustellung des Zahlungsauftrages, die zweite Hälfte binnen weiteren drei Monaten.

7. Die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachsabgabe nach dem Gesetze vom 8. April 1920, Nr. 309 Sammlung der Gesetze und Verordnungen, bezüglich welcher 15 Prozent, mindestens jedoch 500 K oder wenn die Abgabe 500 K nicht erreicht, die ganze Abgabe bar oder mittels Einlagsblättern über zurückbehaltene Banknoten oder durch die Uebertragungen im Sinne des § 55, Abs. 1 des Gesetzes über die Vermögensabgabe binnen 30 Tagen nach Zustellung des Zahlungsauftrages zu entrichten ist; der Rest ist in sechs halbjährigen Raten, von denen die erste in vier Monaten nach Zustellung des Zahlungsauftrages fällig ist, einzuzahlen. Der Verzugszinsendienst beträgt sieben Prozent.

Insofern diese Steuern, die Zuschläge der autonomen Körperschaften und Beiträge für das laufende Steuerjahr noch nicht vorgeschrieben sind, haben die Steuerträger dieselben nach der letzten Vorschreibung zu entrichten, wenn nicht eine andere Bestimmung im Gesetze über die betreffende Steuer enthalten ist. — Die Einzahlungen von direkten Steuern, deren Einzahlungstermin zur Zeit der Zustellung des Zahlungsauftrages bereits abgelaufen ist, haben binnen 30 Tagen nach Zustellung des Zahlungsauftrages zu erfolgen, insoweit sie nicht bereits nach der letzten Vorschreibung berichtigt werden sollten (§ 3 des Gesetzes vom 16. März 1921, Nr. 116 Sammlung der Gesetze und Verordnungen. Wurde die Steuer mit einem höheren Betrage, als nach der letzten Vorschreibung, bemessen, so ist die Nach-



zahlung gleichfalls binnen 30 Tagen nach der Zustellung des Zahlungsauftrages zu bewerkstelligen. Die Zahlung der allgemeinen Steuer, vom Umfaze und von Arbeitsleistungen und der Luxussteuer normiert das Gesetz vom 21. Dezember 1923, Nr. 268 Sammlung der Gesetze und Verordnungen. Wurden die einzelnen vierteljährigen Steuerraten samt Zuschlägen und Beiträgen nicht binnen sechs Wochen nach dem Fälligkeitstermine beglichen, werden sie sogleich im Exekutionswege eingebracht werden. Uebersteigt die Gesamtjahresschuldigkeit an allen erwähnten Steuern und Zuschlägen in einer Steuergemeinde zusammen den Betrag von 500 K, so tritt außerdem die Verpflichtung zur Zahlung von sieben Prozent Verzugszinsen für die Zeit vom Fälligkeitstermine bis einschließlich zum Zahlungstage ein. — Falls nicht ein bestimmter Zahlungstermin, sondern nur eine Frist bestimmt ist, binnen welcher die Steuer einzuzahlen ist, wird der schuldige Steuerbetrag sogleich nach Ablauf der betreffenden Frist im Exekutionswege eingebracht werden und tritt sogleich auch die Verpflichtung zur Zahlung der Verzugszinsen ein. Wenn die einzelnen Raten der im Abzugswege einzuhebenden Steuer nicht in der festgesetzten Frist abgeführt werden, so werden sie sogleich im Exekutionswege eingebracht werden; außerdem tritt — und zwar ohne Rücksicht auf deren Höhe — auch die Verpflichtung zur Zahlung der siebenprozentigen Verzugszinsen ein. — Die bare Zahlung der Steuern kann nur mittels Erlagscheine des im Zahlungsauftrage genannten Steueramtes oder mittels roter Einzahlungsscheine, welche bei den Postämtern oder Postwertzeichen-Verschleißern käuflich sind, durch Gutschrift im Scheck- (Clearing-) Verkehre des Postscheckamtes und durch Gutschrift im Giroverkehr des Bankamtes des Finanzministeriums vollzogen werden.

**Erleichterungen bei der Zahlung der von festen Dienstbezügen vorgeschriebenen Einkommensteuer, Abzug durch den Dienstgeber.** (Erlaß d. Finanz-Min. vom 1. März 1924, Z. 17.669/24—III—8). In der letzten Zeit werden Angestellten mit festen Dienstbezügen Zahlungsaufträge für die Einkommensteuer zugestellt, welche ein früheres Jahr, häufig sogar auch mehrere der letzten Steuerjahre betreffen; ähnlich erhalten auch die Arbeitgeber in solchen Fällen Zahlungsauforderungen selbst für mehrere Jahre auf einmal.

Laut § 234, Abs. 3 des Personalsteuergesetzes und Art. 82, Z. 1 der Durchführungsver. zum IV. Hauptstück des zit. Ges. entsteht in solchen Fällen für die Arbeitgeber die Verpflichtung, bei der ersten nächsten Auszahlung der Dienstbezüge den Unterschied zwischen der Steuer, wie diese von ihnen für das betreffende Jahr provisorisch in Abzug gebracht worden ist, und zwischen der durch die Steuerverwaltung definitiv vorgeschriebenen Steuer, soferne diese die provisorischen Abzüge übersteigt, nachträglich in Abzug zu bringen.

Da dieser mit dem genauen Wortlaut des Gesetzes übereinstimmende Vorgang in einem großen Teile der Fälle, in welchen nämlich die definitiv vorgeschriebene Steuer die nach der letzten Vorschreibung vorläufig in Abzug gebrachte Steuer wesentlich übersteigt, für den Arbeitnehmer wirtschaftlich viel zu empfindlich und drückend, ja in vielen Fällen, soferne nämlich die Steuernachzahlung den Monatsgehalt übersteigen würde, überhaupt unmöglich wäre, verfügt das Finanz-Min. bezüglich der Angestellten in Privatsdiensten oder in öffentlichen nichtstaatlichen Diensten folgendes:

1. Ist der Angestellte, welchem nach der Zahlungsaufforderung nachträglich die Steuer für die verflossenen Jahre in Abzug gebracht werden soll, auch weiterhin in den Diensten des gleichen Arbeitgebers, kann die Steuer, welche nachträglich zu entrichten ist, vom Arbeitgeber im Einvernehmen mit dem Arbeitnehmer in einigen, höchstens jedoch in 12 Monatsraten in Abzug gebracht und abgeführt werden, von dem Datum an gerechnet, wo dem Arbeitgeber die betreffende Zahlungsaufforderung zugestellt worden ist. Von den nach diesem Erlaß erfolgenden Raten sind keine Verzugszinsen zu rechnen. Es versteht sich von selbst, daß außer der Steuerausgleichsrate für die vergangenen Jahre zugleich auch die Steuer für das laufende Steuerjahr in Abzug gebracht werden muß.

Die oben erwähnten Begünstigungen beziehen sich nicht auf den Arbeitgeber, welcher nach der Bestimmung des § 238, Abs. 3 des Personalsteuergesetzes für seine Angestellten die durch Abzug eingehobene Steuer zur Zahlung übernommen hat. Auch hier können jedoch auf Grund eines besonderen, bei der zuständigen Steuerverwaltung eingebrachten Gesuches entsprechende Raten bewilligt werden.

2. Damit die Steuerämter unterrichtet sind, in welchen Fällen sie die Steuer nicht durch Exekution eintreiben und keine Verzugszinsen einheben sollen, ist der Arbeitgeber verpflichtet, der zuständigen Steuerverwaltung mitzuteilen, daß er die durch diesen Erlass eingeräumten **Begünstigungen** in Anspruch nimmt, welche Steuergesamtsumme diese Begünstigungen umfassen und schließlich in welchen Zahlungsfristen (Raten) dieser Steuerbetrag beglichen werden wird. Die Steuerverwaltung verständigt hievon die zuständigen Steuerämter, damit diese keine Exekutionen vornehmen und keine Verzugszinsen einheben.

3. Wenn der Arbeitnehmer bei der Zustellung der Zahlungsaufforderung nicht mehr in den Diensten desselben Arbeitgebers ist, welcher die Steuer ursprünglich nach dem § 234 des Personalsteuerges. u. laut Art. 82, Nr. 1 der Durchführungs-Ver. zum IV. Hauptstück in Abzug gebracht hatte, so daß der ehemalige Arbeitgeber keine Möglichkeit besitzt, die Steuer nachträglich in Abzug zu bringen, ist jener Steuerbetrag, um welchen die definitive Vorschreibung die vorläufig richtig in Abzug gebrachte Steuer übersteigt, für welche der Arbeitgeber laut § 237 des Ges. betreffend die Personalsteuern nicht haftet, dem Arbeitnehmer zur direkten Zahlung vorzuschreiben.

Auch in diesen Fällen ist über Eruchen des Steuerpflichtigen bei der zuständigen Steuerverwaltung eine Zahlung der angeführten Steuer in monatlichen, die obige Grenze nicht übersteigenden Fristen zu bewilligen, wobei von der Einhebung von Verzugszinsen von den bewilligten Raten Abstand zu nehmen ist.

Ist der Steuerpflichtige ohne Posten oder ohne eine andere Beschäftigung und auch ohne andere hinreichende Einkünfte, ist von der Eintreibung der Steuer für die Dauer seiner Arbeitslosigkeit Abstand zu nehmen.

4. Hievon sind die Bemessungsämter unverzüglich zu verständigen und zugleich anzuweisen, künftighin die Einkommensteuer von den festen und unveränderlichen Dienstbezügen womöglich sofort und noch in demselben Steuerjahre zu veranlagern, weil dieser rechtzeitigen Veranlagung in der Regel keine besonderen Ermittlungen und erforderlichen Vorhaltsverfahren sonderlich im Wege stehen, während andererseits



die verspäteten nach Ablauf des Steuerjahres eingehenden Vorschriften sowohl dem Angestellten, als auch dem Arbeitgeber bei der Zahlung (beim Abzug) bedeutende Schwierigkeiten verursachen. (Z. 3365/Z.)

**Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge über die Mitgliedschaft in einer Bezirkskrankenkasse.**

Der Arbeitgeber kann seinen Angestellten jederzeit aus der Bezirkskrankenkasse abmelden und bei einer registrierten Hilfskasse anmelden.

Begründung: Der Artikel XXIII des Gesetzes vom 15. Mai 1919 bestimmt, daß die Mitglieder der aufgelösten Krankenkassen Mitglieder der im Orte zuständigen Bezirkskrankenkasse werden, bestimmt aber nicht, daß sie dauernd deren Mitglieder verbleiben. Insbesondere wird die Bestimmung des § 13, Z. 1, Absatz 3 des Gesetzes vom 30. März 1888, Z. 33 d. R. G. nicht aufgehoben, mit welchem ausgesprochen wird, daß die Arbeitnehmer aus der Bezirkskrankenkasse austreten können, wenn sie nachweisen, daß sie bei einer anderen nach Vorschrift des Gesetzes im § 11 angeführten Kasse gegen Krankheit versichert sind. — Erl. d. Ministeriums für soziale Fürsorge Z. 10.391-IV-2-25 vom 5. Dezember 1925.

---

## IV.

### Anmeldung und Vertrieb von pharmazeutischen Spezialitäten und fabriksmäßigen Fertigpräparaten.

Auszug aus dem Gesetze Nr. 479 vom 19. Dez. 1921, betr. den Schutz des Zeichens und des Namens des Roten Kreuzes. Die Nationalversammlung der Tschechoslovakischen Republik hat folgendes Gesetz beschlossen:

#### § 1.

Zum Gebrauche des durch die Genfer Konvention vom 6. Juli 1906 geschützten Roten (Genfer) Kreuzes, d. i. eines Kreuzes von roter Farbe auf weißem Grunde und zum Gebrauche der Bezeichnung „Rotes Kreuz“ oder „Genfer Kreuz“ sind außerhalb des militärischen Sanitätsdienstes im Gebiete der Tschechoslovakischen Republik nur berechtigt:

1. die Gesellschaft des Tschechoslovakischen Roten Kreuzes in Prag und die Anstalten, welche diese als ihre Organe erklärt, innerhalb der Grenzen der Satzungen dieser Gesellschaft;
2. die Delegationen der auswärtigen Gesellschaften des Roten Kreuzes bei Ausübung ihrer Mission, sofern sie hierzu über Antrag des Präsidiums der Gesellschaft des Tschechoslov. Roten Kreuzes vom Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten die Bewilligung erhalten.

**Die Regierungsverordnung v. 29. August 1923, Nr. 193 der S. d. G. u. B., betreffend die Gegendbezeichnungen französischer Weinrebenprodukte** bestimmt auf Grund des Ges. v. 20. Dez. 1923, Nr. 5 d. S. d. G. u. B. v. J. 1924 über die **Herkunftsbezeichnung von Waren**:

1. Die Distriktsbezeichnungen (Champagner, Bordeaux, Cognac usw.) dürfen nur für Produkte verwendet werden, welche in den betreffenden Bezirken wirklich gezüchtet und verarbeitet worden sind.

2. Die Sendungen müssen bei der Einfuhr mit einer nach französ. Gesetz abgefaßten und durch das tschsl. Generalkonsulat in Paris legalisierten Bescheinigung versehen sein.

3. In Fässern eingeführter Cognac und Armagnac darf nur als Schankware, nicht in etikettierten Flaschen abgegeben werden.

4. Bestimmungen über die genauen Aufzeichnungen der Großhändler zur Kontrolle.

5. Nochmals genaue Bezeichnung der Waren nach der staatlichen Provenienz.

6. Strafbestimmungen seitens der polit. Behörde mit Arrest von 1 bis 14 Tagen oder Geldstrafen von 500 bis 10.000 Kč, abgesehen von den Gefälligkeitsstrafen.

§. 2 tritt erst 2 Monate nach der Kundmachung, die anderen sofort in Kraft.

**Pharmazeutische Präparate** im Sinne der Min.-Ver. v. 17. Sept. 1883, R.-G.-Bl. Nr. 152, sind bloß jene Präparate, welche nach den in der inländischen Pharmakopöe enthaltenen Vorschriften oder nach den Dispensatorien anderer Länder dargestellt sind. (Erf. d. D.-V.-G. v. 4. Jänner 1923, Z. 20.228/22).

**Erzeugung, Verkauf und Anmeldung neuer Heilmittel u. pharmazeut. Spezialitäten.** (Erlaß des Min. des öffentl. Gesundheitsw. vom 13. Nov. 1919, Z. 6700-I). In der letzten Zeit sind zahlreiche neue Unternehmen zur Erzeugung von Heilmitteln und hauptsächlich pharmazeutischen Spezialitäten, welche auch in Zeitschriften angeboten werden, obwohl sie bisher zum Allgemeinverkaufe in Apotheken nicht zugelassen worden sind, gegründet worden.

Auf diese Umstände wird die politische Landesverwaltung zu dem Zwecke aufmerksam gemacht, damit sie im Interesse des öffentlichen Gesundheitswesens dahin wirke, daß die verantwortlichen Leitungen der erwähnten Unternehmen nur Personen anvertraut werden, welche sich durch eine besondere, hierfür vorgeschriebene Tätigkeit ausweisen können (Min.-Ver. vom 12. Mai 1914, R.-G. Z. 106); damit die Erzeugung in behördlich genehmigten, entsprechenden Räumen vor sich gehe und damit, was die pharmazeutischen Spezialitäten anbelangt, streng auf die Min.-Ver. v. 17. Dez.



1894, R. G. Z. 239 und vom 16. April 1901, R. G. Z. 40 geachtet werde.

(Erl. des Handelsmin. vom 3. Jän. 1921, Z. 48.724/20). Seit Errichtung der Republik sind viele Konzessionen nach den Bestimmungen des B. 14, § 15 R. G., zur Herstellung von Stoffen und Präparaten, welche bestimmt sind, als Heilmittel verwendet zu werden, sowie auch zum Verfaufe solcher, soweit er nicht ausschließlich den Apothekern vorbehalten ist, verliehen worden. Manche dieser Unternehmungen, hauptsächlich manche Gesellschaften beginnen die Erzeugung mit so unbedeutenden Mitteln, daß es klar ist, daß sie an die Erzeugung wirklich notwendiger Heilmittel gar nicht herantreten können, und so erzeugt die große Mehrheit entweder nutzlose kosmetische Präparate, wertlose Zuckerwaren, oder Antikonzeptionsmittel, pharmazeutische Spezialitäten, welche dann öffentlich angekündigt und zum Verfaufe angeboten werden, ohne daß dabei die Bestimmungen der Min.-Ver. vom 17. Dezember 1894, R. G. Nr. 239, und vom 16. April 1901, R. G. Nr. 40, beachtet würden. Durch ein solches Vorgehen können ganz wertlose, ja auch gesundheitschädliche Präparate in den Handel gelangen und auf der anderen Seite pflegt das Publikum wirtschaftlich ausgenützt zu werden.

Die polit. Landes-Verw. wird deshalb im Einvernehmen mit dem Gesundheits-Min. aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die genannten Konzessionen nur mit Rücksicht auf den tatsächlichen Bedarf der Bevölkerung und nur solchen Personen und Gesellschaften verliehen werden, von welchen man erwarten kann, daß sie die Konzession nicht mißbrauchen werden.

Zugleich muß den Gewerbebehörden I. Instanz aufgetragen werden, durch öftere, gelegentliche Revisionen festzustellen, ob die genannten Unternehmungen ihre Gewerbeberechtigung überschreiten und in den Handel wertlose, gesundheitschädliche oder pharmazeutische Spezialitäten ohne besondere Bewilligung einführen.

(Mundschreiben der polit. Landesverwaltung in Prag vom 29. März 1921, Z. 22 A 4232/XI — Zahl der polit. Landes-Verwaltung 93.165). Das Ministerium für öffentl. Gesundheitswesen und körperliche Erziehung hat mit Erlaß vom 12. März 1921, Z. 2757/I, darauf hingewiesen, daß die Insertion und der Verkauf

bisher nicht bewilligter pharmazeutischer Spezialitäten stets zunimmt. Dies ist dadurch verschuldet worden, daß die Sanitätsbehörden in dieser Angelegenheit die nötige Initiative vermissen lassen, eine Anzeige von dritter Seite oder den Auftrag der vorgesetzten Ämter abwartend. Auf Grund des obgenannten Erlasses vom 12. März J. 5315/I ai 1921 wird die polit. Bez.-Verw. beauftragt, die Strafverfolgung wegen unbefugter Erzeugung und Verkauf pharmazeutischer Erzeugnisse und in anderen ähnlichen Angelegenheiten möglichst zu beschleunigen, mit der größten Strenge vorzugehen und entsprechende Erfolge verbürgende Strafen aufzuerlegen. Strafen von 5—20 K<sup>z</sup> bilden keine Gewähr, dem zunehmenden Unfug zu steuern. An diesen R.-Erl. erinnern Erl. d. Gesundh.-Min. vom 25. Juli 1924, J. 25.692, und R.-Schr. d. polit. L.-B. in Prag vom. 30. Sept. 1924, J. 359.968—22 A 1381-3.

**Revision pharmazeutischer Spezialitäten.** (Erl. des Min. des öffentl. Gesundheitswesen vom 10. Mai 1920, J. 7678/I.) Gemäß Min.-Ver. vom 17. Dezember 1894, R.-G. J. 239 und vom 16. April 1901, R.-G. J. 40, ist jeder Besitzer oder verantwortliche Leiter einer Apotheke verpflichtet, die Uebnahme ausländischer pharmazeutischer Spezialitäten zum Allgemeinverkauf vor Beginn des letzteren der polit. Behörde I. Instanz anzumelden und haben die Apotheker unseres Staates auch hinsichtlich fremder pharmazeutischer Spezialitäten so zu handeln, welche sie allgemein verkaufen wollen, auch wenn sie durch die frühere österreichische Regierung zugelassen worden sind. Weil aber alle pharmazeutische Spezialitäten, welche im gewesenen Oesterreich mit Ausnahme des Gebietes unseres jetzigen Staates, erzeugt und durch die gewesene österr. Regierung bewilligt wurden, durch die Entstehung unseres Staates zu ausländischen Spezialitäten geworden sind, ist es notwendig, daß sie nach den Vorschriften der angeführten Verordnungen den Behörden neuerlich angemeldet werden, wenn sie zum Allgemeinverkaufe in inländischen Apotheken zugelassen werden sollen. Hieron sind alle Apothekenbesitzer und verantwortlichen Leiter mit dem zu verständigen, daß ausländische pharmazeutische Spezialitäten, welche bis zum 31. März 1921 nicht angemeldet sein werden, aus dem Allgemeinverkaufe werden gezogen werden. (R.-Schr. der polit. Landes-Verwaltung vom 2. Juni 1920, J. 22 A

1865, Z. d. pol. Z.=B. 161.518.) Verweist wörtlich auf den gleichnam. Erlaß des Ges.=Min. vom 10. Mai 1920, Z. 7678/I.

(Erlaß des bevollm. Min. der tschechosl. Republik für die Verw. der Slowakei, 20. August 1920, Z. 5447, Gesundh. ai 1920). Nach dem Rund=Schreiben des ehemaligen ungarischen Ministeriums des Innern, Zahl 90.000 vom Jahre 1903, § 5, ist bisher der Handel mit ausländischen Arzneispezialitäten denselben Vorschriften unterworfen wie der Handel mit inländischen. Nach § 4 desselben R.=Schr. ist die Einfuhr pharmaz. Spezialitäten aus dem Auslande zwecks Handels nur den öffentl. Apotheken oder den Drogisten erlaubt. Nach dem R.=Schr. des ehemaligen ungarischen Ministeriums des Innern Z. 120.170/1903, § 4, müssen sich die ausländischen Firmen, wenn sie im Inlande mit Arzneispezialitäten Handel treiben wollen, an einen solchen einheimischen Apotheker oder Drogisten wenden, welcher das betreffende Mittel einführen und in Handel setzen und auch die Verantwortung für die Einhaltung der diesbezüglichen Bestimmungen auf sich nehmen will (§§ 4 u. 5 des R.=Schr. des ehem. ung. Min. des Inn. Z. 90.000 1903), weshalb jede einzelne Spezialitätenlieferung mit der Anschrift des Apothekers oder Drogisten, welcher die Verantwortung übernommen hat, versehen sein muß.

Im Sinne des Erl. des Gesundh.=Min. der tschechosl. Rep. Z. 7678/I vom 10. Mai 1920 wird eine Revision aller im Gebiete der Slowakei erzeugten sowie auch der aus dem Auslande eingeführten Arzneispezialitäten folgendermaßen durchgeführt:

1. Alle inländischen Erzeuger (Apotheker usw.) von Arzneispezialitäten, welche auf Grund einer Bewilligung des ehemaligen ungar. Min. des Inn. diese Spezialitäten auf dem Gebiete der Slowakei herstellen, sind verpflichtet, dem bev. Min. der tschechosl. Rep. für die Verw. der Slowakei bis 31. Dez. 1920, eine amtlich beglaubigte, genaue Erzeugungsvorschrift, einen durch den Erzeuger gefertigten, unstreitigen Beleg (slowak. legal. Uebersetzung des Erl. und dgl.) darüber, daß die Erzeugung des Präparates durch das seinerzeitige ung. Min. d. Inn. zur Kenntnis genommen worden ist, weiters einen Beleg darüber, daß sie Angehörige des tschechosl. Staates sind, vorzulegen. Gleichzeitig sollen sie zwei ursprüngliche (Original=) Gaben des Präparates vorlegen.



2. Alle Arzneispezialitäten, welche durch das ehem. ung. Min. des Inn. bewilligt worden sind, aber auf dem Gebiete der Slowakei nicht erzeugt werden, sind durch die Entstehung unseres Staates zu ausländischen pharmazeutischen Spezialitäten geworden. Betreffs dieser gelten die eingangs dieses Erlasses angeführten Bestimmungen. Diese ungar. (ausländ.) Arzneispezialitäten müssen bis 31. März 1921 durch einen einheimischen (inländ.) Apotheker oder Drogisten, welcher sie auf Hauptlager zu halten und jede Verantwortlichkeit zu übernehmen willens ist, beim bevollm. Min. der tschechosl. Republik für die Berrw. der Slow. angemeldet werden.

Der Anmeldung müssen beigelegt werden: Eine amtlich beglaubigte genaue Erzeugungsvorschrift, ein durch den Apotheker, welcher das Lager des Präparates hat, gefertigter, unstreitiger Beleg darüber, daß die Erzeugung des Präparates durch das ehem. ung. Min. des Inn. bewilligt worden ist, eine amtliche beglaubigte Erklärung, daß der Apotheker (Drogist) alle Verpflichtungen zur Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen über Erzeugung und Verkauf von Arzneispezialitäten übernimmt, und zwei ursprüngliche (Original-) Gaben des Präparates.

3. Alle Arzneispezialitäten, welche als ausländische nach den §§ 4 und 5 d. R.=Schr. des ehem. ung. Min. des Inn., Z. 90 000/1903 und nach § 4 des ehemaligen ungar. Min., Z. 120.170/1903, auf dem Gebiete das ehem. Ungarn in den Handel gesetzt und durch das ehem. ung. Min. des Inn. zur Kenntnis genommen worden sind, müssen in ganz gleicher Weise, wie in Punkt 2 festgesetzt worden ist, beim bevollm. Min. der tschechosl. Rep. für die Berrw. der Slow. angemeldet werden.

4. Alle Arzneispezialitäten, welche in der festgesetzten Zeit nicht angemeldet worden sein werden, werden vom Handel ausgeschlossen werden.

(Erl. d. Gesundh.-Min. Z. 15.004/I v. 28. Dez. 1920). Das Gesundh.-Min. wurde aufmerksam gemacht, daß einige untergeordnete Aemter irrtümlicher Weise den Erl. vom 10. Mai 1920, Z. 7678/I, welcher von der Revision pharmaz. Spezialitäten handelt, unrichtig auslegen und verlangen, daß Apotheker, welche Spezialitäten verkaufen, dies, auch wenn sie dieselben nicht selbst erzeugen oder nicht den Hauptverlag haben, neuerdings anmelden, und manchmal sogar verlangen, daß sie

auch die einheimischen Spezialitäten anmelden. Die politische U.=B. werden zur künftigen Darnachachtung davon verständigt, daß, wie aus dem erwähnten Erlasse ersichtlich ist, von neuem nur die ausländischen Spezialitäten anzumelden sind, zu welchen auch die zählen, welche schon durch die ehem. österr. Regierung bewilligt waren, aber nach Entstehen unseres Staates als ausländische Spezialitäten gelten, deren Erzeugung früher durch einen Apotheker mit einem jetzt außerhalb der Grenzen der ösl. Rep. liegenden Wohnsitz angemeldet worden ist, und daß ein Gesuch um die Erlaubnis zum Verfaufe fremder Spezialitäten und die notwendigen Muster nur diejenigen vorlegen brauchen, welche im Inlande die Erzeugung oder den Hauptverlag haben wollen.

(Erlaß des Ministerium des öffentlichen Gesundheitswesen v. 1. Juni 1921, Z.12.791/I). Mit Rücksicht auf eingelangte Zuschriften und in den Apotheker=Zeitschriften veröffentlichte Artikel bezüglich der mit Erl. vom 10. Mai 1920, Z. 7678/I angeordneten Revision pharmaz. Spezialitäten wird folgendes bemerkt: Obwohl die durch obigen Erlaß gewährte Frist zur Anmeldung ausländischer Spezialitäten, welche seinerzeit schon durch die österr. Regierung zugelassen waren, bis zum 31. März 1921 eine genügend lange war, haben die Apotheker, bis auf ganz vereinzelte Fälle und auch da zumeist erst in den allerletzten Tagen des Monates März, die gegebene Frist nicht benützt. Aus diesem Grunde darf allerdings die große Mehrheit solcher ausländischer Spezialitäten in den Apotheken zum Allgemeinverfaufe nicht auf Lager gehalten werden und können sie nur jene Apotheken allgemein verkaufen, welche sie bis 31. März neuerdings angemeldet haben, jedoch nur insoweit, als sie nach den bestehenden Vorschriften nicht vielleicht verboten werden. Dies schließt allerdings nicht aus, daß der Apotheker eine ausländische Spezialität, auch wenn im konkreten Falle den Vorschriften betreffend ausländ. Spezialitäten nicht entsprochen wurde, von Fall zu Fall abgibt, wenn der Arzt es verordnet. Solche pharmaz. Spezialitäten, welche das Gesundheitsmin. zum Allgemeinverfaufe zugelassen oder deren Allgemeinverkauf es untersagt hat, werden regelmäßig amtlich im „Bösnit“ des gen. Min. verlautbart und außerdem noch den Apotheker=Fachzeitschriften bekanntgegeben.

### **Verbot des Verlaufes pharmazeut. Erzeugnisse.**

(D.-B.-G. Boh. 2886/Erk. v. 11. Jänner 1924, Z. 5698-23).  
Es ist gesetzwidrig, wenn die Behörde den Verkauf eines angemeldeten pharmaz. Erzeugnisses vorläufig nur aus dem Grunde verbietet, weil die sanitätstechnische Prüfung in der festgesetzten dreimonatlichen Frist nicht hat durchgeführt werden können.

**Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichtes wegen Tinctura ferri Athenstaedt und Tinctura ferri Athenstaedt arsenic.** Das Gesundheitsministerium hatte dem inländischen Depositeur dieser Heilmittel den Verkauf derselben mit der Begründung verboten, daß diese zum allgemeinen Verfaufe noch nicht zugelassen sind, weil deren Untersuchung vom sanitären Standpunkte aus noch nicht durchgeführt werden konnte. Ueber Einspruch des Depositeurs hat das oberste Verwaltungsgericht mit Erk. vom 25. September 1924 Z. 16261/24 nachstehend entschieden.

„Die beanständete Entscheidung stützt sich offenbar auf die Verordnung des Ministerium des Innern vom 17. Dez. 1894, Z. 239 des Reichsges. und zwar auf die Bestimmungen des Punktes 6, der durch die Verordnung v. 16. April 1901, Z. 40 einen neuen Wortlaut bekam. Nach dieser Verordnung werden die Funktionen der Sanitätspolizei geregelt, wenn es sich um die Erzeugung und den Verkauf von pharmazeutischen Spezialitäten handelt. Im Absatz 2 dieses Artikels wird dem Konzessionsinhaber oder dem Leiter der Apotheke zur Pflicht gemacht, der politischen Behörde I. Instanz den Verkauf jeder pharm. Spezialität sowie die Verkaufsübernahme von ausländischen Spezialitäten anzumelden; im Absatz 4 wird bestimmt, daß die angemeldete pharmazeutische Spezialität verkauft werden darf, wenn drei Monate seit der Anmeldung oder der letzten diesbezüglichen Zuschrift an die Behörde vergangen sind und der Verkauf bezw. Erzeugung bisher nicht verboten worden ist. Der Beschwerdeführer wendet ein, daß die Begründung des Verbotes in der beanständeten Entscheidung mit den Gesetzen in Widerspruch steht. Diese Einwendung muß als berechtigt anerkannt werden. Das oberste Verwaltungsgericht sprach schon im Befund vom 13. Februar 1922, Z. 6706/21, Bohuslavsammlung Z. 1165 die Anschauung aus, daß durch die Bestimmung des Absatzes 4, Art. 6, der zitierten Ministerial-



Verordnung der Partei ein Schutz gewährt werden soll. Sie soll über das Schicksal ihrer Anmeldung nicht länger in Unge-  
 wißheit gehalten werden, als unbedingt notwendig ist, damit  
 ihre Unternehmungstätigkeit nicht behindert würde. Wenn  
 die Behörde die zur Untersuchung des Heil-  
 mittels bemessene dreimonatliche Frist  
 überschreitet, widerspricht dies den Inten-  
 tionen der Verordnungen. Ein vorläufiges Verbot  
 aus dem Grunde, daß die sanitär-technische Untersuchung noch  
 nicht durchgeführt werden konnte, ist nichts anderes  
 als eine Verlängerung der zur Untersuchung der Apotheker-  
 spezialität bemessenen Zeit. Die von der angeklagten Behörde  
 angeführte Begründung ist also den zitierten Verordnungen nicht  
 entnommen, sondern steht im Widerspruch mit Artikel 6, der  
 Verordnungen Z. 40 des Gesetzes aus dem Jahre 1901. Die  
 beanständete Entscheidung wird nach § 7 des Gesetzes über das  
 Verwaltungsgerichtswesen als ungültig erklärt.

Prag, 25. September 1924.

**Eine neue Begründung des Verbotes einer  
 pharmaz. Spezialität.** Entscheidung des obersten Verwaltungs-  
 gerichtes v. 5. Juni 1924, Z. 20.986/23. Wenn der Verkauf  
 und die Erzeugung einer pharmazeutischen Spezialität verboten  
 wurde, weil sie dem äußeren Ansehen nach eckelerregend  
 und auch von widerlichem Geschmacke ist, dann  
 ist dieses Verbot nicht im Widerspruch mit dem Gesetze, denn  
 ein Erzeugnis von solchen Eigenschaften fällt nicht unter den  
 Begriff einer pharmazeutischen Spezialität. Der Begriff ist  
 unter Z. 3, Absatz 2 der Verordnung Z. 239 aus dem Jahre  
 1894 so definiert, daß der Zweck einer pharmazeutischen  
 Spezialität der ist, als Heilmittel anerkannte und andere  
 pharmazeutische Präparate oder reine Gemische von ihnen in  
 eine für die Dispensation zweckmäßigere, oder dem Gesichts-,  
 Geruchs- u. Geschmackssinn zuzugender Form zu bringen.

**Einschränkung des Gebrauches pharmazeutischer  
 Spezialitäten.** (Erl. d. Gesundh.-Min. vom 29. Dezember  
 1922, Z. 28.864/1. Aus Apothekerkreisen langten hier Be-  
 schwerden ein, daß insbesondere in der letzten Zeit die Ver-  
 schreibung pharmaz. Spezialitäten zum Nach-  
 teile sowohl der Ärzte selbst als auch insbesondere der Apotheker  
 und der Konsumenten zunehme.

Das Gesundh.=Min. teilt diese Ansicht, weil das schablonenmäßige Verschreiben von Spezialitäten u. zw. hauptsächlich von zum allgemeinen Verfaufe nicht zugelassenen Spezialitäten ausl. Herkunft einestheils dem Ansehen der Aerzte abträglich ist, andernteils sowohl die Patienten als auch die Apotheker materiell schädigt und ersucht die dortige Behörde, solange die Erzeugung und der Handel mit pharmaz. Spezialitäten nicht anders geregelt sein wird, die Ärztekammern (Böhmen, Mähren und Schlesien), die dortigen Ärzteorganisationen (Slow. und Karp.=Rußl.) und die Krankenkassen zu ersuchen, auf ihre Zugehörigen, bezw. auf die Aerzte dahin einzuwirken, pharmaz. Spezialitäten nur dann zu ordinieren, wenn dies wirklich notwendig ist, wobei sie in erster Linie auf die zum allgemeinen Verfaufe zugelassenen Spezialitäten Bedacht zu nehmen hätten. Mit Rücksicht darauf, daß die Apotheker selbst vielfach unerlaubte Spezialitäten nicht nur auf Lager halten, sondern sie sogar schließlich öffentlich anempfehlen, sind die Apotheker durch die Apothekergremien in geeigneter Weise auf die Unzulässigkeit eines derartigen Verhaltens aufmerksam zu machen und ist gegen solche Apotheker mit der größten Strenge vorzugehen.

**Marktschreierisches Anpreisen von Geheimmitteln, Arzneimitteln und Heilmethoden.** (Erl. d. Gesundh.=Min. vom 6. August 1920, Z. 4878/I). In öffentlichen Druckschriften pflegen kosmetische Präparate und Arzneimittel angepriesen und zum Kaufe anempfohlen zu werden, welche einerseits völlig unwirksam und deshalb wertlose Präparate, anderseits Geheimmittel sind, deren Verkauf nur auf Täuschung der Bevölkerung berechnet ist; ähnlich pflegen verschiedene Heilmethoden anempfohlen zu werden. Weil die bisherigen diesbezüglichen Vorschriften, welche die erwähnte Verwendung verhindern sollen, sich als unzulänglich erwiesen haben, denkt man an die Erlassung neuer wirksamer gesetzlicher Bestimmungen. Bis zu dieser Zeit aber mögen die Sanitätsorgane im Einvernehmen mit den Sicherheitsorganen die Inhaber oder Produzenten solcher Gegenstände verfolgen lassen u. zw. entweder wegen Preistreiberei bei übertriebenen Preisen oder wegen Uebertretung gegen die Sicherheit der Gesundheit bei gefährlichen Mitteln oder schließlich wegen des Versuches eines Betruges, wenn es sich um einen völlig wertlosen Gegenstand

handelt; in gleicher Weise ist auch bei Anempfehlung geheimer und wertloser Heilmethoden vorzugehen.

**Unberechtigte Insertion, Verkauf und Erzeugung pharmaz. Spezialitäten.** (Erl. d. Gesundh.-Min. vom 11. Oktober 1921, Z. 1870/I ai 1920.) In der letzten Zeit erscheinen in den Tages- und Fachblättern zahlreiche Inserate und Reklamen, welche häufig in marktschreierischer Weise verschiedene Heilpräparate anbieten, deren Erzeugung und Verkauf und das nur nach besonderer Bewilligung, bloß den Apothekern gestattet sind.

Ich verlange, daß die Insertion, der Verkauf und die Erzeugung derartiger Präparate, soweit es sich um U e b e r t r e t u n g e n der Min.-Ver. vom 17. Sept. 1883, R.-G. Nr. 152, gegebenenfalls der vom 17. Dez. 1894, R.-G. Nr. 239 und vom 16. April 1901, R.-G. Nr. 40, handelt, in jedem Falle verfolgt werden. Das Gesundh.-Min. trägt im Einvernehmen mit d. Min. f. Handel, Ind. u. Gew. der pol. R.-B. auf, Anstalten zu treffen, daß in jedem Falle nach Sicherstellung der Insertion der fraglichen Heilpräparate, welche nach Min.-Ver. vom 17. Dez. 1894, R.-G. Nr. 239 hinsichtl. der Min.-Ver. vom 16. April 1901, R.-G. Nr. 40, pharmaz. Spezialitäten oder laut Min.-Ver. vom 17. Sept. 1883, R.-G. Nr. 152, den Apotheken vorbehaltene Heilpräparate (pharmazeutische, ausschließlich therapeutisch-chemische, ausschließlich Heildrogen) sind, die amtlichen Erhebungen gemäß diesen Richtlinien eingeleitet und durchgeführt werden:

1. Vor allem sind die Person des Inserenten sowie auch der Umstand, ob der Inserent zugleich Erzeuger der angebotenen Ware ist, sicherzustellen. Ein im Auslande wohnender Inserent oder Erzeuger entzieht sich selbstverständlich jedweder Aufsicht der hiesigen Behörden.

2. Wenn sichergestellt wird, daß der inländische Inserent die Ware bloß weiter verkauft, muß ermittelt werden, ob er zum Verkau fe im Gro ß e n o d e r e b e n s o z u m Verkau fe im K l e i n e n die Berechtigung hat und seine Berechtigung nicht etwa überschreitet.

3. Wenn es sich um einen inländischen Erzeuger handelt, ist zu ermitteln, ob dieser E r z e u g e r zur Herstellung die nach den geltenden Vorschriften erteilte B e r e c h t i g u n g besitzt und seine gegebenenfalls mit behördlicher Bewilligung



erzeugten Präparate vielleicht unberechtigterweise verkauft (z. B. ob der Erzeuger Präparate im Kleinverkaufe abgibt, welcher bloß den Apothekern vorbehalten ist, obwohl er bloß berechtigt wäre, dieselben im Großen abzugeben).

4. Werden auf diese Art Uebertretungen, sei es der schon oben angeführten Verordnungen, oder Uebertretungen der Gewerbeordnung sichergestellt, ist nach Durchführung des Strafverfahrens ein Strafausmaß zu erteilen, in welchem außer der auferlegten Strafe und eventuellen Verbotes der Erzeugung oder des Verkaufes auch das Verbot des weiteren Inserierens mit inbegriffen ist, welches den Anlaß zum Verfahren gegeben hat.

5. Ueber die Ergebnisse der eingeleiteten Aktion ist anher einmal nach drei Monaten immer bis zum 25. des folgenden Monats, zum ersten Male am 31. Dezember 1921, ein übersichtlicher Bericht zu überreichen. Dieser Bericht hat inbetrreff eines jeden sichergestellten Falles zu enthalten:

- a) die Benennung des angekündigten Präparates;
- b) die Art der Insertion in Tagesblättern (in welchen), in Flugblättern u. dgl.;
- c) Namen des Inserenten und Namen des Erzeugers;
- d) den Stand, in welchem sich das eingeleitete Verfahren gerade befindet bezw. den Erfolg des amtlichen Einschreitens.

Bemerkung: Dasselbe ordnet das R.-Schr. der polit. L.-B. in Prag vom 29. Okt. 1921, Z. 22 A 4049, Z. d. pol. L.-B. 337.851, an.

**Unberechtigte Inserierung und Verkauf ausländischer Präparate.** (R.-Schr. der polit. L.-B. in Prag v. 22. Dezemb. 1922, Z. 22 A 3690, Z. d. polit. L.-B. 358.726 ai 1922). Laut Erl. des Gesundh.-Min. vom 9. Sept. 1922, Z. 18.013/I liegt eine ganze Reihe von Beschwerden inländischer Fachfirmen vor, daß in das Gebiet der Republik sehr viel Chemikalien eingeschmuggelt werden, welche sich zwar durch Wohlfeilheit auszeichnen, dafür aber in der Mehrzahl der Fälle entweder gefälscht oder was die Beschaffenheit anbelangt, ganz wertlose Waren sind, wie es z. B. bei Cocain, Pyramidon, Stypticin u. dgl. festgestellt worden ist. Ferner werden in die Republik auf dem Wege des Schmuggels ausländische Spezialitäten eingeführt, welche zum Allgemeinverkaufe nicht zugelassen sind und von

welchen sich viele, wenn sie einer Prüfung unterzogen werden, als wertlos und in vielen Fällen auch als gesundheitsschädlich erweisen. Nichtbewilligte Spezialitäten werden ohneweiters öffentlich inseriert und bei Angabe des Depot angeboten, wie dies bei den Spezialitäten „Goudron Guyot“ „Bellocc Kohle“ der Fall ist; die Schnöbling'sche Apotheke in Prag I und die Apotheke Dvoráček in Brünn inserieren sie, worauf die zuständigen polit. L.=B. aufmerksam gemacht worden sind.

Weil nun, wie es scheint, die Strafen, welche für diese Uebertretungen festgesetzt sind, so gering sind, daß manche Apotheker und Drogisten, wie sichergestellt worden ist, erklären, daß sie dieselben gern erlegen, weil der Gewinn, welchen sie durch den Verkauf dieser Präparate erzielen, die Höhe des erlegten Betrages bei weitem übersteigt. werden die polit. Bez.=Verw., der Magistrat der Hauptstadt Prag und der in Reichenberg aufmerksam gemacht, mit aller Entschiedenheit und Strenge in angemessener, zum Ziele führender Weise einzuschreiten, damit diesem, immer mehr überhandnehmenden Uebelstande Einhalt geboten werde. Auf Grund des oben angeführten Min.=Erl. werden die polit. Bez.=Verw. und die Magistrate der Hauptstadt Prag und Reichenberg aufgefordert, die Angelegenheit mit der gehörigen Aufmerksamkeit zu verfolgen und über jeden amtlich sichergestellten und erlegten Fall, welcher in dieses Gebiet fällt, anher Bericht zu erstatten.

**Unberechtigte und marktstreuerische Insertion von pharmazeutischen Präparaten;** Vorgehen bei Verfahren. (R.=Schr. d. polit. L.=B. in Prag vom 2. Juli 1925, Z. 262.886 ai 1925-22 A 817 I ai 25). In der letzten Zeit liefen beim hiesigen Amt von einigen polit. Bez.=Verw. Anfragen ein, wie sie gegen **unberechtigte und marktstreuerische Insertion** pharmazeut. Präparate einschreiten sollen. Auf Grund der Erlässe vom 20. März 1925, Z. 34.792/24 u. v. 8. Juni 1925, Z. 15.153 des Gesundh.Min. wird hiezu Folgendes mitgeteilt: Solange das Preßgesetz keine Aenderung erfährt, haben die Aemter so vorzugehen, daß sie nach dem Inserat den Erzeuger und Verkäufer feststellen, ferner ob die nichtbewilligte Zubereitung tatsächlich auch erzeugt und dem allgemeinen Verfaufe zugeführt wird. Sie mögen einschreiten, wenn der Verkauf und die Erzeugung im Inlande

durchgeführt wird, wenn es sich um Apotheker handelt nach der Min.-Ver. Nr. 239/1894 des R.-G. eventuell nach dem Apothekergesetz und seinen Durchführungsverordnungen, bei anderen Händlern nach der Min.-Ver. Z. 152/1883 des R.-G. und der Min.-Ver. Nr. 97/1886 des R.-G. Die pol. Landes-Verw. ermahnt gleichzeitig, der Einhaltung der oben angeführten Bestimmungen gebührende Aufmerksamkeit zu widmen und im Falle der Feststellung einer Unzulässigkeit im Sinne des angeführten Vorganges mit größter Strenge einzuschreiten.

**Einfuhrbewilligung.** (Rundmachung des Min. für Handel, Industrie und Gewerbe v. 2. Juni 1924, Z. 118.025). Nach § 1, Nr. 1, Absatz 2, der Regierungs-Verordnung vom 13. Juli 1920, Z. 442 d. S. d. G. u. B., wird die Einfuhr von arab. Gummi, Geddah-Gummi, Senegal-Gummi, Gummigutti, Gummitrageanth, Gummi- und anderen Harzen, natürlichen Balsamen, Pflanzensaften, soweit sie in der Zollposition Nr. 174 wörtlich nicht angeführt sind, mit Wirksamkeit vom 1. Mai 1924. bewilligt. Da die Einfuhr der übrigen Waren dieser Position schon frei ist (Schellack, Benzoin, Manna, Dammar- und Kopalharz), wird mit 1. Mai d. J. die Einfuhr aller Artikel dieser Position bewilligt. — Dadurch wird die Beilage III auf Seite 63 und IV auf Seite 74 der Vorschriften über den Auslandshandel ergänzt und abgeändert.

---



## V.

### Amtliche Apothekenvisitationen.

**Entnahme und Einsendung der Arzneimittelproben.** Durch Erlass vom 4. April 1919, Z. 158.019 hat das Gesundh.-Min. angeordnet, daß die Amtsärzte aufgefördert werden, Arzneimittelproben, welche leicht verderben, nicht in Papierhüllen, sondern so, wie in der „Praxis der Apothekervisitation“ (Beilage zur Zeitschrift „Das österr. Sanitätswesen“, Jhg. 1912) angegeben ist, einzusenden und bei den Apothekenvisitationen auch Proben nicht-offizieller Arzneimittel, besonders sogenannter Kriegsersatzmittel, zu entnehmen.

**Gleichmäßige Verteilung der Apothekenvisitationen.** (R-Schr. Z. 22 A 1175 vom 12. Mai 1919, Z. d. pol. L.-B. 111.595). Um der Anhäufung der bei den Apothekenvisitationen zur Untersuchung durch das pharmakolog. Institut bestimmten Arzneimittelproben vorzubeugen, werden die pol. Bez.-Verw. mit Hinweis auf den Erl. d. h. Behörde v. 24. Dez. 1915, Z. 22 A 2235, m. Z. 346.090 ai 1915 aufgefördert, darauf zu sehen, daß die Apothekenvisitationen gleichmäßig auf das ganze Jahr verteilt werden. Für die genaue Durchführung dieser Verordnung sind die Herren Amtsvorsteher persönlich verantwortlich.

**Durchführung der Apothekenvisitationen und der Probenentnahme.** (R-Schr. d. polit. L.-B. in Prag vom 29. August 1919, Z. 22 A 1187/3 ai 1919, Z. d. pol. L.-B. 239.199.) Laut Erl. d. Min. f. öffentl. Gesundheitsw. vom 29. Juli 1919, Z. 3663/L, zeigen sich stets Mängel betreffend die Zusammenlegung der Arzneimittel, aus welchen zu schließen ist, daß der vorgeschriebenen Revision in den Apotheken nicht genügende Fürsorge gewidmet oder beim Einkaufe oder bei Aufbewahrung einfach vollkommene Nach-

lässigkeit gezeigt wird. Es ist daher nötig, daß die pol. Bez.-Verw. möglichst darauf sieht, daß sich diese Mängel nicht nur nicht mehr wiederholen, sondern daß sie ehestens beseitigt werden.

Die Apotheker sollen im Sinne der Min.-Ver. vom 27. Mai 1911, R.=G.=Bl. Nr. 103, neuerlich aufmerksam gemacht werden, daß sie für Reinlichkeit und gute Qualität der in der Apotheke aufbewahrten Drogen und Präparate verantwortlich sind (§ 1 d. erw. Min.-Ver.) und daß sie verpflichtet sind, sämtliche Arzneien, bevor sie diese in die Räume einlagern, den Verkauf und die Aufbewahrung der Arzneimittel auch außerdem einigemal im Jahre zu revidieren (§ 6 d. erw. Min.-Ver.).

Den Amtsärzten steht es zu, daß sie sich in zweckmäßiger Weise von der genauen Einhaltung dieser Bestimmungen überzeugen und das Nötige veranlassen, daß die sichergestellten Mängel und Hindernisse unverzüglich beseitigt werden.

(Erlaß des Gesundheits-Ministerium vom 24. März 1920, Z. 2505/I und das gleichsinnige Rund-Schreiben der polit. Landes-Verw. in Prag vom 15. April 1920, Z. 22 A 894/1, Z d. polit. Landes-Verwaltung 95.676.) Der Vorstand des Institutes für Arzneimittel-Ueberprüfung beim Gesundh.-Min. verweist darauf, daß die Apothekenvisitationskommissionen sich noch nach der durch die ehemaligen österr. Regierung erlassenen Anleitung für die Apothekenvisitation richten, welche selbstverständlich nicht mit dem gegenwärtigen Mangel und der Teuerung der Arzneimittel rechnen konnte. Besonders wurde befunden, daß aus manchen Apotheken zu wenig, aus den anderen aber zu viele Proben, oft wieder in ungenügender Menge, eingesendet werden, ferner, daß manchmal Proben unnötig vorgelegt werden oder die Verpackung unzweckmäßig ist.

Daher werden die pol. Bez.-Verw. ersucht, bei den Arzneimittellentnahmen folgende Richtlinien zu beachten:

1. Die Anzahl der entnommenen Proben sei nicht kleiner als drei und nicht größer als sechs. Die Menge der entnommenen Proben sei hinreichend. Es sind bloß verdächtige und solche Arzneimittel zu entnehmen, von welchen nur auf Grund einer sachlichen Analyse sichergestellt werden kann, daß sie guter Beschaffenheit sind. Es sind immer 1—2 Proben chemischer Präparate, ebenso viele Proben von Drogen und galenischen

Präparaten, also stets je eine oder je zwei Proben aus jeder Gruppe einzusenden.

2. Die Verpackung der Proben sei sorgfältig, so sind *extr. spissa* nicht in Holzschachteln oder Tiegel mit Metalldeckel, sondern in weithalsige gutgeschlossene Gläser zu geben. Salben sind in Glas- oder Porzellantiegel, im Richte sich zersekende Heilmittel in braune Gefäße zu füllen. *Pulver* sind in runden Pappschachteln, niemals in Schubern oder gar Säckchen, *Reagemittel* aber in Flaschen mit Glas-, Gummi- oder gut paraffinierten Korkstöpsel einzusenden.

3. Auf den *Signaturen*, welche mit dem Inhalt übereinstimmen müssen, sind die Menge der Probe, Firma der Apotheke und Datum der Entnahme anzugeben.

4. Jeder Sendung ist ein durch den Apothekenleiter und durch den Amtsarzt gefertigtes *Verzeichnis* der Proben auf ordentlichem Papiere beizulegen.

5. Die Proben sind in Kistchen oder festen Pappschachteln so zu verpacken, daß der Inhalt bei nicht sorgfältigem Verfahren auf der Post keinen Schaden erleide.

6. Schließlich wird aufmerksam gemacht, die Kommissionen mögen besonderes Augenmerk auf die Richtigkeit, Brauchbarkeit und Vollständigkeit des *Reagenzapparates*, der analytischen Wage, des Mikroskopes u. der Mikroskopierbehelfe richten.

Was die amtlichen Visitationen der Apotheken überhaupt betrifft, steht fest, daß die vorgelegten Visitationsprotokolle oft den erwünschten Ueberblick über den Zustand, die Einrichtung und die Leitung der betreffenden Apotheken nicht liefern, und kann man urteilen, daß die Visitation nicht der genügenden Sorgfalt gewidmet worden ist. In manchen Bezirken ist im Laufe eines Jahres eine Visitation überhaupt nicht durchgeführt worden.

Die Apotheken sind unstreitig eine wichtige öffentlich-sanitäre Einrichtung und ist es daher notwendig, daß deren amtliche Visitation möglichst gründlich durchgeführt werde und folgende Winke beachtet werden:

Die *amtlichen Apothekenvisitationen* sind gemäß *Min.-Ver.* vom 24. Feber 1912, *R.-G.* Nr. 46, bei voller Kenntniss der *Min.-Ver.* vom 27. Mai 1911, *R.-G.* Nr. 103, durchzuführen.



Laut der ersten Min.-Ver. hat der Amtsarzt alljährlich die Visitation aller Apotheken seines Verwaltungsbezirkes zu vollziehen und ein Protokoll über die Visitation genau und nur nach dem Muster, welches durch die Min.-Ver. vom 24. Feber 1912, R.-G. Nr. 46, festgesetzt ist, zu verfassen, wobei empfohlen wird, die herausgegebene und bei der pol. L.-Verw. erhältliche Druckform zu benutzen.

Alle Spalten der Druckform müssen namentlich hinsichtlich neu errichteter Apotheken genau ausgefüllt werden.

Die Bemerkung „wie im Vorjahre“ ist nur bei Dingen zulässig, welche sich nicht jährlich ändern, z. B. der Bauzustand der Apothekenräumlichkeiten.

Dagegen darf derart nicht vorgegangen werden hinsichtlich der Aufbewahrung der Gifte und heftig wirkender Stoffe, hinsichtlich der Misch- und Uebermischung der Wagen und Gewichte (hier ist das Jahr der Misch- genau anzugeben), hinsichtlich des Ergebnisses der Arzneimittelprüfung, welche während der Apothekenvisitation vorgenommen worden ist, hinsichtlich des Vorrates an Drogen, welche laut Pharmacopöe alljährlich erneuert werden sollen, sowie auch hinsichtlich der Heilsera und deren Wirksamkeitsdauer, ferner hinsichtlich des Vorrates an Spezialitäten usw., ob sie bewilligt sind oder nicht, weiters hinsichtlich der Vorräte an physiol. Lösung, wobei festzustellen ist, ob die bestimmte Ampullenzahl und die vorgeschriebene Menge bereit stehen.

Der Delegierte des Apothekergremiums ist zur Apothekenvisitation rechtzeitig im amtlichen Wege und niemals persönlich durch den Amtsarzt einzuladen. Daß dies geschehen ist, ist im Protokolle zu vermerken, namentlich wenn sich der Delegierte zur Apothekenvisitation nicht eingestellt hat.

Im Protokolle ist anzuführen, welche Arzneimittel und in welcher Menge sie zur fachlichen Ueberprüfung eingesandt worden sind.

Die Apothekenvisitationen sind längstens bis Ende November durchzuführen. Die Wintermonate sind für die Vollziehung weniger geeignet, auch weil der Amtsarzt zu der Zeit zu sehr mit Kanzleiarbeiten beschäftigt ist. In formaler Hinsicht wird betont, daß oft vergessen wird, im Protokolle über die Apothekenvisitation den Sitz, das Schild und den Namen des Apothekenbesizers sowie den Tag, wann die amtliche Visitation vollzogen worden ist, anzuführen. Das Protokoll über die amtliche Visi-

tation der Apotheke ist der politischen Landes-Verwaltung mit Beschleunigung einzusenden.

(Rund = Schreiben der polit. Landes-Verwaltung in Prag vom 30. März 1921, Z. 22 A 1067; Z. d. polit. Landes-Verwaltung 84.401.) Laut der Verzeichnisse der bei den amtlichen Visitationen der öffentl. Apotheken im Jahre 1920 entnommenen Proben, welche der Arzneimittelprüfungsanstalt zugehen, hat das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen erkannt, daß zur Überprüfung beinahe gar keine pharmaz. Spezialitäten gesendet zu werden pflegen, obwohl in der letzten Zeit öfters deren unrichtige Zusammensetzung nachgewiesen worden ist.

Das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen hat daher durch Erlaß vom 1. Dezember 1920, Z. 13.666/I, angeordnet, daß die Amtsärzte aufgefordert werden, den erwähnten Erzeugnissen bei den Apothekenvisitationen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden und Proben derselben zur Überprüfung von solchen Apotheken einzusenden, welcher sie entweder selbst erzeugen oder sie zum Allgemeinverkaufe auf Lager genommen haben. Es ist unvermeidlich notwendig, diesen Auftrag zu beachten, weil laut Erlasses des Gesundheits-Min. vom 17. Jänner 1921, Z. 428/I festgestellt worden ist, daß eine gewisse pharmazeutische Spezialität in einer der ursprünglichen Vorschrift nicht entsprechenden Beschaffenheit und Menge in den Allgemeinverkauf eingeführt wurde.

Hievon werden die polit. Bezirks-Verwaltungen verständigt und gleichzeitig aufgefordert, darauf zu achten, daß bei amtlichen Apothekenvisitationen die Vorschriften der Min.-Ver. v. 24. Feber 1912, R.-G. Z. 46, und die durch das h. Rund = Schreiben v. 15. April 1920, Z. 22 A 894/1, Z. der polit. L.-V. 95.676 gegebenen Winke bedingungslos beachtet werden.

In jedem Visitationsprotokolle ist klar erkenntlich zu machen, ob die Apotheke außer mit anderen vorgeschriebenen Apparaten und Geräteteilen auch mit Mikroskop, analytischer Wage und Destillationsapparat versorgt ist. Die nötigen Drucksorten der Visitationsprotokolle werden cheftens zugestellt werden.

(Erlaß des Gesundheits-Ministeriums v. 2. Feber 1925, Z. 2921.I.) Noch immer werden die

Apotheken größtenteils in den letzten Monaten des Jahres visitiert, was zur Folge hat, daß die Heilmittel-Untersuchungsanstalt beim Gesund.=Min. die bei diesen Visitationen entnommenen und ihr eingeschiedten Proben nicht rechtzeitig bearbeiten kann. Um diese Betriebsstörungen hintanzuhalten, ist zu veranlassen, daß die Apothekenvisitationen gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt und der erwähnten Anstalt von den Visitationen bloß 3 bis 4 und nur dann mehr Proben eingesendet werden, wenn sie wirklich verdächtig befunden werden. Für jeden Monat sind Ausweise darüber anherzusenden, in welchen Apotheken (geordnet nach den polit. Bezirks-Verwaltungen) amtliche Visitationen vorgenommen wurden.

(Rund = Schreiben der polit. Landes-Verwaltung in Prag v. 13. Mai 1925, Z. 201.701—22 A 373/3.) Auf Grund eines Erlasses des Gesundh.=Min. ist bis längstens 31. Mai anher zu berichten, in welchen Apotheken die amtlichen Visitationen in den Monaten Jänner und Feber durchgeführt wurden. Bericht ist auch im verneinenden Falle zu geben. Die Untersuchungsanstalt teilt mit Zuschrift vom 24. April 1925, Z. 13/25, anher mit, daß die polit. Bez.=Verw. der Anstalt keine Listen zusende, aus welchen zu ersehen wäre, wann die amtliche Visitation der Apotheken durchgeführt wurde und wann dort das Muster entnommen wurde. Sie führt weiter aus, daß es zur Beurteilung der Drogenqualität oft notwendig ist, zu wissen, wie das Muster entnommen wurde, ob von der Oberfläche, aus der Mitte oder vom Boden des Aufbewahrungsgefäßes oder ob eine Mittelprobe entnommen wurde, was in Wirklichkeit nie der Fall sein soll. Ein weiteres wichtiges Moment ist auch zu wissen, wie eine beliebige Droge in der Apotheke auf Lager gehalten wird. Solche Angaben bekommt bis jetzt die Untersuchungsanstalt niemals in die Hand. Es geschieht häufig, daß die Apotheker die Drogen mischen und speziell Vegetabilien in Schubladen, entweder in offenen Schachteln oder direkt in Papiersäckchen aufbewahren, in welchen sie die Ware von der liefernden Firma erhalten. Häufig geschieht es auch, daß die Vorräte unrichtig ergänzt werden auf die Art, daß die Behälter oder Schachteln vor dem Anfüllen mit dem neuen Vorrat nicht gereinigt werden, d. h. die alten Warenreste nicht beseitigt werden. In einem solchen Falle ist es ungemein schwer, sich



auf die Behauptung zu verlassen, daß die letzte Ware von der betreffenden Firma war, weil es leicht geschehen kann, daß es sich um alte Reste verschiedener Lieferungen handelt, und kann dann der Apotheker wirklich auch beim besten Willen nicht den Beweis für seine Behauptung erbringen. Daß es geschieht, davon zeugt eine Menge Resultate der in der Anstalt durchgeführten Proben, wonach dort untersuchte Proben aus einigen verschiedenen Handelsorten derselben Drogen bestanden. Der Apotheker ist für diese Ware verantwortlich und kann man, solange nicht bei den Visitationen auch auf den oben angeführten Umstand gesehen wird, der für die Probenuntersuchung von unermesslicher Wichtigkeit ist, niemand anderen als den Apothekerverantwortlich machen, welcher verpflichtet ist, die Ware zu untersuchen.

Die polit. Bezirks-Verwaltungen werden aufgefordert, sich in Zukunft streng nach diesen Winken zu halten.

**Ergebnisse der Apothekenvisitationen im Jahre 1920.** (R.-Schr. der pol. L.-B. in Prag vom 30. November 1921, Z. 22 A 4490, Z. d. pol. L.-B. 366.340). Mit Erlaß vom 6. November 1921, Z. 17.405/I hat das Gesundh.-Min. der polit. Landes-Verw. „Befunde“ der Heilmittelüberprüfungsanstalt über die Analyse der bei den Apothekenvisitationen im Jahre 1920 entnommenen Proben zugesandt und erinnert hierbei an folgendes:

Auffallend ist die Menge der beanständeten Proben der imprägnierten Gaze, welche durch den Inhalt an Heilstoffen nicht entsprechen.

Fol. Digitalis sind in sehr zahlreichen Fällen im unbrauchbaren Zustande befunden worden. Aus der Zahl der mangelhaften galenischen Präparate kann man urteilen, daß die Apotheker der Zubereitung derselben nicht die gehörige Fürsorge widmen. Ebenso haben Tinkturen nicht entsprochen, in dem sie einerseits aus verdünnterem Weingeiste als vorgeschrieben, anderseits aus ungenügenden Mengen der vorgeschriebenen Stoffe zubereitet worden waren.

Zur Herstellung der Salben wird bisher Baselin schlechtester Qualität verwendet, obwohl im Handel bereits genug tadelloses Baselin zu haben und solches auch in der Apothekertaxe berechnet ist.

Von den entnommenen Proben Extr. pomi ferr. und Tinct. pomi ferrat hat die überwiegende Menge be-

züglich ihres Gehaltes an Eisen nicht entsprochen. Im Handel wird wahrscheinlich ein der Pharm. VIII. nicht entsprechendes Extr. pomi ferrat. angeboten. Hierauf sind die Apotheker des dortigen Sprengels aufmerksam zu machen und aufzufordern, in dieser Hinsicht ihren Apotheken Aufmerksamkeit zu widmen.

**Die amtlichen Apothekenvisitationen 1921.** (Rund-Schreiben d. polit. L.-B. in Prag v. 27. April 1922, Z. 22 A 580, Z. der polit. L.-B. 34.043.) Das Gesundh.-Min. hat der polit. L.-B. mit dem Erlasse vom 23. Jänner 1922, Z. 182/I Befunde über die Analyse der bei den Apothekenvisitationen im Jahre 1921 entnommenen Heilmittelproben zugesandt und mit Hinweis auf seinen Erl. vom 6. November 1921, Z. 17.405/I (intim. Rund-Erl. der polit. L.-B. vom 30. November 1921, Z. 22 A 4490, Z. der polit. L.-B. 366.340) aufmerksam gemacht, daß abermals eine ansehnliche Menge imprägnierter Gazen und galenischer Präparate beanständet worden war.

Hiezu wird bemerkt, daß das Ergebnis der amtlichen Apothekenvisitationen im Jahre 1921 bis auf unbedeutende Ausnahmen im ganzen weniger befriedigend gewesen ist u. zw. sowohl, was die Einrichtung und Bewirtschaftung der Apotheken und die Qualität der Heilmittel, als auch, was den Inhalt der Visitationsprotokolle und das Vorlegen derselben bei der polit. L.-B. betrifft.

Oft ist wahrgenommen worden, daß in Apotheken bis jetzt — ältere nicht ausgenommen — die physiolog. Lösung in den vorgeschriebenen Dosen (2 Gefäße zu 50 u. 2 zu 230 cm<sup>3</sup>), der Destillierapparat, die analytische Wage, Mikroskop, besondere Gefäße zur Verarbeitung der Gifte, von Jodoform und Moschus u. a. fehlen. In vielen Apotheken gab es kein Laborationsbuch (§ 5 der Min.-Ver. v. 27. Mai 1911, R.-G.-Bl. Nr. 103, Abs. 4. der Min.-Ver. v. 17. Dezember 1894, R.-G.-Bl. Nr. 239), sodaß man nicht ersehen konnte, ob und in welcher Menge Präparate in der Apotheke für deren Eigenbedarf und Handel erzeugt worden waren. In zahlreichen Fällen sind die Heilmittel nicht ausgewechselt worden, deren Vorrat nach der Pharmakopöe alljährlich erneuert werden soll.

Oft stellte es sich schon beim bloßen Ansehen heraus, daß Arzneimittel sehr mangelhaft waren; dies gilt namentlich

von Drogen. Die Visitationsprotokolle boten vielfach nicht die verlangte Uebersicht über die Einrichtung der Apotheken und die Gebahrung in ihnen und mußten deshalb sehr oft zur Ergänzung zurückgeschickt werden. Die Visitationen wurden nicht gleichmäßig über die Zeit verteilt, sodaß sich gegen Ende des Jahres wie in den vergangenen Jahren in der Anstalt die Arzneimittel anhäuferten und nicht rechtzeitig untersucht werden konnten, worüber sich die Arzneimittelprüfungsanstalt mit Recht beschwert hat.

Viele Proben langten in der Anstalt in verdorbenem Zustande ein; die Gefäße waren zerbrochen oder verdriickt und ihr Inhalt war verschüttet oder herausgefallen, sodaß die Proben gar nicht analysiert werden konnten und die übrigen Proben waren verunreinigt und konnte ihre Analyse nicht ausgeführt werden.

In anderen Fällen wieder hatten sich flüchtige Stoffe infolge unzuweckmäßiger Verstopfung der Gefäße verflüchtigt, durch Salben in Holzschachteln waren andere Gegenstände der Sendungen beschädigt worden usw.

Die Menge (das Gewicht) mancher Arzneimittel war oft ungenügend; von Spezialitäten ist überhaupt sehr wenig eingelangt.

Die hier angeführten Unzukömmlichkeiten und Mängel verursachten überflüssige Arbeit.

Damit durch die Apothekenvisitationen der durch sie beabsichtigte Zweck und das geforderte Ergebnis erreicht werden, werden die Behörden abermals aufgefordert, sich bei den amtlichen Visitationen genau an die Vorschriften der Min.-Ver. vom 27. Mai 1911, R.-G.-Bl. Nr. 103, und vom 24. Feber 1912, R.-G.-Bl. Nr. 46, und an die durch die hierortigen R.-Erl. vom 5. Mai 1914, Z. 22 A 1287, Z. d. pol. L.-B. 113.081; vom 15. April 1920, Z. 22 A 894/I, Z. d. pol. L.-B. 95.676; vom 30. März 1920, Z. 22 A 1067, Z. d. pol. L.-B. 84.401, und vom 30. Nov. 1921, Z. 22 A 4490, Z. d. pol. L.-B. 366.340, gegebenen Winke zu halten.

Die Visitationen der Apotheken sind aus den im R.-Schr. v. 15. April 1920, Z. 22 A 894/I, Z. d. pol. L.-B. 95.676, bezeichneten Gründen bedingungslos bis Ende November durchzuführen und die Visitationsprotokolle binnen 8 Tagen nach erfolgloser Visitation vorzulegen. Die nötigen Drucksorten der Visitationsprotokolle sind beigegeschlossen.



**Ergebnisse der Apothekenvisitationen vom Jahre 1922; Gesetz betr. Extr. Belladonnae.** (R.-Schr. d. pol. L.-B. in Prag, Z. 22 A 2086 ai 1923, Z. d. pol. L.-B. 130.128 ai 1923 vom 31. März 1923.)

In der zweiten Hälfte des Jahres 1922 ist bei den Apothekenvisitationen dem Präparate „Extr Belladonnae“ erhöhte Aufmerksamkeit gewidmet worden. Nach Durchführung der Analyse seitens der Arzneimittellüberprüfungsanstalt hat man ersehen, daß nur eine von all' den Proben als mit Not zulässig erklärt werden konnte. Die übrigen enthalten eine merklich geringere Menge an Alkaloiden, als sie das Arzneibuch vorschreibt, enthalten Schwermetalle in größerer oder kleinerer Menge und ist nicht einmal deren Löslichkeit immer vollkommen. Daraus kann man urteilen, daß im Jahre 1920–1921 in der Tschechoslowakei ein Extr Bellad. durchwegs minderwertiger Qualität als in früheren Zeiten in den Handel gebracht worden ist, ohne daß die Apotheker diesem Erzeugnisse die nötige Sorgfalt gewidmet hätten.

Hievon sind auf Grund des Erl. des Gesundh.-Min. vom 14. März 1923, Z. 3694/1, die Apotheker in zweckmäßiger Weise zu verständigen, wobei ihnen zu empfehlen ist, die galenischen Präparate in ihren Laboratorien sich selbst anzufertigen, jedoch aus pharmakognostisch sorgfältig überprüftem Materiale. Es genügt nämlich nicht, zur Bereitung eines Extraktes oder einer Tinktur die vorgeschriebene Menge der Drogen und Weingeist der vorgeschriebenen Konzentration zu nehmen, sondern es muß die verwendete Droge in jeder Hinsicht dem Arzneibuche entsprechen, namentlich was die Menge der Extraktivstoffe und den Aschenrückstand anbelangt. Gleichzeitig sind sie aufzufordern, den Tollkirscheneextrakt, soweit sie denselben in der ersten Hälfte des Jahres 1922 oder vordem bezogen haben, einer besonders sorgfältigen Prüfung zu unterziehen und in dem Falle, daß er nicht entspräche, ihn vom Verlaufe auszuschließen. Uebrigens sollen die Amtsärzte bei ihren Visitationen den galenischen Präparaten eine größere Aufmerksamkeit angedeihen lassen, weil von diesen im Jahre 1921 mehr als 25 Prozent nicht entsprochen haben.

**Apothekenvisitation im Jahre 1923.** (R.-Schr. d. polit. L.-B. in Prag vom 12. April 1923, Z. 22 A 1905 ai 23, Z. der polit. L.-B. 115.589.) Aufrecht erhalten durch

Erlaß d. Gesundh.-Min vom 22. April 1924, Z. 3968-1 ai 1924. Auf Grund der Verordnung des Min. des Inn. vom 24. Februar 1912, R.-G. Z. 46 ergeht an die polit. V.-B. die Aufforderung, auch im Jahre 1923 alle Apotheken der behördlichen Revision zu unterziehen. Bei den Apothekenvisitationen ist genau nach den Vorschriften dieser Min.-Ver. sowie nach den h. Runderlässen 1) v. 5. Mai 1914, Z. 22 A 1287, Z. d. polit. V.-B. 113.081; 2) v. 29. August 1919, Z. 22 A 1187/3, Z. d. pol. V.-B. 239.199; 3) v. 27. Feb. 1920, Z. 22 A 557, Z. d. polit. V.-B. 40.454; 4) v. 15. April 1920, Z. 22 A 894/1, Z. d. polit. V.-B. 95.676; 5) v. 2. Juni 1920, Z. 22 A 1865, Z. d. pol. V.-B. 161.518; 6) v. 30. März 1921, 22 A 1067, Z. d. pol. V.-B. 84.401; 7) v. 30. November 1921, Z. 22 A 4490, Z. d. pol. V.-B. 366.340; 8) v. 27. April 1922, Z. 22 A 580, Z. d. pol. V.-B. 34.043; 9) v. 29. Juni 1922, Z. 22 A 580/8, Z. d. pol. V.-B. 235.417 vorzugehen.

Von diesen Runderlässen sind die mit den Ziffern 2, 4, 5, 6, 7 und 8 bezeichneten auch in der S. d. G. u. V. des Dr. Kristen, Band XI, veröffentlicht.

Das Ergebnis der amtlichen Visitationen im Jahre 1922 hat nicht befriedigt, es wurden zahlreiche Uebelstände, sowohl was die Einrichtung der Apotheken betrifft als auch hinsichtlich der entnommenen Arzneimittelpuben wahrgenommen.

Die Protokolle wurden unvollständig, vielfach in derartig unleserlichem Zustande eingesendet, daß sie oft recht zurückgeschickt werden mußten. Die vorgeschriebene Frist zur Erledigung h. Erlasse wurde nicht eingehalten, was zahlreiche Urgezen veranlaßt hat. In einigen Fällen wurde das Visitationsprotokoll statt an die pol. V.-B. an die Arzneimitteluntersuchungsanstalt gesendet. Die Protokolle enthielten wie in vergangenen Jahren auch im Jahre 1922 keine Daten betreffs der physiologischen Lösung, des Destillationsapparates, der analytischen Wage, der Michtung der Wagen, des Mikroskopes der speziellen Gefäße zur Verarbeitung von Giften, Jodoform und Moschus und es fehlte in ihnen die Angabe, ob ein Elaborationsbuch geführt wird, ob die Arzneimittel, deren Vorrat nach der Pharmakopöe alljährlich zu erneuern ist, ausgetauscht werden u. a.

Der Abfertigung der Proben an die Arzneimitteluntersuchungsanstalt wird ebenfalls wenig Aufmerksamkeit ge-

widmet. Bald wurden wenig (2 bis 3), bald reichlich (7 bis 10) Proben entnommen. Die Verpackung der Proben war häufig nachlässig. Extrakte wurden unrichtigerweise in Holzschachteln oder in Tiegel mit Metalldeckel gegeben, Pulver in Säckchen, Flaschen mit Del oder anderen Flüssigkeiten ohne gehörige Umhüllung, flüchtige Stoffe in Fläschchen mit Korkstöpsel verschickt u. dgl. Dadurch geschah es, daß die abgesendeten Proben in sehr zahlreichen Fällen in verdorbenem Zustande ankamen, Gefäße und Flaschen zerbrochen waren und der Inhalt verschüttet war, gegebenenfalls die Proben sich gänzlich verflüchtigt hatten und überhaupt nicht untersucht werden konnten. Unter den eingelaufenen Proben gab es wenig pharmaz. Spezialitäten und waren es, soweit welche ankamen, meistens nicht bewilligte Spezialitäten welche die Apotheker zum Allgemeinverkaufe auf Lager hielten, ohne daß die polit. Bezirksverw. strafbar eingeschritten wären.

Indifferente Heilmittel wurden bei weitem öfter als wichtige zur Untersuchung eingeschickt. Gemäß den Befunden der Arzneimitteluntersuchungsanstalt war eine ganze Reihe wichtiger Präparate zu beanstanden wie z. B. folia Digitalis, tinct Opii, Valerianae, Jodi, Chinae, ungu. acidi borici und Vaselinum. ungu Hydrargyri u. a. Besonders auffallend war jedoch die Ungehörigkeit bei Jodoformgasen, welche z. B. als 20 %ig bezeichnet waren und vielfach als nur 1.5 %ig befunden wurden. Eine große Mangelhaftigkeit wurde ferner nach dem Erl. d. Min. f. öffentl. Gesundhw. u. körp. Erz. vom 14. März 1923, Z. 3694/I, bei dem Präparate Extractum Belladonnae festgestellt, worüber ein besonderer Runderlaß (22 A 2086 ai 23, Z. d p R.-B. 130.128) herausgegeben worden ist.

Die Droge fol. Digitalis war in zahlreichen Fällen erheblich mit Teilen allerhand indifferenter Pflanzen vermischt. Oft wird über die schlechte Qualität des doppeltsohlenfauren Natrons Klage geführt. Es zeigt sich also die Notwendigkeit, Proben dieses wichtigen Präparates häufiger zur Untersuchung einzusenden.

Weil die größten Anstände bei den galenischen Präparaten festgestellt worden sind, werden die polit. Bezirksverwaltungen aufgefordert, den Apothekern aufzutragen,



daß sie diese Präparate, allerdings aus einem pharmakognostisch sorgfältig überprüften Materiale, selbst in ihren Laboratorien zubereiten. Zur Herstellung eines Extraktes oder einer Tinktur genügt es nämlich nicht, die vorgeschriebene Menge der Droge und den Weingeist vorgeschriebener Konzentration zu nehmen, sondern muß die benützte Droge in jeder Hinsicht, namentlich was die Menge der Extraktivstoffe und des Aschenrückstandes anbelangt, der Pharmakopoe entsprechen.

Inbetreff der Entnahme der für die Untersuchung bestimmten Arzneimittelprouben werden die polit. Bez.-Verw. auf die Winke Mosler's verwiesen, welche in der Zeitschrift „Das österr. Sanitätswesen“ vom Jahre 1912, II. Teil, Seite 1 der „Beilagen“ gegeben worden sind.

Mit Rücksicht auf obige Ausführungen ergeht an die polit. Bez.-Verw. und Amtsärzte die Aufforderung, die angeführten Vorschriften genau zu beachten und in Fällen, in welchen es sich um grobe Verstöße handelt, mit Strenge vorzugehen und höhere Geldbußen aufzuerlegen als es bisher üblich war (z. B. 20 K<sup>z</sup> bei schweren Verstößen).

Die Apotheken sind neuerdings im Sinne der Min.-Ver. vom 27. Mai 1911, R. G. Nr. 103 nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß sie für die Reinheit und gute Beschaffenheit aller in der Apotheke geführten Drogen und Präparate verantwortlich und verpflichtet sind, alle Arzneimittel, bevor sie dieselben in die Apothekenräumlichkeiten einordnen, einer gründlichen Ueberprüfung zu unterziehen.

Die Visitationen aller Apotheken sind bedingungslos bis spätestens Ende November 1923 durchzuführen und die Visitationsprotokolle binnen 8 Tagen nach erfolgter Revision vorzulegen. Die nötigen Druckorten der Visitationsprotokolle werden beigelegt.

**Verwendung der Gendarmerie bei amtlichen Interventionen in Apotheken.** Polit. Bezirks-Verw. in Komotau an die Verbandsleitung am 11. April 1925. Ueber Auftrag der polit. Landes-Verw. in Prag v. 31. März 1925, 6 : 96.834—22 A 709, wird dem „Verband der deutschen Apotheker“ mit Beziehung auf die Eingaben vom 19. Feber und 8. März 1924 bekannt gegeben, daß die polit. Bez.-Verw. in Dux durch die Gendarmerie Hostomitz in der Apotheke des Ph. Mr. Heinrich Wiedemann 13 Flaschen Calciron amtlich

konfisziert hat. Sonst wurde die Gendarmerie bei amtlichen Interventionen in den Apotheken nicht verwendet. Die polit. Bez.-Verw. in Dux wurde angewiesen, künftighin in solchem Falle, wie der bezüglich in Hostomitz erwähnte es war, Gendarmerie nicht zu verwenden.

### **Unbefugte Kontrolle der öffentlichen Apotheken.**

Ueber Erlaß des G.-M. v. 29. August 1925, Z. 6483, richtet die polit. L.-V. Prag an die Apotheker Böhmens nachstehendes Rundschreiben.

„Eine Apotheke betreten, um ein Arzneimittel auf ärztliche Vorschrift zu kaufen, darf jedermann, also auch ein Angestellter des Krankenkassenverbandes. Irgend eine Revision vorzunehmen oder Probemuster auszusuchen, ist jedoch dieser Besucher nicht berechtigt. Es ist Sache des Apothekers, ein solches Unterfangen nicht zuzulassen. Wenn der Apotheker über Aufforderung des Verbandsangestellten diese oder jene Arzneimittel zwecks Ueberprüfung ausgeliefert hat, dann kann er sich nicht nachträglich beschweren, resp. können in der Sache keine Vorkehrungen getroffen werden, der Apotheker hätte den Interessenten auffordern sollen, sich zu legitimieren, und konnte, nachdem er festgestellt hatte, daß die Person zur Revision nicht berechtigt sei, was immer für eine Auslieferung von Arzneimitteln zu Untersuchungszwecken ablehnen. Die Apotheker sind also darauf aufmerksam zu machen, daß der Angestellte des Krankenkassenverbandes beim Besuch in der Apotheke nur gerade soviel Rechte hat als jede andere Privatperson, die Arzneien in der Apotheke kauft, und daß die Apotheker die Anmaßung eines Rechtes zur Revision der Apotheke durch andere als Amtspersonen zurückweisen kann.

---

## VI.

### Verkehr mit begünstigten Parteien.

**Imprägnierte Verbandstoffe unter Apothekenvorbehalt.** Die polit. L.-Verw. in Prag hat durch Entsch. Z. 22 A 212/23—86.187/23 v. 9. März 1923 das Verbot der polit. Bez.-Verw. in Reichenberg vom 4. Dezember 1922, Z. 63.242, betreffend die Abgabe imprägnierter Verbandstoffe durch die Krankenkasse an ihre Mitglieder, bestätigt und die Entsch. begründet wie folgt: „Gemäß §§ 2 u. 3 der Min. Verord. vom 17. September 1883, 152 des R.-G.-Bl. ist den Apotheken das Feilhalten und der Verkauf pharmaz. Zubereitungen und Heilmittel, welche ausschließlich zu diesem Zwecke Verwendung finden, vorbehalten.“ Imprägnierte Verbandstoffe sind als solche Heilbehelfe anzusehen, welche im Sinne des zitierten Min.-Erl. nur in Apotheken feilgehalten und abgegeben werden dürfen. Der Umstand, daß die Krankenkassa diese Zubereitungen nur an ihre Mitglieder und unentgeltlich, also nicht gewerbsmäßige abgibt, kann an diesem Verbote nichts ändern. Insofern es sich um nicht imprägnierte Verbandmaterialien handelt, sind diese gemäß § 2 des zitierten Min.-Erl. von dem ausschließlichen Verkaufe durch die Apotheken ausgenommen und dürfen deshalb auf Lager gehalten und auch außerhalb der Apotheken abgegeben werden.

Der Apotheker ist zur strengsten **Einhaltung der Arzneitaxe** ohne Ausnahme, aber nicht zur **Gewährung eines Kredites** an die Krankenkassen verpflichtet. (Erkenntnis d. D.-V.-G. vom 12. März 1923, Z. 14831 (Z. 11.656-22).

I. Weder aus dem Gesetze vom 18. Dezember 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 vom Jahre 1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens (§ 7, Abs. 3) noch aus dem § 12 der Min.-Ver. vom 28. März 14, R.-G.-Bl. Nr. 73, über die Verrechnung der Apotheken mit den Krankenkassen läßt sich die Verpflichtung



der Apotheker ableiten, den Kassenmitgliedern beim Bezuge von Arzneien auf Rechnung der Kassen Kredit zu gewähren.

II. Die Abweichung von der behördlichen Arzneitaxe ist auch dann strafbar, wenn der Apotheker die Heilmittel und Präparate selbst teurer eingekauft hat.

**Mangelhafte Verabfolgung von Heilmitteln auf Rechnung der Krankenkassen.** (R. Schr. der pol. L.-V. in Prag v. 14. Okt 1924, Z. 365.846 ai 1924, Z. 22 A 1550/27 ai 24.) Laut Erlaß des Gesundh.-Min. v. 27. Juni 1924, Zahl 19.970, ist in der durch die Kommission zur Regelung der Apothekertaxen abgehaltenen Beratung durch den Vertreter der Krankenkassen neuerlich auf sichergestellte Unredlichkeiten bei der Expedition von Heilmitteln auf Rechnung der Krankenkassen hingewiesen worden. Es wird daher im Sinne des angeführten Min.-Erl. ersucht, die untergeordneten Aufsichtsorgane darauf aufmerksam zu machen und aufzufordern, die Medikamentenexpedition in den Apotheken zu beaufsichtigen und in sichergestellten Fällen mit aller Strenge einzuschreiten. Jeder sichergestellte Fall einer unordentlichen Expedition ist dann anher zu melden.

**Verabfolgung von Medikamenten durch die Krankenkassen; Abänderung der Rezepte.** (Erlaß des Prager Magistr. vom 7. Juli 1924, Ref. ra. Z. 1382/24—Z. 164.) Durch Untersuchung und Wahrnehmung des führenden Arztes wurde sichergestellt, daß die Bezirkskrankenkassa in Prag einem Kassenmitgliede „Syrup lactocreosotic“ verabfolgte obwohl sie dazu nicht berechtigt war, und weiter das auf „Pneumosyrup Medifa“ ausgestellte ärztliche Rezept auf das oben angeführte Heilmittel abänderte. Mit Hinweis auf die Bestimmung der §§ 2 und 3 der Min.-Ver. vom 17. Sept. 1883, Z. 152, machen wir die Bezirkskrankenkassa aufmerksam, daß nur die Apotheke Medikamente auf Rezept abgeben darf und infolge dessen der Bezirkskrankenkassa in keinem Falle das Recht zusteht, irgendwelches Medikament an ein Mitglied zu verabfolgen oder die ärztliche Vorschrift abzuändern, sei es auch nur durch den Kassenarzt. Bei Nichtbefolgung würde auf Grund des Strafgesetzes Strafe auferlegt.

Auch der Rund-Erlaß der polit. Landes-Verw. in Prag Zahl 434.978 ai 1924, 22 A 2543/1 ai 24 verbietet die

unberechtigte Heilmittelerpedition durch die Krankenkasse der Beamten und Angestellten der Hauptstadt Prag.

**Umsatzsteuer bei Lieferung für öffentliche Krankenhäuser.** Mit Erlaß des Ministeriums des öffentl. Gesundheitswesen, Z. 25.631/I ai 1921 vom 29. Dezember 1921 wurde verfügt, daß die 2prozentige Umsatzsteuer bei Lieferungen für öffentliche Krankenhäuser anzurechnen ist, da die öffentlichen Krankenhäuser unter die von der 2prozentigen Umsatzsteuer befreiten Institutionen (§ 4, P. 12 des Umsatzsteuergesetzes) nicht aufgenommen sind.

**Lieferung von Heilmitteln an die in allgem. öffentl. Krankenhäusern verpflegten Kranken.** (R.-Schr. d. L.-Verwaltungsaussch. in Prag vom 25. Mai 1925, Z. 57.547—25—VI). Weil sich die Beschwerden aus den Reihen der Apotheker über den Heilmittelbezug für die in allg. öffentl. Krankenhäusern untergebrachten Kranken häufen, machen wir die Verwaltungsausschüsse auf nachstehende Bestimmung aufmerksam:

Gemäß § 1 der Verord. d. Min. d. Inn. u. d. Hand. vom 17. Sept. 1883, R.-G. Z. 152, sind Zubereitung und Verkauf von Arzneien jedweder Art und Form nach ärztlicher Verschreibung ausschließlich den Apotheken vorbehalten. Weil aber die öffentl. allg. Krankenhäuser — soweit wenigstens bekannt — keine Bewilligung zur Betreibung von Anstaltsapotheken im Sinne des 3. Abschn. (§ 35 u. flg.) des Ap.-Ges. vom 18. Dez. 1906, Z. 5 d. R.-G. vom Jahre 1907, haben und auch die Bestimmungen des 2. Abschn. desselben Gesetzes über die Hausapotheken der Ärzte (§ 28 u. flg.) bei den öffentl. allgem. Krankenhäusern nicht in Betracht kommen, sind die öffentl. allgemeinen Krankenhäuser auf die öffentl. Apotheken angewiesen, aus welchen sie die Medikamente, welche für die in den Krankenhäusern untergebrachten Kranken nach ärztlicher Verschreibung zubereitet werden sollen, ausschließlich zu beziehen haben. Auch die Vorschriften der im Landesgesetzbl. vom Jahre 1890 unter Z. 33 (§§ 20 u. 24 lit. a) kundgemachten Krankenhaus-Normal-satzungen und die Vorschriften der im Landes-Gesetzbl. vom Jahre 1895 unter Z. 55 (§§ 16—18) kundgemachten Instruktion für ordinierende Ärzte öffentl. allgem. Krankenhäuser setzen voraus, daß die Apotheken die durch Ärzte ver-

schriebenen Arzneien liefern. Heilmittelbestellungen, welche manche Krankenhäuser bei Erzeugern vornehmen, kann man nicht als „Drogen-Großhandel“ gemäß den Bestimmungen des § 5 der Verord. vom 17. Septemb. 1883, R.-G., Z. 152, betrachten, weil das allgem. öffentl. Krankenhaus weder Erzeuger noch Fabrikant, Händler oder Apotheker ist. Diese Verordnung ist namentlich durch die Verord. d. Min. d. Inn. u. d. Handels vom 17. Juni 1886, R.-G. Z. 97, teilweise abgeändert und ergänzt worden, deren § 3 jene zu Heilzwecken verwendeten Gegenstände anführt, welche unter gewissen Modalitäten auch in anderen Geschäften als in Apotheken verkauft werden dürfen. An Stelle der früher gültigen perzentuellen Nachlässe von dem nach der Apothekertaxe berechneten Preise der Arzneien wird beginnend mit dem Jahre 1914 von Zeit zu Zeit eine besondere Apothekertaxe für begünstigte Parteien festgesetzt, zu welchen auch die öffentl. allgem. Krankenhäuser gehören. Zuletzt ist diese besondere Taxe für offizinelle Heilmittel durch R.-B. vom 20. März 1925, Nr. 41 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen, und für nicht offizinelle Heilmittel durch R.-B. vom 20. März 1925, Nr. 42 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen festgesetzt worden. Diese Verordnung schließt die Möglichkeit, mit dem die Arzneien liefernden Apotheker weitere Begünstigungen zu vereinbaren, nicht aus. Unter gleich günstigen Bedingungen bestehen keine Einwendungen dagegen, daß die Apotheker des Ortes im Liefern der Medikamente abwechseln.

**Berechnung der Gefäße für Arzneien bei der ersten Zubereitung von Arzneien für Rassenmitglieder.** (Rund-Erlaß der polit. Landes-Verw. in Prag Nr. 335.710 ai 1925, 22 A 1669 ai 25 vom 24. August 1925.) Durch das Schreiben vom 9. Juli 1925, Z. 8950/T „An alle Herren Apotheker und Aerzte, welche Inhaber einer Hausapotheke sind“ hat die Revier-Bruderlade in Kladno angezeigt, daß sie aus prinzipiellen Gründen die Flaschen und Tiegel nicht honorieren werde, daß auf allen ihren Rezepten angemerkt sei „ad vitr. adl.“ und daß dies bedeute, daß auch die ersten Gefäße nicht verrechnet werden dürfen. Für die Verrechnung der Gefäße auf Rechnung begünstigter Parteien gilt der § 11 der Reg.-Ver. vom 8. August 1922, Z. 211, und die §§ 16 und 17 der



Ver. des Min. des Inn. vom 10. Dezember 1906, R.-G.Bl. Nr. 235. Aus diesen Verordnungen geht nicht hervor, daß das Krankenkassenmitglied verpflichtet ist, bei der ersten Verschreibung die Gefäße zu bezahlen.

Die polit. Bez.-Verw. wird aufgefodert, daß den Apothekern und Besitzern einer Hausapotheke in ihrem Rechtsbezirke ungeachtet der Vorschrift der Revierbruderlade in Kladno angeordnet wird, daß sie sich genau nach den gültigen, oben angeführten Vorschriften zu richten haben.

**Verschreibung nicht offizineller Heilmittel.** Durch Kund-Schreiben vom 23. April 1923, Z. der polit. V.-B. 45.619/VI wird den Krankenhausärzten in Erinnerung gebracht, daß sie nur in sehr dringenden und ordentlich begründeten Fällen auch nicht offizinelle Heilmittel, jedoch nur soweit sie zum Allgemeinverkaufe zugelassen sind, verschreiben dürfen. Es ist deshalb Pflicht der Krankenhausärzte, die Erlässe des Gesundheits-Min., durch welche deren Verkauf verboten wird, zu verfolgen.

**Welche Drucksachen den Parteien durch Krankenkassen berechnet werden dürfen.** (Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge Z. 1989-IV 2 ai 1924.) Die Krankenkassen dürfen ihre Auslagen für Drucksachen insoweit berechnen, als es sich um Anmeldungen und Abmeldungen bezw. um Änderungen im Verdienste handelt. Daß darunter nur Regieauslagen gemeint sind, versteht sich ganz von selbst. Die Berechnung der Erlagscheine des Postschekamtes, wie auch der Anweisung an den Arzt und Drucksachen für Rezepte, wird vom Ministerium für soziale Fürsorge als unzulässig angesehen, weil diese Drucksachen durch die Kasse zum größten Teil nur im eigenen Interesse und zur Verbilligung der eigenen Verwaltung berechnet werden. Das Ministerium für soziale Fürsorge macht darauf aufmerksam, daß nach Mitteilung der zuständigen Krankenkassenverbände die zulässige Berechnung der Drucksachen im angeführten Umfange von der Mehrzahl der Krankenkassen praktiziert wird.

**Darf eine Krankenkasse einen Apotheker verbieten, ihren Mitgliedern Arzneien auf Rechnung der Krankenkasse zu verabfolgen?** (Entsch. d. Magistr. d. Hauptstadt Prag Ref. Xa G.-Z. 5860—23 Z. 948 vom 17. April 1923.) Der Magistrat der Hauptstadt Prag ent-

spricht der Beschwerde des Ph. Mr. B. Fragner, Besitzers der Apotheke „zum schwarzen Adler“ in Prag III/203, gegen die Zuschriften der Bezirkskrankenkasse in Prag vom 30. Dezember 1922, G.=Z. 15.753/2514, und vom 8. Feber 1923, G.=Z. 288/23, durch welche dem Genannten verboten worden ist, in seiner Apotheke Medikamente auf Rechnung der Bezirkskrankenkasse in Prag und des Zentralverbandes der tschech. Krankenkassen in Prag zu verabfolgen, und begründet seine Entscheidung folgendermaßen:

Das oben angeführte Verbot ist unbedingt unzulässig, weil es jedweder rechtlichen Unterlage entbehrt. Das Verbot widerspricht geradezu dem klaren Wortlaute des § 15 der Apotheker-Instruktion vom 3. November 1908, Z. 16.135, welcher bestimmt, daß die Arzneien jedem bei Tage und bei Nacht bereitwillig, ordentlich, ohne unnötige Verzögerung verabfolgt werden müssen. Aus dieser Bestimmung ist zu ersehen, daß der Apotheker auch einem Krankenkassen-Mitgliede — die Mitglieder der Krankenkassen sind in der zitierten Bestimmung nicht ausgenommen — die Anfertigung der Arzneien nicht verweigern darf. Wenn daher der Apotheker Medikamente gegen eine vorgelegte ärztliche Verschreibung nicht vorenthalten darf, kann ihm auch das Recht nicht ver sagt werden, von der zuständigen Kr.-K. die Begleichung der Arzneien gemäß den verlautbarten Taxen verlangen zu dürfen. Schließlich kann das Verbot mit der Kundmachung des Magistrates der Hauptstadt Prag v. 21. Juni 1913, G.=Z. D. 506/13, nicht in Einklang gebracht werden, durch welche der abwechselnde Sonntagsdienst in den Apotheken eingeführt worden ist. Es kann nämlich der Apotheke „zum schwarzen Adler“ in Prag III in der Zeit der Sonntagsruhe der Apotheken der Ph. Mr. Dittrich und Ph. Mr. Nyklíček die Verabfolgung der Arzneien auf Kosten der Bezirkskrankenkasse mit Rücksicht darauf nicht untersagt werden, weil in dem Falle die Apotheke „zum schwarzen Adler“ die Verabfolgung der Medikamente für die ganze Kleinseite (die Apotheke des Ph. Mr. Štafny in Prag III, Chotekgasse, ist allzu entlegen) und den Gradschin besorgt.

Aus den oben angeführten Gründen erkennt der Mag. der Hauptstadt Prag die Notwendigkeit, das Verbot der Bezirkskrankenkasse, was die Verabfolgung von Arzneien auf ihre und

auf Rechnung des Zentralverbandes der Krankenkassen in Prag durch die Apotheke des Ph. Mr. Fragner betrifft, für nichtig zu erklären, und erklärt die Bezirkskrankenkasse in Prag für verpflichtet, alle auf Rechnung der beiden Verbände in der Apotheke „zum schwarzen Adler“ in Prag III/203 verabsfolgten Medikamente gemäß den gültigen Taxen zu begleichen.

### **Gefäße für die Krankenkasse der Staatsbahnen.**

(Z. 22.889/21 Gesundh. Ref. v. 4. Juli 1921 des Eisenbahnministeriums.) Zur Vermeidung der bei der Retaxation der Ansätze für die Gefäße sich ergebenden Ungleichmäßigkeiten ist die Vorkehrung getroffen worden, daß auf jedem Rezepte, dessen Anfertigung Gefäße erfordert, durch den ordinierenden Arzt entweder „ad vas novum“, oder „ad vasa adlatum“ vermerkt werde. (Der Ausdruck „vas“ ist als allgemeiner für allerlei Arten von Gefäßen gültiger Begriff gewählt worden.) Da bei Rezepten mit dem Vermerk „ad vas adl.“ beim Retaxieren ein Ansatz für ein Gefäß nicht anerkannt werden kann, macht das Ministerium aufmerksam, daß es im eigenen Interesse der Apotheke liegt, das Gefäß oder die Begleichung des Gefäßes, falls sie bei der Expedition derart gekennzeichnete Rezepte keinen Schaden erleiden will, stets von der Partei selbst zu verlangen. (Das Mitglied ist laut Instruktion für die Staatsbahnen, Z. XXVI, P. 218, verpflichtet, bei dem Vermerke „ad vas adl.“ das Gefäß beizubringen oder zu ersetzen.)

### **Medikamente auf Rechnung der Krankenkassen**

**der Staatsbahnen.** (Mund-Erlaß der Staatsbahndirektion Prag Z. 1014/1-I 22 v. 8. Jänner 1922.) Bei der Medikamentenzubereitung ist die ärztliche Vorschrift laut der gültigen Verordnungen genau zu befolgen. Flüssigkeiten sind in Flaschen aus grünem Glase zu verabsolgen. Sobald das Rezept mit dem Vermerk „ad vitrum adlatum“ versehen ist, dürfen Gefäß und Kork nicht berechnet werden. Salben sind in Holzschachteln abzugeben. Glastiegel sind nur bei Augensalben und bei Salben, welche Jod, Jodkali, Silbernitrat und andere Silberverbindungen, ferner Jchthiol, Menthol, Guajakol pur. und äther. Oele enthalten, zu verwenden. In Holzschachteln sind auch Pillen, Gelatine-kapseln, Globuli, Suppositorien und Bacilli zu verabsolgen. Pappschachteln sind bloß bei Abgabe von Augenpulvern



Jodoform, Dermatol, Airol, Brom- und Jodsalzen und bei teureren Medikamenten gestattet. Alles andere (geteilte und ungeteilte Pulver, Tee und dergleichen) ist in Papiersäckchen abzugeben. Weiters wird mit Rücksicht auf die leichtere Retaxation und Rechnungsrevision ersucht, daß 1. die Rezepte gesondert werden für die Mitglieder und die Familienangehörigen, 2. daß die Rezepte beider Gruppen nach dem Alphabet und Datum geordnet werden, 3. daß die Rezepte in der linken Ecke zusammengebunden und in der rechten Ecke fortlaufend numeriert werden, 4. daß die Rechnungen und Rezepte möglichst bald nach Ablauf eines jeden Kalender-Vierteljahres der Direktion vorgelegt werden.

**Bewilligung der Verschreibung von pharmaz. Präparaten der Firma „Remed“, Prag-Smichov, auf Rechnung der Krankenkassa der Staatsbahnen.** (Rundschreiben der Staatsbahndirektion in Königgrätz Z. 6241/1-I vom 8. April 1922.) Das Eisenbahn-Ministerium hat durch Erl. v. 4. April 1922 den Bahnärzten bewilligt, auf Rechnung der Staatsbahn-Krankenkassa folgende Präparate der Firma „Remed“ zu verschreiben. Ferraxa u. Ferraxa cum arseno, Analgin „Remed“, Sanadol, Rheumofin, Globichthol, Anaesin „Remed“, „Remed“ Emulsion, Uropellin, Pharyngosan, Remedyl, Poudre Antiasthmatique, Asthmazigaretten, Myla, Tablettae vagin. cum cholevalo, Haemost.

Die Benützung der vorgedruckten, durch die Spezialitätenerzeuger den Krankenkassen der Staatsbahnen gelieferten Rezeptblankette ist den Bahnärzten durch Erlaß der Staatsbahndirektion v. 15. Juli 1922, Z. 27.591, verboten worden. Durch den Erlaß werden die Apotheker aufgefordert, die Abgabe der Spezialitäten gegen Vorlegung dergleichen Blankette abzulehnen.

**„Sirop Jamel“ auf Rechnung der Krankenkassa der Staatsbahnen.** Das Eisenbahn-Ministerium hat durch Erlaß vom 23. März 1923, Z. 16.929 Ges.-Ref. die Verschreibung von „Sirop Jamel“ des Apothekers P. Jamel in Paris auf Rechnung der Krankenkasse der Staatseisenbahnen im Bereiche aller Direktionen bewilligt (Staatseisenbahn-Dir. Prag 125/19-1, 22 vom 30. März 1923).

**Spezialheilmittel auf Rechnung der Krankenkasse der Staatsbahnen.** Erlaß des Eisenbahn-Ministeriums vom 14. Juni 1924, Z. 35.206; Staatsbahn-Direktion Prag-Nord Z. 5052-I 24 vom 14. Juli 1924.) Bei Verschreibung und ebenso auch bei der Retaxation von Spezialmitteln für Mitglieder der Krankenkasse der Staatsbahnen hat man sich genau an die durch das Eisenbahn-Ministerium gegebenen, die bewilligten Spezialitäten betreffenden Richtlinien zu halten. Bei Verschreibung und Retaxierung nichtoffizineller Heilmittel ist nach dem Verzeichnisse nichtoffizineller Heilmittel in der gesetzlich amtlichen Taxe für begünstigte Parteien vorzugehen und ist es nicht notwendig, die Verschreibung mit dem Worte „necesse“ zu begleiten. Nichtbewilligte Spezialitäten sind durch das Eisenbahn-Ministerium bei der Retaxierung in den Rechnungen nicht anzuerkennen, auch wenn die Verschreibung durch das Wort „necesse“ bezeichnet worden wäre. Den Apothekern ist der Hinweis auf den Rezeptformularien des allgemeinen Musters Nr. 27 (Spezialitäten, deren Verschreibung für die Mitglieder der Krankenkasse der Staatsbahn nicht bewilligt worden sind, vergütet die Kassa der Apotheke nicht) in Erinnerung zu bringen.

**Die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Mähren (Brünn, Jánstá 12) begünstigte Partei.** (Erlaß der polit. V.-B. für Mähren vom 30. Juni 1924, Z. 144.852-23.) Ueber Ansuchen vom 27. Oktober 1923, Z. 7225, wird der deutschen Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Mähren die Begünstigung im Sinne des § 1, Abs. 2, P. d, der Ver. des gewes. Ministeriums des Innern v. 10. Dezember 1906, R.-G.-Bl. Nr. 235, betreffend die Vorschriften über Verschreibung und Verabfolgung von Arzneien auf Rechnung öffentl. Fonds zuerkannt.

**Medikamente für Kriegsinvalide.** Laut § 11 der Reg. = Ver. vom 4. Mai 1920, Nr. 346 der S. d. G. u. B., durch welche das Gesetz vom 20. Februar 1920, Nr. 142 der S. d. G. u. B. über die Bezüge der Kriegsbeschädigten durchgeführt wird, sind die Apotheken verpflichtet, die den Kriegsinvaliden auf Staatskosten vorgeschriebenen Heilmittel nach der für Krankenkassen geltenden Taxe zu berechnen. Unter dem Begriffe Familie werden die Ehegattin und die Kinder

des Invaliden verstanden. Anspruch auf die Begünstigung nach diesem Gesetze haben unter bestimmten Bedingungen auch die Witwen (Genossin im gemeinsamen Haushalte), Waisen und Großeltern nach Staatsbürgern der tschechosl. Republik, welche gefallen (gestorben) oder verschollen sind §§ 13, 15, 17, 18, 20, 21.

**Der Krankenkasse der Privatbeamten und angestellten in Prag** ist laut Erlass vom 14. April 1923, Zahl 3061, des Ministeriums für soziale Fürsorge die Bewilligung zur Ausdehnung der Wirksamkeit auf das gesamte Gebiet der tschechosl. Republik durch Erlass des Ministeriums für soziale Fürsorge v. 24. Dezember 1920, Z. 4589, erteilt worden. Durch den Rund-Erlass der polit. Landes-Verw. in Prag vom 1. Feber 1921, Z. 4802, ist lediglich mitgeteilt worden, daß die Statutenänderung über die Ausdehnung der Wirksamkeit der angeführten registrierten Hilfskasse in das zuständige Register eingetragen worden ist.

---



## VII.

### **Ausbildung, Verwendung und Behandlung des pharmazeutischen und technischen Hilfspersonales.**

**Verordnung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik Nr. 392 vom 24. Juni 1920** über die Teilung der philosophischen Fakultäten der beiden Prager Universitäten.

Auf Grund des Gesetzes vom 27. April 1873, R. G. Bl. Nr. 63, wird verordnet :

#### § 1.

Die philosophische Fakultät der Karls-Universität und der deutschen Universität in Prag wird in eine philosophische Fakultät und eine naturwissenschaftliche Fakultät geteilt, von denen jede ihren Dekan und Prodekan und eine selbständige Vertretung im akademischen Senate besitzt.

#### § 2.

Von der bisherigen philosophischen Fakultät werden die philologischen und historischen Fächer der neuen philosophischen Fakultät, die naturwissenschaftlichen und mathematischen Fächer aber der naturwissenschaftlichen Fakultät zugewiesen. Die Aufteilung der übrigen Lehrkanzeln sowie die Teilung der Administration, der Stipendien und der Fonds der bisherigen philosophischen Fakultät wird vom Ministerium für Schulwesen und Volkskultur nach Anhörung des Professorenkollegiums durchgeführt.

#### § 3.

Das pharmazeutische Studium sowie die Prüfungen der Hörer der Pharmazie werden, soweit sie bisher an der philosophischen Fakultät abgelegt wurden, nach der Teilung an der naturwissenschaftlichen Fakultät abgelegt.

#### § 4.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit und wird vom Minister für Schulwesen und Volkskultur durchgeführt.

**Aus der Verordnung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik Nr. 344 vom 14. September 1921 über die Gebühren für die Studien an den Universitäten.**

§ 1.

Das Kollegiengeld an den Universitäten der Tschechoslowakischen Republik beträgt mindestens 8 Kč für eine wöchentliche Semestralstunde.

§ 2.

Ausländer zahlen ein um die Hälfte höheres Kollegiengeld. Das Professorenkollegium kann aber in besonders rüchsihtswürdigen Fällen Ausländern mit Genehmigung des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur eine Ermäßigung bis zum Betrage des von den tschechoslowakischen Angehörigen zu entrichtenden Kollegiengeldes bewilligen.

§ 3.

Beim Eintritt in die Universität haben die ordentlichen und außerordentlichen Hörer (Pharmazeuten) eine Inskriptionsgebühr von 30 Kč, Ausländer eine solche von 60 Kč, Hospitanten und Frequentanten von 20 Kč zu entrichten. Außerdem haben sie für jedes Semester, in dem sie an der Universität inskribiert sind, eine weitere Gebühr von 10 Kč, Ausländer von 20 Kč, Hospitanten und Frequentanten von 10 Kč zu entrichten. Diese Gebühren treten an Stelle der bisherigen Immatrikulationstaxe, Inskriptions- und Bibliotheksgebühr. Die Verpflichtung zur Entrichtung der Stempelgebühr bleibt hierdurch, insoweit sie in den bisherigen Vorschriften festgesetzt ist, unberührt. Von dem Bruttoerlös dieser Gebühren ist der Universitätsbibliothek die Hälfte zum Ankaufe von Büchern abzuführen. Der Rest wird in der bisher für die Immatrikulationstaxen geltenden Weise verwendet.

§ 4.

Für die Ausstellung des Absolutatoriums hat der Hörer eine Gebühr von 20 Kč, ein Ausländer 40 Kč (nebst dem Stempel) zu entrichten. Für die Ausfertigung eines Indexduplicats ist sovielman eine Gebühr von 20 Kč (von Ausländern 40 Kč) zu entrichten, als im Original inskribierte Semester bestätigt waren. Der Erlös dieser Gebühren fließt in den Universitätskanzleifonds, woraus auch die Remuneration des Kanzleipersonals für außerordentliche Arbeiten zu decken ist.

## § 5.

Die Instituts- und Laboratoriumstaxen werden vom Ministerium für Schulwesen und Volkskultur in jedem einzelnen Falle nach Anhörung des Professorenkollegiums festgesetzt.

## § 8.

Studierende, die einen sehr guten Studienerfolg aufweisen, können nach Maßgabe ihrer Vermögensverhältnisse vom ganzen Kollegien (Unterrichts) gelde oder von drei Vierteln, von der Hälfte oder von einem Viertel befreit werden. Studierende, die bloß einen guten Studienerfolg aufweisen, können nach Maßgabe ihrer Vermögensverhältnisse von der Hälfte oder von einem Viertel des Kollegien (Unterrichts) geldes befreit werden.

## § 9.

Eine teilweise Befreiung wird hinsichtlich der Staatsprüfungstaxen als halbe Befreiung angesehen.

## § 10.

Die Professorenkollegien haben mit Genehmigung des Ministeriums für Schulwesen und Volkskultur die näheren Vorschriften über die Befreiung vom Kollegien (Unterrichts) gelde festzusetzen.

## § 11.

Die übrigen, durch diese Verordnung nicht berührten Vorschriften über die Studiengebühren bleiben weiter in Geltung.

## § 12.

Diese Verordnung tritt mit Beginn des Studienjahres 1921/22 in Wirksamkeit und wird vom Minister für Schulwesen und Volkskultur durchgeführt.

**Aus der Verordnung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik Nr. 680 v. 22. Dezember 1920.**  
**Prüfungstaxen für Studierende der Pharmazie.**

Das Magisterium der Pharmazie (Abänderung des § 28 der Verordnung vom 16. Dezember 1889, R. G. Bl. Nr. 200):

1. Für jede Vorprüfung 50 K, wovon der Vorsitzende und der Prüfungskommissär je 25 K erhalten;
2. für das Rigorosum 300 K, wovon der Vorsitzende, der Regierungskommissär und jeder Prüfungskommissär für die Beteiligung an jeder der beiden praktischen Prüfungen und an der Gesamtprüfung je 20 K, der Gastprüfer für die



Beteiligung an der Gesamtprüfung 20 K, der Dekan und der Professor für die Beteiligung an der Sponsion je 20 K und der Kanzleifonds 40 K erhalten

Die Regierungs-Verordnung (II) vom 4. September 1925, Nr. 185 d. S. d. G. u. B., zur Durchführung des Gesetzes vom 3. April 1925, Nr. 53 d. S. d. G. u. B., über die Abgaben für Amtshandlungen in Verwaltungssachen (**Abgabenordnungen**) Hochschulen betreffend, setzt fest:

a) für die Nostrifizierung eines medizinischen Doktordiploms . . . . . 1500 K $\ddot{a}$ .  
(Hiebei entfällt die Gebühr lit. ch für die Anerkennung ausländischer Semester).

b) für die Nostrifizierung sonstiger Doktordiplome 500 K $\ddot{a}$ .  
(Hiebei ist auch die Gebühr lit. ch für die Anerkennung evtl. ausländischer Semester zu entrichten, wenn sie nicht schon früher entrichtet wurde oder wenn nicht gleichzeitig oder früher die Gebühr lit. e für die Anerkennung der staatl. Schlußprüfung entrichtet wurde.)

c) ist für die Erreichung der Doktorswürde mehr als eine strenge Doktorprüfung vorgeschrieben, so sind für die Anerkennung einer einzelnen, an einer ausländischen Hochschule abgelegten strengen Prüfung zu entrichten . . . . . 200 K $\ddot{a}$   
(falls es sich nicht gleichzeitig um die Nostrifizierung des Doktordiplomes handelt; außerdem ist die Gebühr lit. ch für die Anerkennung der allfälligen ausländ. Semester zu entrichten).

d) für die Anerkennung einer an einer ausländischen Hochschule vorgelegten und approbierten wissenschaftlichen Abhandlung (Dissertation) . . . . . 200 K $\ddot{a}$   
(falls es sich nicht gleichzeitig um die Nostrifizierung des Doktordiplomes handelt; außerdem ist die Gebühr nach lit. ch zu entrichten, wenn sie nicht bereits früher entrichtet wurde).

e) für die Anerkennung der Gleichwertigkeit einer ausländischen staatlichen oder ähnlichen Schlußprüfung (Diplom-, Haupt-, letzten, zweiten bezw. dritten Prüfung) allein oder für die Anerkennung der Gleichwertigkeit dieser Prüfung zugleich mit allen vorangegangenen staatlichen oder ähnlichen Prüfungen mit den entsprechenden Staatsprüfungen an den tschechosl. Hochschulen . . . . . 1000 K $\ddot{a}$ .

(Hiebei entfällt die Gebühr lit. ch für die Anerkennung der allfälligen ausländ. Semester.)

f) für die Anerkennung einer einzelnen ausländ. Staats- oder ähnlichen Prüfung . . . . . 200 Kē (falls es sich hierbei nicht zugleich um die Anerkennung der Schlußprüfung (Diplom-, Haupt-, letzten Prüfung u. dgl.) handelt).

g) für die Anerkennung eines Teiles einer strengen Prüfung oder eines Teiles einer Staatsprüfung, bezw. einer oder mehrerer Teilprüfungen, welche im Auslande abgelegt worden sind, ferner für die Anerkennung einer oder mehrerer Fortgangsprüfungen oder Vorprüfungen (Vorbereitungsprüfungen) . . . die gleiche Gebühr wie für die Anerkennung des ganzen einzelnen Rigorosums oder der ganzen Staatsprüfung.

h) bei Anerkennung von Teilprüfungen oder Fortgangsprüfungen, die zu mehreren strengen oder Staatsprüfungen gehören, soviel mal die sub. lit. g angeführte Gebühr als strenge oder Staatsprüfungen hindurch berührt sind.

ch) für die Anerkennung eines ausländischen Studiums ohne Prüfungen sowie für die Anrechnung von Semestern aus einem anderen inländischen oder ausländischen Studium für jedes einzelne Semester . . . . . 100 Kē

i) für die ausnahmsweise Nachsicht des Besuches einzelner obligater Vorlesungen an den jurist. Fakultäten, für jede Vorlesungsstunde im Semester, welche über die Zahl nachgesehen wird, die das Professorenkollegium selbst nachsehen kann . 20 Kē

j) für die Bewilligung der dritten Ablegung sowie der dritten Wiederholung (vierten Ablegung) irgend einer Prüfung, soweit sie nach der betreffenden Prüfungs- oder Rigorosenordnung überhaupt zulässig ist . . . . . 100 Kē

k) für die Bewilligung der nachträglichen Insription an einer Hochschule . . . . . 50 Kē

l) für die Bewilligung einer wie immer gearteten Ausnahme von den Bestimmungen der betreffenden Studien-, Prüfungs- oder Rigorosenordnung, soweit solche Ausnahmen überhaupt zulässig sind und auf sie nicht eine der vorhergehenden Bestimmungen Anwendung findet, für jede einzelne Ausnahme . . . . . 100 Kē

(Erstreckt sich die bewilligte Ausnahme auf mehrere Semester, so sind soviel mal 100 Kē zu entrichten, als Semester betroffen sind).

Nach § 3 der Reg.-Ver. (I) vom 18. Juni 1925, Nr. 163 d. S. d. G. u. B., zur Durchführung des Gesetzes vom 3. April 1925, Nr. 53 d. S. d. G. u. B., über die Abgabe für Amtshandlungen in Verwaltungssachen (Abgabenordnungen) kann das Armenrecht geltend gemacht werden.

Nach § 15 ders. Ver. erlischt die Wirksamkeit der Ver. Nr. 163 und 185 ex 1925 mit dem Ende des Jahres 1926.

## Allgemeine Bestimmungen.

### § 9.

Kandidaten, die sich nicht mit der tschechoslowakischen Staatsbürgerschaft ausweisen können, haben die doppelten Taxen zu entrichten. Das Professorenkollegium kann jedoch in besonders rücksichtswürdigen Fällen Ausländern eine entsprechende Ermäßigung bis zum Betrage der seitens tschechoslowakischer Angehöriger zu entrichtenden Taxen bewilligen.

### § 10.

Für jede wiederholte Prüfung ist die gleiche Taxe wie bei der ersten Ablegung der Prüfung zu entrichten. Dasselbe gilt auch bei der Reprobation der wissenschaftlichen Arbeit. Wurde ein Kandidat bei einer Teilrigorosumsprüfung reprobiert, so hat er den Betrag zu entrichten, der für die allen Teilnehmern der wiederholten Prüfung zustehenden Taxen notwendig ist.

### § 11.

Die Taxen sind im vorhinein zu entrichten. Tritt ein Kandidat eigenwillig von der Prüfung zurück, so verfällt die von ihm entrichtete Taxe. Das Professorenkollegium kann den Verfall der Taxe nachsehen, wenn das Nichterscheinen des Kandidaten zur Prüfung vollkommen gerechtfertigt war. Die für eine Promotion, zu der der Kandidat nicht erschienen ist, entrichtete Taxe wird nur dann zurückgestellt, wenn es möglich war, alle beteiligten Professoren recht eilig davon zu verständigen, daß die Promotion nicht stattfindet. Verfallene Taxen werden unter sämtliche ordentlichen Professoren der betreffenden Fakultät, beim Magisterium der Pharmazie unter sämtliche Mitglieder der Prüfungskommission verteilt.

### § 12.

Für die Ausfertigung beglaubigter Abschriften, um die gleichzeitig mit der Ausfertigung des Originals des Zeugnisses



oder des Diplomes angesucht wird, ist außer dem vorgeschriebenen Stempel für den Kanzleifonds eine Taxe von 20 K $\ddot{a}$  zu entrichten. Für die Ausfertigung eines Duplikates und späterer Abschriften von Zeugnissen sind 30 K, bei einem Diplom 60 K $\ddot{a}$  zu entrichten.

### § 13.

Die den einzelnen Mitgliedern der Prüfungskommissionen zufallenden Taxen haben den Charakter von Präsenzgeldern und gebühren daher nur für die wirkliche Funktion. Dem Vertreter des ursprünglich berufenen Kommissionsmitgliedes gebührt der auf den Vertretenen entfallende Teil der Taxe. Wenn sich ein Kommissionsmitglied zur Prüfung nicht einfindet und die Prüfung nichtsdestoweniger ohne Berufung eines Vertreters abgehalten werden könnte, so wird die dadurch frei werdende Taxe zu gleichen Teilen unter jene Mitglieder der Kommission verteilt, die tatsächlich geprüft haben. Ist der Vorsitzende der Kommission zugleich Prüfungskommissär, so gebühren ihm beide Taxen.

### Stundung der Taxen.

#### § 14.

Mittellosen Kandidaten, die tschechoslowakische Staatsangehörige sind, kann die Bezahlung der Taxen gestundet werden.

#### § 15.

Um die Stundung der Taxen ist beim Professorenkollegium der Fakultät anzusuchen. Dem Gesuche sind beizuschließen:

1. ein Mittellosigkeitszeugnis;

2. ein Revers, mittels dessen sich der Kandidat verpflichtet, die gestundete Taxe spätestens binnen 10 Jahren nach Erlangung des Doktorates, bzw. nach Ablegung der Prüfung zu bezahlen. Der Revers Minderjähriger ist von deren gesetzlichem Vertreter mitzufertigen;

3. der Nachweis über die tschechoslowakische Staatsangehörigkeit.

#### § 16.

Das Professorenkollegium hat das Gesuch unter Bedachtnahme auf den bisherigen Studienfortschritt des Gesuchstellers sowie auf den Umstand, ob sich der Kandidat zeitgerecht zur Prüfung meldet, zu begutachten und das Gesuch mit einem Antrage auf gänzliche oder teilweise Stundung der Taxe dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur vorzulegen.

## § 17.

Das Ministerium für Schulwesen und Volkskultur weist bei der Entscheidung über das eingebrachte Gesuch den bewilligten Betrag zu Händen des Dekanes der Fakultät zur Auszahlung an. Der ausgezahlte Betrag darf in keinem Falle dem Gesuchsteller ausgefolgt werden.

## § 18.

Die schuldigen Taxen werden vom Dekanat in Evidenz geführt, das auch die notwendigen Schritte zur Einbringung der gestundeten und noch nicht bezahlten Taxen einzuleiten hat; die gezahlten Beträge fließen in den Staatsschatz.

## § 19.

Einem Kandidaten, der bei einer strengen Prüfung reprobiert wurde, kann eine Stundung nicht bewilligt werden.

**Verordnung der Regierung der tschechl. Republik vom 28. September 1920, Nr. 613 der S. d. G. u. B.,** durch welche die Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. März 1912, R.-G.-Bl. Nr. 47, betreffend die Hilfskräfte im Apothekenbetriebe abgeändert wird. Auf Grund des § 5 des Gesetzes vom 18. Dezember 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 vom Jahre 1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens, wird verordnet, wie folgt:

## § 1.

Der 1. Satz und das Min. a) des § 6 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. März 1912, R.-G.-Bl. Nr. 47, haben zu lauten:

Wer als Aspirant der Pharmazie in einer öffentl. Apotheke aufgenommen werden will, muß folgende Nachweise vorlegen:

a) ein staatsgültiges, an einer achtklassigen Mittelschule, an welcher Latein als Pflichtgegenstand unterrichtet wird, erworbenes **R e i s e z e u g n i s**.

Wenn der Aspirant ein Reisezeugnis einer Realschule vorlegt, so muß er sich noch mit einem Zeugnisse über die an einem öffentlichen Gymnasium mit Erfolg abgelegte Ergänzungsprüfung aus Latein im Umfange aller acht Gymnasialklassen

oder mit einem Zeugnisse über die normale Gymnasial-Maturitäts-ergänzungsprüfung ausweisen.

Regionären, welche als Aspiranten der Pharmazie in einer öffentlichen Apotheke aufgenommen werden wollen, kann das Ministerium für Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur von Fall zu Fall ausnahmsweise die Bewilligung erteilen, den mit dieser Verordnung vorgeschriebenen Studien-nachweis erst zur Zeit des Tiroziniums, spätestens aber ein halbes Jahr vor Ablegung der Tirozinalprüfung vorzulegen. Anderen Besuchstellern kann eine solche Begünstigung nur in ganz ausnahmsweisen und besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bewilligt werden.

## § 2.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit. Mit ihrer Durchführung wird der Minister für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Minister für Schulwesen und Volkskultur betraut..

### **Neuregelung des pharmazeutischen Studiums.**

(Erlaß des Gesundheits Ministeriums vom 24. November 1920, Z. 8442 pres ai 1920.) Mit Verordnung der Regierung der tschechosl. Republik vom 28. September 1920, S. d. G. u. B. Nr. 613, ist mit § 6 der Verordnung des Ministeriums des Innern vom 5. März 1912, R.-G.-Bl. Nr. 47, über die pharmazeutischen Hilfskräfte in dem Sinne abgeändert worden, daß künftighin zur Aufnahme als Aspirant der Pharmazie der Nachweis über die Absolvierung der 6. Mittelschulklasse nicht genügt, sondern daß es notwendig ist, sich mit einem Maturitätszeugnisse auszuweisen; den Regionären und in außerordentlichen Fällen auch anderen Bewerbern kann von Fall zu Fall gestattet werden, diesen Studiennachweis erst in der Zeit des Tirozinalvisums zu erbringen.

Mit Rücksicht auf diese neue Bestimmung wird, weil § 10 der Verordnung des Ministeriums des Inn. v. 5. März 1912 R.-G.-Bl. Nr. 42, in Kraft geblieben ist, die Zeit der Ausbildung bei den neu aufgenommenen Aspiranten nunmehr selbstverständlich insgesamt 2 Jahre dauern.

Die polit. Landes-Verw. wird ersucht, auf die obgenannte Verordnung, mit welcher die Neuregelung durchgeführt wurde



und welche mit dem Tage der Kundmachung in Kraft getreten ist, alle Apothekergremien, die Ausschüsse der konditionierenden Pharmazeuten, alle Apotheker wie auch alle Direktionen der im § 1 der neuen Verordnung angeführten Schulen aufmerksam zu machen.

**Die Aspirantenprüfungen.** (Erlaß des Gesundheitsministeriums vom 3. September 1920, Z. 10035/L.) Das Gesundheitsministerium ist aufmerksam gemacht worden, daß die Aspirantenprüfungen oft bei einzelnen Mitgliedern der Prüfungskommission und nicht, wie im § 15 der Min.-Ver. vom 5. März 1912, R.-G. Nr. 47, bestimmt ist, im Sitz des Apothekergremiums abgehalten werden.

Die polit. Landes-Verw. wird aufgefordert, die Apothekergremien auf die Unzulässigkeit eines solchen Vorgehens aufmerksam zu machen, gegebenenfalls auch die Ungültigkeit der Aspirantenprüfung, welche nicht genau nach der Bestimmung der oben zitierten Min.-Ver. stattgefunden hätte, zur Folge haben könnte.

Das Zeugnis über die als Aspirant beendete Praxis ist mit 5 Kē, das Tirozinalabsolutorium mit 8 Kē zu stempeln.

**Ungültigkeit der nach dem 28. Oktober 1918 an ausländischen Universitäten erworbenen Magisterdiplome.** (Erlaß des Gesundh.-Ministerium vom 22. Jänner 1921, Z. 15.288-VI ai 1920.) Das Ministerium für öffentl. Gesundhw. und körperl. Erziehung hat in Erfahrung gebracht, daß als Assistent in eine öffentliche Apotheke ein Pharmazeut aufgenommen worden ist, welcher sich mit einem im Jahre 1920 an der Wiener Universität erworbenen Diplome eines Magisters der Pharmazie ausgewiesen hat.

Damit sich ähnliche Fälle nicht wiederholen, teilt das obgenannte Ministerium im Einvernehmen mit dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur mit, daß in eine inländische öffentl. Apotheke nur derjenige als Assistent oder Adjunkt eintreten kann, welcher sich im Sinne des § 32 der Min.-Ver. vom 5. März 1912, R.-G. Nr. 47, außer mit den übrigen, dort vorgeschriebenen Belegen mit einem nach Vorschrift des § 3, P. 3 des Apothekengesetzes, das ist mit einem — insofern dasselbe nach dem 28. Oktober 1918 erlangt worden ist —

an einer inländischen Universität erlangten Magisterdiplome ausweisen kann.

Dadurch wird die Gültigkeit der vor dem 28. Oktober 1918 an einer Universität der ehemaligen österr.-ung. Monarchie erlangten Diplome in keiner Weise berührt.

Auch die Standesvertretungen (Gremien sowie Ausschüsse) sind hievon zu verständigen.

**Uebersiedlungsbewilligungen für Hochschüler nicht erforderlich.** Durch Erlass des Ministeriums für soziale Fürsorge vom 17. Feber 1920, Z. 1416/c 1920, wurde das gemeinsame Wohnungsamt aufgefordert, bei der Handhabung des Gesetzes vom 30. Oktober 1919, Z. 592, den Grundsatz zu beobachten, daß Hochschüler zum Aufenthalte im Prager Wohngebiete einer besonderen Uebersiedlungsbewilligung nach dem Gesetze über die Einschränkung der Freizügigkeit vom 1. April 1919, Z. 181 nicht bedürfen.

**Kollision einer Dienstesverwendung mit dem Universitätsstudium.** (Entscheidung des O.-B.-G. vom 16. Juni 1925, Z. 12.117.) Ein Zeugnis über die praktische Verwendung in einer Apotheke kann die Behörde der Partei nicht einzig aus dem Grunde zurückhalten, weil jene Verwendung mit dem Universitätsstudium kollidiert hat und in die für die Ausbildung der Aspiranten vorgeschriebene Zeit nicht eingerechnet werden kann.

**Beschäftigung technischer Kräfte in den Apotheken.** (R.-Schr. d. polit. Landesverwaltung in Prag vom 4. Juli 1924, Z. 254.174 ai 24 — 22 A 1660 ai 24). Der Ausschuß der konditionierenden Pharmazeuten für Böhmen beschwert sich in einem Schreiben vom 6. Mai 1924, Z. 214, über die Beschäftigung unqualifizierter Kräfte in Apotheken und hat um Einschreiten erjucht. Mich auf den Erlass des Gesundh.-Min. vom 14. Mai 1924, Z. 16.743, stützend, fordere ich die dortige Behörde auf, daß auf diesen Umstand bei den regelmäßigen Apothekenrevisionen Rücksicht genommen und deshalb so bald als möglich eine strenge Erhebung hinsichtlich dieser Beschäftigung unqualifizierter Kräfte, besonders sogen. technischer Kräfte in den Apotheken durchgeführt werde. Ueber wahrgenommene Mängel sowie darüber, was in konkreten Fällen veranlaßt worden ist, ist unverzüglich ausführlicher Bericht zu erstatten.

# **Einrechnung des militär. Kriegsdienstes in die fachliche Apothekertätigkeit.** (Gesetz vom 8. Juni 1922, Nr. 173 der S. d. G. u. B.)

## **§ 1.**

Den Magistern und Studierenden oder Aspiranten der Pharmazie, welche in der Zeit zwischen dem 1. August 1914 und dem 31. Juli 1919 aktiven Militärdienst geleistet haben oder bei Leistung dieses Dienstes in Kriegsgefangenschaft geraten sind und welche zur Zeit der Einberufung zu diesem aktiven Militärdienste fachlich verwendet wurden, wird die Zeit, während welcher diese Personen in der bezeichneten Zwischenzeit einen wie immer gearteten aktiven Militärdienst geleistet haben oder in Gefangenschaft waren, in die im § 3, Z. 4, des Gesetzes vom 18. Dez. 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 vom Jahre 1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens, angeführte fachliche Tätigkeit, bezw. in den in der Slowakei und Karpathorußland durch die Verordnung des ungarischen Ministeriums f. Kultus u. Unterricht vom Jahre 1912, Nr. 105.598, für die Erlangung der Rechte eines diplom. Apothekers vorgeschriebenen 3 jährigen Assistenten- (Gehilfen-)dienst ohne Rücksicht darauf, ob dieser Assistenten- (Gehilfen-)dienst vor oder nach Erlangung des Diploms eines Magisters der Pharmazie zurückgelegt werden muß, oder in die weitere fachliche Tätigkeit eines solchen Apothekers eingerechnet und zwar nach Maßgabe der in den folgenden Paragraphen enthaltenen Regeln.

Den im Absatz 1 erwähnten Personen, deren aktiver Militärdienst auch nach dem 31. Juli 1919 fortgedauert hat, wird die Begünstigung nach Absatz 1 auch insoweit gewährt, als es sich um einen wie immer gearteten aktiven Militärdienst in der Zeit v. 1. Aug. 1919 bis zum 28. Feber 1921 handelt.

Ein nach dem 28. Oktober 1918 geleisteter militärischer Kriegsdienst wird nur dann eingerechnet, wenn er im tschechoslowakischen Heere zurückgelegt worden ist.

## **§ 2.**

Personen, welche zur Zeit der Einberufung zum aktiven Militärdienste Magister der Pharmazie waren, wird die Dauer des aktiven Militärdienstes oder der Kriegsgefangenschaft in ihrem ganzen Ausmaße in die im § 1 angeführte Tätigkeit eingerechnet.

Diese Begünstigung wird den bezeichneten Personen nur dann zuteil, wenn auf sie nicht der im ersten Satze des letzten



Absatzes des § 3 des Gesetzes vom 18. Dez. 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 vom Jahre 1907, enthaltene Ausschließungsgrund Anwendung findet. In der Slowakei und Karpatho-Rußland wird die im vorhergehenden Absatz angeführte Begünstigung nur dann zuerkannt, wenn die genannten Personen nach Erlangung des akademischen Grades eines Magisters der Pharmazie wenigstens ein Jahr in einer Apotheke tätig waren.

### § 3.

Personen, welche zur Zeit der Einberufung zum aktiven Militärdienste Aspiranten oder Studierende der Pharmazie waren, wird nach Erlangung des akademischen Grades eines Magisters der Pharmazie in die im § 1 angeführte fachliche Tätigkeit die ganze Dauer des aktiven Militärdienstes oder der Kriegsgefangenschaft mit Ausnahme jenes Teiles eingerechnet, welche bereits durch rechtskräftige Entscheidung der zuständigen Behörden in die Apothekerpraxis (Vehrzeit) eingerechnet oder welcher in der Slowakei und Karpatho-Rußland auf Grund der Verordnung des ungarischen Ministeriums für Kultus und Unterricht Nr. 163.649/1916—B M. von der Assistenten- (Gehilfen-) oder Aspiranten-Tätigkeit nachgesehen worden ist.

Ist Aspiranten oder Studierenden der Pharmazie ein militärischer Urlaub zum Zwecke der Fortsetzung der Apothekerpraxis oder der Universitätsstudien erteilt worden, so wird die nach dem vorhergehenden Absatz anrechenbare Zeit um die Dauer diesesurlaubes gekürzt.

Studierenden der Pharmazie, welche während des aktiven Militärdienstes (§ 1) oder nach demselben den akadem. Grad eines Magisters der Pharmazie ohne Absolvierung von vollen 4 Semestern des Universitätsstudiums erlangt haben, wird die nach Absatz 1 anrechenbare Zeit noch um die Zeit gekürzt, um welche sie bei den Universitätsstudien weniger als 4 Semester (2 Jahre) zugebracht haben.

Die Bestimmungen des zweiten Absatzes des § 2 gelten sinngemäß für die durch diesen Paragraphen zuerkannten Begünstigungen.

### § 4.

Die Begünstigungen dieses Gesetzes erlangen die Magister der Pharmazie auf ihr Ansuchen. Das Gesuch muß mit glaubwürdigen Nachweisen über alle Umstände belegt werden, welche die Zuerkennung der Begünstigungen nach diesem Gesetze bedingen.

Ueber das Gesuch wird von den örtlich zuständigen Landes-Verwaltungen, in der Slowakei von dem für die Verwaltung der Slowakei bevollm. Ministerium, in Karpatho-Rußland von der Zivilverwaltung entschieden.

Handelt es sich um eine Begünstigung im Sinne des § 3, so hat die entscheidende Behörde die Äußerung des zuständigen Apothekergremiums, in der Slowakei und Karpatho-Rußland die Äußerung des Vorsitzenden der Prüfungskommission für die Aspirantenprüfungen einzuholen.

### § 5.

Ueber die angerechnete Zeit wird von der im § 4 bezeichneten Behörde nach Eintritt der Rechtskraft der betreffenden Entscheidung (§ 4) eine Bestätigung ausgestellt, aus welcher zu entnehmen ist, wieviel Jahre, Monate und Tage dem Gesuchsteller in die im § 1 angeführte fachliche Tätigkeit eingerechnet worden sind.

### § 6.

Die Verordnung des ungarischen Ministeriums für Kultus und Unterricht Nr. 163.649—1916—B. M., betreffend die Anrechnung der Militärdienstzeit in die Dauer der Apothekerpraxis, wird aufgehoben.

Die auf Grund der zitierten Verord. bisher erworbenen Begünstigungen bleiben jedoch in Kraft.

### § 7.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Kundmachung in Wirksamkeit.

Mit seiner Durchführung wird der Minister für öffentl. Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit dem Minister für Schulwesen und Volkskultur und dem Minister für nationale Verteidigung betraut

**Durchführungsverordnung zum Gesetze über die Einrechnung des militärischen Kriegsdienstes in die fachliche Apothekertätigkeit.** (Kund-Schreiben des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung Z. 6261 Präj. ai 1922 vom 11. Juli 1922). In den G. d. G. u. B. Jhrg. 1922 ist im T. 57, Z. 173, des Gesetzes vom 8. Juni 1922 über die Einrechnung der Militär-Kriegsdienstzeit in die fachliche Apothekertätigkeit er-

schienen. Das Gesetz ist mit dem Tage der Kundmachung, das ist mit dem 17. Juni 1922, in Kraft getreten.

Die einzelnen Bestimmungen des Gesetzes, namentlich die der §§ 1 bis 3 und §§ 6 und 7 sind klar und bedürfen keiner weiteren Erläuterungen. Nur zu den §§ 4 und 5 des Gesetzes werden im Einvernehmen mit dem Ministerium für nationale Verteidigung und dem Ministerium für Schulwesen und Volkskultur folgende Winke erteilt:

Die Begünstigungen dieses Gesetzes kommen nach dem 1. Absatz des § 4 des Gesetzes den in § 1 genannten Personen auf ihr Ansuchen hin zugute, wenn sie zur Zeit der Eingabe desselben schon Magister der Pharmazie sind und die Bedingung des 2. Absatzes des § 2 des Gesetzes (siehe auch den letzten Absatz des § 3 des Gesetzes) erfüllen. Die Gesuche sind mit einem 2 K<sup>o</sup> Stempel zu versehen; für die Bestätigung nach § 5 ist ein 3 K<sup>o</sup> Stempel beizulegen. Als glaubwürdige Nachweise aller Umstände, welche die Zuerkennung der Begünstigungen nach diesem Gesetze (§ 4, 1 Abs.) bedingen, können insbesondere angesehen werden:

a) wenn es sich um die Begünstigung nach § 2 handelt:

1. Das Diplom eines Magisters der Pharmazie;

2. Die Bestätigung des Kommandos, der Militär-Behörden oder Anstalten, aus welcher ersichtlich ist, von wann und bis wann der Gesuchsteller aktiven Militärdienst geleistet oder sich in Kriegsgefangenschaft befunden hat;

3. Tirozinalzeugnis;

4. Heimatschein;

5. Gymnasialzeugnis über die Absolvierung von 6 Klassen mit der entsprechenden Abgangsklausel;

6. Index der Universität oder die Bestätigung der Dekane der med. und phil. Fakultät über den Besuch und die Ablegung der Vorprüfungen;

7. Das Zeugnis eines oder auch mehrerer Apotheker über die in einer oder mehreren Apotheken abgelegte Praxis (Konditionsnachweis).

b) wenn es sich um eine Begünstigung nach § 3 handelt:

1. Das Zeugnis über die Mittelschulstudien;

2. Der ordnungsgemäße Ausweis über den Eintritt der Apothekerpraxis (=Vehrzeit) und deren Dauer;



3. Das Tirolinalzeugnis und der allfällige Erlaß, durch welchen dem Gesuchsteller die Ablegung der Prüfung vor Beendigung der Lehrzeit gestattet oder ein Teil der aktiven Militärdienstzeit in die Lehrzeit eingerechnet worden ist;

4. Der durch das Dekanat der entsprechenden Fakultät ausgefolgte Ausweis über die Länge der pharmaz. Hochschulstudien oder allenfalls ein anderer glaubwürdiger Ausweis (z. B. index lectionum), wenn aus ihm die Länge der Studien ersichtlich ist;

5. Die Bestätigung des Kommandos, der Militär-Behörden oder Anstalten, aus welcher ersichtlich ist, von wann bis wann der Gesuchsteller aktiven Militärdienst geleistet oder sich in Kriegsgefangenschaft befunden hat, mit der ausdrücklichen Bemerkung, ob und welche Studienurlaube (deren Dauer) dem Gesuchsteller jemals gewährt worden sind;

6. In der Slowakei und Karpatho-Rußland, auch der Ausweis darüber, ob und welcher Teil der Aspiranten- oder der Assistentenzeit dem Gesuchsteller gemäß der Verordnung des ungarischen Ministeriums für Kultus und Unterricht, Zahl 163.649—1916 B.-M., nachgesehen worden ist.

Ungenügend belegte Gesuche müssen im vorhinein durch alle nötigen Belege ergänzt werden. Zu diesem Zwecke wird dem Gesuchsteller eine angemessene Frist gesetzt. Die Begünstigung läßt die Behörde (§ 4 des Gesetzes) nur dann angedeihen, wenn alle Umstände so glaubwürdig ausgewiesen sind, daß seitens der Behörden über die maßgebenden Umstände keine Zweifel bestehen.

Nach dem 2. Absatz des § 4 des Gesetzes entscheiden über die Ansuchen die örtlich zuständigen politischen Landes-Verwaltungen (in Prag, Brünn und Troppau), in der Slowakei der bevollm. Min. für die Verw. der Slowakei und in Karpatho-Rußland die Zivilverwaltung.

Die örtliche Zuständigkeit im Sinne des vorhergehenden Absatzes ist so zu verstehen, daß über das Ansuchen die genannte Behörde, in deren Bereiche der Gesuchsteller seinen Wohnsitz hat, entscheidet.

Gegen eine Entscheidung, welche einem Ansuchen nicht im ganzen Umfange nachkommt, kann der Gesuchsteller gemäß den Vorschriften über die gesetzlichen Mittel eine Berufung an das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche

Erziehung in der durch die geltenden Gesetze festgesetzten Frist einbringen, also wenn es sich um eine Berufung gegen die Entscheidung der politischen Landes-Verwaltungen in Böhmen, Mähren und Schlesien handelt, innerhalb 4 Wochen, wenn es sich um eine Berufung gegen die Entscheidung der Zivilverwaltung Karpatho-Rußland handelt, innerhalb 15 Tagen vom Tage der Einhändigung der zugehörigen Entscheidung. Die Berufung muß bei der Behörde eingebracht werden, welche nach § 4 des Gesetzes entschieden hat. Aus diesem Grunde muß die Entscheidung der entscheidenden Behörden (§ 4 d. G.) stets auch mit einer ordentlichen Belehrung über die Rechtsmittel versehen werden.

Die Bestimmungen des vorhergehenden Absatzes beziehen sich aber nicht auf die Slowakei, wo der bevollmächtigte Minister endgültig entscheidet und zwar über Antrag der Expositur des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen u. körperl. Erziehung, sodaß gegen diese Entscheidung kein weiteres ordentliches Rechtsmittel zulässig ist.

Daher wird der Expositur des Ministeriums für öffentl. Gesundheitswesen und körperliche Erziehung aufgetragen, ihre Anträge, welche sie zur Entscheidung des für die Verwaltung der Slowakei bevollm. Minist. vorgelegt, bei genauer Beachtung aller Gesetzesbestimmungen und deren Winke mit der größten Rigorosität zu stellen.

Die im § 4 des Gesetzes angeführte Behörde folgt die Bestätigung gemäß § 5 des Gesetzes erst dann aus, wenn ihre Entscheidung Rechtskraft erlangt hat, sei es dadurch, daß die Berufungsfrist abgelaufen ist, ohne daß der Gesuchsteller eine Berufung eingebracht hat, oder auch vor Ablauf dieser Berufungsfrist, wenn der Gesuchsteller schriftlich erklärt, daß er mit der Entscheidung einverstanden ist, oder schließlich dadurch, daß über die eingebrachte Berufung das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung entschieden hat.

In der Slowakei erlangt — wie bereits hingewiesen — die Entscheidung des für Verwaltung der Slowakei bevollm. Ministeriums sofort Rechtskraft und zwar wird dadurch die Bestätigung gleich mit der Entscheidung ausgefolgt. Damit diese amtliche Bestätigung für das ganze Staatsgebiet die gleiche Form besitze, wird für dieselbe folgendes Muster bestimmt:

## B e s t ä t i g u n g.

Im Sinne des § 5 des Gesetzes vom 8. Juni 1922, Z. 173 der S. d. G. u. B., über die Einrechnung des militär. Kriegsdienstes in die fachliche Apothekertätigkeit wird bestätigt, daß dem Ph. Mr. ....

geboren am ..... in .....  
 die Zeit ..... Jahre ..... Monate ..... Tage  
 rechtsgültig in die im § 1 des zitierten Gesetzes angeführte  
 fachliche Apothekertätigkeit eingerechnet worden ist.

Politische Bezirksverwaltung in .....  
 oder: Der für die Verwaltung der Slowakei bevollm. Minister.  
 oder: Die Zivilverwaltung Karpatho-Rußlands.

Datum: .....

Amtsiegel:

Unterschrift:

**Einrechnung der Kriegsdienstleistung in die fachliche pharmazeutische Tätigkeit.** (Erlaß des Minist. für nationale Verteidigung vom 19. November 1925, Z. 4835 12.) Das Ministerium für nationale Verteidigung betont in der Frage der Einrechnung der militärischen Kriegsdienstleistung in die fachliche pharmazeutische Tätigkeit jener **Zivilvertragsapotheker**, die in tschechosl. Militär-Sanitäts Anstalten oder Militär-sanitätslagern beschäftigt waren, ausdrücklich, daß diese Begünstigung nur über Ansuchen des Interessenten beim Gesundheitsministerium gewährt werden kann. Die Einrechnung erfolgt im Sinne des Gesetzes vom 8. Juni 1922, Z. 173, S. d. G. u. B.

**Befreiung von der militärischen Dienstleistung für Apotheker im Falle einer Mobilisierung.** (Erlaß des Ministeriums für Nationalverteidigung vom 28. Feber 1925, Z. 38 pol. práv. 13 zprostr. d. ex 1925.) Dem Ansuchen, daß die Apotheken zu jenen Unternehmungen gerechnet werden mögen, deren qualifizierte Inhaber oder Leiter unter gewissen Bedingungen schon im Frieden von der aktiven militär. Dienstleistung befreit werden können, hat das Verteid.-Ministerium nicht entsprochen, weil die Apotheken keine Industrieunternehmungen sind und deshalb nicht unter die eingereicht werden können, welche im 4. Teil, Abs. II d. Reg.-Verord. vom 25. Oktober 1921, Nr. 380 d. S. d. G. u. B., angeführt sind; die Befreiung der angeführten Personen kann



nur während der Mobilisierung oder eines Krieges nach Abs. III der zit. Reg.-Verord. bewilligt werden. Damit aber die Tätigkeit der Apotheken nach Kundmachung einer Mobilisierung nicht unterbrochen werde, bewilligte das Verteidigungsministerium mit Rücksicht auf das öffentl. Interesse, daß die Vorstände der politischen Ämter I. Instanz, denjenigen unentbehrlichen Angestellten der Apotheken, um deren Befreiung nach der Mobilisierungskundmachung sofort angesucht wird, **Zuwartestätigungen** bis zur Entscheidung ihres Befreiungsgesuches ausstellen können, so daß sie weiter in ihrem Berufe und Wirkungskreise verbleiben. Die Verfügung muß freilich nur auf die Inhaber (Weiter) der Apotheken beschränkt bleiben und zwar auf die, welche den Apothekendienst selbst versehen und keine weiteren pharmazeutischen Hilfskräfte beschäftigen, resp. deren pharmazeutischen Hilfskräfte selbst den aktiven militärischen Dienst antreten mußten.

**Gesetz Nr. 61 vom 31. März 1925 über die Aufrechterhaltung von Arbeits(Dienst)verhältnissen während der Dauer der Waffen(Dienst)übungen.**

### § 1.

1. Ist ein Arbeitnehmer nach § 22 des Wehrgesetzes vom 19. März 1920, S. d. G. u. B. Nr. 193, oder nach § 9, Abs. 1, des Gesetzes vom 7. Dezember 1922, S. d. G. u. B. Nr. 370, betreffend die Festsetzung von Begünstigungen in der Erfüllung der Wehrpflicht, und nach den Durchführungsvorschriften zu diesen Gesetzen und den Richtlinien des Ministeriums für nationale Verteidigung zu einer Waffen(Dienst)übung einberufen, so darf kein Arbeitgeber während eines Zeitraumes, der bei den Arbeitsleistungen höherer Art verrichtenden Arbeitnehmern einen Monat, bei den übrigen Arbeitnehmern zehn Tage vor dem Antritte der Übung beginnt und mit dem siebenten Tage nach Beendigung derselben endet (Schutzfrist), das Arbeits(Dienst)verhältnis nicht kündigen.

2. Eine entgegen dieser Bestimmung erteilte Kündigung ist rechtsunwirksam. Eine Kündigung, die vom Arbeitgeber vor Beginn der im Abs. 1 angeführten Schutzfrist derart erteilt wird, daß die Kündigungsfrist im Laufe dieser Schutzfrist endet, ist zwar gültig, der Lauf der Kündigungsfrist endet aber erst mit dem Ablaufe der Schutzfrist.

3. Das Recht des Arbeitgebers, aus den in den betreffenden Rechtsvorschriften angeführten wichtigen Gründen das Arbeits (Dienst) verhältnis vorzeitig aufzulösen, bleibt auch während des Laufes der Schutzfrist in Geltung.

## § 2.

1. Dieses Gesetz findet auf Arbeits (Dienst) verhältnisse, die bei Arbeitnehmern, welche Arbeitsleistungen höherer Art verrichten, nicht wenigstens drei Monate, bei Arbeitern nicht wenigstens acht Wochen ununterbrochen gedauert haben, keine Anwendung.

2. Zur Aufnahme eines Saisonbediensteten ist der Arbeitgeber nicht verpflichtet, wenn die Arbeit, für die der Bedienstete aufgenommen wurde, während der Schutzfrist beendet wurde.

## § 3.

Für die Zeit, während welcher der Arbeitnehmer infolge der Waffen (Dienst) übung an der Erfüllung seiner Dienstesverpflichtungen verhindert ist, gebührt ihm, wenn durch Vertrag oder durch die Rechtsvorschriften besonderer Gesetze (Gesetz vom 16. Jänner 1910, R. G. Bl. Nr. 20, Gesetz vom 13. Jänner 1914, R. G. Bl. Nr. 9, Gesetz vom 31. Jänner 1922, S. d. G. u. B. Nr. 34) nichts anderes bestimmt ist, das Entgelt einschließlich der sonstigen Nebenbezüge und der Naturalbezüge mit Ausnahme der Naturalwohnung nicht.

## § 4.

1. Die Zeit der Waffen (Dienst) übung wird dem Arbeitnehmer in die Arbeits (Dienst) zeit im Sinne des Arbeits (Dienst) vertrages eingerechnet.

2. Der Anspruch auf den gesetzlichen Urlaub wird durch den Antritt der Waffen (Dienst) übung nicht berührt und ebenso wenig wird bei denjenigen Arbeitnehmern, denen das Gesetz einen Urlaubsanspruch nicht zuerkennt, der ihnen vertragsmäßig gewährleistete Urlaubsanspruch berührt.

## § 5.

Der Arbeitnehmer ist verpflichtet, nach Beendigung der Waffen (Dienst) übung die Arbeit (den Dienst) unverzüglich wieder anzutreten. Für die Zeit, während welcher er die Arbeit trotz Beendigung der Waffen (Dienst) übung nicht versehen hat, gebührt ihm das Entgelt einschließlich der sonstigen

Nebenbezüge und der Naturalbezüge mit Ausnahme der Naturalwohnung nicht. Tritt er binnen 7 Tagen nach Beendigung der Waffen (Dienst) übung die Arbeit nicht an, so wird dies als Austritt aufgefaßt, es wäre denn, daß der rechtzeitige Antritt aus einem wichtigen Grunde ohne sein Verschulden unmöglich gewesen wäre. Das Hindernis des Arbeitsantrittes ist dem Arbeitgeber rechtzeitig anzuzeigen.

### § 6.

Dem Arbeitnehmer, der in die Arbeit zurückkehrt, gebührt das frühere Entgelt, das er im Zeitpunkte des Antrittes der Waffen (Dienst) übung hatte, samt den allfälligen Teuerungszulagen. Werden während der Dauer der Waffen (Dienst) übung die Bezüge für die betreffende Arbeitnehmergruppe neu geregelt, so gilt diese Regelung auch für die zur Waffen (Dienst) übung einberufenen Arbeitnehmer.

### § 7.

Wurde in Unternehmungen, auf die das Gesetz vom 25. Februar 1920, S. d. G. u. B. Nr. 144, über die Betriebs- und Revierräte beim Bergbau und das Gesetz vom 12. August 1921, S. d. G. u. B. Nr. 330, über die Betriebsausschüsse, Anwendung findet, an Stelle eines die Waffen (Dienst) übung leistenden Arbeitnehmers während der im § 1, Abs. 1, festgesetzten Zeit ein anderer Arbeitnehmer aufgenommen, so ist bei der Entlassung dieses anderen Arbeitnehmers die Mitwirkung des Betriebsrates im Sinne des § 2, Z. 6, des Ges. S. d. G. u. B. Nr. 144/1920 oder die Mitwirkung des Betriebsausschusses im Sinne des § 3, lit g), des Ges. S. d. G. u. B. Nr. 330/1921 nicht erforderlich, sofern dieser Arbeitnehmer nachweislich schon bei der Aufnahme in die Arbeit auf den provisorischen Charakter seines Arbeitsverhältnisses aufmerksam gemacht wurde.

### § 8.

1. Die Aufrechterhaltung der Arbeits (Dienst) verhältnisse im Sinne dieses Gesetzes bewirkt für die Dauer der Waffen (Dienst) übung nicht die Fortdauer der aus allen Arten der Sozialversicherung entspringenden Versicherungspflicht. Diese Pflicht lebt aber mit der Wiederkehr des Arbeitnehmers in das Arbeits (Dienst) verhältnis wieder auf.

2. In der Krankenversicherung bleiben jedoch auch während der Waffen (Dienst) übung bis zum Wiederantritte



der Arbeit (§ 5) die Ansprüche der Familienangehörigen unberührt; desgleichen wird diese Periode in die Mitgliedszeit eingerechnet, insoweit die Höhe der von der Krankenkasse gewährten Leistungen auch nach der Mitgliedszeit abgestuft ist.

### § 9.

Die Rechte, die den Arbeitnehmern auf Grund der Bestimmungen dieses Gesetzes zustehen, können durch den Dienstvertrag weder aufgehoben noch eingeschränkt werden.

### § 10.

Die Regierung wird ermächtigt, durch Verordnung die Aufrechterhaltung der Arbeits (Dienst) verhältnisse für den Fall einer Mobilisierung oder einer außerordentlichen Einberufung der Reserve im Frieden sinngemäß zu regeln.

**Meldung über freigewordene pharmazeutische Stellen.** Ver. des Min. d. soz. Fürsorge v. 24. Juni 1920, Z. 10388 G 20. Mit Rücksicht auf die Forderung des Klubs der tschech. Pharmazeuten in Prag II, Spalená 34, wird der „Svaz“ der tschech. Apothekerschaft aufmerksam gemacht, daß im Sinne des § 6 des Gesetzes vom 10. Dezember 1918, Z. 63 der S. d. G. u. B., alle Dienstgeber verpflichtet sind, freierwerdende Stellen der zuständigen Verbands- oder Landesarbeitsvermittlungsstelle anzuzeigen. Auf Grundlage dieser Gesetzesbestimmung verordnet das Min. d. soz. Fürs., daß die freierwerdenden pharm. Dienststellen aus Böhmen gemeldet werden der Landesarbeitsbehörde in Prag III, Tomáševg. 4 (Abteilung für höhere Kategorien); in Mähren der Landesarbeitsbehörde in Brünn, Kounitzg. 9; in Schlesien der Landesarbeitsbehörde in Troppau, Rochowanskypf. 1 und in der Slowakei der Landesarbeitsbehörde in Preßburg, Hafnerg. 22. Die Unterlassung der pflichtgemäßen Meldung der freierwerdenden Dienstplätze wird durch die polit. Beh. I. Instanz mit einer Strafe in der Höhe bis zu 100 Kč im Sinne des § 12 des oben angeführten Gesetzes belegt. Die in Betracht kommenden Arbeitsstellen werden gleichzeitig hievon zum Zwecke weiteren behördlichen Vorgehens verständigt.

Dem „Svaz čsl. lékárn“, „Baudap“, „D. D. tschechsl. f. l.“ „Verb. d. f. Pharm.“

**Revision der Staatsangehörigkeit der Apotheker, Verwalter und Pächter öffentlicher (Anstalts-) Apo-**

**thelen in Böhmen, Mähren und Schlesien.** (Erl. des Min. für Gesundhw. vom 24. Dez. 1920, Z. 15.235—VI ai 1920.) Gemäß § 3 Z. 1 des Apotheken-Gesetzes vom 18. Dez. 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 ex 1907, und im Sinne des Gesetzes vom 23. Juni 1919, Nr. 449 der S. d. G. u. B., ist zur Erlangung der Berechtigung zum selbstständigen Betriebe einer öffentlichen Apotheke die tschechosl. Staatsangehörigkeit notwendig.

Die tschechsl. Staatsangehörigkeit muß auch der Pächter einer öffentlichen Apotheke, der verantwortliche Leiter einer öffentlichen Apotheke oder einer Anstaltsapotheke und der Vertreter des verantwortlichen Leiters einer Apotheke nachweisen können (§ 4, 22 und 37 des zitierten Apotheken-Gesetzes). § 19, Z. 5 des zitierten Gesetzes schreibt im Zusammenhang mit dem zitierten Gesetze Nr. 449 der S. d. G. u. B. aus dem Jahre 1919 vor, daß die Apothekenkonzession zu entziehen ist, wenn der Konzessionsinhaber die Staatsangehörigkeit verloren hat. Diese Bestimmung gilt laut § 20 des Apoth.-Ges. analog hinsichtlich der Entfernung eines Pächters oder eines anderen Verwalters oder Vertreters von der Leitung der Apotheke.

Durch die Entstehung der tschechosl. Republik ist bei einzelnen sich auf dem Staatsgebiete dauernd aufhaltenden Personen eine Änderung in der Staatsangehörigkeit namentlich dadurch entstanden, daß die Person, welche ihren ordnungsmäßigen Wohnsitz auf dem Gebiete der tschechosl. Republik hat, hinsichtlich des Heimatrechtes in irgend eine außerhalb des Bereiches des tschechosl. Staates liegende Gemeinde zuständig ist.

Unter solchen Personen können auch Apotheker sein, das sind Inhaber von Apothekenkonzessionen, ferner verantwortliche Verwalter oder deren zeitweilige Vertreter in öffentlichen Apotheken, deren Filialen oder in Anstaltsapotheken und Pächter öffentlicher Apotheken.

Der polit. Landes-Verw. wird angeordnet, unverzüglich die Revision der Staatsangehörigkeit aller soeben genannten Personen des dortigen Verwaltungssprengels unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Verfassungs-Gesetzes vom 9. April 1920, Nr. 236 der S. d. G. u. B., der Kundmachung vom 20. August 1920, Nr. 492 der S. d. G. u. B. und der Durchführungs-Verordnung vom 30. Oktober 1920, Nr. 601 der S. d. G. u. B., welche Vorschriften, Ergänzungen und

Änderungen der bisherigen Bestimmungen über die Erwerbung und den Verlust der Staatsangehörigkeit und des Heimatrechtes in der tschechosl. Republik enthalten, veranlassen zu wollen.

Gegen diejenigen, von welchen festgestellt werden wird, daß sie die tschechosl. Staatsangehörigkeit nicht besitzen, ist sofort, falls aber die bezügliche Person das Optionsrecht im Interesse der tschechosl. Republik im Sinne des zitierten Verfassungs-Ges. besitzt, erst nach vergeblichem Ablaufe des durch das soeben zitierte Verfassungs-Ges. oder durch die entsprechenden Durchführungs-Ver. für die Option festgesetzten Frist bzw. nach der endgültigen Abweisung des Gesuches des Optanten im Sinne der §§ 19 und 20 des Apotheker-Ges. mit Entziehung der Konzession bzw. Entfernung von der verantwortlichen Leitung der öffentl. Apotheke oder deren Filiale oder der Anstaltsapothek oder vom Pachte einer öffentl. Apotheke vorzugehen.

Von dem Verlaufe der angeordneten Erhebung und den Ergebnissen der durchgeführten Aktion ist von Zeit zu Zeit anher Bericht zu erstatten. Der erste Bericht wird bis Ende Feber 1921 erwartet.

**Evidenz der Apotheken-Besitzer, -Veiter und -Pächter.** (Mund-Schr. der polit. Landes-Verw. in Prag Z. 22 A 3291, Z. der polit. Landes-Verw. 247.819 vom 11. Juni 1923). Auf Grund des Erlasses des Gesundh.-Min. in Prag vom 2. Juni 1923, Z. 4496/I ai 1923 wird zum Zwecke einer ständigen Evidenz der Apotheken-Besitzer, -Veiter und Pächter ersucht, alle Personalveränderungen in diesem Sinne anher von Fall zu Fall regelmäßig zu melden, die vom 1. Jänner 1923 bis 2. Juni 1923 entstandenen Veränderungen sind innerhalb 5 Tagen anher bekanntzugeben. Auch ein negativer Bericht ist innerhalb 5 Tagen anher zu überreichen. Das Datum der Eröffnung neu bewilligter konzessionierter Apotheken ist gleichfalls zur Zeit anher bekanntzugeben.

**Die Aufkündigung eines Dienstverhältnisses** muß laut Entscheidung des Gewerbegerichtes Brünn vom 3. Juni 1924, Z. G. z. II 243/24 in klarer und unzweideutiger Weise ausgesprochen werden. Eine Bemerkung des Kündigenden, wie z. B. : „Suchen Sie sich eine andere Stelle“, oder „Ich werde mich um einen anderen Posten umsehen“, kann als Aufkündigung des Dienstverhältnisses nicht angesehen werden.



**Der Angestellte hat keinen Anspruch auf (doppelte) Bezahlung der Urlaubstage, an welchen er gearbeitet hat.** Entsch. des Gewerbegerichtes in Sternberg vom 5. April 1923, Nr. 13—23—5). Der Kläger hat keinen Anspruch auf Entgelt dafür, daß er den ihm zustehenden gesetzlichen Urlaub nicht voll benützt hat (§ 17 des H.-G.-Ges.). Falls der Dienstgeber dem Angestellten den gesetzlichen Urlaub grundlos verweigert, ist dadurch den Angestellten freilich ein gewichtiger Grund zur vorzeitigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses gegeben (§ 26, Z. 3), aber einen Anspruch auf Entgelt für eine „unionst geleistete“ Arbeit hat er nicht. Das Gesetz setzt voraus, daß der Angestellte dadurch genügend geschützt ist, daß er sein Dienstverhältnis zum Dienstgeber aufheben kann, wenn dieser sich nicht an das Gesetz hält (Mayer, Grünberg, Kommentar z. H.-G.-Ges., S. 251).

**Gesetz Nr. 67 vom 3. April 1925, betreffend die Einführung eines gezahlten Urlaubes für Arbeitnehmer.**

### § 1.

1. Dauernd angestellte Arbeitnehmer, welche Arbeiten oder Dienste auf Grund eines Arbeits- oder Dienstverhältnisses leisten und sie nicht als Nebenbeschäftigung oder gelegentlich verrichten, haben nach einjähriger ununterbrochener Verwendung in derselben Unternehmung oder bei demselben Arbeitgeber Anspruch auf einen vom Arbeitgeber gezahlten Erholungsurlaub.

2. Eine Unterbrechung der Beschäftigung während der Dauer von nicht mehr als sechs Wochen hemmt die Wartezeit, ohne sie jedoch zu unterbrechen, wenn der Arbeitnehmer die Arbeit oder den Dienst bei derselben Unternehmung oder bei demselben Arbeitnehmer wieder angetreten hat und inzwischen nicht anderwärts beschäftigt war.

### § 2.

1. Der Urlaub beträgt sechs Tage im Jahre. Bei Arbeitnehmern mit einer zehn Jahre übersteigenden Dauer der ununterbrochenen (§ 1) Verwendung in derselben Unternehmung (bei demselben Arbeitgeber) erhöht sich der Urlaub auf sieben Tage und nach fünfzehn Jahren auf acht Tage im Jahre.

2. Die in den Urlaub fallenden Sonn- und Feiertage werden in denselben eingerechnet und gezahlt.

## § 3.

1. Für die Bestimmung des Anspruches und des Ausmaßes des Urlaubes ist, wenn zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart ist, der 1. Mai, in der Landwirtschaft der 1. November des laufenden Jahres maßgebend.

2. Wird den Arbeitnehmern der Urlaub gleichzeitig in der Weise erteilt, daß der Betrieb des ganzen Unternehmens eingestellt wird, so ist für diese Bestimmung, wenn zwischen den Parteien nichts anderes vereinbart ist, der Tag des Austrittes des kumulativen Urlaubes maßgebend.

## § 4.

Lehrlinge haben nach halbjähriger ununterbrochener Verwendung in derselben Unternehmung oder bei demselben Arbeitnehmer Anspruch auf einen gezahlten Erholungsurlaub im Ausmaße von acht Tagen im Jahre, wobei Sonn- und Feiertage in den Urlaub eingerechnet und gezahlt werden.

## § 5.

Die Bestimmungen dieses Gesetzes finden auf Saisonarbeiter, land- und forstwirtschaftliche Arbeiter gegen Taglohn, ferner auf Heimarbeiter (§ 2, lit. a), des Gesetzes vom 12. Dezember 1919, S. d. G. u. B. Nr. 29 vom Jahre 1920], auf die Kategorien von Arbeitnehmern, für die der Urlaub durch besondere \*) Gesetze festgesetzt wurde, und auf die Bediensteten des Staates und der staatlichen Unternehmungen sowie auf die öffentlichen Bediensteten, deren Urlaub durch Vorschriften der staatlichen Zentralbehörden oder durch andere Dienstvorschriften geregelt ist, keine Anwendung.

## § 6.

Der Militärdienst und die Zeit, die ein Arbeitnehmer infolge von Krankheit, Unfall oder aus einem anderen wichtigen, seine Person betreffenden und von ihm weder vorsätzlich, noch durch grobe Fahrlässigkeit herbeigeführten Grunde im Dienste versäumt hat, wird in die für den Anspruch und das Ausmaß des Urlaubes entscheidende Zeit eingerechnet. Die Entschuldigungsgründe sind durch entsprechende Belege nachzuweisen.

## § 7.

Bedingung für die Erteilung des Urlaubes ist, daß der Arbeitnehmer während des Zeitraumes, der seinen Urlaubs-

\*) § 17 Handlungsgehilfengesetz, siehe Nachtrag.

anspruch begründet, ständig und gehörig die durch den Arbeits- oder Dienstvertrag festgesetzte Arbeitszeit eingehalten hat. Lehrlinge verlieren ferner den Urlaubsanspruch, wenn sie aus eigenem Verschulden und ohne Entschuldigung die gewerbliche Fortbildungsschule nicht ordentlich besucht haben.

## § 8.

1. Die Arbeitszeit, die in dem Jahre der Erteilung desurlaubes vor dessen Antritt ohne begründete Entschuldigung versäumt wurde, wird von der Urlaubszeit in diesem Jahre abgerechnet; ebenso wird die Arbeitszeit, welche nach dem Urlaube derart versäumt wurde, von dem Urlaube im nächsten Jahre abgerechnet, und zwar in beiden Fällen ohne Entschädigung.

2. In ununterbrochen betriebenen Unternehmungen, bei denen sich der Arbeitstag mit dem Kalendertage nicht deckt, entfallen auf den Urlaub so viele Schichten, als in der für den Urlaub bestimmten Zeit absolviert werden würden.

## § 9.

1. Dem Arbeitnehmer gebührt für die Urlaubszeit außer allen vereinbarten Zulagen eine dem durchschnittlichen Verdienste der letzten vier Wochen unmittelbar vor dem Antritte desurlaubes nach den Grundsätzen des § 12, Abs. des Gesetzes vom 9. Oktober 1924, S. d. G. u. B. Nr. 221, betreffend die Versicherung der Arbeitnehmer für den Fall der Krankheit, der Invalidität und des Alters, entsprechende Lohnentschädigung. In diesen durchschnittlichen Verdienst werden die Zuschläge für Ueberstundenarbeit und die unregelmäßigen, nach ihrem Charakter vereinzeltten Prämien für erhöhte Arbeitsleistung nicht eingerechnet.

2. Die so berechnete Entschädigung wird um ein Zehntel erhöht, wenn die Zahl der vom Arbeitnehmer in einer Fabrikunternehmung im Laufe eines Jahres vor dem Stichtage (§ 3) absolvierten Arbeitsstunden um ein Zehntel über die regelmäßige gesetzliche Arbeitszeit gestiegen ist, die auf die im Betriebe als Arbeitstage eingeführten Tage entfällt. Sie vermindert sich um ein Zehntel, wenn die Zahl der Stunden des Arbeitnehmers um mehr als ein Zehntel gesunken ist, und um ein Fünftel, wenn sie sich um mehr als ein Fünftel der so festgesetzten Arbeitsstunden verringert hat. Die nach § 6 versäumte Zeit wird in die Arbeitszeit eingerechnet.



3. Die Naturalbezüge werden, sofern sie für die Urlaubszeit eingestellt oder nicht bezogen werden, in die Entschädigung eingerechnet und nach Analogie der Bestimmung des § 11 des Ges. S. d. G. u. B. Nr. 221/1924 in Geld bewertet.

4. Die angeführte Entschädigung ist an dem üblichen Auszahlungstage zahlbar; der Geldwert der Naturalbezüge ist im vorhinein für die ganze Urlaubszeit zahlbar.

5. Der Urlaub unterbricht das Arbeitsverhältnis nicht und es sind daher für die Urlaubszeit die Sozialversicherungsbeiträge zu entrichten.

### § 10.

1. Wurde dem Arbeitnehmer vor dem Antritte desurlaubes gekündigt, so hat er bloß auf einen verhältnismäßigen gezahlten Urlaub entsprechend der für den Urlaub maßgebenden Arbeitszeit in dem Jahre Anspruch.

2. Derselbe Anspruch steht dem Arbeitnehmer zu, wenn er die Arbeit vor dem Antritte desurlaubes aus wichtigen Gründen verlassen hat, die ihm nach den Rechtsvorschriften zur Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung berechtigen.

### § 11.

1. Der gezahlte Urlaub gebührt denjenigen nicht, die in dem Jahre, in dem sie sonst Anspruch auf den Urlaub hätten, vor dessen Antritt aus wichtigen Gründen, welche den Arbeitgeber nach den Rechtsvorschriften zur Lösung des Arbeitsverhältnisses ohne Kündigung berechtigen, aus der Arbeit entlassen wurden oder die den Urlaub ohne Grund nicht angetreten haben.

2. Die Lohnentschädigung nach den vorhergehenden Bestimmungen gebührt denjenigen nicht, die zur Zeit desurlaubes gegen Entgelt für fremde Personen gearbeitet haben.

3. Arbeitnehmern, die, ohne einen Urlaubsanspruch zu besitzen, nicht beschäftigt werden können, weil den übrigen Arbeitnehmern derselben Unternehmung ein Urlaub erteilt wurde, steht kein Anspruch auf Lohnentschädigung zu.

### § 12.

1. Der Urlaub ist in der Regel in der Zeit vom 1. Mai bis Ende September zu erteilen, ausgenommen Saisonbetriebe, namentlich landwirtschaftliche Unternehmungen.

2. Die Einteilung desurlaubes bestimmt die Betriebsleitung (der Arbeitgeber) nach Beratung mit dem Vorsitzenden

des Betriebsausschusses (dessen Stellvertreter), bei Abgang eines Betriebsausschusses mit dem Vertrauensmanne der Arbeitnehmer und bei Abgang auch eines solchen mit dem ältesten Arbeitnehmer unter Bedachtnahme auf den ungestörten Betrieb, den Charakter des Unternehmens und die Art der Arbeit.

3. Die Urlaube sind in der Regel ohne Unterbrechung, in besonderen Fällen in zwei Abschnitten zu erteilen. Der einzelne Arbeitnehmer kann freiwillig im Einvernehmen mit dem Arbeitgeber den Urlaub in Teilen und zu verschiedenen Zeiten absolvieren.

4. Für bestimmte Gattungen von Unternehmungen mit ununterbrochenem Betriebe kann die Urlaubseinteilung durch Regierungsverordnung anders geregelt werden.

### § 13.

Den zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichteten Lehrlingen ist der Urlaub in der Regel in der Zeit zu erteilen, in der an diesen Schulen nicht unterrichtet wird.

### § 14.

Minder günstige Bestimmungen der Arbeits- und Dienstverträge über den gezahlten Urlaub sind rechtsunwirksam.

### § 15.

Das Gesetz tritt am 1. Mai 1925 in Wirksamkeit und mit seiner Durchführung wird der Minister für soziale Fürsorge im Einvernehmen mit den beteiligten Ministern betraut.

**Urlaub. \*) § 17 des Handlungsgehilfen-Gesetzes vom 16. Jänner 1910, R. G. Bl. Nr. 20.** Wenn das Dienstverhältnis ununterbrochen bereits sechs Monate gedauert hat, ist dem Dienstnehmer in jedem Jahre ein ununterbrochener Urlaub in der Dauer von mindestens zehn Tagen zu gewähren. Hat das Dienstverhältnis ununterbrochen bereits fünf Jahre oder fünfzehn Jahre gedauert, so beträgt der jährliche Urlaub mindestens zwei, im letzteren Falle mindestens drei Wochen. Der Antritt desurlaubes ist mit Rücksicht auf die den Betriebsverhältnissen entsprechende Zeit im Einvernehmen rechtzeitig zu bestimmen.

Während desurlaubes behält der Dienstnehmer den Anspruch auf seine Geldbezüge.

Bei gewerblichen Unternehmungen, in denen nicht mehr als drei Dienstnehmer verwendet werden, kann der Urlaub in zwei annähernd gleichen Zeitabschnitten gewährt werden.

Die Zeit, während welcher der Dienstnehmer durch Krankheit oder durch einen Unglücksfall an der Leistung seiner Dienste verhindert ist, darf in diesen Urlaub nicht eingerechnet werden.

Der Dienstgeber ist zur Gewährung desurlaubes nicht verpflichtet, wenn der Dienstnehmer gekündigt hat.

**Zu Absatz 1** (Eine bestimmte Jahreszeit für die Urlaubsgewährung ist mit Rücksicht auf die Verschiedenheit der klimatischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse nicht festgesetzt. In gewissen Saisonbetrieben (Kurorten, Sommerfrischen u. a.) wäre die Beschränkung der Urlaubszeit auf die Sommermonate unmöglich. Es bleibt demnach der freien Uebereinkunft von Dienstgeber und Dienstnehmer überlassen, eine dem Interesse beider Parteien entsprechende Zeit zu vereinbaren. Mangels einer solchen wird der Richter unter Berücksichtigung der speziellen Verhältnisse zu entscheiden haben.

**Zu Absatz 3** (Die Teilung desurlaubes ist nur für gewerbliche Betriebe gesetzlich möglich gemacht, da sonst bei anderen unter das Gesetz fallenden Unternehmungen, z. B. Advokatur- und Notariatskanzleien, in denen zumeist nicht mehr als drei Dienstnehmer verwendet zu werden pflegen, ein ununterbrochener Urlaub von vornherein ausgeschlossen wäre.

**Zu Absatz 4** (Die Erfüllung der Militärdienstpflicht wird in den Urlaub eingerechnet, wie es in der Regel auch bei öffentlichen Angestellten der Fall ist).

**Wahlrecht für den offiz. Assistentenausschuß.** (R.=G. der polit. Landes-Verw. in Prag vom 7. Mai 1925, Z. 196.852—22 A-285; Z. d. polit. Bez.-Verw., Komotau 19.488 vom 11. Mai 1925). Die wissenschaftliche Tätigkeit in der pharmaz. Presse wird laut Reg.-Ver. vom 2. Oktober 1918, R.=G.=Bl. Nr. 360, und im Sinne des § 3, Abs. 2. des Gesetzes vom 18. Dez. 1906, R.=G.=Bl. Nr. 5. ex 1907, wohl in die Dienstzeit zur Erlangung einer Konzession eingerechnet, kann aber einer fachlichen Tätigkeit in öffentlichen oder Anstaltsapotheken, welche für die Ausübung des aktiven und passiven Wahlrechtes im offiz. Assistentenausschusse Voraussetzung ist, nicht gleichgestellt werden.

**Verbindlichkeit der Kollektivverträge.** Nach der Entscheidung des D.=G. vom 24. Juni 1924 (Rv. I 562-24) sind abgeschlossene Kollektivverträge verbindlich und sind alle



etwaigen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zum Nachtheile der letzteren getroffenen Vereinbarungen und Abmachungen durch diese hinfällig.

**Dienstverhältnis der von der Militärverwaltung auf Vertrag angestellten Zivilapotheker.** (Erlaß des Ministeriums für nat. Verteidigung Z. 4600/12 v. 11. Dez. 1925.) Vom Ministerium für nationale Verteidigung wird in Ermangelung eines dem Apothekerstande angehörigen Berufsoffiziers die beabsichtigte Einstellung eines Zivilapothekers in eine der Militärverwaltung gehörige Heilanstalt oder Sanitätslager »Odborová organisace českosl. kondic lékárníků« in Prag II, Spálená 34, mitgeteilt. Von den auf diese Aufforderung hin bei der 33. Abteilung des Ministeriums eingelaufenen Ansuchen sind folgende Bewerber zu bevorzugen:

Wenn sie:

- a) die Dienstsprache in Wort und Schrift beherrschen,
- b) Apothekeroffiziere in der Reserve,
- c) fachlich gut qualifiziert sind.

Aus diesem Grunde sind die gestempelten Gesuche mit einer Abschrift des Diploms, mit einem Geburts- (Tauf-) und Heimat-Schein, mit einer kurzen Beschreibung der bisherigen pharmazeutischen Tätigkeit und eventuell mit dem Nachweis über eine weitere fachliche Ausbildung zu belegen. Die 33. Abteilung des Ministeriums entscheidet auf Grund der vorliegenden Ansuchen über die Aufnahme des Vertragsapothekers und beauftragt das Kommando der Anstalt oder Sanitätslagers, den Vertrag und den Dienstantritt zu vereinbaren. Gleichzeitig wird vom Ministerium die Zeit mitgeteilt, die dem Gesuchsteller als fachliche, pharmazeutische Tätigkeit anzurechnen ist; wenn er während des Krieges Militärdienst leistete, wird ihm diese Zeit auf sein Ansuchen hin nach dem Gesetze vom 8. Juni 1922, Z. 173, S. d. G. u. B. eingerechnet. Das Kommando der Anstalt sendet den ausgearbeiteten Vertrag der Intendanz des Militär-Landeskommandos zur Ueberprüfung, welche letztere den überprüften Vertrag, eventuell nach Beseitigung von Fehlern dem Anstaltskommando retourniert. Von den hierauf angefertigten Abschriften erhält eine der Vertragsapotheker, die zweite die Intendanz des Landesoberkommandos, die dritte wird der 12. Abteilung des Ministeriums mit dem Vermerk, daß der Dienst bereits angetreten wurde, zugeschickt. Im Vertrag ist

die Gage nach dem Gehaltsschema, wie sie dem Vertragsapotheker bei Dienstantritt gebührt, anzuführen. Wenn er im Laufe der Zeit auf eine höhere Bezahlung Anspruch erheben kann, dann ist er verpflichtet, diesen Anspruch 14 Tage vor Beginn dessen Wirksamkeit stempelfrei anzumelden. Die wirtschaftliche Verwaltung der Anstalt überprüft die Richtigkeit des Anspruches und das Kommando vermerkt die Zuerkennung am Schluß des Vertrages. Die Aenderung des Gehaltes ist der Intendantz des Militärkommandos und der 12. Abteilung des Ministeriums mitzuteilen. In Berücksichtigung von § 5 des Gesetzes vom 22. Dezember 1924, Z. 286, S. d. G. u. B. muß das Ministerium nach Aufnahme des Vertragsapothekers die nachträgliche Genehmigung des Finanzministeriums und der Regierung einholen. Für die Art des Dienstverhältnisses der auf Grund eines zivilrechtlichen Arbeitsvertrages aufgenommenen Angestellten in höheren Diensten hat das Gesetz v. 16. Jänner 1910, Z. 20 d. R. G. grundsätzliche Bedeutung; die Bestimmungen dieses Gesetzes sind also auch für das Dienstverhältnis von durch die Militärverwaltung angestellten Vertragsapothekern anzuwenden. Das Kommando ist auch verpflichtet, die für Angestellte der „Kategorie I“ geltigen und durch Erlässe kundgemachten Bestimmungen zu beachten. Nach angeführtem Muster ist nicht nur der schriftliche Vertrag von neueintretenden, sondern auch aller von der Militärverwaltung bereits beschäftigten Zivil-Vertragsapotheker abzufassen.

---

## VIII.

### **Pensions- und Krankenversicherung ; Arbeitslosenunterstützung.**

**Pensionsversicherung der Angestellten.** Entscheidung des D. G. vom 9. Jänner 1923, Nr. I 790/22. Dadurch, daß sich der Dienstgeber verpflichtet hat, die Pensionsbeiträge für den Dienstnehmer zu zahlen, hat letzterer gegenüber ersteren keinen persönlichen Anspruch darauf, daß ihm nicht gezahlt werde, sondern bloß den Anspruch erworben, daß der Dienstgeber die Beiträge an die Versicherungsanstalt abführe.

**Die Versicherungspflicht hängt von keinem Lohnminimum ab.** Auch ein probeweises Arbeitsverhältnis (Lehrverhältnis, Praktikantenverhältnis) ist versicherungspflichtig. (Entsch. des D. V.-G. in Prag vom 7. April 1923, Nr. 5835/23).

**Pensionsversicherungspflicht bei Anstellung auf Probe.** Entsch. des D. V.-G. vom 10. September 1923, Z. 17.773/22.) Aus den Bestimmungen der §§ 1151 und 1152 des allgemeinen B.-G. im Wortlaut der 3. teilweisen Novellierung geht hervor, daß ein Dienstverhältnis dann gegeben ist, wenn sich eine Person für eine gewisse Zeit zur Dienstleistung für einen Anderen gegen Entlohnung verpflichtet. Ein probeweises Dienstverhältnis behandelt d. § 1158 des B.-G. und bezeichnet dieser Paragraph auch einen auf Probe abgeschlossenen Dienstvertrag ausdrücklich als Dienstverhältnis. Auch aus der Bestimmung über ein probeweises Dienstverhältnis (§ 18 des H.-G.-G. v. 16. Jän. 1910, Z. 20) geht hervor, daß als Angestellter im Sinne des § 1 des Gesetzes vom 5. Februar 1920, Nr. 89 S. d. G. u. V., auch derjenige aufzufassen ist, der mit dem Arbeitgeber einen Dienstvertrag nur auf Probe abgeschlossen hat. Weder das B.-G. noch der § 1 des Pensionsversicherungs-Gesetzes erklären



die Ueberschreitung der Dauer eines Monats für ein Dienstverhältnis als wesentlich und läßt sich eine gegenteilige Austragung auch aus anderen Bestimmungen des Pensionsversicherungsgesetzes nicht ableiten. Als Grundlage des Anspruches auf Pensionsversicherung eines Angestellten bestimmt das Gesetz die ganze in dem Dienstverhältnis verbrachte Zeit, wenn es der Pensionsversicherung unterliegt und bei demselben Arbeitgeber verbracht wurde

**Die während der Ferien angestellten Studierenden und die Pensionsversicherung.** Die allgem. Pensionsanstalt in Prag hat durch Zuschrift vom 15. Juni 1925, Prot.-Z. VII 13/25/14 mitgeteilt, daß sie den Zweigstellen aufgetragen habe, sowohl sie selbst als auch ihre Inspektionsorgane mögen nicht auf der Anmeldung der zum Zwecke einer Ferienpraxis in den Betrieben angestellten Studierenden bestehen. Dies bezieht sich allerdings nur auf jene ordentlichen Hörer der Hoch- und Fachschulen, welche in der Zeit ihrer Studien vorübergehend mit der Pensionsversicherung unterliegenden Arbeiten beschäftigt sind, insofern ihre Beschäftigung eine vorgeschriebene oder eine übliche praktische Ergänzung ihrer theoretischen Studien darstellt. Die allgem. Pensionsanstalt bemerkt aber weiter, daß sie, solange als diese Anmeldungen bei der Zweigstelle spontan einlaufen, das ist, die Studierenden sich selbst anmelden würden, diese Studierenden als pensionsversicherungspflichtig erklären müßte. Durch diese Mitteilung ist der bisherige unsichere Zustand hinsichtlich der Pensionsversicherungspflicht der Studierenden praktisch beseitigt worden.

**Bewertung der Naturalbezüge der Privatangestellten seitens der Pensionsanstalt.** Die politische Landesverwaltung in Prag setzte nach Anhörung der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer die einzelnen Naturalbezüge mit verbindlicher Kraft für ihr Wirkungsgebiet im Jahre 1926 mit nachstehenden Jahresbeträgen fest: 1. Naturalwohnung: In Orten bis 5000 Einwohner 300, 600, 900, 1200 K; bis 30.000 Einwohner 500, 1000, 1500, 2000 K; bis 100.000 Einwohner 700, 1400, 2100, 2800 K; über 100.000 Einwohner 1000, 2000, 3000, 4000 K jährlich, je nachdem die Zahl der Wohnräumlichkeiten 1, 2, 3, 4, oder mehr beträgt. Die Badeorte sind in nachstehenden Gruppen eingereiht: In die Gruppe der Städte: mit einer Einwohnerzahl von mehr

als 5000: Bielowrad, Bohdanetich, Johannisbad, Königswart, Gießhübel; von mehr als 30.000: St. Joachimsthal, Podiebrad; von mehr als 100.000: Franzensbad, Karlsbad, Marienbad, Teplitz-Schönau — 2. Beheizung: Für alle Orte 350, 500, 750, 900 K, je nach der Zahl der Wohnräume. — 3. Beleuchtung: Für alle Orte 200, 300, 400, 500 K. — 4. Verpflegung: In Orten bis 5000 Einwohner 3200 K, bis 30.000 Einwohner 4000 K, von mehr als 30.000 Einwohner 4000 K. Falls der Arbeitgeber Wohnung, Beheizung oder Beleuchtung mehreren in einem Zimmer wohnenden Angestellten gewährt, so werden die oben angeführten Sätze für jeden von ihnen bloß 75 Prozent gerechnet. Falls der Arbeitgeber einem Angestellten sämtliche Naturalbezüge gewährt, so ist die für die Festsetzung der Versicherungsprämien anrechenbare Gesamtsumme mit einem Betrage festzustellen, der um 20 Prozent niedriger ist, als die Summe der einzelnen Posten laut dem vorstehenden Absatz beträgt. Gewährt der Arbeitgeber bloß einige der oben angeführten Naturalbezüge, darf die für Festsetzung der Versicherungsprämien anrechenbare Gesamtsumme für denselben Ort und die gleiche Zahl von Räumlichkeiten den Betrag nicht übersteigen, welcher der Gesamtsumme für alle Naturalbezüge um 20 Prozent vermindert, im Sinne des vorstehenden Absatzes entspricht. Die Dienstgeber sind verpflichtet, die durch die neue Bewertung der Naturalbezüge eingetretenen Änderungen im Sinne der §§ 73 und 73a) des Pensions-Gesetzes der zuständigen Landesstelle der allgemeinen Pensionsanstalt unter den Folgen der §§ 81 und folgenden des Pensions-Gesetzes anzuzeigen.

**Pensionsversicherung der Pharmazeuten, (Taxen und Strafgeelder sind nach dem Apothelengesetz der allg. Pensionsanstalt zu überweisen.)** (Erlaß des Gesundheits-Ministeriums vom 18. Dezember 1922, Z. 15.142/I.) Im Anhang zum h. v. Erlaß Z. 16.250 vom 15. Oktober 1921 wird der polit. Landes-Verwaltung aufgetragen, alle nach dem Apoth.-Gesetze bei der dortigen Behörde für die Zeit vom 30. September 1921 bis 31. Dezember 1922 in polit. Verwahrung erlegten Taxen und Strafgeelder der allgemeinen Pensionsversicherungsanstalt in Prag auf die in dem h. v. Erlasse bezeichnete Art und Weise einzusenden, über den Vollzug ist hieher und an das Ministerium für soziale Fürsorge

bis 31. Jänner 1923 unter Anschluß eines ausführlichen Verzeichnisses der so eingesendeten Taxen und Strafgeelder sowie des Gesamtbetrages Bericht zu erstatten. Künftighin sind sodann alle weiteren Taxen und Strafgeelder der oben angeführten Anstalt stets vierteljährig bis 31. März, 30. Juni, 30. September und 31. Dezember einzusenden und ist hierüber stets binnen 14 Tagen nach den angeführten Terminen hieher und an das Min. f. soz. Fürs. unter Anschluß eines ausführlichen Verzeichnisses und der Gesamtsumme der der allgemeinen Pensionsanstalt in Prag abgeführten Beträge Bericht zu erstatten.

**Krankenversicherung von Familienmitgliedern.** (Entscheidung des Obersten-Verwaltungs-Gerichtes Nr. 14.787 vom 4. September 1923.) Der mit dem Vater in gemeinschaftlichen Haushalt lebende Sohn ist nicht krankenversicherungspflichtig, wenn er keinen Lohn in bar erhält. Es ist für die Versicherungspflicht ohne Bedeutung, daß der Sohn dem Vater eine Arbeitskraft ersetzt, welche dieser sonst dingen müßte.

**Krankenversicherungspflichtig sind** (laut Entscheid. des Obersten-Verwaltungs-Gerichtes vom 7. April 1923, Z. 5835) Personen, welche bei einer bestimmten Unternehmung oder Landwirtschaft unselbständig in einer Weise angestellt sind, daß diese ihre Arbeitskraft, wenn nicht ausschließlich, so doch zum größten Teile derselben widmen und darin den Lebensunterhalt finden, oder welche eine solche Arbeit erlernen (P. 2128). Ausnahme im Sinne des § 2 des Gesetzes vom 15. Mai 1919, Z. 268 S. d. G. u. V., versieht auch ein Mitglied der Familie des Arbeitgebers, wenn es die Arbeit dauernd leistet. Familienmitglieder, welche im gemeinsamen Haushalte mit dem Arbeitgeber leben, welche das 14. Lebensjahr überschritten haben und bei einer der Krankenversicherungspflicht unterliegenden Arbeiten aushelfen und dafür einen regelmäßigen Lohn in barem beziehen, unterliegen nach § 1, Abs. 1 des Gesetzes vom 15. Mai 1919, Z. 268 S. d. G. u. V., der Krankenversicherungspflicht.

**Durch Unterlassung einer sofortigen Rekursanmeldung gegen unrichtige Einreihung in die Lohnklassen geht dem Arbeitgeber das Rekursrecht nicht verloren.** (Entscheidung des Obersten-Verwaltungs-Gerichtes



vom 8. April 1925, Z. 7114/25 zu § 33 des Krankenversicherungsgesetzes.) Das Krankenversicherungsgesetz enthält keine Bestimmung, aus der sich ableiten ließe, daß die Unterlassung eines sofortigen Einspruches dem Arbeitgeber das Recht nimmt, sich gegen unrichtige Einreihung in die Lohnklassen zu wehren. Die Zahlung der Beiträge ist als öffentlichrechtliche Verpflichtung im § 33 des Krankenversicherungsgesetzes festgesetzt und hat der Arbeitgeber die Beiträge in den vorgeschriebenen Fristen zu entrichten. Wenn diese öffentlichrechtliche Verpflichtung der Partei durch das Gesetz kategorisch auferlegt, zu deren Erfüllung eine bestimmte Frist vorgeschrieben und dem Arbeitgeber durch das Gesetz die Möglichkeit, gegen die Vorschreibung der Beiträge Einwendungen zu machen, geboten worden ist, kann man in der Erfüllung der gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen keine Anerkennung der Richtigkeit der Vorschreibung erblicken, die eine später erfolgte Einwendung auszuschließen imstande wäre. Weil es sich um die Erfüllung einer öffentlich rechtlichen Verpflichtung handelt, kann eine Analogie mit dem Privatrechte im vorliegenden Falle nicht angewendet werden.

**Dienstmädchen sind nicht krankenversicherungspflichtig.** Die Oberste Verwaltungsbehörde entschied, daß die im Haushalte verrichteten Dienste der pflichtgemäßen Krankenversicherung nicht unterliegen. Dagegen hat der Dienstgeber im Krankheitsfalle für alle Kosten der Privat- und Spitalsbehandlung aufzukommen. (Entscheidung d. D.=B.=G. vom 8. März 1923, Z. 3828.)

**Pensionsversicherung, Umwandlung von Ersatzverträgen in Ersatzanstalten.** Nur der Dienstgeber, nicht aber seine Beamten sind berechtigt, um die Umwandlung anzufuchen. (Entscheidung des D.=B.=G. in Prag vom 3. März 1923, Nr. 3633—23.)

**Ersatz der Heilkosten nach § 8, Absatz 1 c des Ges.-Art. XXI ai 1898 für mit ansteckenden Krankheiten behaftete Pfleglinge. Erklärung des Begriffes „zuständige Gemeinde“.** (Erlaß des Ministeriums für Gesundheitw. vom 26. April 1923, Z. 11.548—VI.) Das D.=B.=G. der tschsl. Republik hat mit Erkenntnis vom 2. März 1923, Z. 3462 ai 1923, in Angelegenheit des Ersatzes der Heilkosten im Sinne des § 8, Abs. 1 lit. c des Ges.-Art.

XXI vom Jahre 1898 für mit Infektionskrankheiten behaftete Pfléglinge in einem konkreten Falle entschieden, daß zum Ersatze der halben Verpflegskosten die Heimatsgemeinde, nicht die letzte Aufenthaltsgemeinde, verpflichtet ist.

Das D.=B.=G. hat dabei folgenden Rechtssatz ausgesprochen: Nach dem Wortlaute des Gesetzes ist unter dem Ausdrucke „zuständige Gemeinde“ die Heimatsgemeinde zu verstehen, wie aus dem magyar. Texte des Ges.=Art. XXII aus dem Jahre 1886, §§ 6 und 8, und auch aus anderen Stellen hervorgeht. Das ergibt sich auch aus dem magyar. Texte des § 8 des Ges.=Art. XXI ai 1898, in welchem die zuständige Gemeinde mit dem Ausdrucke „Jlletőségi körség“ genannt, wie auch aus dem deutschen Texte, in welchem das Wort „Zuständigkeitsgemeinde“ gebraucht wird. Die Rechtsanschauung, daß unter dem Ausdrucke „zuständige Gemeinde“ die Gemeinde des letzten Aufenthaltes des Pfléglings vor dessen Uebergabe in das öffentliche Krankenhaus, in deren Interesse zur Verhütung der Ansteckung er der Anstalt übergeben wurde, zu verstehen ist, ist falsch, denn diese Ansicht entbehrt jeder Begründung im Texte des Gesetzes und steht mit dem Gesetze im Widerspruche.

### **Ersatz der Medikamente für die erste Hilfe.**

Durch Entscheidung des D.=B.=G. vom 26. August 1924, Z. Ab. II, 419/24—1 sind die Krankenkassen gesetzlich verpflichtet, für die Auslagen zur sog. ersten Hilfe aufzukommen, wenn die Krankheit rechtzeitig gemeldet worden ist. Um den Anspruch bei der zuständigen Krankenkasse erheben zu können, haben die Betriebe: 1. die Krankenkasse noch denselben Tag von dem Vorfall in Kenntnis zu setzen; 2. ein Verzeichnis der ausgegebenen Heilmittel und anderer Hilfsmittel zu führen, um deren notwendige Verwendung konstatieren zu können.

### **Ersatz von Arzneimitteln für erste Hilfeleistung.**

Die Verwaltung der Glashütten und der Raffinerie Josef J n w a l d, A.=G. in Smichov verlangte von der Bezirkskrankenkasse in Smichov den Ersatz für die bei Gewährung von ersten Hilfeleistungen verbrauchten Behelfe und Arzneien. Die politische Bezirksverwaltung entschied über das Ansuchen der Firma nicht, und verwies dieselbe im Bescheid vom 10. Jänner 1925, Z. 1781 auf den privatrechtlichen Weg. — Die Firma brachte gegen diese Entscheidung bei

der politischen Landesverwaltung in Prag Berufung ein und lehnte auch diese die Berufung der Firma ab. Als Begründung wird angeführt, daß der Anspruch der Firma auf Ersatz von zur ersten Hilfeleistung verbrauchten Arzneien und Heilbehelfen ein gesetzlicher ist, weil die Krankenkassen nach § 9, Punkt 1 des Krankenversicherungsgesetzes verpflichtet sind, ihren Mitgliedern ärztliche Hilfe und notwendige Arzneien und Arzneibehelfe vom Beginne der Krankheit an zu bezahlen, aber das Krankengesetz enthält keine Bestimmung, nach der Verwaltungsbehörden berufen wären, in Streitigkeiten wegen der aus dem Gesetze hervorgehenden Ansprüche zu entscheiden.

**Begünstigungen in den Staatsbädern für Staatsbedienstete, Lehrer und Mitglieder der Krankenkassen.** (Erlaß des Ministeriums für Gesundheitswesen vom 10. Mai 1921, Z. 11.790/II). Laut Erlaß des Ministerratspräsidiums vom 23. April 1921, Z. 13.220/21, hat die Regierung in der am 14. April 1921, abgehaltenen Sitzung beschlossen, daß in den staatlichen Bädern in Tatranská Lomnica, Lubochňa, Sliac und Strbské Pleso, sofern die Objekte in eigener Regie des Staates verwaltet werden, höchstens bis 30 Prozent der möglichen Unterbringung Staatsbeamten ohne Unterschied der Rangsklasse, Angestellten, wie auch Mitgliedern ihrer Familien ermäßigte Plätze gewährt werden, sofern sie durch eine vom Präsidium ihrer vorgesetzten Behörde ausgestellte Bestätigung und durch amtsärztliches Zeugnis nachweisen, daß sie der Kur in dem jeweiligen Bade dringend bedürfen und sich rechtzeitig durch Einsendung der Dokumente bei der Direktion des staatlichen Bades die Plätze sichern. Die gleiche Begünstigung wird den unbemittelten Mitgliedern der Krankenkassen und den unbemittelten Kranken überhaupt gewährt, sofern sie tschechoslow. Staatsangehörige sind und ihre Mittellosigkeit und die Notwendigkeit der Kur von der polit. Behörde I. Instanz bestätigt wird. Die erwähnte Ermäßigung betrifft einen 50 prozentigen Nachlaß beim Quartiergelde und bei den Kurmitteln (Bäder, Wasserheilprozeduren) sowie den ganzen Nachlaß der Kur- und Musiktaxe.

**Kurbegünstigungen in Franzensbad.** (Erlaß des Landesverteidigungs-Ministeriums G.-Sch. 299.437/33, vom 3. Mai 1923; saml. Erl. Z. 192). Die polit. Landes-Verw.



in Prag hat ein Rundschreiben vom 17. März 1923, Z. 22 A 1922 ai 1923, Z. d. polit. Landes-Verw. 114.622, folgenden Wortlautes erlassen:

Das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen hat durch Erlaß vom 27. Feber 1923, Z. 4636 II vom Jahre 1923 bekanntgegeben, daß die Bäderverwaltung in Franzensbad bereit ist, wie in den verflossenen Jahren den **M i n d e r b e m i t t e l t e n** oder **U n b e m i t t e l t e n** Nachlässe sowohl von den Bädertaxen, als auch von den Bädern zu gewähren, wenn zuvor dem Stadtrate in Franzensbad ein ordentlich belegtes Gesuch überreicht wird; außerdem hat es auf das Internationale Hospital in Franzensbad aufmerksam gemacht, in welches unbemittelte Kranke ohne Unterschied der Nationalität gegen sehr ermäßigte Gebühren zur ganzen Versorgung aufgenommen werden.

**P i š t á n y, Militärbadeanstalt; Benützung zu sozialen Zwecken.** (Erlaß des Ministeriums für Gesundheitsw. vom 16. Juni 1921, Z. 14.084 II.) Das Ministerium für nationale Verteidigung hat mit Note vom 27. Mai 1921, Z. 342.034/zdrav. als Beantwortung der Note des hiesigen Ministeriums, betreffend die Benützung der militär. Heilanstalten für soziale Zwecke, soweit es deren Raum erlaubt, mitgeteilt, daß mit Erlaß vom 25. März 1921, Z. 598.233, dessen Abschrift beigelegt wurde, die Behandlung und Pflege der Staatsbediensteten in Militärkrankenhäusern unter den im Erlasse angeführten Bedingungen gestattet wurde.

Gemäß diesem Erlasse werden in rücksichtswürdigeren Fällen auch den Staatsbediensteten in der Slowakei wie auch den Landesangestellten, welche in die Gehaltsgruppen der Beamten eingereiht sind, Begünstigungen für die Badefur im Offiziersheime in P i š t á n y gewährt werden, wenn Platz vorhanden sein wird und deren Unterbringung in der Anstalt nicht zum Nachteile der Militärpersonen, welche in erster Linie Anspruch auf die Badefur haben, geschieht.

**Der Beitrag des Staates zur Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System.** Nach dem Gesetze Z. 267 der S. d. G. u. B. ex 1921 haben nur diejenigen Arbeitslosen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung, die einer Fachorganisation angehören, die vom Staat als zur Auszahlung dieser Unterstützung berechtigt ist. Nach § 5 des Gesetzes muß

ein Mitglied einer solchen Organisation mindestens 3 Monate angehört haben, damit diese auch Anspruch auf den staatlichen Beitrag machen kann. Nach einem Erlaß des Ministeriums f. soziale Fürsorge Z. 17.650/III/E-1925 vom 11. November 1925 muß der um staatliche Unterstützung ansuchende Arbeitslose diese 3 monatliche Frist in der Organisation tatsächlich verbracht haben und es ist unzulässig, wenn sich dieses Mitglied, dem diese Frist fehlt, durch nachträgliche Zahlung der Mitgliedsbeiträge erkaufen will. Doch hat das Ministerium für soziale Fürsorge nichts dagegen einzuwenden, wenn ein Mitglied eine nach den Statuten der Organisation eventuell erforderliche längere Frist durch Zahlung der fehlenden Mitgliedsbeiträge erkauft.

---

## A n h a n g.

### Spezialitätenverordnung.

**Regierungsverordnung Nr. 26 vom 19. Februar**

**1926, betreffend die Erzeugung pharmazeutischer  
Spezialitäten und ihren Vertrieb in den Apotheken.**

Die Regierung der Tschechoslovakischen Republik verordnet auf Grund des § 2, lit. e), des Gesetzes vom 30. April 1870, R.-G.-Bl. Nr. 68, betreffend die Organisation des öffentlichen Sanitätsdienstes, und des § 7 des Gesetzes vom 18. Dezember 1906, R.-G.-Bl. Nr. 5 vom Jahre 1907, betreffend die Regelung des Apothekenwesens, sowie auf Grund der §§ 2 und 137 des Ges. Art. XIV/1876 über die Regelung des Sanitätswesens:

#### § 1.

1. Pharmazeutische Spezialitäten sind einfache oder zusammengesetzte Arzneimittel nach ärztlicher (tierärztlicher) Vorschrift aus therapeutisch wirksamen Stoffen in einer besonderen Dispensationsform, die sich entweder durch neue Eigenschaften oder durch besondere Vorzüge gegenüber den bereits eingeführten Arzneimitteln auszeichnen oder die sich durch die Form der Dispensation, durch Stabilität, Geschmack u. s. w. zweckmäßig erweisen, also durch Eigenschaften, durch die sie die Dispensationsformen, in denen die Apotheken im allgemeinen Arzneimittel dispensieren können, übertreffen. Es sind fertige entweder zum direkten Verkaufe oder zur Verwendung durch den Arzt (Tierarzt) bestimmte Präparate.

2. Keine pharmazeutischen Spezialitäten sind jedoch einfache organotherapeutische und Bakterienpräparate, einfache Sera und einfache Impfstoffe sowie natürliche und künstliche Mineralwässer und Quellenprodukte.

3. Darüber, ob es sich im gegebenen Falle um eine pharmazeutische Spezialität handelt oder nicht, entscheidet in zweifelhaften Fällen das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung, und zwar bei für Tiere



bestimmten Präparaten im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, nach allfälliger Einholung eines Befundes der Heilmitteluntersuchungsanstalt und eines Gutachtens des Staatssanitätsrates.

## § 2.

Die pharmazeutischen Spezialitäten sind entweder

a) Hauspezialitäten, das sind solche, die aus im Handverkaufe der Apotheker zugelassenen Arzneimitteln hergestellt und bloß zum Verkaufe in der Apotheke, für die sie hergestellt wurden, bestimmt sind, oder

b) allgemeine, das sind solche, die zum allgemeinen Verkaufe in allen Apotheken zugelassen sind.

## § 3.

Der Inhaber einer öffentlichen Apotheke, der dieselbe selbst leitet, oder der Pächter derselben, beziehungsweise der sonstige verantwortliche Leiter sind verpflichtet, wenn sie bisher nicht zugelassene inländische (im Inlande erzeugte) pharmazeutische Spezialitäten zu verkaufen oder auch zu erzeugen beabsichtigen, sowie solche ausländische Spezialitäten in Vertrieb bringen wollen, dieselben bei der zuständigen Behörde anzumelden und deren ausdrückliche Zulassung zum allgemeinen Verkaufe oder auch zur Erzeugung abzuwarten.

## § 4.

Die Anmeldung (§ 3) ist, wenn es sich um eine Hauspezialität handelt, bei der politischen Behörde II. Instanz (beim Gauamte) und wenn es sich um eine allgemeine Spezialität handelt, beim Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung zu erstatten.

## § 5.

1. Der Anmeldung ist beizuschließen :

a) die ärztliche (tierärztliche) Vorschrift eines zur Ausübung der ärztlichen (tierärztlichen) Praxis im Inlande berechtigten Arztes (Tierarztes) mit der Unterschrift des Arztes (Tierarztes), deren Echtheit gerichtlich oder notariell beglaubigt sein muß, mit der unterschriebenen und auf dieselbe Art beglaubigten Klausel, daß der vorschreibende Arzt (Tierarzt) die Vorschrift dem Anmelder zur freien Verwendung überlassen hat. Handelt es sich um eine ausländische Spezialität, so kann an Stelle dieses Beleges die ärztliche (tierärztliche)

Vorschrift eines zur Ausübung der ärztlichen (tierärztlichen) Praxis in dem betreffenden fremden Lande berechtigten Arztes samt der Unterschrift des Arztes (Tierarztes) beigegeschlossen werden. Die Echtheit der Unterschrift und die Berechtigung zur Ausübung der ärztlichen (tierärztlichen) Praxis muß amtlich beglaubigt und durch die zuständige Vertretungsbehörde der Tschechoslowakischen Republik bestätigt sein ;

b) drei Proben der Spezialität in Originalpackung oder zwar in einer Packung mit geschriebenem Texte, aber mit genauer Beschreibung der endgültigen Packung, die einzuhalten und nachträglich vor Einführung der Spezialität in den allgemeinen Verkauf der Behörde vorzulegen sein wird ;

c) zwei Proben von jedem nicht offizinellen Bestandteile in einer ausreichenden Menge zum Zwecke der Verwendung derselben bei der Untersuchung und Erzeugung der Spezialität ;

d) die Berechnung des Engrospreises (von wenigstens 200 Dosierungen auf einmal) und die Berechnung des Kleinverkaufspreises, wobei die Berechnung, soweit sie sich nicht an die Grundsätze für die Berechnung der Arzneytaxe hält, nach den üblichen Grundsätzen im Geschäftsleben aufzustellen ist ;

e) wenn die Spezialität unter einem selbstgewählten Namen (mit einer Wortmarke) in den Verkauf gebracht werden soll, sofern dieses Wort (Marke) den Gegenstand einer Eintragung in das Register der Schutzmarken bilden kann, der Nachweis, betreffend den Schutz dieses Namens ;

f) Muster der allfälligen Reklamebeilagen ;

g) wenn es sich um eine ausländische Spezialität handelt, noch eine von der zuständigen Vertretungsbehörde der Tschechoslowakischen Republik beglaubigte Bestätigung, daß der Erzeuger Apotheker ist oder daß das Unternehmen des Erzeugers berechtigt ist, Arzneimittel zu erzeugen, und daß die Spezialität, um die es sich handelt, im eigenen Lande zum Vertriebe zugelassen wurde, sofern in diesem Lande ein Bewilligungsverfahren hinsichtlich pharmazeutischer Spezialitäten besteht.

2. Wird eine pharmazeutische Spezialität in verschiedenen Dosierungen angemeldet, so ist dies als eine einzige Anmeldung anzusehen.

3. Die Bestimmungen des Absatzes 1, lit. c) und g), gelten bezüglich der pharmazeutischen Hauspezialitäten nicht.

## § 6.

1. Die Spezialität muß auf der unmittelbaren Umhüllung mit einer Signatur versehen sein, deren Text in tschechoslowakischer Sprache verfaßt sein muß; außerdem können daselbst weitere Texte in jeder beliebigen anderen Sprache angebracht sein. Ist die Signatur bei zum äußeren Gebrauche bestimmten Arzneimitteln nicht in roter, bei zum innerlichen Gebrauche bestimmten in weißer Grundfarbe gehalten, so muß die Art des Gebrauches wenigstens durch einen Streifen von roter oder weißer Farbe bezeichnet sein.

2. Der Text der Signatur hat zu enthalten:

a) den dem Inhalte und der Form ihrer Zusammensetzung entsprechenden Namen der pharmazeutischen Spezialität [lit. c)]; neben dieser Bezeichnung kann auch der selbstgewählte Name angeführt sein [§ 5, Abs. 1, lit. e)];

b) die Firma des Erzeugers und die Firma des Anmelders;

c) die Bezeichnung der Dosis des Stoffes oder der wirksamen Stoffe;

d) wenn die Spezialität an eine ärztliche (tierärztliche) Verschreibung gebundene Arzneimittel enthält, den Vermerk, daß die Spezialität nur gegen ärztliche (tierärztliche) Verschreibung abgegeben werden kann;

e) wenn die Spezialität aus Bestandteilen besteht, die an und für sich oder in dieser Zusammensetzung im Laufe der Zeit Veränderungen unterliegen, die Angabe, bis zu welchem Zeitpunkte (kalendermäßig) die Spezialität wirksam ist;

f) eine einfache, aber keine ärztlichen (tierärztlichen) Ordinationen enthaltende Gebrauchsanweisung;

g) den Preis der Spezialität in tschechoslov. Währung und deren Inhalt nach Gewicht oder Stücken; auf die Dauer der außerordentlichen Preisschwankungen kann das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung von der Angabe des Preises auf der Signatur absehen;

h) die Nummer, unter der die Bewilligung der Spezialität in dem Verzeichnisse der bewilligten pharmazeutischen Spezialitäten des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung eingetragen ist.

3. Die Bestimmung des Absatzes 2, lit. h), gilt hinsichtlich der Hausspezialitäten nicht.



## § 7.

1. Ueber die Anmeldung entscheidet unverzüglich die Behörde, bei der die Anmeldung gemäß § 4 erstattet wurde, nach allfälliger Anhörung des zuständigen (Landes-, Staats-) Sanitätsrates, sofern ein solcher errichtet ist, und wenn es sich um eine allgemeine Spezialität handelt, allenfalls auch der Heilmitteluntersuchungsanstalt.

2. Waren nicht alle Belege der Anmeldung beige-schlossen, so fordert die Behörde die Partei auf, diese Belege innerhalb einer von ihr bestimmten Frist nachträglich vorzulegen.

3. In dem Bescheide, mit welchem die Bewilligung erteilt wird, die pharmazeutische Spezialität zu erzeugen und in den Vertrieb zu bringen, kann die Behörde in den Grenzen dieser Verordnung die Bedingungen festsetzen, unter denen die Bewilligung erteilt wird. Der Berechtigte ist verpflichtet, sich an diese Bedingungen zu halten.

4. Die Behörde darf die Bewilligung der Erzeugung und des Verkaufes einer Spezialität versagen:

a) wenn sich das Präparat nicht als eine Spezialität im Sinne des § 1 dieser Verordnung erweist;

b) wenn die Zusammensetzung der Spezialität der beige-schlossenen authentischen Bereitungsvorschrift nicht entspricht;

c) wenn sich die in der Bereitungsvorschrift angeführten Bestandteile nicht vertragen, wenn sie in chemischer Hinsicht nebeneinander nicht bestehen können, wenn sie nicht zusammengehören oder wenn sie eine unwirksame oder eine wirksamere als die geforderte Verbindung ergeben;

d) wenn die in der Bereitungsvorschrift angeführten Bestandteile weder qualitativ noch quantitativ der vorgelegten Form der Spezialität entsprechen;

e) aus anderen sanitären oder sanitäts-, bezw. veterinär-polizeilichen Gründen;

f) wenn der festgesetzte Preis der pharmazeutischen Spezialität übertrieben hoch ist;

g) aus volkswirtschaftlichen Gründen;

h) wenn bereits eine andere Spezialität unter demselben selbstgewählten, in das Register der geschützten Marken jedoch nicht eingetragenen Namen [§ 5, Abs. 1, lit. e)] zum all-gemeinen Verkaufe zugelassen wurde.

5. Gegen die Entscheidung der Behörde (Abs. 1) über die Anmeldung der Erzeugung und des Verkaufes einer Haus-spezialität kann binnen 4 Wochen (in der Slowakei und Pod-karpatská Rus binnen 15 Tagen) von dem der Zustellung folgenden Tage an bei dieser Behörde die Berufung an das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung eingebracht werden, das nach allfälliger Einholung eines Fachgutachtens der Heilmitteluntersuchungsanstalt oder des Staatsjanitätsrates entscheidet. Der Berufung sind auch die im § 5, Abs. 1, lit. c), angeführten zwei Proben beizuschließen.

6. In den Fällen, in denen nach den vorhergehenden Absätzen das Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung zu entscheiden hat, entscheidet diese Behörde, wenn es sich um eine für Tiere bestimmte pharmazeutische Spezialität handelt, im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landwirtschaft, und wenn es sich um eine Entscheidung nach Abs. 4, lit. g), handelt, nach Anhörung des Ministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe.

### § 8.

1. Die pharmazeutischen Spezialitäten dürfen nur in der Zusammensetzung, unter dem Namen, mit der Signatur und mit den Reklamebeilagen in den Vertrieb gebracht werden, wie sie von der Behörde bewilligt wurden.

2. Die Ankündigung bewilligter Spezialitäten durch die Presse oder auf eine andere Art der Reklame ist nur in den Grenzen der zulässigen Reklame gestattet. Marktschreierische Anpreisungen pharmazeutischer Spezialitäten durch die Presse sind verboten. Empfehlung und die öffentliche Ankündigung von nicht bewilligten Spezialitäten ist untersagt.

3. Die öffentliche Ankündigung von Haus-spezialitäten ist unzulässig.

4. Jede wie immer geartete Aenderung in der Zusammensetzung einer zum Verlaufe zugelassenen Spezialität muß von neuem so angemeldet werden, wie wenn es sich um eine neue, bisher nicht bewilligte Spezialität handeln würde.

5. Eine Aenderung der Bezeichnung, des Preises oder der Reklame einer bereits bewilligten Spezialität kann nur mit besonderer Einwilligung jener Behörde vorgenommen werden, bei der gemäß § 4 die Anmeldung einer neuen Spezialität

zu erstatten ist. Die zu diesem Zwecke bei dieser Behörde eingebrachten Eingaben sind mit den erforderlichen, die angesuchte Aenderung begründenden Belegen zu versehen. Bei einer Hausspezialität gelten hinsichtlich der Berufung gegen eine Entscheidung, mit der angesuchten Aenderung nicht zugestimmt wird, sinngemäß die Bestimmungen des § 7, Abs. 5 und 6.

### § 9.

1. Die bewilligten allgemeinen pharmazeutischen Spezialitäten werden beim Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung in ein besonderes Verzeichnis eingetragen. Jede Spezialität wird unter einer fortlaufenden Nummer eingetragen, die im Bewilligungsbescheide dem Anmelder mitgeteilt wird und die auf der Signatur der Spezialität in der gleichen technischen Ausführung wie der übrige Text der Signatur aufzudrucken ist.

2. Die eingetragenen Spezialitäten und die allfälligen Aenderungen in der Bezeichnung und im Preise werden im „Amtsblatt des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung“ verlautbart. Außerdem gibt das genannte Ministerium ein Verzeichnis der bewilligten Spezialitäten und alljährlich Ergänzungen zu diesem Verzeichnisse heraus. Jeder, der Spezialitäten erzeugt oder verkauft, ist verpflichtet, diese Verzeichnisse anzuschaffen.

### § 10.

1. Für die Qualität der Spezialität, den Text der Signatur und die beigelegten Reklamen haftet bei unversehrter Verpackung der Spezialität stets der Anmelder.

2. Der Apotheker, der, ohne der Anmelder zu sein, die Spezialitäten an die Verbraucher verkauft, ist dafür verantwortlich, daß die Spezialitäten gehörig aufbewahrt und rechtzeitig gegen frische ausgetauscht werden.

### § 11.

Bei den amtlichen Revisionen der Apotheken ist auf Rechnung des Apothekers stichprobenweise wenigstens eine von allen auf dem Lager befindlichen Spezialitäten zu entnehmen.

### § 12.

Ganz ausnahmsweise kann vom Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung auf Antrag der politischen Behörde II. Instanz (des Gauamtes)



und nach Anhörung des zuständigen Apothekergremiums, sofern solche Gremien errichtet sind, einzelnen Apotheken, die von ausländischem Publikum viel aufgesucht werden, für eine bestimmte Zeit der Verkauf eines bestimmten Quantum ausländischer, besonders benannter und von den Ausländern verlangter Spezialitäten, auch wenn den Bestimmungen dieser Verordnung nicht entsprochen ist, unter der Bedingung gestattet werden, daß sich dieselben unter eventueller Stellung einer Kaution verpflichten, diese ausländischen Spezialitäten nur in dem Orte, in dem sich die betreffende Apotheke befindet, beziehungsweise für den lokalen Bedarf zu verkaufen.

### § 13.

Die Behörde, die nach dieser Verordnung die Bewilligung zur Erzeugung und zum Verkaufe einer Spezialität erteilt, ist verpflichtet, die weitere Erzeugung und den weiteren Verkauf einer bereits bewilligten (§ 7) oder nach den älteren Vorschriften zugelassenen (§ 14) pharmazeutischen Spezialität zu verbieten:

- a) aus sanitären, sanitäts- oder Veterinärpolizeilichen oder volkswirtschaftlichen Gründen;
- b) wenn die Bedingungen, unter denen die Bewilligung erteilt wurde, nicht eingehalten werden;
- c) wenn die Zusammensetzung der Spezialität von der ursprünglichen der Anmeldung beigezeichneten ärztlichen (tierärztlichen) Vorschrift abweicht;
- d) wenn sich der Berechtigte einer wiederholten Uebertretung dieser Verordnung schuldig macht und das wiederholte verurteilende Erkenntnis in Rechtskraft erwachsen ist;
- e) wenn der Berechtigte der akademischen Würde eines Magisters der Pharmazie entkleidet oder von der Leitung einer öffentlichen Apotheke enthoben wurde oder ihm die Apothekenkonzession entzogen wurde.

### § 14.

1. Pharmazeutische Spezialitäten, die nach den früheren Vorschriften zum allgemeinen Verkaufe in den Apotheken auf dem Staatsgebiete vor dem Wirksamkeitsbeginne dieser Verordnung zugelassen waren, können in den Apotheken (§ 3) weiterhin erzeugt und in Vertrieb gebracht werden, müssen jedoch, und zwar von dem ursprünglichen Anmelder, binnen einem Jahre zur Eintragung in das Verzeichnis der bewilligten

Spezialitäten (§ 9) angemeldet werden, widrigenfalls die Bewilligung nach dieser Frist erlischt.

2. Diese Bestimmung gilt bezüglich jener Spezialitäten nicht, die am 28. Oktober 1918 als außerhalb der Grenzen der tschechoslowakischen Republik erzeugt, ausländische Spezialitäten geworden sind, obzwar sie nach den älteren Vorschriften zum allgemeinen Verfaufe auf dem jetzt den tschechoslowakischen Staat bildenden Gebiete zugelassen waren. Wurden diese Spezialitäten nach den älteren Vorschriften bisher nicht von neuem zum allgemeinen Verfaufe zugelassen, so können sie im Inlande nur unter den in dieser Verordnung bezüglich der bisher nicht bewilligten ausländischen Spezialitäten vorgeschriebenen Bedingungen in Vertrieb gebracht werden.

3. Der Anmeldung zum Zwecke der Eintragung (Abj. 1) sind in zweifacher Ausfertigung eine Probe der Spezialität und die Reklamebeilagen beizuschließen.

4. Die Bestimmungen über die Signatur (§ 6), die Reklame (§ 8) und die Eintragung (§ 9) treten auch für die nach den älteren Vorschriften bereits zugelassenen Spezialitäten in Wirksamkeit.

5. Für diese Spezialitäten wird eine Frist von einem Jahre nach der Verständigung von der Zuteilung der Verzeichnisnummer (§ 9) bewilligt, innerhalb der die Ausstattung der Spezialität den Bestimmungen dieser Verordnung angepaßt werden muß.

6. Die Hauspezialitäten, die vor dem Wirksamkeitsbeginne dieser Verordnung in einer Apotheke erwiesenermaßen erzeugt und verkauft wurden, können daselbst weiter erzeugt und verkauft werden, müssen jedoch der Behörde (§ 4) bei sonstigem Erlöschen der Berechtigung binnen drei Monaten angezeigt werden. Der Anzeige sind alle zu einem Gesuche um Bewilligung einer neuen Hauspezialität notwendigen Belege beizuschließen.

7. Ist den Vorschriften der vorhergehenden Absätze nicht entsprochen, so werden die betreffenden pharmazeutischen Spezialitäten von der Erzeugung und dem Verfaufe in den Apotheken ausgeschlossen.

## § 15.

1. Ueber die gerade in Verhandlung stehenden Anmeldungen, mit denen die Zulassung pharmazeutischer Spezi-

alitäten zur Erzeugung und zum allgemeinen Verfaufe in den Apotheken nach den älteren (bisherigen) Vorschriften angestrebt wird, ist bereits nach den Vorschriften dieser Verordnung zu entscheiden.

2. Zu diesem Zwecke werden die bezüglichlichen Eingaben den Parteien behufs ordnungsmäßiger Belegung und neuerlicher Vorlage nach Vorschrift dieser Verordnung zurückgestellt.

### § 16.

1. Uebertretungen dieser Verordnung werden, sofern sie nicht den Tatbestand von zur Kompetenz der Gerichte gehörigen strafbaren Handlungen bilden, von den politischen Behörden (administrativen Polizeibehörden) I. Instanz mit einer Geld- oder Arrest (Verschließungs-) strafe nach den geltenden Vorschriften bestraft.

2. Die Geldstrafen sind nach den Bestimmungen des § 43 des Gesetzes R. G. Bl. Nr. 5/1907, bzw. des § 7 des Ges. Art. XIV/1876 zu verwenden.

### § 17.

Bei Vollziehung dieser Verordnung ist die im § 16 genannte Behörde berechtigt, die zur Sicherung des Erfolges der notwendigen amtlichen Anordnungen nötigen Maßregeln, wie die Beschlagnahme oder Konfiskation der Vorräte, die Schließung der Betriebsstätte u. dgl., nach den Vorschriften des § 59 des Gesetzes R. G. Bl. Nr. 5/1907, beziehungsweise des § 8 des Gesetzes Art. XIV/1876 zu ergreifen.

### § 18.

Sofern in dieser Verordnung von der Zuständigkeit des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung gesprochen wird, tritt in der Slovakei und Potkarpatzka Rus hinsichtlich der für Tiere bestimmten Spezialitäten die Zuständigkeit des Ministeriums für Landwirtschaft ein, das in diesen Fällen im Einvernehmen mit dem Ministerium für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung und gegebenenfalls (§ 7, Abs. 6) nach Anhörung des Ministeriums für Industrie, Handel und Gewerbe entscheidet.

### § 19.

Diese Verordnung tritt 8 Tage nach der Kundmachung in Wirksamkeit. Mit dem Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieser Verordnung treten alle bisherigen Bestimmungen über



pharmazeutische Spezialitäten, soweit sie mit dieser Verordnung in Widerspruch stehen, außer Kraft.

## § 20.

1. Mit der Durchführung dieser Verordnung wird der Minister für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung im Einvernehmen mit den Ministern für Landwirtschaft und für Industrie, Handel und Gewerbe betraut.

2. Hinsichtlich der für Tiere bestimmten Spezialitäten wird mit der Durchführung dieser Verordnung auf dem Gebiete der Slowakei und Podkarpatská Rus der Minister für Landwirtschaft im Einvernehmen mit dem Minister für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung und dem Minister für Industrie, Handel und Gewerbe betraut.

Švehla m. p.

Dr. Beneš m. p.

Dr. Josef m. p.

Dr. Engliš m. p.

Dr. Šrdínko m. p.

Dr. Biškovský m. p.

Dvořáček m. p.

Mlčoch m. p.

Dr. Hodža m. p.

Štrábrný m. p.

Dr. Winter m. p.

Tučný m. p.

Dr. Dolanský m. p.

Šrámek m. p.

Dr. Kállay m. p.

Dr. Dérer m. p.

**Auszug aus der Regierungsverordnung Nr. 17 vom 3. Februar 1926 betreffend die Durchführung des Verfassungs-Sprachengesetzes.**

## Artikel 1.

1. Alle den Ministern des Innern, der Justiz, der Finanzen, für Industrie, Handel und Gewerbe, für öffentliche Arbeiten und für öffentliches Gesundheitswesen und körperliche Erziehung unterstehenden Gerichte, Behörden, Anstalten, Unternehmungen und Organe der tschechoslowakischen Republik amtieren in der staatlichen, offiziellen Sprache, erlassen in dieser ihre Kundmachungen und tragen in ihr ihre äußeren Bezeichnungen, sofern in den nachstehenden Bestimmungen keine Ausnahme zugelassen ist.

2. Sie sind daher insbesondere verpflichtet und berechtigt, bloß in dieser Sprache:

a) Eingaben anzunehmen und mit dem Eingangsvermerke zu versehen, Äußerungen und Anträge der Parteien anzunehmen;

- b) deren Erklärungen amtlich zu protokollieren ;
- c) hierüber zu verhandeln und über die Verhandlung Protokolle zu führen ;
- d) Beratungen abzuhalten, den Amtsverkehr zwischen den einzelnen Abteilungen zu pflegen und der Kanzlei Weisungen zu erteilen ;
- e) Eingaben und Anträge zu erledigen und ihre Erledigungen herauszugeben, auch wenn sie nicht auf Antrag oder Ansuchen von Parteien herausgegeben werden ;
- f) miteinander und mit anderen Staats- und Selbstverwaltungsbehörden, Vertretungskörpern und öffentlichen Korporationen zu korrespondieren ;
- g) alle Drucksorten, namentlich Register, Vormerke und Verzeichnisse zu verwenden und die Eintragungen in sie vorzunehmen ;
- h) die Eintragungen in die öffentlichen Bücher, Register und sonstigen Vormerke (Landtafeln, Grund-, Berg- und Eisenbahnbücher, Depositenbücher, Firmenregister, Grundkatasteroperate u. dgl.) zu vollziehen und den Urkunden Klauseln über derartige Eintragungen beizufügen ;
- i) Unterschriften auf Urkunden und Abschriften von Urkunden zu beglaubigen ;
- k) Kundmachungen in ihrem amtlichen Wirkungskreise zu erlassen ;
- l) die Gebäude und Amtsräume außen und innen zu bezeichnen ;
- m) die Behörde auf Urkunden und Schriftstücken mit dem Amtssiegel zu bezeichnen ;
- n) den vorgesetzten Behörden Berichte, Mitteilungen und Ausweise vorzulegen.

## § 2.

3. Organe der Republik im Sinne des Gesetzes sind insbesondere die Notare (öffentlichen Notare), die Dolmetsche, Geometer, autorisierten Ziviltechniker und Bergbauingenieure sowie die im § 3 des Gesetzes vom 18. März 1920, S. d. G. u. B. Nr. 185, betreffend die Ingenieurkammer, erwähnten Techniker und Ingenieure in der Slowakei und Podkarpatská Rus, die staatlichen Distrikts- und Gemeindeärzte und andere

von der Staatsverwaltung betraute Personen in Ansehung ihres Amtes oder Dienstes oder hinsichtlich der Besorgung von Geschäften der Regierung im öffentlichen Interesse.

## Artikel 12.

1. Die den im Artikel 1 angeführten Ministern unterstehenden staatlichen Anstalten und staatlichen Unternehmungen amtieren vorbehaltlich der weiteren Bestimmungen in tschechoslowakischer Sprache und erlassen in dieser ihre Kundmachungen.

2. Ihre Gebäude und Amtsräume sind in tschechoslowakischer Sprache bezeichnet und in derselben Sprache ist auch ihr Amtssiegel angefertigt.

3. Ihre zu ihrem Betriebe in fachlicher und geschäftlicher Richtung erforderliche Parteikorrespondenz und ihre fachlichen Publikationen sind hinsichtlich des Sprachengebrauches den Vorschriften über die Amtierung nicht unterworfen. Aber auch hier ist eine andere als die Staatssprache nur zu gebrauchen, wenn es unumgänglich notwendig ist.

4. In diesen staatlichen Anstalten und Unternehmungen ist beim persönlichen Verkehre mit den der tschechoslowak. Sprache nicht kundigen Personen nach Möglichkeit ihre Muttersprache, beziehungsweise eine andere Sprache zu gebrauchen, in der die Verständigung möglich ist.

5. Die Kundmachungen und schriftlichen Weisungen, die für das interne Bedürfnis in diesen Anstalten und Unternehmungen bestimmt sind, werden nach Bedarf auch in anderen Sprachen erlassen.

## Artikel 69.

1. Die Richteramts-, politischen, Finanz-, administrativ-technischen, Physikat- und sonstigen in der Staatsverwaltung der genannten Ressorts vorgeschriebenen Prüfungen (wie Grundbuchführer-, Kanzleiprüfungen u. dgl.), ferner die zur Erlangung einer für Organe der Republik (Art. 2, Abs. 3) notwendigen Autorisation vorgeschriebenen Prüfungen, wie die Notariatsprüfungen u. a., werden in der Staatssprache abgelegt.

2. Auf Ersuchen des Kandidaten kann die Prüfung teilweise auch in der Sprache einer nationalen Minderheit (II. Hauptstück) in dem Sprengel, für den die Prüfungskommission bestellt ist, abgelegt werden.



3. Das Zeugnis wird in der Staatsprache ausgestellt. Hat der Kandidat die Prüfung teilweise auch in einer anderen Sprache abgelegt, so ist in dem Zeugnisse zu bestätigen, ob er eine genügende Kenntnis dieser Sprache nachgewiesen hat. Dieses Zeugnis bildet den Nachweis gemäß Art. 68 dieser Verordnung.

### Artikel 89.

1. Die Anstalten und Unternehmungen in der Verwaltung von Selbstverwaltungsbehörden richten sich nach den für diese Behörden geltenden Sprachenvorschriften.

2. Im persönlichen Verkehre mit Personen, die der so bestimmten Sprache nicht kundig sind, ist womöglich ihre Muttersprache, beziehungsweise eine andere Sprache zu gebrauchen, in der eine Verständigung möglich ist.

3. Hinsichtlich der zum Betriebe dieser Anstalten und Unternehmungen in fachlicher und geschäftlicher Richtung erforderlichen Parteienkorrespondenz, der fachlichen Publikationen sowie der für ihr internes Bedürfnis erforderlichen Kundmachungen und schriftlichen Weisungen gelten sinngemäß die Bestimmungen des Art. 12, Abs. 3 und 5. Insoweit den Angehörigen einer Sprache nach den Vorschriften des XIV. Hauptstückes die Erledigung in ihrer Sprache herauszugeben ist, ist dies auch bei dieser Korrespondenz zu beobachten.

### Artikel 91.

1. Die der Verwaltung der im Artikel 1 angeführten Ministerien unterstehenden öffentlichen Korporationen, wie die Advokaten-, Notariatskammern, die staatliche Regulierungskommission für die Hauptstadt Prag, die Kommission für die Kanalisierung der Moldau und Elbe, die Landeskommission für Flußregulierungen, die Ärztekammern, die Apothekergremien, die Ausschüsse der konditionierenden Pharmazeuten, bezw. ihre Verwaltungskommissionen u. a., regeln den Sprachengebrauch bei ihrer Amtierung nach den Vorschriften und im Geiste des Sprachengesetzes und dieser Verordnung durch einen eigenen Beschluß, der der Genehmigung des vorgesetzten Ministers bedarf. Als Grundsatz ist insbesondere zu beachten, daß sie verpflichtet sind, Eingaben in der Staatsprache anzunehmen und in derselben Sprache zu erledigen, daß es im Parteienverkehre maßgebend ist, ob sich ihre Wirksamkeit

in dem bestimmten Falle auf einen Bezirk ohne Minderheit oder mit einer Minderheit erstreckt, daß das Mitglied der Korporation nicht weniger Rechte hat als eine Partei, daß an die staatlichen Behörden und namentlich an die Ministerien in der Staatssprache zu schreiben und Berichte zu erstatten sind, und zwar auch dann, wenn die Geschäftssprache der Korporation eine Minderheitssprache und die staatliche Behörde in diesem Falle nicht nach den für sie geltenden Vorschriften berechtigt ist, Eingaben in der Geschäftssprache der Korporation anzunehmen, daß ferner in den Sitzungen und Beratungen der Korporation die Staatssprache stets gebraucht werden kann und daß in dieser Sprache vorgebrachte Anträge und Anregungen der Verhandlung unterzogen werden müssen. Bei der äußeren Bezeichnung der Korporationen und ihrer Amtsräume ist stets die Staatssprache zu gebrauchen, auf Urkunden, die von den Korporationen in der Staatssprache oder auch in der Staatssprache ausgestellt werden, ist ein Siegel mit dem Wortlaute in dieser, beziehungsweise auch in dieser Sprache zu gebrauchen, wobei die Staatssprache an erster Stelle stehen muß, und die von ihnen in ihrer Amtstätigkeit erlassenen Kundmachungen müssen in der Regel in der Staatssprache und außerdem, wenn sie einen Bezirk mit einer nationalen Minderheit betreffen, auch in der Sprache dieser Minderheit abgefaßt sein.

2. Die Vorschriften des vorstehenden Absatzes gelten auch für die Handels- und Gewerbekammern, deren Zentrale und für die Genossenschaftsverbände mit der weiteren Bestimmung, daß die Handels- und Gewerbekammern, insoweit sie in Angelegenheiten des Marken- und Musterschutzes tätig sind, als Organe der Republik (§§ 1 und 2 des Gej) gelten und auf sie in dieser Beziehung die Vorschriften des I. und III. Hauptstückes Anwendung finden, daß die Genossenschaftsverbände im Verkehre mit den Genossenschaften ihres Sprengels stets auch die Geschäftssprache der betreffenden Genossenschaft gebrauchen und daß sich die auf nationaler Grundlage organisierten Verbände, deren Geschäftssprache eine andere als die tschechoslowakische ist, in den ausschließlich für ihre dieser Sprache angehörenden Mitglieder bestimmten Kundmachungen auf diese Sprache beschränken können, sofern es sich nicht um die Kund-

machung in einem Gerichtsbezirke handelt, in dem nicht wenigstens 20 Prozent Angehörige dieser Sprache vorhanden sind.

3. Legt eine Korporation binnen drei Monaten vom Tage des Wirksamkeitsbeginnes dieser Verordnung, bezw. bei neu entstandenen Korporationen binnen drei Monaten vom Tage ihrer Konstituierung den Beschluß über den Sprachengebrauch nicht zur Genehmigung vor oder faßt sie einen Beschluß, der den Vorschriften und dem Geiste des Sprachengesetzes und dieser Verordnung nicht entspricht oder den Gegenstand nicht genügend erschöpft, so steht die Regelung der Angelegenheit dem zuständigen Minister zu.

#### Artikel 97.

3. Gegen Richter, Beamte, Bedienstete und Organe, die entgegen den Vorschriften des Gesetzes und dieser Verordnung ein Sprachenrecht verletzen, wird unbeschadet der Bestimmung des § 25 des Gesetzes vom 19. März 1923, S. d. G. u. B. Nr. 50, zum Schutze der Republik im Disziplinarverfahren vorgegangen.

---



# Inhalts-Verzeichnis.

<b>I. Allgemein sanitäre Bestimmungen.</b>	<b>Seite</b>
Sozial-gesundheitliche Institute, Evidenz und Bewilligung derartiger Betriebe . . . . .	5
Blatternimpflicht . . . . .	6
Tschechoslovakische Anstalt für Erzeugung von Seren in Mähr.-Weiskirchen; Aufhebung . . . . .	7
Nichtbewilligte Erzeugung serologischer und bakteriolog. Präparate . . . . .	7
Vom tschechosl. diagnost. und serotherapeut. Institut in Einwanowitz i. d. Hanna . . . . .	8
Errichtung, Wirkungskreis u. Organisation der Staats- Gesundheitsanstalt der tschechosl. Republik . . . . .	9
Schutz der Pflanze „Drosera“ . . . . .	12
 <b>II. Konzessionsangelegenheiten; Abgrenzung der Berechtigungen.</b>	
a) Die gesetzlich und im Verordnungswege erlassenen Ver- fügungen betreffend den Nachweis des Quinquenni- ums und des Quindecenniums sowie Ansuchen um Neukonzessionen, Uebertragungen . . . . .	13
Einhaltung der Fristen bei Konzessionsansuchen . . . . .	20
Einspruchsrecht bei Neuerrichtung einer Apotheke . . . . .	21
Abgewiesene Beschwerde gegen die Errichtung einer neuen Apotheke . . . . .	22
Erweiterung des Standortes, Einspruchsrecht dagegen . . . . .	25
b) Radizierte Gewerbe, . . . . .	28
Umsatzsteuer beim Apothekenverkauf . . . . .	28
Das Aufbewahren der Heilmittel in der Wohnung . . . . .	28
Interpretation des § 15, P. 14 d. G.-D.; Befähigungs- nachweis und Umfang des Drogistengewerbes im Sinne des § 15, P. 14 der G.-D. . . . .	30
Apotheker als Inhaber der Konzession nach § 15, P. 14, der G.-D. zur Inkorporation im Drogistengremium verpflichtet (f. § 117 d. G.-D. . . . .	32
c) 107. Regierungsverordnung vom 26. Mai 1925, betref- fend die Abgrenzung der Berechtigungen der Apo- theken gegenüber den Materialwarenhandlungen und den einschlägigen anderen Gewerben für die Slova- kei und Pothkarpatská Rus . . . . .	33

	Seite
Verkaufsberechtigung der Parfumeriehändler . . . . .	36
Bezug von Drogen aus Drogerien durch ärztliche Hausapotheken . . . . .	37
Belieferung der Zahnärzte durch unberechtigte Firmen . . . . .	37
Kontrolle über den ungesetlichen Heilmittelverkauf . . . . .	38
s. auch Abschnitt VI.	

### III. Innere Betriebsführung der Apotheken :

a) Dispensation, Taxierung, Arbeitszeit ;	
b) Abgaben, Gebühren, Steuern.	
a) Außerkraftsetzung d. Apothekenwesen betreffender Erlässe . . . . .	39
Staatliche Aufsicht über die Verwaltung der Apotheken in der Slowakei und Botskarpatská Rus . . . . .	40
Nichteinhaltung der Vorschriften über den Betrieb der Apotheken . . . . .	45
Mangelhafte Medikamentenexpedition in den Apotheken . . . . .	46
Die Taxierung von Rezepten . . . . .	47
Einhaltung der Arzneitaxe und der Spezialitätenpreise . . . . .	47
Destillierapparate in Apotheken . . . . .	49
Die Dispensation von Arzneien in Gefäßen, die sonst Genußmittel enthalten haben, ist verboten . . . . .	50
Verschuß der Mineralwässer enthaltende Flaschen durch verzinnte Kapseln . . . . .	50
Verwendung von verzinnten Bleituben für Zahnpasten . . . . .	51
Verschuß der Flaschen für Chloroform, pro naco . . . . .	51
Zur Durchführung des Internationalen Opiumabkommens . . . . .	52
Verbot des freien Verkaufes von Spiritus Vini gallic. für Karpathorußland . . . . .	54
Verbot der Verwendung künstlicher Süßmittel zur Erzeugung von Nahrungsmitteln . . . . .	54
Substituierung von Arzneimitteln . . . . .	55
Unzukömmlichkeiten beim Verkaufe von Zitrusfrüchten . . . . .	55
Abgabebeschränkung von Acidum acetylo-salicylicum . . . . .	56
Ausfolgung von Arzneien in Apotheken ohne ärztliche Verschreibung . . . . .	56
Gehalt des Weines an schwefliger Säure . . . . .	57
Verkauf arsenhaltiger Präparate . . . . .	57
Die Regelung der Arbeitszeit in den Apotheken . . . . .	58
Verantwortlichkeit für die Einhaltung der Arbeitszeit . . . . .	61
Bezahlung der Ueberstunden . . . . .	61
Entlohnung der Arbeit über die Zeit bei leitenden Beamten . . . . .	61
Einhaltung der achttündigen Arbeitszeit und Bezahlung der Ueberstunden keine Entlassungsgründe . . . . .	62
Die Feiertage und die Gedenktage der tschsl. Republik . . . . .	62
Sonntagsruhe, Öffnung und Schließung der Reichsberger Apotheken . . . . .	63
Nacht- und Feiertagsruhe in Apotheken . . . . .	64
Abwechseln der Prager Apotheken in der Nachtruhe . . . . .	64

b) Die Abgabe von Flaschenweinen . . . . .	65
Verzeichnis jener pharmazeutischer Zubereitungen, welche als medikamentöse Weine erklärt worden sind, und Nachtrag . . . . .	67
Spitzwegerich-, Wachholder- und Holundersaft getränkte steuerfrei . . . . .	68
Keine Befreiung des Franzbranntweines v. d. Umsatzsteuer	69
Verzeichnis der für die Umsatzsteuer pauschalirten Artikel	69
Die Stempelpflicht der Rechnungen mit örtlicher Gerichtsstandsklausel . . . . .	70
Abgaben für Amtshandlungen in Verwaltungssachen .	71
Die Gebühr von Dienstverträgen . . . . .	72
Die Höhe der Verzugszinsen und der Vergütungszinsen von den direkten Staatssteuern sowie von den unmittelbaren Gebühren . . . . .	74
Einzahlungstermine der direkten Steuern . . . . .	74
Erleichterungen bei der Zahlung der von festen Dienstbezügen vorgeschriebenen Einkommensteuer, Abzug durch den Dienstgeber . . . . .	76
Erlaß des Ministeriums für soziale Fürsorge über die Mitgliedschaft bei einer Bezirkskrankenkasse . . . . .	79

#### IV. Anmeldung und Vertrieb von pharmaz. Spezialitäten und fabriksmäßigen Fertigpräparaten.

Schutz des Zeichens und Namens des Roten Kreuzes .	80
Herkunftsbezeichnung von Waren (französische Weinrebenprodukte) . . . . .	80
Definition des Begriffes „Pharmazeutische Präparate“ .	81
Erzeugung, Verkauf und Anmeldung neuer Heilmittel und pharmazeutischer Spezialitäten . . . . .	81
Revision pharmazeutischer Spezialitäten . . . . .	83
Verbot des Verkaufes pharmazeut. Erzeugnisse . . . . .	87
Entscheidung des obersten Verwaltungsgerichtes wegen Tinctura ferri Athenstaedt . . . . .	87
Eine neue Begründung des Verbotes einer pharmaz. Spezialität . . . . .	88
Einschränkung des Gebrauches pharmaz. Spezialitäten	88
Marktschreierisches Anpreisen von Geheimmitteln, Arzneimitteln und Heilmethoden . . . . .	89
Unberechtigte Inserierung und Verkauf und Erzeugung noch nicht bewilligter pharmazeutischer Spezialitäten .	90
Unberechtigte Inserierung u. Verkauf ausländ. Präparate	91
Insertion von pharmazeutischen Präparaten . . . . .	92
Einfuhrbewilligung arab. Gummi's . . . . .	98



## V. Amtliche Apothekenvisitation.

Entnahme und Einsendung der Arzneimittelsproben . . .	94
Gleichmäßige Verteilung der Termine der Apothekenvisitationen . . . . .	94
Durchführung der Apothekenvisitationen u. der Probenentnahmen . . . . .	94
Ergebnisse der Apothekenvisitationen des Jahres 1920, 1921, 1922, 1923 . . . . .	100—106
Verwendung der Gendarmerie bei amtlichen Interventionen in Apotheken . . . . .	106
Unbefugte Kontrolle der öffentlichen Apotheken . . . . .	107

## VI. Verkehr mit begünstigten Parteien.

Imprägnierte Verbandstoffe unter Apothekenvorbehalt . . .	108
Einhaltung der Arzneitage, Kreditgewähren . . . . .	108
Mangelhafte Dispensation von Heilmitteln auf Rechnung der Krankenkassen . . . . .	109
Selbstabgabe von Medikamenten durch Krankenkassen; Abänderung der Rezepte . . . . .	109
Umsatzsteuer bei Lieferungen für öffentl. Krankenhäuser . . .	110
Lieferung von Heilmitteln an die in allgem. öffentlichen Krankenhäusern verpflegten Kranken. . . . .	110
Erstmalige Berechnung der Gefäße für Arzneien für Kassenmitglieder . . . . .	111
Verschreibung nichtoffizineller Heilmittel . . . . .	112
Welche Druckfachen den Parteien durch Krankenkassen berechnet werden dürfen . . . . .	112
Zahlungsverweigerung einer Krankenkasse gegenüber dem Apotheker . . . . .	112
Gefäße für die Krankenkasse der Staatsbahnen . . . . .	114
Medikamente auf Rechnung der Krankenkasse der Staatsbahnen . . . . .	114
Bewilligung der Verschreibung von pharmazeutischen Präparaten der Firma „Remed“-Prag Smichov auf Rechnung der Krankenkasse der Staatsbahnen . . . . .	115
Die Benützung vorgedruckter Rezeptblankette den Bahnärzten verboten . . . . .	115
Strop Gamel auf Rechnung der Krankenkasse der Staatsbahnen . . . . .	115
Spezialheilmittel auf Rechnung der Krankenkassen der Staatsbahnen . . . . .	116
Die deutsche Landeskommission für Kinderschutz und Jugendfürsorge in Mähren (Brünn, Janská 12) begünstigte Partei . . . . .	116
Medikamente für Kriegsinvalide . . . . .	116
Wirkungskreis der Krankenkasse der Privatbeamten und -angestellten in Prag . . . . .	117

## VII. Ausbildung, Verwendung und Behandlung des pharmazeutischen und technischen Hilfs- personales.

Teilung der philosophischen Fakultäten der beiden Prager Universitäten . . . . .	118
Studiengebühren an den Universitäten . . . . .	119
Neuregelung der Taxen für die Verleihung der aka- demischen Grade an den Universitäten . . . . .	120
Vor- und Ausbildung des pharmazeut. Hilfspersonales . . . . .	125
Neuregelung des pharmazeutischen Studiums . . . . .	126
Die Aspirantenprüfungen . . . . .	127
Ungültigkeit der nach dem 28. Oktober 1918 an den aus- ländischen Universitäten erworbenen Magisterdiplome . . . . .	127
Uebersiedlungsbewilligungen für Hochschüler . . . . .	128
Dienstverwendung und Universitätsstudium . . . . .	128
Beschäftigung technischer Hilfskräfte in den Apotheken . . . . .	128
Einrechnung des militärischen Kriegsdienstes in die fachliche Apothekertätigkeit . . . . .	129
Durchführungsverordnung hiezu . . . . .	131
Befreiung von der militärischen Dienstleistung für Vertragsapotheker im Falle einer Mobilisierung . . . . .	135
Aufrechterhaltung von Arbeits- (Dienst-) verhältnissen während der Dauer der Waffen- (Dienst-) übungen . . . . .	136
Meldung über freigewordene pharmazeutische Stellen . . . . .	139
Revision der Staatsangehörigkeit der Apotheker, Ver- walter und Pächter öffentlicher (Anstalts-) Apotheken in Böhmen, Mähren und Schlesien . . . . .	139
Evidenz der Apotheken-Besitzer, -Leiter und -Pächter . . . . .	141
Die Aufkündigung eines Dienstverhältnisses . . . . .	141
Anspruch auf doppelte Bezahlung desurlaubes . . . . .	142
Einführung eines bezahlten Urlaubes für Arbeitnehmer . . . . .	142
Urlaub nach § 17 des Handlungsgehilfengesetzes . . . . .	146
Wahlrecht für den offiziellen Assistentenausschuß . . . . .	147
Verbindlichkeit der Kollektivverträge . . . . .	147
Dienstverhältnis der von der Militärverwaltung auf Vertrag angestellten Zivilapotheker . . . . .	148

## VIII. Pensions- und Krankenversicherung ; Arbeitslosenunterstützung.

Pensionsversicherung der Angestellten . . . . .	150
Die Versicherungspflicht unabhängig vom Lohnminimum . . . . .	150
Pensionsversicherungspflicht bei Anstellung auf Probe . . . . .	150
Pensionsversicherung der während der Ferien angestellten Studierenden . . . . .	151
Bewertung der Naturalbezüge der Privatangestellten seitens der Pensionsanstalt . . . . .	151

	Seite
Tagen- und Strafgeelder, die aus dem Apothekengesetz hervorgehen, sind von der allgem. Pensionsanstalt separat auszuweisen . . . . .	152
Krankenversicherg. der in Betrieben tätigen Familienmitgl.	153
Rekursrecht gegen unrichtige Einreihung in die Lohnklassen	153
Krankenversicherung der Dienstmädchen . . . . .	154
Ersatz der Pensionsversicherung durch andere Institute .	154
Ersatz der Heilkosten für mit ansteckenden Krankheiten behaftete Pfleglinge . . . . .	154
Ersatz von Arzneimitteln für die erste Hilfeleistung . .	155
Begünstigungen in den staatlichen Bädern für Staatsbedienstete, Lehrer und Mitglieder der Krankenkasse	156
Kurbegünstigungen in Franzensbad und Pyhstian . . .	156
Der Beitrag des Staates zur Arbeitslosenunterstützung nach dem Genter System . . . . .	157

### Anhang.

Die neue Spezialitätenordnung . . . . .	159
Die Sprachenverordnung für den Bereich des Gesundheitsministeriums . . . . .	169

